

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner
Klaus Harpprecht
Johannes Rau
Carola Stern
Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz
(Chefredakteur)
Norbert Seitz
(verantwortlich)
Linda Pieper
(Volontariat)
Christian Jürgens
(Kritik)

Redaktionskreis

Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Eve-Marie Kallen
Christine Pries
Hans-Joachim Schabedoth
Uli Schöler
Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler
Jürgen Burekhardt
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Horst von Gzycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reinut Jochimsen
Tomas Kosta
Ferdinand W. Menne
Thomas Meyer
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Richard Schröder
Wolfgang Thierse
Christoph Zöpel

5

1997
44. Jahrgang

Inhalt

387 Editorial

Aktuelles

- 389 KONRAD SCHACHT
Krise ohne Ventil
- 392 ULRICH PFEIFFER
Eine Partei der Zeitreichen
und Immobilien
- 396 SUSANNE BLANCKE/
HEINRICH TIEMANN
Innovationen für Deutschland
- 399 HANS ARNOLD
Anmerkungen zur
Wehrmachtsausstellung
- 404 LINDA REISCH
Kein Pauschalurteil gegenüber
einzelnen Soldaten
- 407 LINDA PIEPER
Die Rechtschreibreform findet
statt
- 410 ALEXANDRA SENFFT
Kulturkampf in Israel
- 414 MANFRED H. WIEGANDT
Doppelstaat Türkei

Thema: Wieviel Ungerechtigkeit verträgt die Demokratie?

- 420 EDELTRAUD ROLLER
Ist der Abbau des Sozialstaats
eine Gefahr für die Demokratie?
- 426 ROBERT MISIK
Vom Elend des Neoliberalismus
- 430 NORBERT BOLZ
Die Sinngesellschaft
- 436 JÖRG TREMMEL
»Ihr habt dieses Land nur von
uns geborgt. . .«
- 441 ANDREA BÖHM
Amerikanischer Umgang mit
sozialer Ungerechtigkeit
- 443 JÖRG IHLAU/ MARKUS KELLE/
HANS-GEORG NAPP/
THOMAS THOMMA
Die Einkommensteuer als
Reformprojekt
- 447 CORD JAKOBEIT
Die Realisierungschancen der
Tobin-Steuer

Kultur

- 451 GESPRÄCH MIT IMRE
KERTÉSZ
»Auschwitz ist fast eine negative
Offenbarung«
- 455 RICHARD ALBRECHT
Vor hundert Jahren wurde
Carlo Mierendorff geboren
- 459 MICHAEL KOGON
Buchenwald, Eugen Kogon,
die Kommunisten
und die Wahrheit
- 463 TIL SCHULZ
Benn ist alles zugleich

Kritik

- 465 MEINHARD RAUCHENSTEINER
Christoph Ransmayrs
»Weg nach Surabaya«
- 467 CHRISTIAN JÜRGENS
Doron Rabinovici's grandiose
»Suche nach M.«
- 469 THOMAS KREUDER
Wolfgang Kraushaars
»Protest-Chronik«
- 470 TANJEV SCHULTZ
Norbert Bolz lebt in der besten
aller möglichen Welten
- 471 TILMAN FICHTER
Konrad Löw legt Karl Marx
auf die Couch
- 473 WILHELM SCHMID
Jörg Tremmel votiert für einen
Generationenvertrag
- 474 THOMAS KEIDEL
Arno Meyers Thriller über die
Macht der Banken
- 475 HEINZ THÖRMER
Manfred Zach spekuliert über
die »Kälte der Macht«
- 476 JÖRG PLATH
Neue Bücher:
Lolitas Sehnsüchte
- 480 Zu den Autorinnen und Autoren
- 480 Impressum

Titelfoto: dpa

Eigentlich kann man die Entwarnungssirenen heulen lassen, Edeltraud Roller beweist es klipp und klar: Der Sozialstaatsabbau wirkt sich nicht negativ auf die Zustimmung zur Demokratie aus. Zwar wurden die Leute nach den ersten tieferen Einschnitten (1993) böse, sie rüttelten sich aber kurz danach wieder zurecht. Fabelhaft, diese Deutschen, nicht wahr?

Trotz dieses Befundes hält die Redaktion die Leitfrage des Mai-Heftes für gerechtfertigt. Sie lautet: »Wieviel Ungerechtigkeit verträgt die Demokratie?« Demoskopische Momentaufnahmen, so glauben wir (und übrigens auch unsere Autorin Edeltraud Roller) bieten eine nur schale Beruhigung. Schon die neue Militanz der Bau- und Bergarbeiterproteste zeigt die Erregung unter der Haut, die Wut im Bauch. Wie sähe die Lage aus, wenn irgendein schnieker Grundbesitzerssohn das rechtspopulistische Lager wach küßte? Was wird geschehen, wenn es nicht mehr nur um die »Lohnfortzahlung im Krankheitsfall« geht, sondern um reale Rentenkürzungen hier und heute? Die (relative) Ruhe könnte trügerisch sein. Ein konzeptioneller Umbau des Sozialstaates mag mit Mühe und Not durchsetzbar sein. Ein plötzlicher Einsturz tragender Säulen dieses Sozialstaates kann zu hysterischen Revolten führen. Damit sollten sich die politischen Eliten auseinandersetzen.

Die ideologische Debatte hinter diesem sozialpolitischen Vordergrund akzentuieren wir gleich durch zwei höchst gegensätzliche Beiträge. Robert Misik schildert die Hilflosigkeit der europäischen Linken angesichts des (scheinbar unaufhaltsamen) »Verschwinden des Staats«. Seine These: Der Neoliberalismus erklärt zur unabänderlichen »Realität«, was durchaus – wenn auch mühevoll – gestaltbar wäre. Das Internet als Codewort eben dieser

Ideologie: Unbeeinflussbar, unentschlüsselbar, effizient, wie von Geisterhand organisiert. Misiks Essay legt die Frage nahe, welche neuen Formen von Staatlichkeit nach der Entmachtung des Nationalstaates denkbar sind.

Ganz anders der Abdruck aus dem neuen Buch des Essener Kommunikationsphilosophen Norbert Bolz (*Die Sinnengesellschaft*). Niklas Luhmanns *Konservatismus als Komplexität* führt ihn zu so schönen Sätzen wie: »Praktisch gesehen lebt der Westen in der besten aller möglichen Welten« – oder – »Nach dem Sinn zu fragen, heißt die postmoderne Gesellschaft nicht zu wollen.« Die Welt, so Bolz, ist zu komplex für zurechenbare Schuld. Das Zauberwort heißt *systemisch*: »Wenn ein Manager wegen spektakulärer Fehlinvestitionen entlassen wird oder ein Innenminister wegen einiger Übergriffe der Polizei den Hut nimmt, dann wird auf einzelne zugerechnet, was sich systemisch ergeben hat.« Wirklich?

Provokant gemeint ist Ulrich Pfeiffers Attacke auf die »Zeitreichen«. Die Organisationsprinzipien der Großparteien stellen eine eklatante Benachteiligung der beruflich hochengagierten Funktionseliten dar. Einfluß in Parteien sei an unzumutbare Zeitinvestitionen gebunden. Wie lang, fragt man sich nach der Lektüre von Pfeiffers Analyse, lassen sich die »Zeitarmer« (die gelegentlich Geldreiche sein können) die Bevormundung durch »Zeitreiche« (also Beamte, Lehrer, Rentner, Teilzeitschäftige usw.) gefallen? Wir sind an einer (ruhig saftigen) Antwort auf diesen Böllerschuß hoch interessiert. Falls der (zum Beispiel) sozialdemokratische Organisations-Konservatismus noch provozierbar ist, hier müßte er aufschreiben.

Peter Glotz



Stahlarbeiter demonstrieren in Frankfurt gegen Bankenmacht

Foto: dpa

KONRAD SCHACHT

Krise ohne Ventil

Fünf Anmerkungen zur hessischen Kommunalwahl

Die hessischen Kommunalwahlen vom 2. März 1997 wurden im Vorfeld als Test dafür bewertet, wie die Krise von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Deutschland von der Wählerschaft »verarbeitet« wird. Die Reaktionen der Hessen waren vordergründig so, wie es der großen Mehrheit der politischen Klasse in ihr Wahrnehmungsschema paßt: Die beiden großen Parteien konnten moderat zunehmen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stagnierten, die FDP wurde für ihren antisozialstaatlichen Kurs in Bonn abgestraft und die Rechtsradikalen büßten Stimmen ein. Das Ergebnis stabilisiert die Landesregierung in Wiesbaden, weil es die rot-grüne Machtbasis im Land ausweitete, und stützt Kohl, weil es nicht zu dem befürchteten Debakel kam und weil den Liberalen die gelbe Karte wegen ihrer Bonner Politik gezeigt wurde.

1. Schlechte Werte für Kohl

Stimmt diese Interpretation? Zeigt die hessische Kommunalwahl, daß die deutsche Demokratie quasi ultrastabil die Kumulation ökonomischer und sozialer Krise bewältigt? Ist sie ein Indikator dafür, daß wir endlich nicht nur eine »Schönwetterdemokratie« haben?

Wie war die Bundesstimmung zum Zeitpunkt der hessischen Wahl, wenn man die Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen vom März 1997 zugrunde legt:

- 58 Prozent meinten, die Bundesregierung mache ihre Arbeit eher schlecht; 23 Prozent meinten, die SPD würde es besser machen.
 - 56 Prozent möchten Kohl nicht wieder als Kanzler haben.
 - 85 Prozent halten die Arbeitslosigkeit für das wichtigste Thema in Deutschland.
 - 79 Prozent halten die Renten für nicht gesichert.
 - 50 Prozent erwarten eher mehr, 8 Prozent eher weniger Steuern durch die Steuerreform.
 - 55 Prozent rechnen damit, daß es mit der deutschen Wirtschaft eher abwärts geht.
 - 52 Prozent meinen, der Euro bringe Deutschland Nachteile, 10 Prozent erwarten Vorteile.
- Die demoskopische Bilanz für die Regierung Kohl ist so vernichtend wie die objektive wirtschaftliche und soziale Realität, die sie zu ver-

antworten hat. Trotzdem konnte die CDU in Hessen zulegen, kam es nicht zu einer massiven Gegenreaktion der Wählerschaft. Liegt es daran, daß es sich doch um eine reine Kommunalwahl handelt, was die unterschiedlichen regionalen und lokalen Ergebnisse nahelegen? Dies würde den bisherigen Theorien des Wählerverhaltens bei Kommunalwahlen widersprechen, die von starken gesamtsystemaren Faktoren bei Kommunalwahlentscheidungen ausgehen.

2. SPD keine Alternative

Wichtig zum Verständnis ist der Rückblick auf die bundespolitische Konstellation bei der letzten hessischen Kommunalwahl 1993. Auch diese Wahl fand während eines dramatischen Vertrauensstiegs der Bonner CDU/CSU/FDP-Regierung statt: Laut Forschungsgruppe Wahlen waren die Zufriedenheitswerte für die Bonner Regierung 1993 etwa genauso schlecht wie 1997. Die Asyldebatte und die spektakulären Erfolge der Rechtsradikalen waren die sichtbarsten Zeichen der Krise der Bonner Koalition vor vier Jahren. Auch vor vier Jahren war die SPD in Bonn ebenfalls im Negativbereich, was die Zufriedenheitswerte betrifft. Auch vor vier Jahren wurde sie nicht als qualitativ bessere Alternative gesehen.

Die Kommunalwahl 1997 hat weitgehend wiederholt, was 1993 auf dem Hintergrund der damaligen Bonner Politikkonstellation bereits vollzogen war. In Hessen konnte 1993 die SPD nicht von der Krise der Bonner Politik profitieren, diesen Bonus im Rahmen der Dialektik der Machtebenen bekamen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Rechtsradikalen. Deshalb muß zum besseren Verständnis der Kommunalwahl 1997 verglichen werden, wie sich die Kommunalwahlergebnisse 1989, 1993 und 1997 in Hessen darstellen:

	1989	1993	1997
Wahlbeteiligung	78,0	71,3	66,0
SPD	44,8	36,4	38,0
B90/DIE GRÜNEN	9,1	11,0	11,0
CDU	34,3	32,0	33,0
FDP	4,8	5,1	6,6
REPS	0,7	8,3	6,6
WAHLG.	3,4	5,7	5,9

(Quelle: HSL; dargestellt sind die Ergebnisse der Stadtverordnetenwahlen in den kreisfreien Städten und der Kreiswahlen in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden)

Der Trendvergleich zeigt, daß die SPD 1997 den Einbruch von 1993, den sie atypischerweise als Bonner Oppositionspartei bei einer Kommunalwahl hinnehmen mußte, nur sehr begrenzt rückgängig machen konnte. Die CDU hatte ihre starke Position als hessische Kommunalpartei, die sie gegen das SPD-regierte Bonn erkämpft hatte, bereits nach dem Bonner Machtwechsel zur Kohl verloren und dümpelt nun auf niedrigem Niveau. Dies zeigt zum Beispiel der Trend der Kreiswahlergebnisse für die CDU in Hessen:

1981	46,9 Prozent
1985	40,5 Prozent
1989	34,5 Prozent
1993	31,9 Prozent
1997	32,8 Prozent

Die Bündnisgrünen haben in Hessen eine gefestigte Position als dritte Kraft und konnten von der Krise der Kohl-Regierung diesmal ebensowenig profitieren wie die SPD. Bemerkenswert und in der publizistischen Kommentierung unterschätzt sind die Erfolge der Rechtsradikalen, die sich als vierte Kraft im hessischen Kommunalparteiensystem etablieren konnten. In einzelnen Kreisen, Städten und Gemeinden kamen sie auf beachtliche Ergebnisse wie in Offenbach 10,8 Prozent; Wiesbaden 9,9 Prozent; Frankfurt 6,2 Prozent; Hanau 14,5 Prozent; Main-Kinzig-Kreis 10,2 Prozent; Kreis Waldeck-Frankenberg 9,0 Prozent; Kreis Marburg-Biedenkopf 8,6 Prozent. Seit der Bundestagswahl bauen sie ihr absolutes Stimmenpotential wieder aus, d.h. ihre Ergebnisse sind nicht auf die niedrige Wählermobilisierung zurückzuführen. Während die Politik wegen der rückläufigen Gewaltwelle beruhigt ist, profitieren die Rechtsradikalen genau von diesem Phänomen wahlstrategisch, weil es sie wieder »akzeptabel« macht und vom Stigma der »Gewaltnähe« befreit. Die Abservierung Schönhubers und die vorsichtigeren Selbstdarstellung könnten Früchte in den Parlamenten tragen.

3. Kein Gegenschlag zur Bonner Krise

Der Einfluß der Bonner Politik zeigte sich 1997 bei der Kommunalwahl vor allem im weiteren Rückgang der Wahlbeteiligung: 1989 gingen noch 78 Prozent zur Kommunalwahl, 1997 noch 66 Prozent. Immer weniger Wähler glauben, daß sie mit ihrer Stimme einen Denkkzettel erteilen können; dies schwächt dann beson-

ders die Bonner Oppositionsparteien, die gerade bei Kommunalwahlen bessere Mobilisierungschancen haben als die Bonner Kanzlerparteien. Daß die CDU in Hessen bei einer Kommunalwahl Mobilisierungsschwächen hat, ist »normal«, daß nun auch die Bonner Oppositionsparteien in einer Kommunalwahl bei einer gravierenden Krise der Bonner Politik nicht »zum Gegenschlag« kommen, ist bedenklich. Wenn man beispielsweise vergleicht, wie die hessische CDU von der Bonner Renten-debatte 1977 profitierte, dann wird die Veränderung deutlich. Bei den Kreiswahlen 1972 kam die CDU auf 38 Prozent, bei den Kreiswahlen 1977 auf 47,4 Prozent; die SPD stürzte als Reaktion auf die damalige Krise ihres Kanzlers in den Keller: 51,5 Prozent 1972, 42,7 Prozent 1977. Die Wahlbeteiligung ging nur ganz geringfügig zurück, weil eben die CDU sehr stark mobilisieren konnte und die SPD wegen Bonn massive Mobilisierungsschwächen hatte. Diese »Asymmetrie« der Mobilisierungskraft hilft jetzt den Bonner Oppositionsparteien nicht mehr so sehr, wohl deshalb, weil ihre Anhänger nicht mehr daran glauben, daß ihre Rezepte zur Krisenbewältigung besser wären als die der antierenden Regierung. Der Denkkzettel wird dann überflüssig. In diesem Befund steckt der »Bonner Einfluß«. Ändern wird sich das erst, wenn die Bonner Opposition technokratisch kompetente und emotional mitreißen-der Gegenkonzepte entwirft und sie personal glaubwürdig präsentiert.

4. Schwache rot-grüne Gegenmobilisierung

Die hessische Kommunalwahl hat die Volksparteien nicht bestätigt, wie manche Kommentatoren schrieben. 1989 repräsentierten sie noch 60 Prozent der Wahlberechtigten, 1997 noch 46 Prozent. Politische Apathie und Pluralisierung des Parteiensystems schreiten weiter fort. Für die SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das »linke Lager« also, ist dabei bedenklich, daß das »rechte Lager«, die politische Basis der Kohl-Regierung, auch unter ungünstigen Bedingungen mobilisierungsfähig ist. Dies zeigen die Ergebnisse der Direktwahlen in Hessen, bei denen das pluralistische Parteiensystem in den Großstädten in ein zweipoliges System der beiden Spitzenkandidaten verwandelt wird. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fällt es schwer – auch bei erklärtem Willen der Führungsgruppen, den rot-grünen Kandidaten zu tragen – ihre Wähler voll zu mobilisieren. Das rechte Lager scheint diese Integrationsleistung besser zu

vollbringen und ist wahrscheinlich politisch homogener und wegen der Altersstruktur mobilisierbarer als das rot-grüne Lager. Die Folge ist, daß die CDU in den hessischen Großstädten fast überall die direkt gewählten Oberbürgermeister/innen stellt, während die SPD selbst bei günstiger Ausgangslage wie in Wiesbaden scheitert.

5. Apathische Wählermassen als bedrohliches Potential

Was sind die bundespolitischen Signale der hessischen Kommunalwahl, wenn man die Argumente und Daten Revue passieren läßt? Es gelingt dem rot-grünen Oppositionslager in Bonn nicht, aus der Krisensituation der kon-

servativen Politik bei Kommunalwahlen Kapital zu schlagen. Gegen die katastrophale Lage der Bundesregierung fand bei den hessischen Wahlen kein »Aufstand« statt, der sich in einer massiven rot-grünen Gegenmobilisierung zeigte. Apathie angesichts der Krise, die viele Menschen materiell und existentiell bedroht (gerade aus der Wählerschaft von rot-grün), zeigt den Kern des linken Politikversagens angesichts einer für die Geschichte der Bundesrepublik in ihrer Massivität neuen Krisenkonstellation. Ob dies für den amtierenden Kanzler und sein Lager mittelfristig Anlaß zur Freude sein wird oder ob sich in den zur Zeit apathischen Wählermassen neue politische Bewegungen mit bedrohlichem Potential formieren, wird die Zukunft zeigen.

Ende der Konsumgesellschaft: Empörte Bergleute brechen in die Bonner Bannmeile ein

Foto: dpa



Eine Partei der Zeitreichen und Immobilien

Folgerungen für eine Strukturreform

Die SPD ist gegenwärtig nach einem einfachen Regionalprinzip organisiert. Ortsvereine, Unterbezirke, Bezirke und Landesverbände sind hierarchisch aufgebaut. Wer Karriere machen will, muß in den Ortsvereinen seine Sporen verdienen, die Versammlungen besuchen, sich an Diskussionen über alles und jedes beteiligen, am Wahlkampf teilnehmen oder sonstige Aktivitäten organisieren. Der Ortsverein wählt Delegierte. Kandidaten für den Bundestag werden durch die Ortsvereine eines Wahlkreises bestimmt, nachdem die Kandidaten ihre Vorstellungstour durch die Ortsvereine absolviert haben. Das System einer regional organisierten Hierarchie dominiert den Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozeß.

I.

Als Folge dieser Organisationsform muß jeder, der einen Aufstieg in der Partei erreichen und sich nur minimale Mitwirkungsmöglichkeiten erarbeiten will, vor allem viel Zeit aufwenden und sich in den verschiedenen Gruppen und Gremien bekannt machen. Ohne physische Präsenz und hohen Zeitaufwand gibt es kaum Mitbestimmungsmöglichkeiten. Natürlich empfiehlt es sich auch, seinen Wohnort nicht zu wechseln, denn der Ortswechsel entwertet bisher mühsam aufgebaute Kontakte, Bekanntheitsgrade und jahrelange Zeitinvestitionen. Bekanntheit als Voraussetzung von Wählbarkeit setzt in der Regel räumliche Immobilität und hohes zeitliches Engagement voraus.

Das System geht stillschweigend von der Annahme aus, daß die einzelnen über ähnliche Zeitbudgets verfügen, um für die Parteiarbeit präsent zu sein. Genau diese Voraussetzung ist heute immer weniger erfüllt. Die zeitlichen Beanspruchungen durch Beruf und Familie haben sich extrem aufgefächert. Immer mehr erwerbstätige Mütter verfügen kaum noch über Freizeit. Immer mehr Freiberufler, Manager, Spitzenbeamte oder Erwerbstätige in technisch anspruchsvollen Berufen, in denen ein ständiges Lernen Voraussetzung des beruflichen Erfolgs wird, können kaum Zeit und Energie aufbringen, um sich ständig am Bin-

nenleben einer Partei zu beteiligen. Unsere Gesellschaft läßt sich immer ausgeprägter in zeitreiche und zeitarme Menschen aufteilen. Zwar hat der Tag für jeden 24 Stunden, doch immer mehr können von einer 40-Stunden-Woche nur träumen und sind ständig bis an ihre Kapazitätsgrenze durch berufliche und familiäre Pflichten ausgelastet. Der Zeitfraß der Parteiarbeit kann nur von denen verkraftet werden, die über viel Zeit verfügen.

II.

Das Mittelmanagement der Partei wird dementsprechend immer mehr von zeitreichen Personen dominiert. Die Gründe für Zeitreichtum im Einzelfall sind unterschiedlich. Da gibt es solche, deren Karriere abgeschlossen ist. Da gibt es solche, die sich einen Nischenberuf mit geringer zeitlicher Beanspruchung gesucht haben. Da gibt es solche, die in wettbewerbsfreien Bereichen weitgehend streßfrei arbeiten oder aus anderen Gründen über viel freie Zeit verfügen. Das Paradebeispiel sind hierfür viele Lehrer, die neben viel verfügbarer Zeit auch gute Gründe haben, sich in der Politik zu engagieren, weil ihre Arbeitsbedingungen so ausgeprägt durch die Politik bestimmt werden.

Natürlich gibt es auch Ausnahmen. Es gibt Freiberufler und Manager, auch einzelne Unternehmer, die bei hohem Engagement Zeit für politische Aktivitäten in der Partei finden und dafür nicht selten hohe Einbußen in Kauf nehmen. Es gibt auch die Mutter von drei Kindern, die halbtags arbeitet und sich trotzdem noch in den Stadtrat wählen läßt, weil sie zu viele konkrete Ärgernisse passiv hinnehmen mußte und jetzt selbst für ihre Änderung eintreten will. Das sind jedoch Ausnahmen. In der Masse ist die SPD eine Partei der Zeitreichen und der räumlich Immobilien geworden.

III.

Dies hat Rückwirkungen auf die Diskussions Themen und die Inhalte. Personen mit hoher eigener Verantwortung im Wirtschaftsleben oder Vertreter von Berufen mit hoher Wettbe-

werbsintensität in innovativen Wirtschaftsbereichen sind unterrepräsentiert. Es dominieren die Erfahrungen und Wünsche derer, die in den weniger zeitbeanspruchenden Berufen oder Positionen arbeiten. Hinzu kommt, daß eine nur nach dem Regionalprinzip organisierte Partei ihre Auswahl auf der Grundlage von allgemeinen Wald- und Wiesendiskussionen über unterschiedliche Themen trifft. Der einzelne Kandidat, der sich aufstellen lassen will, muß vor allem rhetorisch glänzen. Er muß in der Lage sein, zu unterschiedlichen Themen – auch zu Themen, von denen er keine Ahnung hat – wohlklingend und akzeptabel zu reden. Das erfordert eine ständige Reproduktion vorfabrizierter Meinungen, die von anderen erarbeitet wurden. Auf diese Weise entsteht ein Kodex sozialverträglichen Wissens, hinter dem oft nicht die kritische Analyse der Personen steht, die sie vertreten, sondern komplizierte Abstimmungs- und Gremienverfahren, in denen Second-Hand-Positionen so miteinander verknüpft wurden, daß sie, gemessen an den bisherigen Doktrinen und Meinungen, verträglich sind. Die einzelnen sind gezwungen, vorfabrizierte Meinungsblöcke relativ unkritisch zu übernehmen. Ein großer Teil der Zeit wird verbraucht, um die Klärung von Binnenproblemen, das Abgleichen mit vorangegangenen Positionen und Traditionsmeinungen zu bewältigen. Zu wenig Zeit wird für die selbstständige kritische Auseinandersetzung mit neuen Wirklichkeiten aufgebracht. Der Meinungsbestand der Partei bleibt durch eine ständige, zumindest partielle, Realitätsverweigerung gekennzeichnet, obwohl die meisten Einzelpersonen unter vier Augen in Bereichen, in denen sie sich auskennen, ganz andere Auffassungen vertreten. Die SPD wird zu einer Partei der »Unter-vier-Augen-Reformer« bei hoher kollektiver Realitätsverweigerung. Das Beispiel Ladenschluß oder die Auseinandersetzung um die Zukunft des Sozialstaats bieten ein Lehrstück dafür.

IV.

Die Strukturmerkmale der inneren Entscheidungs- und Meinungsbildungsprozesse fördern einen Konservatismus, weil alle neu auftauchenden Themen und Probleme an geheiligten Positionen und Beschlüssen gemessen werden. Eine Lösung dieses in erheblichem Umfang organisationsbedingten Konservatismus könnte darin bestehen, andere Beteiligungs- und Mitbestimmungsformen zuzulassen. Im Kern geht es darum, die ständi-

ge zeitliche Präsenz und räumliche Immobilität nicht mehr zur Voraussetzung von Mitbestimmungsmöglichkeiten zu machen. Das erfordert Organisationen, die nicht auf der Basis von hohen Zeitinvestitionen, sondern auf der Basis von Zustimmung zu Inhalten gebildet werden. Rein technisch würde dies erfordern, daß neben den Ortsvereinen Konzeptionsvereine, z.B. auf Unterbezirksebene, zugelassen würden, in denen sich Mitglieder zusammenschließen, die keinem Ortsverein als stimmberechtigte Mitglieder angehören, sich aber auf der Basis einer Zustimmung zu einer formulierten politischen Konzeption organisieren wollen. Wichtig wäre natürlich, daß Konzeptionsvereine zu verpflichten wären, alle zentralen politischen Themen abzudecken, um zu vermeiden, daß sich Bauer, Lehrer und andere Berufe in *Single-Issue*-Vereinen zusammenschließen und sich nur mit ihren Hobbythemen befassen.

Konzeptionsvereine hätten den Vorteil, daß man, gestützt auf schriftliche Äußerungen von Vorständen oder einzelnen Mitgliedern, eine Position beziehen kann. Politisches Engagement wäre nicht an hohen Zeitaufwand gebunden. Die innere Verfassung von Konzeptionsvereinen wäre im übrigen natürlich nach den gleichen demokratischen Spielregeln zu organisieren wie die der Ortsvereine. Als wichtige Veränderung wäre schriftliche Abstimmung nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Natürlich könnten auch Ortsvereine in unregelmäßigen Abständen öffentliche Veranstaltungen und Versammlungen organisieren. Physische Präsenz und Darstellung nach außen bleiben im politischen Leben wichtig. Natürlich würden die Vorstände von großen Konzeptionsvereinen de facto auch Berufspolitiker sein können. Allerdings würde sich ihre Zustimmung anders organisieren und würden neue Themen und neue Positionen in anderer Weise erarbeitet. Es wäre leichter möglich, kleine engagierte Gruppen innerhalb der Konzeptionsvereine mit der Formulierung neuer Positionen zu beauftragen, die dann zur Abstimmung gestellt werden.

Im Ergebnis könnten sich in den Konzeptionsvereinen Mitglieder engagieren, die bisher wenig Chance zur Partizipation hatten. Natürlich käme es zu einer anderen Auswahl und es würden sich z.T. Personen, die bisher kein Interesse an einer Mitarbeit in der SPD hatten, in Konzeptionsvereinen engagieren. Auf den überregionalen Parteitag würden die Konzeptionsvereine entsprechend ihrer Mitgliederzahl stimmberechtigte Delegierte entsenden können.

V.

Es liegt auf der Hand, daß die aktiven Parteimitglieder mit Empörung auf einen solchen Vorschlag reagieren. Ihre Position: „Wer politisch aktiv sein will, der soll gefälligst zu uns kommen.“ Diese spontane Antwort ist verständlich. Sie geht jedoch an der Realität einer ungleicher werdenden Gesellschaft vorbei. Die Zeitreichen genießen das Privileg, mehr politischen Einfluß zu gewinnen, weil sie leichter präsent sein können. Wer zweimal in der Woche spät abends nach 22 Uhr von einer Dienstreise zurückkommt, dessen politische Beteiligungsmöglichkeit in einem Ortsverein steht nur auf dem Papier. Als Mitglied eines Konzeptionsvereins könnte man die Position eines Kandidaten in Ruhe im Zug auf der Reise lesen und seine Meinung schriftlich in einer Abstimmung äußern. Als Mitglied eines Ortsvereins bleiben die Zeitarmen häufig draußen vor der demokratischen Tür, weil sie gerade im Zug oder Flugzeug sitzen oder sich berufsbedingt an einem anderen Ort aufhalten oder bis spät in die Nacht arbeiten, weil Termine eingehalten werden müssen. Angesichts der ungleich verteilten Zeit sollten die Zeitreichen den Zeitarmen die Chance bieten, sich zeitsparend und -flexibel zu organisieren und zu engagieren. Die demokratische Basis der SPD würde breiter. Die SPD würde offener für heterogene Gruppen. Sie hätte allerdings in Zukunft auch heterogenere Erfahrungen zu integrieren und zu verarbeiten. Gerade das kann einer Partei, die Mehrheiten gewinnen will, im Ergebnis nur gut tun.

Wenn die reale Basis für die Rekrutierung des Führungspersonals der SPD und die reale Basis für die Formulierung von Positionen sowie das Einbringen von Erfahrungen immer schmaler wird, schrumpfen die Chancen, Mehrheiten zu gewinnen. Konzeptionsvereine gleichberechtigt neben Ortsvereinen dürften die Durchsetzungschancen der SPD und auch ihre Glaubwürdigkeit erhöhen.

VI.

Unterschiedliche Organisationsprinzipien führen zu unterschiedlichen Entscheidungsergebnissen. Leider kann man nur Vermutungen über das Ergebnis anstellen. Wenn sich mehr Personen an Entscheidungen beteiligten, die aus wettbewerbsintensiven Bereichen kommen, dann werden alle Versuche, unsere

Gesellschaft stärker über Wettbewerb zu organisieren, eher Zustimmung finden. Die Diskussion würde z.T. spezialisierter und technokratisch kompetenter. Natürlich bleiben politische Wertentscheidungen das Herzstück jeder Auseinandersetzung in der Partei. Fragen nach dem optimalen Weg in die Währungsunion, den optimalen Förderstrategien für Ostdeutschland, der günstigsten Organisation der Berufsausbildung, dem optimalen Einkommensteuertarif, der beschäftigungsfördernden Organisation des Arbeitsmarktes lassen sich jedoch nicht nach frei schwebenden Werturteilen entscheiden. Es ist jeweils ein detailliertes Wissen über die Funktionsweise unseres Wirtschaftssystems erforderlich. Es wird immer dringlicher, eine Balance der Erfahrungen zu gewinnen. Konzeptionsvereine wären ein Ort der stärker an Wirkungen und Umsetzungsproblemen engagierten Diskussion. Das Tempo der Bewältigung neuer Themen ließe sich beschleunigen.

Die Erfahrungen zeigen, die SPD befindet sich in einem ständigen Meinungswandel. Allerdings hat sich die Wirklichkeit noch schneller verändert. Meinungen, die man heute als Allgemeingut über die Anpassungen am Arbeitsmarkt vertreten kann, wären vor 15 Jahren noch Häresie gewesen. Dennoch blieb eine ständige Lücke zwischen Veränderungen der Realität und ihrer Verarbeitung in neuen Konzepten. Die SPD muß jedoch konzeptionell auf eine Überholspur geraten und darf den Ereignissen nicht ständig nachlaufen. Nur eine innovationsfreudige Partei, die den Wählern glaubhaft macht, daß ihr die Realitätsbewältigung gelingt und die Menschen mit ihren vielen großen und kleinen Sorgen bei ihr gut aufgehoben sind, wird politisch dominant sein können. Eine Partei, die von den Zwängen der Wirklichkeit jeweils in letzter Minute zu gerade noch erkennbaren Reformen getrieben wird, kann keine intellektuelle Führung übernehmen.

Eine innovationsfreudige SPD wird es bei der gegenwärtigen Methode der Rekrutierung ihres Führungspersonals kaum geben können. Die SPD als eine Partei der Immobilen und Zeitreichen, als eine Partei der ritualisierten, von ökonomischen Privattheorien dominierten Diskussionen, als Partei der Fixierung auf einige wenige Themen wird strukturell ständig zu spät kommen. Sprache und Themenwahl, Kommunikationsformen und Personenauswahl genügen der Realität unserer Gesellschaft nicht mehr. Eine Volkspartei muß wichtigen Eliten Artikulations- und Partizipationsmöglichkeiten bieten.

Keine Sorge

**Volksfürsorge
Autoversicherung**

**Alle Autofahrer
aufgepaßt:**

spezial

Können Sie es sich leisten, Geld zu verschenken?

Manche Leute verpulvern aus lauter Gewohnheit Jahr für Jahr erhebliche Summen – Geld, das sie bei einem einfachen Preis-Leistungs-Vergleich bequem sparen könnten.

Zum Beispiel sind viele Pkws noch immer viel zu teuer versichert, obwohl es doch die Super-

Spartarife der Volksfürsorge gibt – und das bei vollem Volksfürsorge-Service!

Nehmen Sie sofort Kontakt mit uns auf: Wir rechnen Ihnen auf Mark und Pfennig aus, wieviel Geld Sie im Jahr sparen können, wenn Sie Ihren Pkw jetzt bei der Volksfürsorge versichern.

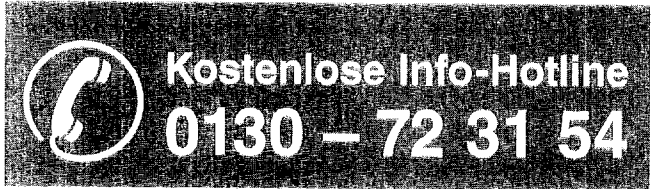
Auch wenn Sie im Moment keinen Fahrzeugwechsel planen und ein Versichererwechsel deshalb erst zum 01.01.1998 möglich ist, sollten Sie nicht zögern:

Den einmal ausgerechneten Beitrag garantiert Ihnen die Volksfürsorge für das ganze Jahr 1998.

Zwei Wege für Sie, bares Geld zu sparen:



Nur kurz anrufen und einen Beratungstermin vereinbaren. Das ist am einfachsten für Sie!



2.

**So geht es auch:
Daten in den Coupon eintragen
und sofort ab die Post!**

Mit Ihren Super-Spartarifen unterstreicht die Volksfürsorge wieder einmal nachdrücklich ihr traditionelles Engagement für die Belange der Arbeitnehmer.

Sicher fahren – sicher sparen:

Volksfürsorge
Versicherungen

Name, Vorname		Berufliche Tätigkeit	
Straße, Haus-Nr.		Geburtsdatum	Sozialversicherung
PLZ/Wohnort		Telefon tagsüber	
Anzahl Kennzeichen	Kfz-Kategorie	Schlüsseln	Dez. Beitragssatz
Datum der Erstzulassung	Fahrzeugtyp	Schlüsseln	Dez. Schadenfreiheitsklasse
Leistung (kW oder PS)	Dez. Fahrzeugwert ca.	DM	Dez. Schadenfreiheitsklasse
* Schlüssel: 2, ** Schlüssel: 1 in Ihrem Fahrzeugschein		Halbfahrt: % Vollkasko % Halbfahrt-SF: Vollkasko-SF Jährl. Fahrleistung bis: 10.000 km 20.000 km 25.000 km über 25.000 km	
Tarifgruppe: B (normal) ☐ B (Besmie) ☐ A (Agrar) ☐ Das Fahrzeug wird ausschließlich in den Staaten der Europäischen Union, der Schweiz, Norwegen, Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Slowenien und Kroatien gefahren. ja ☐ nein ☐		Jeder männliche Fahrer hat das 21. Lebensjahr vollendet ja ☐ nein ☐ Jeder Fahrer/in hat die Fahrprüfung in den Staaten der Europäischen Union, der Schweiz oder Norwegen abgelegt ja ☐ nein ☐ Garagenfahrzeug ja ☐ nein ☐ Alleinfahrer ja ☐ nein ☐ Nur Halter und Partner fahren ja ☐ nein ☐ Sicherheitstraining ja ☐ nein ☐ Zweitfahrzeug ja ☐ nein ☐ Werkangehöriger eines Automobilherstellers ja ☐ nein ☐	
☐ Vollkasko ohne Selbstbeteiligung (SB) ☐ mit 300 DM SB ☐ mit 650 DM SB ☐ mit 1.000 DM SB ☐		☐ Teilkasko ohne Selbstbeteiligung (SB) ☐ mit 300 DM SB ☐ mit 650 DM SB ☐ mit 1.000 DM SB ☐	

Coupon bitte im frankierten Umschlag einsenden an:
Volksfürsorge Versicherungsgruppe · Kfz-Kundenservice · 20084 Hamburg



Innovationen für Deutschland

In der Diskussion um die Zukunftssicherung Deutschlands wird von Politik und Wirtschaft die Trias Deregulierung, Flexibilisierung und Lohnverzicht immer wieder als unverzichtbare Bedingung für mehr Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung angeführt. Diese Strategien werden in Europa schon seit geraumer Zeit verfolgt – mit wenig Erfolg: Trotz gewaltiger Anstrengungen leiden die meisten europäischen Staaten weiterhin unter Beschäftigungskrisen und Wachstumsproblemen. Das Versagen der neoliberalen Strategie ist immer offensichtlicher, dem Standort Deutschland wird damit mehr Schaden als Nutzen zugefügt. Sozial und politisch untragbar wird die Krise langfristig noch dadurch verschärft, daß die Inlandsnachfrage, die für ökonomisches Wachstum und den Erhalt der Arbeitsplätze unabdingbar ist, verringert wird und dringend benötigte Investitionen unterbleiben. Anpassung an den Schwächsten, d. h. Abbau des Sozialstaates, Billigproduktion und Niedrigtechnologie, sind nicht die geeigneten Reaktionen auf den verschärften internationalen Wettbewerb und zur effektiven Zukunftssicherung.

Eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Ankurbelung der Binnennachfrage und die Schaffung neuer Arbeitsplätze können nur erreicht werden, wenn Pionierarbeit auf neuen Gütermärkten, in der Produktinnovation, der Hochtechnologie und neuen Produktionsstrategien geleistet wird. Es kann nicht um den Abbau hoher Standards gehen, sondern, im Gegenteil, um Sicherung und Ausbau dieser Standards, um höchste Ansprüche an die Innovationsfähigkeit und die Qualität der Produkte, der Produktion und Dienstleistungen. Dabei bilden Deutschlands traditionelle Stärken, wie hoher Ausbildungsstand, Qualifikation und Innovationsstalent das entscheidende Fundament für eine zukunftssichernde Innovationspolitik. Sträflich, daß diese Stärken heute in Wirtschaft und Politik so sehr vernachlässigt werden: Defizite zeigen sich bei der Forschungstätigkeit, der Umsetzung der Forschungsergebnisse in Produkte und Verfahren, bei der Infrastrukturausstattung für die Ansiedlung ausländischer Forschung und Entwicklung, bei der Prozeßinnovation, bei der Etablierung industrieller und hochqualifizierter Dienstleistungen und schließlich auch bei der Erneuerung des Bildungswesens.

Produktbereich

Deutschland, noch Europas größter Technologielieferant, läuft Gefahr, im Bereich der Forschung und Entwicklung zunehmend seine internationale Bedeutung zu verlieren. Die noch beachtliche Position deutscher Unternehmen im Technologiewettlauf beruht vor allem auf früheren Zukunftsinvestitionen. Doch der Abstand zu führenden Ländern wird größer, während andere aufholen. Die sinkende Anzahl von Patentanmeldungen in Spitzentechnologien, sinkende Ausgaben für Forschung und Entwicklung, sinkende Anteile neuer Produkte am Umsatz der Unternehmen und sinkende Welthandelsanteile an forschungs- und entwicklungsintensiven Waren markieren eine alarmierende Entwicklung. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen scheiden zunehmend aus der industriellen Forschung und Entwicklung aus und verlieren dadurch nach und nach ihre Innovationsfähigkeit. Erfahrungen andernorts zeigen jedoch, daß gerade diese Betriebe eher in der Lage sind, den künftigen Marktbedarf zu erkennen, schnell und flexibel zu reagieren. Damit bergen sie ein erhebliches Wachstumspotential, das nicht aufs Spiel gesetzt werden sollte.

Doch nicht nur hinsichtlich der Forschungsaktivitäten selbst, sondern auch bei der Umsetzung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und technologischen Errungenschaften in industrielle und kommerzielle Erfolge zeigen sich in Deutschland erhebliche Mängel: Vor allem fehlt es an ausreichenden Verbindungen zwischen Hochschulen, Unternehmen und Behörden. Diese Entwicklung hat nicht nur negative Auswirkungen auf die Produktinnovation, sie läßt darüber hinaus auch vermuten, daß deutsche Unternehmen ihr Forschungs- und Entwicklungsengagement verstärkt im Ausland ansiedeln werden, und das stärker als umgekehrt. Dies gilt besonders für neue Technologiefelder ohne Standortbindung, wie z. B. die Bio- und Gentechnologie oder neue Generationen von Halbleiternmodellen. Unternehmen tendieren dazu, dort zu forschen, wo auch die Märkte sind – und eben diese scheinen in Deutschland wegzubrechen. Wenn dagegen Marktpulse für hochwertige, innovative Systeme und Produkte, d. h. entsprechende Anwendungsmöglichkeiten für neue Technologien und hohe Qualitätsstandards, existieren, erhöht sich die Attraktivität des Standortes und die Bereitschaft internatio-

nalere Unternehmen, hier zu forschen und zu investieren. Sollen weiterhin multinationale Unternehmen ihre Forschungsaktivitäten in Deutschland ansiedeln, ist es notwendig, das geeignete Umfeld hierfür zu stärken, d. h. Märkte zu schaffen und auszubauen. Die Aufgabe der Wirtschafts- und Technologiepolitik ist in diesem Zusammenhang, ihren Schwerpunkt auf die Schaffung der geeigneten Rahmenbedingungen zu setzen, hochwertige Anwendungen zu fördern, Anwendungsmöglichkeiten für neue Technologien und Akzeptanz dafür zu schaffen. Anspruchsvolle Absatzmärkte mit hohen Qualitätsstandards und die Nähe zu kompetenten Zulieferern haben in der Vergangenheit den Anreiz für internationale Unternehmen ausgemacht, in Deutschland zu forschen, zu investieren und zu produzieren; dieser muß erhalten bleiben.

Forschung und Entwicklung

All diesen Herausforderungen gegenüber erweist sich die Politik der Bundesregierung als inadäquat. Der Gesamthaushalt des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie sinkt stetig und die Förderung verschiedener Projekte in Schlüsselbereichen wird immer weiter eingeschränkt. Zudem fehlt es an koordinierten Leitprojekten, anstatt dessen verwaltet das Forschungsministerium tausende zersplitterter Kleinprojekte. Dies bedeutet angesichts der Anstoßwirkung staatlicher Forschungsförderung und dringend benötigter staatlicher Koordinationsleistungen eine Schwächung der Innovationsfähigkeit Deutschlands und die Verhinderung einer gezielten Förderung von Zukunftsbereichen. Ziel muß es sein, das Niveau der Forschungs- und Entwicklungsausgaben wieder auf das der Wettbewerbsstaaten anzuheben. Gleichzeitig ist eine Koordination und Steuerung von Forschung und Entwicklung in größeren Projekten von zentraler Bedeutung für die Standortsicherung. Zur Unterstützung des FuE-Personalzuwachses, insbesondere auch in kleinen und mittleren Unternehmen, müssen Investitionen zur Sachkapital- und »Humankapitalbildung« steuerlich wieder privilegiert werden. Auf diese Weise werden Anreize geboten, langfristig Investitionen im wissenschaftlichen Bereich zu tätigen und gleichzeitig wird gewährleistet, daß der Technologietransfer nicht ins Leere läuft. Denn nur über hochqualifiziertes Personal in den Betrieben können die Transferbemühungen gelingen. Gleichzeitig müssen marktorientierte Forschungsvisionen und Leitprojekte geschaffen werden. Sie focussieren die finanzielle und planerische Hilfe des Staates – Wissen, En-

ergie und Mittel können gebündelt und effizient eingesetzt werden. Da technische Innovationen sich zunehmend interdisziplinär gestalten, muß es auch Aufgabe des Staates sein, interdisziplinäre Projekte zu fördern und hierfür die geeignete Infrastruktur bereitzustellen. Netzwerke müssen koordiniert und nicht zuletzt muß auch Risikokapital bereitgestellt werden. Auch Aktivitäten in anderen Politikfeldern, wie die Schaffung hoher Standards im Verbraucherschutz, im Arbeitsschutz, bei den Umweltauflagen etc. können die Innovationsstätigkeit in Forschung und Wirtschaft anregen. Standortnachteile, wie komplizierte und langwierige Genehmigungsverfahren, starre Arbeitszeitregelungen etc., die sich in wachsendem Maße hemmend auf die Ansiedlung von Forschung und Entwicklung auswirken und ausländische Standorte attraktiver machen, gehören zügig abgebaut. Die unmittelbare und mittelbare Forschungs- und Technologieförderung muß die zentrale Komponente einer Politik für die Zukunftssicherung Deutschlands werden.

Prozeßbereich

Doch nicht allein bei den Produkten, auch im Prozeßbereich zeigen sich Modernisierungsdefizite. Die Rahmenbedingungen industrieller Produktion haben sich verändert. Für eine moderne Volkswirtschaft ist es wichtig, daß ihre Unternehmen ein neues Grundmuster von Produktions- und Innovationsstrategien implementieren. Die wichtigsten Stichworte lauten hier: dezentrale Produktion, Kooperation verschiedener Fachrichtungen, bessere Nutzung der Qualifikation und vor allem fachliche Förderung der Humanressourcen. Noch verhalten sich die meisten Betriebe strukturkonservativ. Die Chancen der neuen Produktionskonzepte und flexibler Arbeitszeiten werden nur zum Teil genutzt. Doch heute verlangen Dynamik und mangelnde Berechenbarkeit der Entwicklungen eine größere Offenheit für Prozeßinnovationen. Es ist die Aufgabe von Staat, Wissenschaft und Verbänden, hier flankierend und unterstützend zu wirken: Die überbetrieblichen Aus- und Weiterbildungssysteme müssen auf Innovation ausgerichtet sein, neue Berufsbilder geschaffen, alte Ausbildungsberufe neu konzipiert werden. Staatliche Politik muß die Infrastruktur zur Kommunikation zwischen inner- und außerbetrieblichen Einheiten sowie die Informationsübermittlung über Nutzen und Optionen von Innovationen verbessern. Existenzgründerprogramme und Hilfen für Klein- und Mittelbetriebe sind notwendig, um den Wandel zu bewältigen.

Dienstleistungssektor

Die lebhafte Debatte um die Zukunft der Industrie ist unabdingbar, gleichwohl wird sie in aller Regel zu eng geführt. Allzu oft wird nämlich vergessen, daß Dienstleistungen für die zukünftige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft genauso bedeutsam sein werden wie das produzierende Gewerbe. Innovationspolitik in Deutschland muß daher der unbestritten wachsenden Bedeutung dieses Sektors Rechnung tragen. So wichtig wie die Förderung von Dienstleistungen im Niedriglohnsektor für die allgemeine Beschäftigungsentwicklung und insbesondere für die Integration leistungsschwächerer Arbeitnehmer auch sein mag, so sind diesem Weg deutliche ökonomische und gesellschaftliche Grenzen gesetzt. Volkswirtschaftlich sinnvoller scheint die Expansion wirtschaftsnaher Dienstleistungen wie Forschung und Entwicklung, Software- und Datenverarbeitungsdienstleistungen, Unternehmensberatung, Marktforschung etc. Sie stehen in enger Wechselwirkung mit Innovationen im Produkt- und Prozeßbereich; sie können die Produktivität der übrigen Wirtschaftsbereiche erhöhen und damit auch deren internationale Wettbewerbsfähigkeit, sie geben Innovationsimpulse und sind geeignet, die Attraktivität des Standortes zu erhöhen. Der Industriestandort Deutschland bietet dabei ideale Anschlußmöglichkeiten und beste Voraussetzungen für die Etablierung leistungsfähiger wirtschaftsnaher Dienstleistungen.

Doch vor allem in den technologischen Dienstleistungen, die zum expansiven Bereich des Welthandels gehören, zeigt sich eine alarmierende Entwicklung. Zwar hat das Volumen des deutschen Handels mit technologischen Dienstleistungen von 1991 bis 1995 deutlich zugelegt. Dennoch besteht ein erhebliches Defizit im Handelsverkehr mit dem Ausland, insbesondere hinsichtlich des Exports von Patenten und Lizenzen. Während Dienstleistungen, Messen, Werbung, Wirtschaftsprüfung, Software- und Datenverarbeitungsdienstleistungen weltweit eine starke Zunahme prognostiziert wird, werden bei uns in den meisten dieser Felder stagnierende Chancen im internationalen Wettbewerb erwartet. Dagegen wird sich die Marktposition ausländischer Unternehmen in Deutschland deutlich verstärken. Soll diese Prognose keine Realität werden, sind erhebliche Anstrengungen zum Ausbau der Dienstleistungen notwendig. Ein erheblicher Teil der Verantwortung dafür liegt bei den Unternehmen selbst. Die Politik ist jedoch gefordert, im Dialog mit den Sozialparteien, mit Wissenschaft und Verbänden

eine zukunftsorientierte Strategie zu verfolgen, den Strukturwandel zu unterstützen und geeignete Rahmenbedingungen für die Expansion des Dienstleistungssektors zu schaffen. Dazu gehört, daß komplizierte Regelwerke vereinfacht werden, europäische Vorschriften harmonisiert, Hilfestellungen bei der Kooperation von FuE-Unternehmen und produzierendem Gewerbe, bei der Bildung von Innovationsnetzwerken gegeben und neue Berufsbilder zügig geschaffen werden.

Bildungs- und Wissenschaftssystem

Das Bildungssystem ist eine zentrale Grundlage für intelligente Dienstleistungen, die Forschung, die Entwicklung und Herstellung neuer Produkte, für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und beim Abbau der Arbeitslosigkeit. Ausbildung, Qualifizierung und Weiterbildung sind das Fundament für die Zukunfts- und Standortsicherung Deutschlands. Dennoch ist das Bild von Ausbildungsplatzabbau und sinkenden Bildungsausgaben geprägt. Es ist dringend erforderlich, die Anstrengungen im Bildungswesen zu erhöhen und es insgesamt zu reformieren. Die rasanten technologischen Entwicklungen und die Notwendigkeiten, die im Umgang mit Technologien entstehen, verlangen das Aufbrechen überkommener Bildungsstrukturen. Die berufsbegleitende Weiterbildung ist unabdingbarer Bestandteil der Zukunftssicherung – für den einzelnen Arbeitnehmer wie für die Unternehmen und die Gesamtwirtschaft. Die Weiterbildung muß vierte Säule des Bildungswesens werden. Beschäftigte mit beruflicher Ausbildung müssen Aufstiegsmöglichkeiten auch ohne Hochschulbildung erhalten, neue Berufskarrieren müssen definiert und Weiterbildungsabschlüsse geschaffen werden, die diese Alternativen eröffnen. Praktisch begabte Jugendliche sollen Berufschancen bekommen; hierzu ist erforderlich, die Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen zu erhöhen und die Betriebe in die Pflicht zur Aus- und Weiterbildung zu nehmen. Fachlich kann die Aus- und Weiterbildung durch Etablierung regionaler Ausbildungsverbände und intensiver Zusammenarbeit mit den Berufsschulen und Weiterbildungsträgern optimiert werden. Hochschulen müssen möglichst vielen Leistungswilligen zugänglich sein; die Öffnung der Universitäten und Fachhochschulen für beruflich Qualifizierte, angemessene Ausbildungsförderung und die Bereitstellung ausreichenden Wohnraums sind dabei von elementarer Bedeutung.

Wer Innovation und Produktivität in Unternehmen und Verwaltungen will, muß den Beschäftigten soziale Sicherheit geben. Das eine ist ohne das andere nicht zu erreichen. Deshalb müssen auch in der Sozialpolitik mit sozialen und technologischen Innovationen und durch Mobilisierung von Kreativität und Kompetenz leistungsfähige Strukturen geschaffen werden. Das ist die richtige Alternative zum Sozialabbau. Der Sozialstaat ist und bleibt die Voraussetzung für unsere demokratische und soziale Ordnung und für eine leistungsfähige Wirtschaft. Jetzt kommt es darauf an, die Substanz des Sozialstaates zu sichern, die Qualität und Gerechtigkeit der sozialen Sicherung sowie der öffentlichen Dienste zu erhöhen und mit der Bürgernähe zu verbinden – d. h. vor allem die investive Funktion der Sozialpolitik zu stärken. Notwendig sind dabei weder Totalrevisionen noch ein Systemwechsel, sondern eine innovative Politik sozialpolitischer Reformen, die die historisch gewachsenen Institutionen an die veränderte Realität anpaßt. Die Modernisierung des Sozialstaates muß sich auf die Steigerung von Qualität und Gerechtigkeit des Systems der sozialen Sicherung konzentrieren. D. h. die gesamtgesellschaftlichen Aufgaben und Leistungen über Steuern statt über Sozialversicherungen zu finanzieren, die sozialen Sicherungssysteme umzugestalten, daß sie Armut verhindern und eine soziale Grundsicherung gewährleisten, und die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherung durch verstärkte Nutzung von Marktmechanismen deutlich zu verbessern. Und nicht zuletzt die soziale Absicherung einzelner Risikokomplexe so zu organisieren, daß die Verwaltung vereinfacht, der Zugang für leistungsberechtigte Bürgerinnen und Bürger erleichtert und die Transparenz verbessert wird.

Öffentlicher Sektor

Die umfassende Erhöhung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Sektors ist eine entscheidende Voraussetzung für erfolgreiche Innovationen in Deutschland. Der Staat selbst – seine Effizienz und Effektivität – wird zum Wettbewerbsfaktor. Ein starker öffentlicher Sektor beweist seine Stärke nicht ausschließlich in seinen unmittelbar ökonomischen Aktivitäten, die Bedeutung der Infrastrukturleistungen der öffentlichen Verwaltung geht über die materiellen Leistungen hinaus. »Weiche« Standortbedingungen – von raschen Genehmigungsverfahren über die Wissenschafts- und Bildungspolitik bis zu Aspekten der Lebensqualität (wie Kultur,

Freizeit, Sicherheit) – sind unverzichtbare Rahmenbedingungen für neue wirtschaftliche Dynamik. Bei der Modernisierung des öffentlichen Sektors geht es um die Frage, wie öffentliche Dienstleistungen wozu, wo und für wen im Rahmen der Gemeinwohlverpflichtung und des Sozialstaatsgebotes erbracht werden müssen. Dabei ist ebenso über die Delegation von Aufgaben an private Träger nachzudenken wie über einen Abbau der an Regeln und Verfahren orientierten Steuerung zugunsten einer stärkeren Ergebnisorientierung. Auch dezentrale Aufgaben-, Ergebnis- und Ressourcenverantwortung sowie die Schaffung von Wettbewerb könnten die Effizienz des öffentlichen Sektors erhöhen.

IIANS ARNOLD

Das Ende einer Legende

Anmerkungen zur Wehrmachtsausstellung

Die von dem Hamburger Institut für Sozialforschung zusammengestellte Ausstellung *Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944* hatte überall, wo sie bisher gezeigt worden war, zu mehr oder weniger lebhaften Diskussionen geführt. In München aber stieß sie darüber hinaus auf eine heftige, zum Teil hemmungslose und weit nach rechts ausladende Kritik, einschließlich des mit 5.000 Teilnehmern bisher wohl größten Aufmarsches deutscher Neonazis.

Die sich von München her entwickelnde bundesweite Auseinandersetzung über die Rolle des Militärs in Nazi-Deutschland stellte hinsichtlich ihrer Vehemenz die Auseinandersetzung in den Schatten, die kurz zuvor über die Thesen des amerikanischen Historikers Daniel Goldhagen zu der Rolle der Deutschen im Nazi-Regime entstanden war.

In 15 anderen deutschen Städten hatten ca. 160.000 Menschen die Ausstellung gesehen: in München jedoch wurde sie von über 80.000 Menschen besucht. Ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Nazi-Regimes entstand aus einer alten deutschen Sache ein neues deutsches Ereignis. Warum, stellt sich die Frage, geschah das gerade in München, warum gerade jetzt und in dieser Weise?

I.

Der thematische Gegenstand der Kontroverse ist an sich unstrittig. »Die Wehrmacht war«, wie Verteidigungsminister Röhme vor nicht allzu langer Zeit festgestellt hat, »als Organisation des Dritten Reiches in ihrer Spitze, mit Truppenteilen und mit Soldaten in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt«. Für die Spitze der Wehrmacht entstand diese Verstrickung freilich nicht erst durch den Krieg, sondern schon spätestens seit 1934. Seit der damaligen Ermordung des SA-Führers Röhm und seines Anhangs durch die SS auf Befehl und mit anschließender öffentlicher Belobigung von Hitler konnte für die führenden Wehrmachtsoffiziere kein Zweifel mehr bestehen, welchem »Führer« sie dienten. Und dieser wiederum ließ ihnen gegenüber sehr bald keine Zweifel mehr hinsichtlich seiner Kriegsziele.

Die gleichen Offiziere hatten aber zudem, wie sich aus vor kurzem aufgefundenen Dokumenten ergibt, schon Mitte der zwanziger Jahre in der von ihnen bekämpften Weimarer Republik insgeheim damit begonnen, eine neue deutsche Wehrmacht zu planen und aufzubauen. Diese sollte weit über die Bedürfnisse der Landesverteidigung hinausragen und in ihrem Umfang exakt derjenigen deutschen Wehrmacht entsprechen, die dann 1939 für den deutschen Eroberungskrieg zur Verfügung stand. An ihrer Verstrickung hatte sie von Anfang an selbst mitgewirkt. Hitler war ihr Mann, den sie, solange sie konnte, nicht enttäuschte. Es ist im übrigen nicht ohne bittere Ironie, daß zu den Planern der zwanziger Jahre auch die späteren Generäle Beck und Stülpnagel gehörten, die dann am 20. Juli 1944 daran beteiligt waren, die unabwendbare Niederlage der von ihnen aufgebauten und lange Jahre mit geführten Armee doch noch abzuwenden.

Dies alles ist ebenso unumstrittener Teil von wissenschaftlicher Forschung und Lehre wie die Tatsache, daß der Krieg des Deutschen Reiches gegen die Sowjetunion und zum guten Teil auch der Krieg auf dem Balkan nicht auf die bis dahin traditionelle Art, sondern als entschiedener Vernichtungskrieg geplant und geführt worden ist. Doch diese Kenntnisse und Erkenntnisse von Kriegsziel und Kriegsführung blieben in den letzten Jahrzehnten auf einen vergleichsweise sehr kleinen Teil der Gesellschaft der Bundesrepublik beschränkt.

Dies wollen die Veranstalter der Wehrmachtsausstellung ändern, indem sie einer breiten Öffentlichkeit, wie sie im Programmheft erläutern, zeigen, »daß die Wehrmacht an den Verbrechen in diesem Krieg aktiv und als

Gesamtorganisation beteiligt war«. Zu diesem Zwecke präsentieren sie in ihrer Ausstellung Dokumente und Fotos, mit denen sie in *drei* Fallstudien – Südsüdabschnitt der Ostfront, Weißrussland, Serbien – belegen, daß im deutschen Vernichtungskrieg der Jahre 1941–1944 von der Großdeutschen Wehrmacht – nach dem in allen Armeen der Welt geltenden Verfahren von Befehl und Gehorsam – Verbrechen begangen wurden.

II.

Alle Berichte über die Münchner Ausstellung stimmen darin überein, daß deren Besucher, die zum Teil lange Wartezeiten in Kauf zu nehmen hatten, die Exponate still, aufmerksam und gründlich zur Kenntnis nahmen. Doch bringt es die Thematik der Ausstellung offenbar mit sich, daß sich in Deutschland Zuspruch zu ihr eher still, Widerspruch zu ihr aber eher laut äußert und sich auch, wie in München, zu einer veritablen Kampagne auswachsen kann. Zwei in immer neuen Variationen und dabei auch von moderaten Kritikern artikulierte Einsprüche sind charakteristisch.

Zum einen wird der Vorwurf der Unvollständigkeit und der Unausgewogenheit und, beides zusammennehmend, der Unwissenschaftlichkeit erhoben. Man hätte, so die Forderung, ein umfassendes Bild von der deutschen Wehrmacht und vom Zweiten Weltkrieg zeigen müssen. Der Vorwurf geht an der Veranstaltung vorbei. Ausstellungen sind immer etwas anderes als wissenschaftliche Bibliotheken. Sie können auch immer nur aus den Exponaten bestehen, die den Ausstellern verfügbar sind, und sind daher immer in irgendeiner Weise unvollkommen. Sie erfüllen aber ihren Zweck, wenn mit den Exponaten ihr Thema verständlich und unverfälscht vergegenwärtigt und durch die Gestaltung der Ausstellung in einen größeren Zusammenhang eingeordnet wird.

Beides ist in der Wehrmachtsausstellung mit dem in ihrem Titel präzise benannten Thema geschehen. Dabei wollten die Aussteller vermutlich bewußt keine sozusagen »ausgewogene« Ausstellung machen, sondern das bisher in der Öffentlichkeit bestehende unausgewogene Bild von der Wehrmacht durch die Darstellung der in ihm fehlenden Teile ergänzen und korrigieren. Dies ist weder illegitim noch unseriös.

Zum anderen wird der Vorwurf erhoben, mit der Ausstellung werde der deutsche Soldat des Zweiten Weltkrieges als solcher, das heißt es würden alle Angehörigen der Wehrmacht insgesamt und ausnahmslos diffamiert, kriminali-

siert, entehrt. Auch dieser Vorwurf geht an der Ausstellung vorbei. Denn das Thema der Ausstellung sind eindeutig nicht *die* deutschen Soldaten, sondern nur die nachweisbaren Verbrechen, wie sie von der Wehrmacht unter Einsatz von Soldaten begangen wurden. Das allgemeine Soldatsein von Deutschen im Zweiten Weltkrieg in all seinen Zusammenhängen und mit all seinen Facetten ist nicht ihr Thema.

Die Veranstalter verdeutlichen im Programmheft: »Die Ausstellung will kein verspätetes und pauschales Urteil über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten fällen. Sie will eine Debatte eröffnen über das – neben Auschwitz – barbarischste Kapitel der deutschen und österreichischen Geschichte, den Vernichtungskrieg der Wehrmacht von 1941–1944«. Dieser Sinn und Zweck der Ausstellung vermittelt sich dem unvoreingenommenen Besucher in der Tat fast automatisch.

III.

Fragt man sich, warum diese so geartete Ausstellung in München zu den besagten Ereignissen ausuferte, dann stößt man unvermeidlich auf den an der Spitze der Radikalkritiker stehenden Münchner CSU-Politiker Peter Gauweiler. Der ist ein glühender Verehrer von Franz Josef Strauß, vor allem von demjenigen Strauß, der festgestellt hatte, daß ein Volk, das so viel geleistet habe wie das deutsche Volk, sich nicht ständig Auschwitz brauche vorhalten zu lassen, und der es zeitlebens konsequent verniedert hatte, das nahe bei München gelegene ehemalige Konzentrationslager Dachau zu besuchen. Wie es scheint, sind die politischen Karriereaussichten Gauweilers eher trübe. Der listige Rechtsausleger wollte offenbar die plötzlich sich bietende Gelegenheit auf dem extremen rechten Terrain nutzen.

Wie aber steht es mit den Motiven und dem Verhalten seiner Partei? Das CSU-Organ BAYERNKURIER gab ihm nachhaltig Schützenhilfe und einen tragfähigen Grundgedanken zur Hand. Das Blatt schrieb, die Ausstellung führe »einen moralischen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk« und verschärfe mit ihm »die Strafmaßnahmen von Nürnberg gegenüber



Massenandrang bei der Wehrmachtsausstellung in München

Foto: dpa

Deutschland« (wobei mit »Nürnberg« die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse von 1945/46 gemeint sind). Weder der CSU-Vorsitzende Waigel noch der Bayerische Ministerpräsident Stoiber noch irgend ein anderer führender CSU-Politiker distanzierte sich hiervon oder von den unsäglichen Tiraden Gauweilers. Vielmehr bekundeten sie ihrem Parteifreund ostentativ verständnisvolle Duldung und Rechtfertigung.

Dies hat Methode, und diese hat ihren Grund. Die Stellung der (nur) bayerischen CSU in Bayern und in Bonn ist entscheidend davon abhängig, daß sie im Bayerischen Landtag die absolute Mehrheit behält. Diese scheint aber seit einiger Zeit nicht mehr gesichert, wie dies manchmal gerne dargestellt wird. Ein Alarmsignal ist die Entscheidung der FREIEN WÄHLERGEMEINSCHAFTEN, 1998 für den Landtag zu kandidieren. Zum fast schon traditionellen Instrumentarium der CSU gehört aber das Bestreben, die für die absolute Mehrheit im Bayerischen Landtag nötigen Reststimmen am äußersten rechten Rand zu holen.

Nur so jedenfalls läßt sich erklären, daß in Bayern von CSU und Landesregierung immer wieder schlichte und von den drängenden politischen Problemen losgelöste, geistig leicht erfassbare und besonders leicht emotionalisierbare radikalkonservative und rechtsradikale Themen gepflegt werden. Erinnerungswürdig ist unter anderem die von Stoiber beschworene Gefahr einer »Durchmischung und Durchrasung des deutschen Volkes«, aber auch die unter dem Motto »Das Kreuz bleibt« geführte Kampagne gegen einen angeblich in bayerischen Schulen hausenden Antichrist, oder der »bayerische« Alleingang gegenüber dem Rest Deutschlands gegen den § 218 usw.

Man muß leider davon ausgehen, daß das schändliche Agieren der CSU in Sachen Wehrmachtsausstellung seine beabsichtigte Wirkung nicht verfehlen wird. Und es ist anzunehmen, daß die Führung der CSU für diese Wirkung die mit ihr einhergehende Legitimierung von Rechtsradikalen und eine Verschiebung der eigenen politischen Position weiter nach rechts billigend in Kauf nimmt. Für die Münchner Ereignisse war die parteipolitische Instrumentalisierung der Wehrmachtsausstellung zweifellos ein wesentlicher Grund, für eine volle Erklärung reicht sie jedoch nicht aus.

IV.

Der eigentliche Grund für die Aufregung scheint im ethisch beschönigten Bild von der Großdeutschen Wehrmacht zu liegen, eher muß man wohl von einer Art Wehrmachtsleugnung sprechen. Die Versuche um eine ethische Aufarbeitung reichen von der »Kollektivschuld«-Behauptung, der von Theodor Heuß postulierten »Kollektivscham« bis zu der jüngst von Daniel Goldhagen aufgestellten These von einer Art »Kollektivveranlagung« und dem von Jürgen Habermas angebotenen Begriff eines »Bewußtseins kollektiver Haftung«. Doch keiner der Versuche einer solchen Aufarbeitung konnte in Deutschland bisher zu einem weitgehenden Konsens führen.

Ein klärender Diskurs über die ethische Beurteilung der Großdeutschen Wehrmacht und ihrer Angehörigen ist sicher komplizierter als ein solcher Diskurs über andere Teile der Nazi-Herrschaft. Denn einmal wirkte kein anderer Teil der Nazi-Welt so nachhaltig in alle Familien Deutschlands hinein wie die Wehrmacht und der von ihr geführte Krieg. Zum anderen war die Wehrmacht ein Organismus eigener Art. Es fehlte ihr die für andere Teile des Nazi-Regimes geltende Eindeutigkeit. Sie war zwar ein Instrument des Nazismus, aber keine explizite Nazi-

Organisation. Natürlich diente sie den Zwecken des Nazismus, gerierte sich aber in der Gesellschaft mit Erfolg als ein traditioneller Teil deutscher Staatsmacht. Der Dienst in ihr war wenig durch Nazi-Ideologie, sehr aber durch die scheinbar unpolitischen Leitbegriffe der militärischen Welt, wie Pflicht, Tapferkeit, Kameradschaft usw. bestimmt. Nirgends war die Propagandaaufarbeit des Nazi-Regimes so erfolgreich wie bei der öffentlichen Patriotisierung von Wehrmacht und Rüstung für ihre Zwecke. Die Siege der Wehrmacht in den deutschen Eroberungskriegen der Jahre 1939–1942 wurden in der deutschen Öffentlichkeit eher beifällig als kritisch aufgenommen.

Das Ende des Krieges brachte für die deutschen Soldaten keine Aufarbeitung ihrer Probleme. Es entstand die Generation der schweigenden deutschen Männer, Väter und Großväter. *(Der Autor spricht aus der Erfahrung eines einfachen Soldaten. Er entging 1944 nur durch Zufall der Einteilung zu einem Kommando, dessen Aufgabe es war, in Budapest jüdische Familien aus ihren Wohnungen zu holen und sie zum »Abtransport nach dem Osten« oder bei den ungarischen Faschisten zur Mißhandlung und Ermordung abzuliefern. Er hat für sich bis heute keine ehrliche Antwort auf die Frage finden können, wie er sich verhalten hätte, wenn er zu der Aktion eingeteilt worden wäre, und wie er anschließend damit fertig geworden wäre.)*

Die Verdrängung krimineller Teile der deutschen militärischen Vergangenheit, die Wehrmachtsleugnung, paßte sich in die bekannte Aufarbeitung der NS-Vergangenheit seit Gründung der Bundesrepublik ein. Sie erhielt einen kräftigen zusätzlichen Schub, als ab 1955 durch ehemalige Offiziere der Großdeutschen Wehrmacht die Bundeswehr aufgebaut und geführt wurde. Sie mündete in den stillschweigenden und lange Zeit tragfähigen Konsens, daß eine anständige Wehrmacht einen anständigen Krieg geführt und daneben eine verbrecherische SS gemordet habe.

Die Frage nach Verbrechen der Wehrmacht wurde gern empört zurückgewiesen oder als Randphänomen einiger schwarzer Schafe abgetan. Im weiteren Verlauf wurde mehr und mehr deutlich, daß bei der Befragung von ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht die Erläuterungen umso komplizierter und die Formulierungen umso ziseliert wurden, je höher die Befragten in der Hierarchie der Wehrmacht platziert gewesen waren. Die Wehrmachtsausstellung eröffnet einen Weg zur öffentlichen Wahrheitsfindung.

Die Radikalkritiker der Wehrmachtsausstellung haben einiges gemeinsam. Sie haben, allen voran Gauweiler, die Ausstellung nicht gesehen, befassen sich nur mit einer Interpretation von Fotos und ignorieren die nicht weginterpretierbaren Texte der Dokumente. Sie verlieren weder ein Wort über die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg, noch über die deutschen Kriegsziele im Osten und Südosten, oder über die Opfer der Verbrechen der Wehrmacht.

Ihr Argument ist der elastische Begriff der Ehre der Soldaten. Aber welche Ehre meinen sie? Etwa die des tapferen Soldaten, der Kiew mit erobert hat, oder die des Soldaten, der in Budapest Juden verhaftet und zu Tode gebracht hat, oder die der Soldaten, die dem Nazi-Regime und dem Krieg mit Gewalt ein Ende machen wollten? Sollten sie, was nach ihren sonstigen Einlassungen erstaunlich wäre, an die bis heute verletzte Ehre der Deserteure denken?

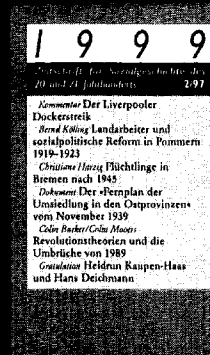
Die Radikalkritik ist nicht mehr als der verzweifelte und dementsprechend vehemente Versuch, die Wehrmachtsleugnung wiederherzustellen. Die gegen die Wehrmachtsausstellung erhobenen Vorwürfe der Unwissenschaftlichkeit und der globalen Ehrverletzung zielen nicht auf eine verbesserte Ausstellung, sondern auf eine Entfernung des Themas aus der Öffentlichkeit. Der Wunsch mag menschlich nicht ganz unverständlich sein, denn wer will sich schon gerne an dunkle Ecken seiner Vergangenheit erinnern lassen; wer will schon gerne die Haltung seines Mannes oder Vaters, sei es auch nur indirekt, hinterfragen lassen. Doch bleibt der Wunsch historisch im Rückblick und ethisch im Blick nach vorne falsch.

Die Ereignisse von München liegen in bemerkenswerter Weise parallel zu der Diskussion um die Thesen von Goldhagen. In beiden Fällen wurde der Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit und der Verallgemeinerung erhoben. In beiden Fällen entstand hiervon unabhängig ein klärender und in seinem Trend positiver öffentlicher Diskurs. Beide Ereignisse wiederum fallen in eine Zeit, in der auch manche andere Versuche zur Aufarbeitung von Vergangenheit stattfinden, wie etwa die der Rolle von Kollaboration und Widerstand in Frankreich und Italien oder die der Rolle der Schweizer Banken im Krieg. Es scheint, daß einige Probleme der europäischen Geschichte und dabei insbesondere der deutschen Geschichte erst ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende, das heißt erst durch die Generation der Enkel der Verursacher aufgearbeitet werden können. *Better late than never.*

Historische Publizistik ist eine spezifische Form sozialer Kommunikation

1 9 9 9

Seit 12 Jahren thematisiert die Zeitschrift **1999** in bewußtem Gegenwartsbezug die sozialen, ökonomischen und kulturellen Prozesse des auslaufenden 20. Jahrhunderts, um die Voraussetzungen für ein humaneres 21. Jahrhundert zu benennen. **1999** versteht sich als internationales Forum für alle kritisch-sozialgeschichtlichen Strömungen.



In Heft 2/97 kommentiert *Al. Rheinlaender* den Kampf der Liverpooler Dockarbeiter gegen Lohndumping und Arbeitsplatzabbau. *B. Kötling* schildert, wie die Durchsetzung der Rechte von Landarbeitern in Pommern Anfang der zwanziger Jahre durch die Großgrundbesitzer

unterlaufen wurde. *Chr. Harzig* analysiert den Umgang mit Flüchtlingen nach 1945 und entdeckt Parallelen zur heutigen Behandlung von Asylbewerbern. Mit dem «Fernplan der Umsiedlung in den Ostprovinzen» stellt *K. H. Roth* ein Schlüsseldokument zur nationalsozialistischen «Volkstumspolitik» in Polen vor. *C. Becker* und *C. Moors* erklären die politischen Umwälzungen von 1989 vor dem Hintergrund bekannter Revolutionstheorien.

Ein kostenloses Verzeichnis oder ein Probeheft (gegen 5,- DM in Briefmarken) senden wir gerne zu.

**Janus Verlag, Simon-Meister-Str. 42,
D-50733 Köln, Fon: 0221/9725520,
Fax: 0221/9725519**

Kein Pauschalurteil gegenüber einzelnen Soldaten

Rede zur Ausstellungseröffnung in der Frankfurter Paulskirche

Als Eugen Kogon 1964 hier auf Anregung Fritz Bauers eine Ausstellung eröffnete, die Dokumente über Auschwitz zeigte und die Wahrheit dessen belegte, was im Frankfurter Römer während des Auschwitz-Prozesses zutage trat, sagte er: »Vom Verfassungskonvent der amerikanischen Kolonie Virginia bis zu dieser Kirche hier... trat der Wille zutage, ein für alle Mal über die autoritären Regime... zu obsiegen. Das ist nicht in der Weise gelungen, wie man es sich damals vorgestellt hat – naiv-idealistisch, denn so waren die liberalen Väter der modernen Demokratie, so mußten sie vielleicht sein. Wir sind um vieles reifer..., unsere Paulskirche stellt die Dokumente unserer erbarmungswürdigsten Niederlage aus, des finstersten Verrats an unseren Idealen, die gemeint waren.«

Übrigens gab es schon um jene Ausstellung als auch um ihre Eröffnung wilde Kontroversen. Wir befinden uns in der Frankfurter Paulskirche also an einem Ort mit Tradition auch von kritischen Ausstellungen, mithin einem Ort lebendiger Demokratie: ein größeres Kompliment, so meine ich, kann man dieser Geburtsstelle des deutschen Parlamentarismus, dessen 150. Jahrestag wir im nächsten Jahr begehen, nicht machen.

Die Auseinandersetzung um die Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944* findet auf sehr unterschiedlichen Ebenen statt.

Erstens wird ein alter Generationenkonflikt neu ausgetragen. Dazu kommt ein Konflikt innerhalb der Generation der Wehrmachtssoldaten.

Zweitens neigt meine Generation seit der Friedensbewegung dazu, unter dem Gewaltbegriff alles zu generalisieren: die unterschiedlichen Formen von Krieg und Verbrechen. Statt dessen muß es heute um Unterscheidung und Genauigkeit gehen.

Drittens: Das Spannungsfeld zwischen der Reichswehr, der Wehrmacht und der Bundeswehr ist wohl so tabuisiert, daß *political correctness* oft die einzige Antwort auf Fragen ist. So ist dann folglich die Diskussion um den heutigen Einsatz von Truppen auf dem Balkan von so viel Heuchelei geprägt.

Viertens: Die Frage, ob die Ausstellung als wissenschaftlich oder politisch zu gelten hat, spaltet die Geister im neuvereinigten Deutschland. Dem unterlegt ist eine jahrzehntelange

Auseinandersetzung, größtenteils unter Ausschuß der Öffentlichkeit, um die Rolle der Wehrmacht zwischen den Historikern und Ideologen in der alten DDR und der Bundesrepublik. Darüber hinaus eine um den 20. Juli in der Bundesrepublik der 50er Jahre, später auch in der DDR der 80er Jahre. Eine weitere Auseinandersetzung innerhalb des bundeswehreigenen militärhistorischen Forschungsamtes; und eine zwischen den diversen Verteidigungsministern über die Traditionsfrage in der Bundeswehr, die heute wohl beigelegt ist.

Unbestritten ist, daß es Verbrechen der Wehrmacht gegeben hat. Die Akten der Nürnberger Prozesse von 1948 sind hier eindeutig. Neben dem Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher ist es vor allem der gegen das Oberkommando der Wehrmacht, in dem deutlich wird: sei es die Mitverfasserschaft von Militärs beim sogenannten Kommissarbefehl Hitlers oder sei es auch dessen teilweise Durchsetzung durch Militärs. Allerdings wird beim Lesen der Protokolle auch klar, wieviel militärischen Widerstand es gegen diese, wie es bei den Amerikanern heißt, »offenbar böswilligsten, verwerflichsten und verbrecherischsten Anordnungen, die je von einer Armee aus gegeben worden sind«, gegeben hat.

Oder: »Der Betreff »Ghettoaktion«. Bei der Niederschlagung des Aufstandes und der Vernichtung des Warschauer Ghettos war die Wehrmacht beteiligt: »Je länger der Widerstand andauerte, desto härter wurden die Männer der Waffen-SS, der Polizei und der Wehrmacht, die auch hier in treuer Waffenbruderschaft unermüdlich an die Erfüllung ihrer Aufgaben herangingen ...« Nachzulesen im *Stroop-Report*.

Man kann auch Joachim Fest zu Rate ziehen: Er spricht von Himmlers zunehmend »verwerflichen Mitteln«, mit denen er auch Komplizen schaffen wollte. »Es scheint, als habe diese psychologische Überlegung auch die immer unvehementere Kriminalisierung des Regimes mitgetragen: die Absicht, die Nation durch ein gewaltiges Verbrechen unwiderruflich an sich zu ketten. Am greifbarsten ist sie in jener von Beginn an verfolgten Praxis, die Ausrottungsaktion der SS aufs engste mit der militärischen Kriegsführung zu verknüpfen, für die sich auf Seiten der Wehrmacht allzu bereitwillige Mithelfer fanden.«

Gothaer

Für manche Kunden sind wir eine Versicherung. Für andere ein Finanzexperte, ein Sicherheitsspezialist, ein Umweltfachmann oder einfach ein vertrauensvoller Partner.

Die Gothaer ist ein serviceorientiertes Unternehmen, das bedarfsgerechte Problemlösungen zu leistungsgerechten Preisen anbietet – nicht alles für jeden, sondern individuelle Angebote für den einzelnen. Das ist die Philosophie, die unser Denken und Handeln seit über 175 Jahren bestimmt. Optimale Beratung ist deshalb unser oberstes Gebot.

*Versicherungen
Kapitalanlagen
Finanzierungen*

Gothaer
VERSICHERUNGEN
Versicherungen

Daß sich die Verbrechen im Osten konzentrierten, liegt in der Idee des Hitler-Krieges. Hitler spricht selbst »vom Gegner als »sozialem Verbrechertum« und von einem »Vernichtungskampf«, der sich »sehr unterscheiden (werde) vom Kampf im Westen!« Das Völkerrecht wurde wissentlich und willentlich außer Kraft gesetzt, die Liquidierung der Juden war eines der Kriegsziele. An anderer Stelle, in seinem Buch über den 20. Juli, schildert Fest in aller Ausführlichkeit, wie die Armee auf dem Weg der »Selbstentmachtung« von 1933 an in die verbrecherische Politik der Nationalsozialisten überwechselt. Genau diese Erkenntnis als auch die spätere Kenntnis realer Verbrechen bildete die geistige Grundlage für die Formierung des militärischen Widerstands, der zum 20. Juli führte.

All diese Sätze fällen ein Pauschalurteil: daß dieser Krieg, als Eroberungs- und Vernichtungskrieg, ein verbrecherischer Krieg war und daß die Deutsche Wehrmacht sich für die ideologischen Verbrechen und für Menschenrechtsverletzungen hat mißbrauchen lassen. Es ist kein Pauschalurteil gegenüber den einzelnen Soldaten: da gab es solche und solche. Und da gab es unendliches Leid, das wohl jedes Leben verändert hat. Wie in jedem Krieg.

Um noch etwas hinzuzufügen: es gab genügend andere Eliten, die in die nationalsozialistischen Verbrechen verweben waren: Juristen, Historiker, Wissenschaftler, Mediziner: wohl in keinem Landeskrankenhaus ist nicht gemordet worden. Aber auch diese Aussage relativiert nicht andere Verbrechen.

Und es stimmt natürlich auch eines: 18 Millionen Soldaten – das heißt: die Wehrmacht war das Volk; da gab es eben auch angeblich »rote« Divisionen z. B. aus Sachsen, eher katholisch gesinnte Divisionen aus Süddeutschland und natürlich auch Mitläufer; wie sonst im Leben. Nur: das alles thematisiert die Ausstellung nicht. Sie beleuchtet das Segment eines Segments. Sie ist eben und willentlich keine »Wehrmachts-Ausstellung«, sondern eine über den militärischen Anteil am Vernichtungskrieg an drei Kriegsschauplätzen im Osten. Dies will sie zeigen, nichts anderes. Und nimmt übrigens damit den Begriff »Vernichtungskrieg« auf, den Ernst Nolte 1963 geprägt hat.

Und beim Thema Krieg kommen nun viele meiner Generation in Konflikte. Für sie ist Krieg ohnehin gleich Verbrechen, sie glauben, weiterer Differenzierungen nicht zu bedürfen. Ich selbst halte es in dieser Frage mit Amos Oz, der anlässlich der Friedenspreisverleihung hier an diesem Ort 1992 gesagt hat: Ich bin »ein Mitglied der Friedensbewegung und bin zweimal

aufs Schlachtfeld gezogen wegen meiner Überzeugung, daß das äußerste Übel nicht der Krieg ist, sondern die Aggression.«

Weiter: »Und doch bleibe ich bei meiner Überzeugung, daß man Aggression niemals aus der Welt schafft, indem man ihr nachgibt, und daß nur zwei Dinge den bewaffneten Kampf rechtfertigen: das Leben und die Freiheit«. Und: »Die Friedensbewegung in Israel ist keine pazifistische Bewegung«.

Wenn man dies der eigenen Bewertung zugrunde legt, und ich tue dies, dann hat es auch Sinn, die Moral beim Kriegführen nicht abzugeben, sondern, im Gegenteil, ihre Einhaltung in Extremsituationen besonders zu beachten. Und schon deshalb, weil hier in den letzten beiden Jahrzehnten die Kriterien verrutscht sind, kommt der Ausstellung eine besondere Bedeutung zu; und nicht zuletzt deswegen halte ich die Diskussion, die sie angestoßen hat, für wichtig: um zu lernen, daß es gerade in extremen Situationen Normen und Werte geben muß, die den einzelnen Soldaten zivilisatorisch binden, daß »Soldatenehre« auch heute kein leerer Begriff ist, daß es Sinn haben kann, um etwas zu kämpfen, z. B. gegen systematische Verstöße wider die Menschenrechte, und daß es, zumindest aus meinem Blickwinkel, verlogen und bequem ist, einen Truppeneinsatz der Bundeswehr auf dem Balkan zu verhindern mit dem Hinweis, daß die Deutschen bzw. die Österreicher dort schon einmal im Zweiten Weltkrieg gewütet haben. Nur weil die Amerikaner eingegriffen haben, ist das Morden in Europa 1945 beendet worden. Diese Pflicht zum Eingreifen hätten wir in Mitteleuropa im alten Jugoslawien bereits 1990 gehabt, gerade wegen der Bilder, die wir hier in der Paulskirche betrachten können.

Weil ich dies so sehe, verstehe ich die Haltung der Bundeswehr gegenüber dieser Ausstellung nicht. Ich hatte Bundesverteidigungsminister Rühe gebeten, hier heute zu sprechen. Er hat aus Termingründen abgesagt. Daraufhin bat ich um einen seiner Stellvertreter oder einen der antretenden Generale. Absage ohne Begründung. Vor wenigen Tagen dann doch noch ein sehr ausführliches Telefonat mit der Spitze des Ministeriums: für die Bundeswehr sei es besser, sie beteilige sich nicht an der Ausstellungseröffnung; dann könne es nicht zu Mißverständnissen kommen: die Bundeswehr befinde sich eben nicht in der Tradition der Wehrmacht. Ich dagegen meinte: Wo gäbe es denn eine bessere Möglichkeit, die so völlig andere Rolle der Bundeswehr zu zeigen als gerade in diesem Kontext. Denn im Traditionserlaß des Bundesverteidigungsministers Apel von

1982 heißt es: »Die Geschichte deutscher Streitkräfte hat sich nicht ohne tiefe Einbrüche entwickelt. In den Nationalsozialismus waren Streitkräfte teils schuldhaft verstrickt, teils wurden sie schuldlos mißbraucht. Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen.« Der Nachfolger Wörner stellte diesen Erlaß in Frage. Ruhe steht zu ihm.

Und dennoch: selbst dieser Erlaß ist zu hinterfragen. Und an dieser Stelle komme ich zu meinem stärksten Dissens mit den Ausstellungsmachern: deren Bewertung des militärischen Widerstands, vor allem der Figur Henning von Treschkows, teile ich nicht: Ich glaube, daß es hier widerständige Traditionen und Ehrenbegriffe, ja preußische Traditionen gibt, an die sehr wohl die Bundeswehr anknüpfen kann und sollte. Nur weil schon Adenauer hier ein Legitimationsproblem für seine Westorientierung sah, müssen wir uns dem ja nicht anschließen.

Es gab im Heer Männer, die eben nicht als Widerstandskämpfer und Helden geboren waren, sondern die über Erkenntnisse und Einsichten zu Haltungen gelangt waren und dafür gestorben sind. Diese Offiziere sind auch heute ein Vorbild, nicht zuletzt deswegen, Hannes Heer, weil sie auf ihrem Schreib-tisch Dinge sahen und abgezeichnet haben, die ihnen die Augen öffneten. Sie deswegen nachträglich als Nazis abzustempeln, ist unredlich.

Eine weitere Kritik: die Fotos in der Ausstellung sind mal Dokument, mal Illustration. Das ist das Wesen von Ausstellungen. Nur sollte man es jeweils kenntlich machen. Leider fehlt dies. Vielleicht ließe es sich nachholen.

Gleichzeitig will ich hinzufügen: sowohl das Bundesarchiv als auch das Militärhistorische Forschungsamt bescheinigen den ausgestellten Bildern Echtheit. Lassen wir uns also durch in die Öffentlichkeit getragene Schmuddelkampagnen nicht aus dem Takt bringen.

Trotz meiner Kritik befürworte ich diese Ausstellung: denn sie bewegt etwas in der Mentalitätsgeschichte unseres Landes. Und das zählt mehr als das kleinliche Parteien-Hick-Hack um die Ausstellung.

Ich bin der festen Überzeugung, daß nur eine offene, und das heißt öffentliche Debatte über die Rolle der Wehrmacht in alle ihren Facetten den Weg frei machen wird zu einem unverkrampften und selbstbewußten Umgang mit der heutigen Armee, der Bundeswehr. Das haben die Ausstellungsmacher sicher nicht gewollt. Aber so ist das eben mit der Dialektik.

LINDA PIEPER

Nach der Versachlichung des Protests

Die Rechtschreibreform findet statt

An ihr scheiden sich in Deutschland die Geister: die Rechtschreibreform. Die einen halten sie für den Untergang deutscher Literatur und Sprache, für ein Beispiel staatlicher Zwangsmaßnahmen und für eine unverantwortliche Verschwendung von Steuergeldern. Andere sehen in ihr einen Schritt zur Sprachvereinfachung, zur Anpassung von Orthographieregeln an die Entwicklung der gesprochenen Sprache. Auf jeden Fall hat sie die deutschen Intellektuellen von wertkonservativ bis linksliberal aufgeschreckt und für ungewohnte Einigkeit gesorgt. Einige behaupten zwar, Rechtschreibnormen seien nebensächlich und hätten besonders für Literaten keine Bedeutung. Joseph von Westphalen meint sogar, das Streben nach einer geordneten Orthographie zeuge von Untertanengeist und »der ekelhaften Gier, sich von den Regeln beherrschen zu lassen«. Nichtsdestotrotz, die Rechtschreibreform ist ein Skandal! Für den Alltagsgebrauch soll doch lieber alles beim alten bleiben.

Vertreter Deutschlands, Österreichs und der Schweiz haben die Reform, um die so viel Aufheben gemacht wird, im Juli 1996 verabschiedet. In einer gemeinsamen Absichtserklärung verpflichteten sie sich, ab 1998 die neuen Regeln in ihren Ländern umzusetzen, allerdings mit einer Übergangszeit bis mindestens 2005. Neben dem deutschsprachigen Kerngebiet haben auch Ungarn, Rumänien, Italien, Liechtenstein und Belgien diese Absichtserklärung unterzeichnet. Das zeigt ein Grundproblem der neuen Orthographieregeln. Sie sind keine Jahrhundertreform, sondern ein über Jahre hinweg mühsam ausgehandelter Kompromiß. Wie das häufig bei international verhandelten Reformen ist: Maximalforderungen – wie die gemäßigte Kleinschreibung oder die völlige Abschaffung des »ß« – konnten sich nicht durchsetzen, an einigen Stellen muß noch gearbeitet werden, und es finden sich immer Gründe, ihre Halbherzigkeit zu kritisieren oder ihren Sinn überhaupt in Frage zu stellen. Besonders in Deutschland ist dieses letzte Phänomen zu beobachten. Nachdem sich Kultusministerkonferenz, Ministerpräsidenten und Bundesregierung Ende letzten/Anfang diesen Jahres für die Annahme des Reformentwurfes entschieden hatten, regte sich hier der Widerstand. Als



Weilheimer Deutschlehrer Denk organisierte den Protest gegen die Rechtschreibreform. Foto: dpa

erster ließ der BAYERISCHE RUNDFUNK im Oktober 1995 das Fernsehpublikum wie bei »Wetten, daß...« per TED über die Rechtschreibreform abstimmen. Zu diesem Zeitpunkt war der Umfang der Änderungen in der Öffentlichkeit jedoch kaum bekannt; trotzdem votierten fast 90 Prozent der Anrufer gegen die Reform. Seriöse Umfragen sehen anders aus.

Die gemeinsame Absichtserklärung war in Wien noch nicht einmal unterschrieben, da mußte sich das Bundesverfassungsgericht bereits mit einer Verfassungsbeschwerde gegen die Neuregelung der deutschen Rechtschreibung befassen. Ein Juraprofessor aus Jena rief das Gericht an, um die Verletzung seiner Grund- und Persönlichkeitsrechte geltend zu machen, insbesondere seines Elternrechts aus Art. 6, Abs. 2 GG. Die Tatsache, daß seine Töchter nach der Reform andere Schreibweisen lernen würden als ihre Eltern, bringe ihn in einen Erziehungskonflikt, den er »ohne eine entsprechende parlamentarische Leitentscheidung« nicht hinnehmen wolle. Mit dem Inhalt der Beschwerde beschäftigte sich der zuständige Senat erst gar nicht. Wegen eines Formfehlers,

der Beschwerdeführer hatte den Instanzenweg nicht eingehalten, wurde die Beschwerde nicht zur Entscheidung angenommen. Außerdem stellte das Gericht fest, liege bisher keine mit der Verfassungsbeschwerde angreifbare Entscheidung vor. Erst die Umsetzung der Rechtschreibreform durch die Kultusminister könne daran unter Umständen etwas ändern. Wenn dieser erste über-eilte Vorstoß auch erfolglos blieb, markiert er doch den Anfang einer langen Kette von Widerständen, die die Reform vermutlich noch längere Zeit begleiten werden.

Nach der Verabschiedung der gemeinsamen Erklärung dauerte es jedoch drei Monate bis der Sturm der Entrüstung bundesweit losbrach. Auf der Frankfurter Buchmesse trat der Gymnasiallehrer Friedrich Denk vor die Presse und präsentierte die *Frankfurter Erklärung*, in der Schriftsteller, Verleger, Germanisten und »andere Liebhaber der deutschen Literatur und Sprache« eindringlich vor den Folgen der neuen Rechtschreibregeln warnten. Sie klagten, daß

der »lächerlich geringe Umfang« der Reform den Aufwand, der zu ihrer Umsetzung getrieben würde, in keinem Fall rechtfertige. Die Änderungen würden Verlage, Behörden, Schulen und Privatleute wegen der Neuauflage und Neuanschaffung von Büchern Milliarden kosten. Sozial Schwache seien benachteiligt, weil es in Zukunft bei mehreren möglichen Schreibweisen oft eine geben werde, »die die Unbildung des Schreibenden offenbart«. Neben solchen bildungsbürgerlichen Klischees argumentierte die Erklärung inhaltlich, daß die negativen Folgen der Reform für die Sprache schwer wögen. Sie verliere an Vielfalt und Schönheit und werde ohne Rücksicht auf sprachgeschichtliche Wurzeln und Funktionalität vereinfacht.

Das Veto der Dichter brachte den Stein ins Rollen. Wenn so gegensätzliche Autoren wie Günter Grass, Ernst Jünger, Ilse Aichinger oder Karl Corino sich zu einem gemeinsamen Appell an die Öffentlichkeit zusammenschließen, ist ihnen ein fulminantes Medienecho sicher. Monatelang waren Feuilletons, Kulturmagazine und Leserbriefseiten voll mit flammenden Einsprüchen gegen die Reform, mit Sammlun-

gen mehr oder minder abstruser Beispiele nach den neuen Regeln und besorgten Reden über Sprach- und Kulturverfall. Talkshows und Podiumsdiskussionen fanden statt, Unterschriftenlisten kursierten, Anzeigen in überregionalen Zeitungen erschienen. Alle hatten eine Meinung, waren dafür oder dagegen. Die Republik war in Aufruhr.

Inzwischen ist die erste Erregung verebbt. Die unsinnig scharfe Polemik gegen »Sesselfurzer« und »Bürokratenhirne«, die die Rechtschreibreform »in Hinterzimmern unter sich ausgekugelt« haben, oder Forderungen wie von Günter Kunert nach Absetzung aller Kultusminister, findet man nur noch selten. Die zweite Phase des Protests ist erreicht: In Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern haben sich Bürgerinitiativen gegründet, die unter dem Motto »Mehr Demokratie« versuchen, die Rechtschreibreform mit Volksbegehren aufzuhalten. Anfang des Jahres hat der FDP-Abgeordnete Detlef Kleinert einen interfraktionellen Antrag in den Bundestag eingebracht, den 49 Kolleginnen und Kollegen unterschrieben haben. Der Bundestag solle die Ablehnung der Rechtschreibreform und damit des einstimmigen Beschlusses der Kultusministerkonferenz beschließen. Die Bundesregierung und die Landesregierungen werden gebeten, die neuen Regeln in ihrem Verantwortungsbereich (für die Amtssprache) nicht anzuwenden. In der Begründung berufen sich die Antragsteller auf das in der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verankerte »Wesentlichkeitsprinzip«. Diese Theorie steht im Zusammenhang mit dem Demokratie- und Rechtsstaatprinzip, wonach Entscheidungen, die in Grundrechte eingreifen, nur vom Parlament getroffen werden dürfen. Ob das Wesentlichkeitsprinzip hier wirklich greift, oder doch – wie das Sekretariat der Kultusministerkonferenz meint – die Kulturhoheit der Länder Vorrang hat, muß an anderer Stelle geklärt werden. Wichtig ist, daß sich das Klima von spontaner Empörung zu pragmatischeren Überlegungen gewandelt hat.

Realistischerweise ist nicht anzunehmen, daß die Reform jetzt noch gestoppt wird. Auch wenn der Erlanger Linguist Theodor Icker in der FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG nur in der Vergangenheitsform von ihr spricht. Selbst einige der Unterzeichner jener *Frankfurter Erklärung* wie Martin Walser, Siegfried Lenz oder Ernst Jünger schreiben in derselben Zeitung, sie gingen nicht mehr davon aus, die neue Rechtschreibung verhindern zu können. Die gemeinsame Absichtserklärung hat zwar keine völkerrechtliche Bindungskraft, doch wäre es fahrläs-

sig, eine nach langen Verhandlungen mit acht internationalen Partnern gefundene Lösung einfach aufzugeben, weil an einigen Stellen nachgebessert werden muß. Ein großer Vorteil der Reform ist gerade die Gewährung einer einheitlichen Sprachentwicklung für den gesamten deutschen Sprachraum, d.h. auch für die deutschsprechenden Minderheiten in vielen osteuropäischen Ländern. In Zukunft soll eine zwischenstaatliche Kommission am INSTITUT FÜR DEUTSCHE SPRACHE in Mannheim für die Fortschreibung der Orthographie verantwortlich sein und die Einführung der neuen Rechtschreibung begleiten.

Zweifelsfälle und Grauzonen wird es bei der Rechtschreibung immer geben. Bis ins letzte Detail kann eine Sprache gar nicht geregelt werden, ohne zu erstarren. Aber auch aus den alten, angeblich so viel besseren Regeln resultieren zahlreiche Ungewißheiten. Der Duden Verlag hat ihnen einen ganzen Band gewidmet, der in den meisten Büros und Redaktionen zum Handwerkszeug gehört. Nur die Wenigsten können mit Fug und Recht von sich behaupten, mit der deutschen Orthographie hundertprozentig sicher umzugehen. Trotzdem ist das Beherrschen der Orthographie eine wesentliche Grundlage der Intelligenz- und Leistungsbemessung im bundesdeutschen System. Durch ihre Überbewertung entscheiden Rechtschreibkenntnisse über schulische Erfolge, beeinflussen Berufslaufbahnen und individuelle Zukunftsperspektiven. Damit wird ihnen eine Macht zugestanden, die sie nicht verdienen. Das Argument, man dürfe sich bei der Neuregelung der deutschen Rechtschreibung nicht nach unten orientieren, hat etwas düsterhaftes, wenn Menschen es benutzen, die mit professioneller Routine und/oder aus Neigung mit Sprache umgehen. Für sie mag die Rechtschreibreform überflüssig scheinen. Hilfreich kann sie aber für jene Millionen von »Normalverbrauchern« sein, die auch mit der deutschen (Schrift-)Sprache umgehen müssen und dabei große Schwierigkeiten mit dem verschlungenen Regelwerk und seinen unzähligen Ausnahmen haben.

Auch nach der Reform wird fehlerfreies Schreiben seinen hohen Stellenwert behalten. Deshalb ist es notwendig, die allgemeingültigen Regeln so zu formulieren, daß möglichst jeder sie verstehen und anwenden kann. Mit diesem emanzipatorischen Ansatz hat die internationale Expertenkommission versucht, die mit dem Beharren auf komplizierten Regeln verbundenen Hemmnisse zu beseitigen. So sollen Bildungsschranken beseitigt und Ausschlußmechanismen gemildert werden. Der Fetisch

»Orthographie« ist immer auch ein Mittel sozialer Abgrenzung gegen »die Ungebildeten«, die sogenannten bildungsfernen Schichten. In der öffentlichen Diskussion geht dieser emanzipatorische Ansatz der Neuregelung häufig unter. Er ist ein Relikt gesellschaftlichen Reformgeistes der 70er und frühen 80er Jahre, der heute kaum noch aktuell ist. Oft sind es dieselben Leute, die damals für eine Revision des traditionellen Bildungsbegriffs stritten und heute gegen den Bildungsverfall wettern und die Rechtschreibreform mit konservativ-sprachpflegerischen Argumenten geißeln. So gesehen, kommt die Reform zu spät. Spricht das schon gegen sie? Soll man allein deshalb auf sie verzichten?

Bildungspolitisch macht sie nach wie vor Sinn. Die ersten empirischen Fehleruntersuchungen bei Schülern und Erwachsenen, die mit ihr arbeiten, sprechen für die neuen Regeln: Fast durchgängig sank die Fehlerquote. Am Beginn ihrer Arbeit hat die Expertenkommission mit Hilfe der Unterrichtsforschung die Bereiche bestimmt, in denen die Reform greifen sollte: eben solche, die besonders fehlerträchtig sind, wie Groß- und Kleinschreibung, Schreibung mit Bindestrich, Getrennt- und Zusammenschreibung, Zeichensetzung oder die Laut-Buchstaben-Zuordnung. Die Veränderungen fielen den »Umlernern« in den Versuchsgruppen weniger unangenehm auf als befürchtet, weil das vertraute Schriftbild erhalten blieb und grundstürzende Änderungen vermieden wurden.

Peter Eisenberg, Linguistikprofessor an der Universität Potsdam, einer der »großen« deutschen Sprachwissenschaftler und Mitglied der zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung, ist mit der jetzt verabschiedeten Reform durchaus nicht in allen Punkten einverstanden, trotzdem plädiert er dafür, sie umzusetzen und den angesetzten Umstellungszeitraum für weitere Arbeiten am neuen Regelwerk zu nutzen. Offenbar wurden viele der kritisierten Mängel erst in der praktischen Erprobung entdeckt. Das zeugt von schlechtem Politmarketing und liefert den Reformgegnern einen Gutteil ihrer Argumente. Ärgerlich, aber nicht mehr zu ändern. In der Zeit bis Juli 1998 muß es vorrangig darum gehen, inhaltliche Ungereimtheiten auszuräumen und für eine verbindliche Auslegung der Regeln zu sorgen, die den Widersprüchen in den Wörterbüchern aus den Verlagen Duden, Bertelsmann, Klett, Westermann und und ein Ende setzt. Mit der Gewöhnung an die neue Schreibweise wächst die Akzeptanz. Andere Themen werden die Rechtschreibreform von ihrem skandalträchtigen Platz auf der Tagesordnung bundesrepublikanischer Öffentlichkeit verdrängen.

ALEXANDRA SENFFT

Zwischen Post-Zionismus und Chauvinismus

Kulturkampf und Wandel gesellschaftlicher Werte in Israel

Ich schätze den Judaismus, aber eine Platte von Pink Floyd macht mich mehr an als die Klagemauer,« sagte Aviv Geffen. Der junge Popsänger, einer der beliebtesten in Israel, meinte auch, sein Land sei keine Demokratie mehr; seit die rechte LIKUD-Partei unter Benjamin Netanyahu an der Macht ist. Seinen jugendlichen Fans empfahl er – und damit war das Maß voll –, das Land zu verlassen: Tausende empörter Leser beschwerten sich bei der Jugendzeitschrift, die das Interview gedruckt hatte. Die anti-zionistischen Äußerungen des Sängers sorgten zu einer Zeit für erhebliche Irritationen, in der in Israel vieles in Bewegung und der zukünftige Kurs des Landes ungewiß ist.

Im Jahr zuvor hatte der Jungstar schon einmal für Schlagzeilen gesorgt: In einem Lied hatte er den damaligen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin als versoffen bezeichnet. Seine spätere Versöhnung mit Rabin sorgte auch für Aufsehen: Die beiden Männer, Repräsentanten so unterschiedlicher Generationen, umarmten sich auf der denkwürdigen Friedensdemonstration vom 4. November 1995; wenige Minuten später wurde Rabin, für seinen Friedensschluß mit den Palästinensern mit dem Friedensnobelpreis geehrt, von einem 25jährigen Mann aus dem rechtsradikalen, orthodoxen Milieu ermordet. Eindrucksvolle Bilder von trauernden Jugendlichen gingen um die Welt. Seitdem ist der Popsänger Geffen für viele Teenager mehr denn je Vorbild – und symbolische Figur für ein modernes, friedliches Israel. »Ein Jahr ist vergangen, seit Rabin starb«, schreibt Amos Oz in der FAZ. »Wir alle haben um ihn getrauert, und nachher sind wir in unseren Alltag zurückgekehrt und waren überzeugt, Rabin habe sein Leben für den Frieden geopfert. Wir haben uns geirrt: Rabin starb im Kampf um die Frage, wer wir sind und was aus Israel wirklich werden soll.«

Es ist kein Wunder, daß die politischen Parteien angesichts der Anteilnahme Jugendlicher gerade sie im Wahlkampf vom Mai 1996 für sich zu gewinnen suchten. In Fernseh-Wahlspots zeigte die ARBEITSPARTEI ihren Spitzenkandidaten Shimon Peres im Gespräch mit heiteren jungen Menschen. Die linksliberale Partei MERETZ warb mit Bildern von Jugendlichen bei Sport und Spiel, von Fortschritt und

modernem Leben. Das Kontrastprogramm lieferte MAPDAL, die nationalreligiöse Partei. Sie zeigte verkommene Jugendliche, ganz der vermeintlich dekadenten amerikanischen Lebensweise verfallen. *Zionut im Neshama* – Zionismus mit Seele – war ihr Slogan, der mit Bildern von disziplinierten Soldaten, religiösen Ritualen und jüdischen Festen unterlegt war. Der LIKUD konzentrierte sich auf das Friedensabkommen mit den Palästinensern: Schaurige Bilder von Bombenanschlägen sollten den Zuschauern suggerieren, daß noch längst kein Friede herrsche und statt dessen Israels Sicherheit gefährdet sei.

Anschaulicher konnte sich der israelische Kulturkampf kaum darstellen. Das Ergebnis der Wahl vom 29. Mai bestätigte denn auch die tiefe Spaltung der Gesellschaft. Der Scharfmacher Netanyahu – Lea Rabin hatte ihn beschuldigt, mit seiner aufwiegenden Rhetorik zur Ermordung ihres Mannes beigetragen zu haben – gewann mit einer hauchdünnen Mehrheit gegen Peres, einem der Architekten des Friedensprozesses mit den Palästinensern. Der LIKUD gewann 32, die ARBEITERPARTEI 34 Sitze, aber beide mußten Verluste hinnehmen. Gewinner der Wahl waren die kleinen Parteien, vor allem die religiösen, die seither 23 der 120 Abgeordneten in der Knesset stellen. Nordafrikanische Juden, Religiöse, Neueinwanderer und Araber konnten in diesen Wahlen ihre Interessen ganz besonders durchsetzen. »Es kommt darin«, sagt der Historiker und Journalist Tom Segev in der TAGESZEITUNG, »eine Tendenz zur gesellschaftlichen Partikularisierung zum Ausdruck. Früher haben die Israelis zwischen den beiden großen Warenhäusern gewählt, heute gehen sie eher in die Fachgeschäfte. Das hat auch etwas damit zu tun, daß die großen kollektiven Ideologien an Leuchtkraft verloren haben.«

Grund für die politischen Verschiebungen sind vorrangig demographische Veränderungen: Die Zahl der europäischen Juden, früher die Elite des Landes, nimmt ab, während die kinderreichen Familien orientalischer und orthodoxer Juden rasch wachsen. Nicht zuletzt tut sich hier auch ein Konflikt zwischen Arm und Reich auf. In einer Wahlanalyse stellt THE NEW YORKER fest: »Bestünde die Wählerschaft ausschließlich aus israelischen Juden, die in und um Tel Aviv herum leben, europäischen Ursprungs sind, ein überdurchschnittliches Einkommen und eine höhere Ausbildung haben sowie Religion mit säkularer Toleranz behandeln, dann hätte Peres mit zwanzig bis fünfundzwanzig Punkten gewonnen. Bestünde die Wählerschaft dagegen aus Juden, die in und um

Jerusalem herum leben, vor allem nordafrikanischen Ursprungs sind, weniger als das Durchschnittseinkommen verdienen, nicht mehr als eine höhere Schule besucht haben und sich mit dem orthodoxen Judentum identifizieren, dann hätte Netanyahu mit dreißig bis fünfundreißig Punkten anstelle eines Bruchteils von einem Prozent gewonnen.«

Schätzungen sprechen davon, es seien schon an die 1,4 Millionen Juden extrem religiös, das ist ein Viertel der israelischen Gesellschaft. Gideon Freudenthal, Professor der Philosophie, beobachtet bei den Religiösen eine gegenläufige Entwicklung: Die Nationalreligiösen radikalisieren sich zunehmend in mystischer Religiosität und wandern ins orthodoxe Lager ab, während die Ultraorthodoxen, die in der Vergangenheit weder vom israelischen Staat noch vom Nationalismus etwas wissen wollten, sich immer mehr chauvinistisch und rassistisch engagieren und am politischen Prozeß teilnehmen. In der Tat, die religiösen Parteien sind mittlerweile so stark, daß die großen Parteien, LIKUD oder ARBEITERPARTEI, um eine Regierung bilden zu können, auf sie als Koalitionspartner angewiesen sind. Diese Machtposition nutzen die Religiösen aus, um ihre Forderungen durchzusetzen. Deutlich wird ihre Einflußnahme u.a. am Beispiel der Bar-Ilan-Straße, die den Norden Jerusalems mit dem Süden verbindet. Weil hier ihr Quartier liegt, fordern die Ultrareligiösen, daß die Straße am Sabbat geschlossen werde. Ihren Anspruch untermauern sie mit wöchentlichen Demonstrationen, die meist in Straßenschlachten mit der Polizei und säkularen Israelis enden. In der JERUSALEM POST erklärt der stellvertretende Bürgermeister Jerusalems: »Ich kann nicht akzeptieren, daß in Tel Aviv am Sabbat eine Straße für Kneipen und Kaffees geschlossen wird, während es in Jerusalem nicht erlaubt ist, eine Straße des Betens wegen zu schließen.« Der Fraktionsvorsitzende der linksliberalen Partei MERETZ erwidert: »Die Frage ist, ob wir einen großen Schritt in Richtung Teheran machen oder uns weiter in Richtung der westlichen Welt bewegen wollen.«

Minderheiten, die sich als Bürger zweiter Klasse behandelt fühlen, begehren immer häufiger auf. Zum Beispiel die Jemeniten: Sie verlangen, daß endlich das mysteriöse Verschwinden jemenitischer Säuglinge und Kleinkinder in den 50er Jahren geklärt wird, weil sie Anlaß zu der Vermutung haben, daß die Kinder damals von ihren Eltern systematisch entführt und jüdischen Familien europäischen Ursprungs zur Adoption freigegeben wurden. Eine radikale, sektenartige *pressure group* erreichte, daß eine Regierungskommission den Fall jetzt

prüft. Auch äthiopische Emigranten wagen nun, sich mit dem Staat anzulegen. Im Januar 1996 kam heraus, daß Mitarbeiter der Blutbank jahrelang regelmäßig sämtliche Blutspenden von Äthiopiern ohne deren Wissen entsorgt hatten: mit der Begründung, diese Volksgruppe trete häufiger als HIV-Träger auf. Zehntausend Äthiopier demonstrierten wütend gegen diese Diskriminierung.

Gesellschaftlich hervorgetreten sind besonders russische Emigranten. Seit 1989 sind 710.500 nach Israel gekommen; sie machen bereits mehr als 10 Prozent der Wähler aus. Ihre neugegründete Partei ISRAEL B'ALJA konnte in der Knesset auf Anhieb sieben Sitze gewinnen. Die Russen tragen erheblich zur raschen Veränderung des Staates bei. Denn sie definieren sich nicht primär als jüdisch oder zionistisch, sondern wollen ihr kulturelles Erbe erhalten. Sie sprechen weiterhin russisch, haben ihre eigenen Zeitungen und Radiosendungen. Ihnen geht es meist um mehr Wohlstand, als um jüdische Traditionen. Israelische Araber, rund 19 Prozent der Bevölkerung, haben dagegen größere Schwierigkeiten, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Ihre Identität als Araber müssen sie stets mit ihrer diskriminierten Existenz als Bürger eines explizit zionistischen, eines jüdischen Staates vereinbaren. Auch sie kämpfen für Gleichberechtigung und gewannen in der Wahl zur Knesset immerhin neun Sitze.

Es ist besonders dem Nahost-Friedensprozeß zuzuschreiben, daß gesellschaftliche Probleme in Israel heute allmählich zur Kenntnis genommen werden: In der Vergangenheit lenkte die äußere Bedrohung davon ab, sich mit den Entwicklungen im Innern des Landes auseinanderzusetzen. Mit einem Gefühl von relativer Sicherheit werden zunehmend unbequeme Fragen über die Vergangenheit gestellt. Es herrscht mehr Offenheit und Mut zur Selbstkritik. Sensible Themen der israelischen Geschichte werden diskutiert: Die Frage etwa, ob die Palästinenser 1948 und 1967 geächtet oder von der israelischen Armee planmäßig vertrieben wurden, hat mehrere Wissenschaftler beschäftigt. Auch über die Hintergründe des Krieges von 1956 wird geforscht. Es wird sogar untersucht, in welchem Umfang jüdische Politiker mit dem Naziregime kooperiert haben, um im gemeinsamen Interesse Juden aus Deutschland zu schaffen und nach Palästina zu bringen; oder auch, ob der Aufbau des zionistischen Projekts die Gründungsväter mehr als das Schicksal der Juden in Europa interessiert habe. Immer mehr Historiker wagen sich daran, den Zionismus zu entmythologisieren. Zeev Sternhell bezweifelt z.B. die herkömmliche Darstellung, nach der die

Zionisten unter der damals vorherrschenden Arbeitspartei einen jüdischen Staat mit einer egalitären Gesellschaft errichten wollten; Sternhell meint, es sei ihnen einzig darum gegangen, einen jüdischen Nationalstaat zu schaffen, und Vorstellungen von sozialistischem Klassenkampf seien dabei eher lästig gewesen. Eine post-zionistische Debatte ist entfacht, und viele Intellektuelle halten den Zionismus sogar schon für überholt. »Das Herz des Zionismus schlägt nicht mehr«, meint der Journalist und Politologe David Witzthum. Der Schriftsteller Abraham B. Jehoschua sieht selbst die Grundpfeiler der israelischen Identität wanken: den Kampf ums Überleben, das Besiedeln von Land, die Einwanderung. Während gesellschaftlicher Konsens und Kollektiv schwinden, wachsen Individualismus und Partikularisierung. Gesellschaftliche Werte, die vormals allgemeine Gültigkeit hatten, verblassen und werden durch neue ersetzt. Vorbei sind die Zeiten des »bolschewistischen Nationalismus« (Segev), statt dessen hat die Amerikanisierung Einzug gehalten. Viele Israelis begrüßen diese Entwicklung, aber wahrscheinlich ebenso viele lehnen sie entschieden ab.

Ein weiterer Grund für den »fast revolutionären Wandel« (Witzthum) ist der Generationswechsel. Über 60 Prozent der Israelis sind heute *Sabres*, in Israel geborene Juden. Sie haben andere Erfahrungen gemacht als die, die einst vor den Deutschen nach Palästina flohen und den Staat Israel gründeten. *From B-G to Bibi* lautet die Überschrift eines Artikels in der JERUSALEM POST, in dem darüber nachgedacht wird, wie sich die politischen Persönlichkeiten vom ersten Ministerpräsidenten David Ben-Gurion bis zu Bibi Netanyahu verändert haben. Der Autor erinnert an »die Gründung des Staates, die Kriege, den Zionismus der Arbeitspartei, die Kibbuzim und die (Gewerkschaft) Histadrut. Durch all das stolzierten Männer und Frauen von legendärem Format in schlafbrigen Hosen, schäbigen Kleidern und in Uniformen, mit polnischen, russischen und jiddischen Akzenten.« Damals hätten die Führer noch Visionen, eine Mission und Aufopferungswillen gehabt. Die heutigen Politiker dagegen seien in erster Linie auf Karriere aus.

Das Gros der heutigen israelischen Jugend will nicht mehr viel von Sozialismus, Kibbuzim, Zionismus, Judaismus oder dem Holocaust wissen. Bedeutung hat vielmehr der *american way of life* oder zumindest das, was man dafür hält: Heute stolziert man gut gekleidet mit Funktelefon durch moderne Städte; man will konsumieren und in der Freizeit ausgehen; aufgeschlossen, mediterran und international will man wirken und in Ferien in die Ferne rei-

sen. Das neue Selbstbewußtsein spiegelt sich in einer Umfrage der Zeitung MA'ARIV wieder: Darin gaben 94 Prozent der Befragten an, Israel nicht verlassen zu wollen; 88 Prozent erklärten, glücklich und 84 Prozent optimistisch zu sein; 71 Prozent wollten lieber Frieden als Krieg, 67 Prozent sind verliebt, 9 Prozent trinken gerne Alkohol und 77 Prozent glauben, sie seien klug. Einfluß auf das allgemeine Wohlbefinden der Bevölkerung hat freilich vor allem der erheblich gestiegene Lebensstandard. Israel ist ein hochtechnologisiertes Land mit anspruchsvollen Verbrauchern, einer Wirtschaftswachstumsrate von vier Prozent, einer Arbeitslosenrate von nur sechs und einer Inflation von rund 10 Prozent. Geld zu besitzen, sagt Witzthum, ist heute einer der Hauptwerte der Gesellschaft. Einen Artikel über den neuen Wohlstand betitelte der JERUSALEM REPORT ironisch mit *Wenn ihr es euch leisten könnt, ist es kein Traum*; das ist eine Anspielung auf die Losung des Judenstaaterfinders Theodor Herzl: »Wenn ihr wollt, ist es kein Traum.«

Die Armee, einstmals das israelische Prestigeobjekt, verliert zunehmend an Ansehen und ist auch vor Kritik nicht mehr sicher. Jugendliche sind nicht mehr bedingungslos bereit, ihren Militärdienst zu leisten, und Eltern mischen sich immer häufiger ein, wenn es um das Wohl ihrer Kinder geht. Eine Karriere in der Armee ist uninteressant, meint ein Experte in der JERUSALEM POST: Junge Menschen fänden es zeitgemäßer, als Geschäftsleute durch die Welt zu jetten und an der Export- oder Computerfront tätig zu sein. Unterdessen verliert auch das Ideal vom »Heldentum« an Bedeutung. Widerstands- und Heldenmythen waren in der israelischen Gedenkkultur bislang tief verankert. Man wollte damit die Scham über die Juden, die während der Naziherrschaft wie »Lämmer zur Schlachtbank« gezogen waren, verdrängen. Heute, meint Toni Segev, sei das Bedürfnis nach heldenhaftem Verhalten gering. So hätten z.B. die Einwohner von Kiriath Shmona während der Auseinandersetzungen mit der libanesischen Hisbollah im April '96 ihre einst als standhaft gerühmte Siedlung evakuiert – keiner habe den Kopf hinhalten wollen und keiner habe sich für diese »Flucht« geschämt.

Die israelische Nation und ihre Bürger sind auf der Suche nach einer neuen Identität. Jene, die vom Holocaust, Zionismus und der Feindschaft mit den Arabern geprägt ist, hat an Gültigkeit verloren – doch eine neue ist noch nicht gefunden. Israel hat sich in raschem Tempo zu einem modernen und fast ganz »normalen« Staat entwickelt. Doch gerade diese Normalität, nach so mancher Auslegung das eigentliche Ziel



Russische Einwanderer in Israel definieren sich nicht vorrangig als Juden, sondern pflegen ihr kulturelles Erbe, mit Radiosendungen oder wie hier mit russischsprachigen Zeitungen. Foto: dpa

des Zionismus, wird von vielen als Bedrohung empfunden, als Gefahr für das Judentum. Für viele Israelis hat Shimon Peres' Vision vom Neuen Nahen Osten und die Friedenspolitik der ARBEITSPARTEI mit jüdischer Identität nichts mehr zu tun. Auch in manch anderer Hinsicht scheint der jüdische Kontext an Bedeutung zu verlieren: Es mehren sich nicht-jüdische Beerdigungen, weil das Rabbinat viele neue Einwanderer nicht begraben will, die nach der religiösen Definition, anders als die staatliche, als Juden nicht anerkannt werden; ebenso nehmen Zivilhochzeiten zu. Vielen Israelis geht das alles viel zu schnell. Das hat der Ausgang der Parlamentswahlen gezeigt, und das manifestiert sich im täglichen »Kampf der Kulturen«. In der kommenden Zeit hängt vieles davon ab, ob und in welcher Form der Nahost-Friedensprozeß fortgeführt werden wird: Wird sich Israel zur Außenwelt hin weiter öffnen, oder wird es sich in die Isolation zurückbegeben? Keiner weiß derzeit, wohin die Reise geht und wer im Land am Ende das Sagen haben wird. Den Israelis steht noch eine spannungsreiche Zeit bevor. Von wirklicher Normalität kann jedenfalls noch keine Rede sein.

Doppelstaat Türkei

Hinter demokratischer Fassade regieren die Sicherheitskräfte

Die Türkei, der »kranke Mann am Bosphorus«, war seit ihrer Gründung in mehrfacher Hinsicht ein Problemfall. Staatsgründer Kemal Atatürk hatte das Land, dessen Einwohner zu mehr als neunzig Prozent islamisch sind, auf einen dediziert laizistischen Kurs verpflichtet, der seit der Ernennung des Führers der islamischen Heilspartei, Necmettin Erbakan, zum Ministerpräsidenten im Juni letzten Jahres nicht mehr ganz so unumstößlich scheint, wie Staatspräsident Demirel mit einer laizistischen Militärführung im Rücken es nach außen kundtut. Wurde die Türkei, seit 1952 NATO-Mitglied, in den Zeiten des Kalten Krieges wegen ihrer geographischen Lage als strategisch wichtig im West-Ost-Konflikt angesehen, so sehen viele westliche Politiker sie nunmehr als Bollwerk gegen einen im Vormarsch befindlichen islamischen Fundamentalismus an. Im Innern ist das Land erheblichen Widersprüchen ausgesetzt. Einer modernen, weltoffenen Stadtbevölkerung, vor allem in Istanbul, steht eine eher traditionalistisch ausgerichtete Landbevölkerung gegenüber; die Homogenität des Staatswesens scheint durch eine etwa dreißig Prozent starke kurdische Minderheit gefährdet, die in den südöstlichen Provinzen des Landes die Mehrheit der Bevölkerung stellt. Der von der kommunistischen kurdischen PKK und einigen anderen Gruppen im Jahre 1984 begonnene Guerillakrieg hat das öffentliche Leben in diesem Landesteil weitgehend lahmgelegt und die türkische Regierung dazu veranlaßt, die Region seit 1987 unter immer wieder verlängertes Notstandsrecht zu stellen.

Die Einbindung des Staates in die atlantische Allianz hat weder viel zu äußerer Friedlichkeit noch zur Stützung der Demokratie beigetragen. Konflikte mit dem Nachbarn Griechenland um die Hoheit in der mit griechischen Inseln durchsäten Ägäis haben beide Länder immer wieder an den Rand des Krieges geführt. Notorisch ist der Streit um Zypern, das seit dem Einmarsch türkischer Truppen im Jahre 1974 geteilt ist und das gerade kürzlich wieder in die Schlagzeilen kam, als von offizieller türkischer Seite inszenierte Gegendemonstrationen gegen Kundgebungen griechischer Zyprioten zu Morden an griechisch-zypriotischen Zivilisten führten. Dies ist sicherlich ein Grund, warum der Wunsch der Türkei nach Vollmitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft/Union immer

wieder zurückgestellt worden ist. Ein weiterer ist, daß die übrigen EU-Mitglieder – auch wenn sie dies so kaum öffentlich äußern – einer Mitgliedschaft der Türkei deshalb skeptisch gegenüberstehen, weil sie eine Schwenne von Arbeitsemigranten für ihre ohnehin strukturschwachen Arbeitsmärkte vorausschen, ganz besonders aber deshalb, weil sie fürchten, daß weitere islamische und vermeintlich nicht in den christlich-abendländischen Kulturkreis zu integrierende Einwanderer zu vermehrten sozialen Unruhen führen könnten. Im Innern hat die NATO-Mitgliedschaft nicht verhindern können – manche meinen gar gefördert –, daß das Militär dreimal innerhalb zweier Jahrzehnte gegen demokratisch gewählte Zivilregierungen putschte, jedesmal unter dem Vorwand, Ordnung und inneren Frieden wiederherstellen zu wollen.

Die Regierungsgeschäfte sind zwar schon seit einiger Zeit wieder in zivile Hände gegeben, aber der letzte Putschgeneral Evren achtete darauf, daß das Militär weiterhin im Hintergrund die Strippen ziehen kann. Die Politiker, die seit dem formalen Ende der Militärherrschaft regierten, haben es bisher peinlichst vermieden, den Wünschen der eigentlichen Machthaber zuwiderzuhandeln. Wichtigste Hinterlassenschaft der Militärs ist, daß die Zivilregierungen heute kaum Einfluß auf die Handlungen der Sicherheitskräfte nehmen und diese folglich nahezu völlig außerhalb der Legalität agieren können. Gefördert wird dies durch den Guerillakrieg im Südosten. Die sich daraus angeblich für den Zusammenhalt des Staates ergebenden Gefahren haben den Sicherheitskräften einen ständigen Vorwand geliefert, ihre Macht gegenüber den demokratisch gewählten Politikern zu behaupten.

Keine Entspannung durch zivile Regierung

Die Menschenrechtssituation in der Türkei hat sich dementsprechend mit dem Übergang zu einer zivilen Regierung nicht etwa entspannt, sondern zunehmend verschlechtert. Negative Bewertungen durch internationale Organisationen und seriöse regierungsunabhängige Menschenrechtsorganisationen stehen dabei in fast reziprotem Gegensatz zum Verhalten der meisten westlichen Regierungen, die mit dem Hin-



Werke von Paul Scheerbart

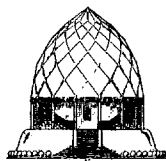
herausgegeben
von Mechthild Rausch

in der Reihe »Frühe
Texte der Moderne«

**Revolutionäre Theater-
Bibliothek
Regierungsfreundliche
Schauspiele
Gesammelte Arbeiten für
das Theater Band 1 und 2**

253 Seiten und 211 Seiten
jeweils DM 32,--
öS 234,--/sfr 29,50
ISBN 3-921402-44-1
ISBN 3-921402-46-8

Paul Scheerbart Das graue Tuch und zehn Prozent Weiß Ein Damenroman



Frühe Texte der Moderne
edition text + kritik

Das graue Tuch und zehn Prozent Weiß Ein Damenroman

163 Seiten, DM 32,--
öS 234,--/sfr 29,50
ISBN 3-88377-225-9

Der Tod der Barmekiden Arabischer Haremsroman

237 Seiten, DM 42,--
öS 307,--/sfr 39,--
ISBN 3-88377-435-9

Mechthild Rausch Von Danzig ins Weltall

Paul Scheerbarts
Anfangsjahre
1863 – 1895



edition text+kritik

Mechthild Rausch

Von Danzig ins Weltall Paul Scheerbarts Anfangs- jahre (1863 – 1895)

Mit einer Auswahl aus den
Lokalreportagen für den
»Danziger Courier« (1890)

258 Seiten, DM 42,--
öS 307,--/sfr 39,--
ISBN 3-88377-549-5

Diese Monographie erhellt
die frühen Jahre Paul
Scheerbarts, revidiert man-
ches Vorurteil über den ver-
meintlichen Bohemien und
zeigt den »weltfremden Träu-
mer« als gewissenhaften
Journalisten, dessen ästheti-
sche Maßstäbe sich – wie an
seinen Danziger Lokalrepor-
tagen abzulesen ist – bereits
in seiner Heimatstadt aus-
bildeten. Bestehende bio-
und bibliographische Lücken
werden größtenteils gefüllt,
zahlreiche Fehlinformationen
über Autor und Werk werden
ausgeräumt.

**Verlag
edition text + kritik
Levelingstraße 6 a
81673 München**

weis auf die strategische Wichtigkeit des Landes zu ständiger Beschwichtigung neigen. Mitunter scheint es, daß die Gemeinschaft demokratischer Staaten angesichts permanenter Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei deren Ausmaß gar nicht mehr zu realisieren in der Lage ist. Aus diesem Grunde ist es notwendig, einige Aspekte der Menschenrechtssituation in einem Land, das sich über den fehlenden Fortschritt bei seinen Bemühungen auf dem Weg in die Europäische Union beklagt, vor Augen zu halten. Seit 1980, dem Jahr des letzten Militärputsches, sind in der Türkei über vierhundert Menschen im Gewahrsam der Sicherheitskräfte zu Tode gekommen. Folter während der Untersuchungshaft ist, wie Untersuchungen von AMNESTY INTERNATIONAL (AI), HUMAN RIGHTS WATCH/HIELSINKI und erst kürzlich eine umfassende Studie von PHYSICIANS FOR HUMAN RIGHTS (PHR) und anderen Menschenrechtsorganisationen zur Genüge nachgewiesen haben, weitverbreitet und wird systematisch praktiziert. Nicht nur Nicht-Regierungsorganisationen haben dies festgestellt. Im November 1993 gab das UN-Komitee gegen Folter eine bis dahin einmalige öffentliche Stellungnahme ab, in der es von systematischer Folter in der Türkei sprach. Der Europäische Ausschuß zur Vermeidung von Folter, der unter dem Dach des Europarates die Einhaltung des Europäischen Übereinkommens zur Vermeidung von Folter kontrolliert, hat mittlerweile bereits zweimal zu dem einzigen ihm nach der Konvention gegebenen Sanktionsmittel gegriffen und die Türkei öffentlich verurteilt. Wie schon bei früheren unangekündigten Besuchen fand die Kommission auch im September 1996 in einem Istanbul-Polizeigefängnis Gerätschaften, die sich dazu eignen, Häftlingen Elektroschocks zu versetzen und sie an den Armen (die dabei meist hinter dem Rücken zusammengebunden werden) aufzuhängen. Zu den grausamen Formen der Folter, die so perfektioniert gehandhabt wird, daß kaum noch äußerliche körperliche Spuren zurückbleiben, gehören neben diesem Aufhängen, das zum vorübergehenden oder dauernden Verlust der Funktionsfähigkeit der Arme führen kann, und den Elektroschocks (vorzugsweise an Genitalien und Brüsten) schwere Schläge mit stumpfen Gegenständen (besonders auf Fußsohlen oder Nieren) und das Besprühen mit kaltem, unter starkem Druck stehenden Wasser, aber auch Scheinexekutionen und die erzwungene Anwesenheit bei der Folterung von Angehörigen oder Freunden. Den Umfang der Folterung von Untersuchungshäftlingen läßt die erwähnte Studie von PHR deutlich werden. Bei einer anonymen Befragung von Ärzten auf

einem Symposium über Menschenrechtsverletzungen in Polizeigewahrsam gaben 96 Prozent der befragten Ärzte, die Hälfte von ihnen Gerichtsmediziner, an, daß Folter ein Problem in der Türkei sei. Über die Hälfte meinten gar, daß nahezu jeder, der in Haft komme, gefoltert würde.

Berücksichtigt man, daß nach Angaben von AI in den 80er Jahren mehr als eine Viertel Million Menschen in der Türkei aus politischen Gründen inhaftiert wurden, vermag man in etwa ein Bild vom ungeheuren Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen gewinnen. Allerdings geht der Trend in eine noch verheerendere Richtung. In zunehmendem Maße macht sich in der Türkei nämlich das breit, was man aus lateinamerikanischen Ländern kennt: Menschen verschwinden und werden – wenn überhaupt – nur tot wiederaufgefunden. Andere fallen den Attentaten von unerkannt bleibenden Tätern zum Opfer. Im Jahre 1991 rangierte die Türkei mit 50 registrierten Fällen des Verschwindens von Personen an erster Stelle in der Welt. Besonders im unter Notstand stehenden Südosten der Türkei sind politische Morde an der Tagesordnung. Ein Parlamentsbericht brachte diese »extralegalen Hinrichtungen« direkt oder indirekt mit den Sicherheitskräften in Verbindung, führte aber zu keinen konkreten Untersuchungen. Vor allem exponierte Regimekritiker stehen in Gefahr, auf diese Weise aus dem Weg geschafft zu werden. Erschreckend ist das Beispiel von Zeki Aksoy, der sich an die Europäische Menschenrechtskommission wandte, weil er in Polizeigewahrsam gefoltert worden war. Der Spruch der Kommission, der seine Vorwürfe bestätigte, kam zu spät für ihn. Kurz nachdem er im April 1994 aus Straßburg nach Hause kam, wurde Aksoy, der zuvor schon Todesdrohungen erhalten hatte, von Unerkannten ermordet. Trotz dieser alarmierenden Vorkommnisse hat sich die türkische Regierung jedoch bisher geweigert, den UN-Sonderberichterstatter über extralegale Hinrichtungen ins Land zu lassen.

Wenn man danach fragt, warum die Türkei ein so hohes Maß an gravierenden Menschenrechtsverletzungen aufweist, berührt man automatisch Grundfragen des politischen Systems. Die auf das Konto der Sicherheitskräfte gehenden Verbrechen wie Folter, Entführung und Mord (zum Teil durch Todesschwadronen lateinamerikanischen Musters) werden von keiner Stelle entschieden verfolgt, ja teilweise durch staatliche Maßnahmen erst ermöglicht oder zumindest gefördert. Dazu gehört nicht nur die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes im südöstlichen, »kurdischen« Teil des

Landes. Auch eine Reihe anderer Umstände tragen unmittelbar dazu bei, daß Angehörige der Sicherheitskräfte, die sich schwerste Menschenrechtsverletzungen zu Schulden kommen lassen, faktisch Straflosigkeit genießen. So erlauben die strafprozessualen Vorschriften, des Terrorismus verdächtige Personen bis zu 15 Tage, im Notstandsgebiet gar 30 Tage ohne jeden Kontakt zur Außenwelt (»incomunicado«) in Gewahrsam zu halten. Diese lange Spanne, in der die Untersuchungshäftlinge, zu deren Verhaftung auch keinerlei Haftbefehl notwendig ist, in einem rechtsfreien Raum ohne jeglichen Schutz den Sicherheitskräften ausgeliefert sind, erlaubt es, diese tagelang zu foltern und auch noch genügend Zeit für das Abheilen möglicher Wunden während der Zeit des Sicherheitsgewahrsams zu haben. Nachdem dieser besondere Anreiz zum Foltern von staatlichen und nichtstaatlichen Menschenrechtsorganisationen jahrelang vehement kritisiert worden ist, hat die türkische Regierung inzwischen angekündigt, sie werde die Dauer der ohne richterliche Anordnung zulässigen Polizeihaft auf drei bzw. sieben (im Notstandsgebiet) Tage begrenzen. Dies würde in der Tat ein entscheidender Schritt in Richtung eines institutionalisierten Schutzes für Untersuchungshäftlinge sein. Die Gesetzesänderung ist augen-

blicklich (Ende März) noch in der Beratung. Mit ihr würde der türkische Staat aber auch inzidenter eingestehen, daß Folter durch die Sicherheitskräfte ein Problem ist. Dies haben zumindest die höchsten Repräsentanten des Staates bisher nicht vermocht. So hat etwa Präsident Demirel noch bei seinem letzten Deutschlandbesuch betont, Folterungen seien kein systematisches Problem. Wie er betonen Offizielle immer wieder, das eigentliche Problem sei der Terrorismus von PKK und anderen Gruppen, die die Integrität des türkischen Staats bedrohten. Auch Ministerpräsident Erbakan erklärte erst kürzlich gegenüber dem Korrespondenten der NEW YORK TIMES, daß es kein besonderes Menschenrechtsproblem in der Türkei gebe. Das sei Vergangenheit und habe heute keine Bedeutung mehr.

Krankhafte Sezessionsängste

Die Ursache für Folter und andere schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen ist letztlich in der hysterischen Angst türkischer Politiker und Militärs vor einer Abspaltung des kurdischen Landesteils zu finden. Diese Angst vor der Sezession hat regelrecht krankhafte Ausmaße. So wird offiziell schlicht die Existenz einer wie auch immer definierten kurdischen

Türkische Polizisten gehen gegen Aufständische vor

Foto: dpa



Minderheit geleugnet in dem Glauben, daß andernfalls der erste Schritt zur Sezession getan würde. Dementsprechend wurde Fikret Baskaya, ein Assistenzprofessor an der Universität von Bolu, 1994 wegen staatszersetzender Propaganda aufgrund von Artikel 8 des Antiterrorismus-Gesetzes zu 20 Monaten Haft verurteilt, weil er in einem Buch die Kurden als eine eigenständige ethnische Minderheit bezeichnet hatte. Als die kurdische Abgeordnete Leyla Zana es gar wagte, bei ihrer Amtseinführung im türkischen Parlament ein paar Worte in ihrer Muttersprache zu äußern, schlug ihr der blinde Haß fast des gesamten Hauses entgegen. Sie erhielt praktisch Redeverbot in der Volksvertretung. Mehrere Mordanschläge wurden auf sie unternommen, und schließlich wurde ihr im Juni 1994 in einer »Nacht-und-Nebel-Aktion« die Immunität entzogen. Zusammen mit vier weiteren kurdischen Abgeordneten wurde sie in einem »unfairen Prozeß« (AI) zu 15 Jahren Gefängnis wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation verurteilt. Wie viele andere Politiker, Journalisten und Schriftsteller – prominentestes Beispiel ist der wohl bedeutendste zeitgenössische türkische Schriftsteller Yasar Kemal –, die es wagen, die Menschenrechtssituation im Lande oder den Konflikt im Südosten des Landes auch nur vorsichtig zu Sprache zu bringen, fiel sie den Strafgesetzen zum Opfer, die offiziell die Verbreitung terroristischer Propaganda, aber auch die Schmähung der Republik und ihrer Repräsentanten schützen sollen. Vorschriften, die nach außen hin die Verbreitung von Haß verhindern sollen, werden ganz gezielt zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit eingesetzt. Dabei wird auch vor negativen internationalen Reaktionen nicht zurückgeschreckt. Nach Artikel 159 des Strafgesetzbuches wird die Strafe wegen »Diffamierung von Verfassungsorganen« um ein Drittel hinaufgesetzt, wenn die Tat im Ausland begangen wurde. Leyla Zanas Mann Mehdi Zana, der frühere Bürgermeister der größten kurdischen Stadt Diyarbakir, wurde 1994 zu zwei Jahren Haft verurteilt, weil er auf einer Pressekonferenz in Brüssel seine Aussage vor der Europäischen Menschenrechtskommission verlesen hatte.

Politiker und Institutionen, die versuchen, Menschenrechtsverletzungen zu überprüfen, werden kaltgestellt. So wurde nach der letzten Wahl von der bald wieder abgelösten Regierung Yılmaz das Ministerium für Menschenrechte, das sich zu sehr engagiert hatte und dessen Minister gar die Existenz »extralegalen Hinrichtungen« eingestanden hatte, im März 1996 einfach abgeschafft. Wie sehr die Sicherheitskräf-

te Staat im Staate sind, wird daran deutlich, daß es im Oktober 1984 dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Murat Karayalcin von den Militärs verwehrt wurde, Dörfer zu besichtigen, die Berichten zufolge von türkischen Sicherheitskräften zerstört worden waren (eine Praxis, die der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte inzwischen verurteilt hat). Man braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, welche Rechte einfache Bürger gegenüber den Sicherheitskräften haben.

Die internationale Reaktion auf das notorische Menschenrechtsvakuum in der Türkei ist bisher beschämend gewesen. Wollte man zunächst dem NATO-Partner wegen seiner militärstrategisch wichtigen geographischen Lage nicht auf die Füße treten, so wollen nunmehr viele Realpolitiker verhindern, durch eine Kritik der Türkei diese womöglich in das Lager der islamischen Fundamentalisten zu treiben. Wenn man einmal ein Druckmittel in der Hand hat, wie Ende 1995 den Wunsch der Türkei nach Abschluß einer Zollunion mit der EU, wird dieses mit der Begründung, man wolle die prowestlichen Kräfte im Land stärken, für billige Versprechungen aus der Hand gegeben. Statt eine spürbare Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Türkei als Eintrittskarte in die Zollunion zu verlangen, begnügte sich das Europäische Parlament mit der Versicherung der damaligen Premierministerin Çiller, daß entscheidende Fortschritte auf diesem Gebiet gemacht würden. Çiller (laut SPD-MDEP Martin Schulz »die unglaublichste Person der internationalen Politik«) dankte dieses damit, daß sie mit Erbakan erstmals einen islamischen Politiker in den Ministerpräsidentensattel hob. Ihre Motive waren dabei rein persönlicher Natur, da ihr durch eine Teilnahme an der Regierung, welche ihr von dem ihr feindlich gesinnten Yılmaz verwehrt wurde, eine parlamentarische Untersuchung der gegen sie von vielen Seiten vorgebrachten Korruptionsvorwürfe erspart wurde. (Es verdichten sich die Indizien, daß Außenministerin Çiller in Machenschaften der türkischen Mafia verwickelt ist.)

In jüngster Zeit lassen die Militärs immer vernehmbarer durchklingen, daß sie nicht bereit sind, die laizistische Ausrichtung des Landes durch die islamische Regierung unter Erbakan zu gefährden. Unverblümt wird mit einem erneuten Militärputsch gedroht, wenn die zivile Regierung nicht bereit ist, die Grundmaxime des Atatürkischen Erbes aufrechtzuerhalten. Allerdings sollten sich westliche Politiker hüten, diese Drohungen in einem positiven Licht zu sehen, gewissermaßen als Garantie,

daß die Türkei trotz derzeitiger islamischer Regierung im westlichen Lager verbleiben wird. Die Militärs selbst sind es nämlich, die durch das von ihnen bisher gestützte Regime den Wunsch nach fundamentalistischen Lösungen erst erzeugen. Erbakan, der nur ein Viertel der Wähler hinter sich hat, ist nur deswegen ans Ruder gekommen, weil eine korrupte Politikerin wie Çiller es ihm ermöglichte. Prinzipienlose Politiker wie Çiller sind es aber auch, die bei den türkischen Wählern den Verdruß über laizistische Politiker herbeiführen und sie in die Arme der Heilspartei treiben. Ein erneuter Militärputsch würde zwar die islamische Regierung aus dem Sattel heben, aber die politische und wirtschaftliche Lage des Landes keinen Deut verbessern. Vielmehr würde der Teufelskreislauf »Militärregierung – Menschenrechtsverletzungen – Einsetzung korrupter, mit dem Militär verbundener Politiker – Förderung des Fundamentalismus« nur eine weitere, sich verschärfende Runde beginnen. Wer glaubt, dem Fundamentalismus durch autoritäre Lösungen wirksam begegnen zu können, sollte eigentlich durch die algerischen Zustände eines Besseren belehrt sein.

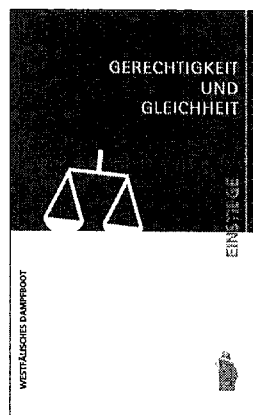
Wie aber kann der Teufelskreislauf der türkischen Politik gebrochen werden? Wichtig ist, die Macht auf Dauer in zivile Hände zu überführen, und zwar nicht nur die Regierungsgeschäfte; auch die Verantwortung für die Sicherheitsbelange muß den Militärs genommen werden. Voraussetzung dafür ist die Bewältigung des »Kurdenkonflikts«. Solange das Militär die Sicherheit des Landes als durch terroristische Guerillas bedroht hinzustellen vermag, wird ihnen dies als Rechtfertigung für demokratisch und rechtsstaatlich nicht zu verantwortende Kompetenzen erhalten können. Der Konflikt im Südosten des Landes kann aber nicht militärisch beendet werden, sondern nur auf dem Verhandlungswege. Dazu muß jedoch den Politikern zunächst einmal gestattet werden, diesen Weg überhaupt einzuschlagen. Bisher sträuben sich vor allem die Militärs dagegen. Politiker, die dieser Linie nicht zustimmen, laufen größte Gefahr, mitunter gar für Leib und Leben. (Es hält sich beharrlich das Gerücht, daß man den früheren Staatspräsidenten Turgut Özal im Jahre 1993 nach seinem Herzinfarkt bewußt nicht rechtzeitig behandelte, weil er eine friedliche Lösung des Kurdenproblems anstrebte.) Hier wäre es Aufgabe der EU, vor allem aber der NATO, ihren Verbündeten in den Reihen des Militärs klarzumachen, daß eine weitere Unterstützung des Regimes von einer konstruktiven Haltung zur Lösung des Kurdenkonfliktes abhängt.

Die neue Reihe:

EINSTIEGE

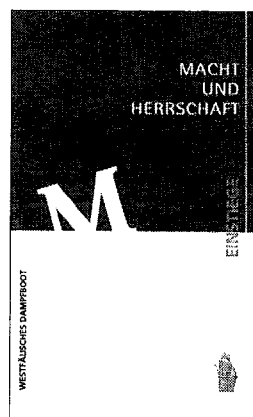
Grundbegriffe der Sozialphilosophie und Gesellschaftstheorie

Band 1



ca. 190 S.
ca. DM 29,80
ÖS 218 - SFR 27,50
ISBN 3-89691-699-8
erscheint Mai 1997

Band 2



ca. 180 S.
ca. DM 29,80
ÖS 218 - SFR 27,50
ISBN 3-89691-698-X
erscheint Mai 1997

**WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT**



Dorotheenstr. 26a · 48145 Münster · Tel. 0251/6086080
Fax. 0251/6086020 · <http://www.login1/dampfboot>
e-mail: dampfboot@login1.com

Thema: Wieviel Ungerechtigkeit verträgt die Demokratie?

EDELTRAUD ROLLER

Ist der Abbau des Sozialstaats eine Gefahr für die Demokratie?

Etwa seit 1993 werden in der Bundesrepublik Deutschland verstärkt Sozialleistungen gekürzt. Das Ziel ist einerseits die Konsolidierung der Staatsfinanzen, die unter anderem wegen der Arbeitslosigkeit und den Kosten der deutschen Einigungsprozesse durch hohe Verschuldung gekennzeichnet sind. Das Ziel ist andererseits die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft angesichts des globalen ökonomischen Wettbewerbs. Wenn auch das Ausmaß und die Art der Kürzungen umstritten sind, so konstatiert inzwischen die Mehrheit der relevanten politischen Akteure – die SPD und die Gewerkschaften als traditionelle Befürworter des Sozialstaats eingeschlossen – die Notwendigkeit eines Sozialstaatsabbaus.

Dennoch befürchten viele politische Akteure und Beobachter, daß dieser Sozialstaatsabbau eine Gefahr für die Demokratie der Bundesrepublik darstellen könnte. Von einer Gefährdung des sozialen Friedens ist die Rede, vor Weimarer Verhältnissen wird gewarnt. Der Kern dieser Krisenszenarien ist letztlich, daß der Sozialstaatsabbau zu einer Abwendung der Bürger von der Demokratie als Staatsform führen könnte. Diesen Szenarien liegt die Vorstellung zugrunde, daß die Zustimmung zur Demokratie in erster Linie interessengeleitet ist, d.h. von materiellen Leistungen abhängt. Sind die Bürger mit den wirtschaftlichen und sozialen Leistungen in einem Land zufrieden, dann befürworten sie die Demokratie. Verschlechtern sich die wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen, dann schwindet die Zustimmung zur Demokratie und andere Staatsformen gewinnen an Attraktivität. Ist die Bundesrepublik aber eine derartige »Schönwetterdemokratie«, die lediglich bei hohen und wachsenden wirtschaftlichen und

sozialen Leistungen die Unterstützung ihrer Bürger gewinnen kann?

Die empirische Demokratieforschung hat gezeigt, daß zumindest die alte Bundesrepublik seit den 70er Jahren keine solche Schönwetterdemokratie war. Nach der Gründung der Bundesrepublik im Jahr 1949 standen die Westdeutschen der von den Alliierten oktroyierten Demokratie zwar mehrheitlich noch skeptisch gegenüber. In den folgenden Jahren wurde sie immer positiver beurteilt, doch die maßgebliche Quelle dafür waren soziale und wirtschaftliche Leistungen (Wirtschaftswunder). Diese leistungsabhängige Form der Zustimmung zur Demokratie hat sich aber in eine Zustimmung zur Demokratie »um ihrer selbst Willen« transformiert. Etwa mit dem Ende der 60er Jahre kann die Demokratie der Bundesrepublik als eine in den Augen ihrer Bürger legitime Staatsform gelten, deren Unterstützung auf grundlegenden demokratischen Werten beruht. Besonders deutlich wurde dies, als die Bundesrepublik seitdem mehrere gravierende Wirtschaftskrisen ohne stärkere Legitimitätseinbußen überstand.

In den fünf neuen Bundesländern stellt sich das Verhältnis zur Demokratie als solcher und zur Demokratie der Bundesrepublik anders dar. Studien, die kurz nach der deutschen Vereinigung durchgeführt wurden, zeigen, daß die Bürger der ehemaligen DDR zwar grundsätzlich die Demokratie als Staatsform befürworten. Sie unterscheiden sich aber in zwei Aspekten relativ deutlich von den Bürgern der alten Länder. Zum einen haben sie eine etwas andere Demokratievorstellung ausgebildet: sie wollen eine Demokratie, die nicht nur liberale, sondern darüber hinaus auch soziale Grundrechte garantiert. Deshalb ist zum anderen die

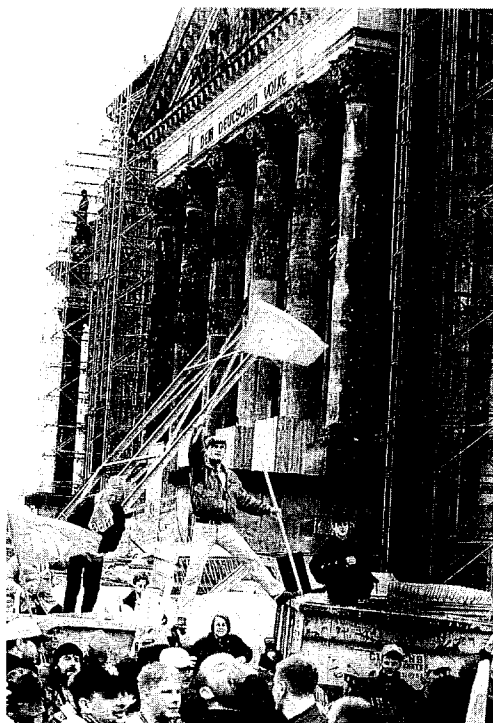
Zustimmung zur demokratischen Staatsform der Bundesrepublik relativ geringer und diese scheint zudem weniger auf grundlegenden demokratischen Werten zu basieren, sondern stärker von materiellen Leistungen abhängig zu sein.

Während sich in den alten Bundesländern also die Frage stellt, ob der Sozialstaatsabbau Legitimitätseinbußen für das demokratische System des vereinigten Deutschland nach sich zieht, stellt sich in den neuen Bundesländern die Frage, ob der Sozialstaatsabbau die Herausbildung positiver Legitimitätsüberzeugungen gegenüber diesem System erschwert oder gar verhindert. Diese beiden Fragen werden im folgenden aufgegriffen und auf der Grundlage von Einstellungen der Bürger zu Sozialleistungskürzungen und zur Demokratie untersucht. Datenbasis bilden repräsentative Bevölkerungsumfragen, die zwischen 1990 und 1996 in den alten und neuen Bundesländern durchgeführt wurden.

Zustimmung zu Sozialleistungskürzungen?

Wenn man die Bundesbürger danach fragt, ob die Sozialleistungen in Zukunft gekürzt oder ausgeweitet werden sollen, oder ob sie so bleiben sollen wie bisher, dann verteilen sich die Antworten im Jahr 1994, also kurz nach Beginn der verstärkten Kürzungsaktivitäten der Bundesregierung, folgendermaßen: In den alten Bundesländern sprechen sich 60 Prozent für die Beibehaltung des Status quo aus, 28 Prozent wollen eine Ausweitung und nur 12 Prozent eine Kürzung der Sozialleistungen. In den neuen Bundesländern wollen dagegen nur 28 Prozent der Bürger eine Beibehaltung des Status quo, 71 Prozent wollen die Sozialleistungen ausweiten und nur ein Prozent befürwortet eine Kürzung.

In dieser Verteilung kommen zwei Merkmale zum Ausdruck, die sich in allen anderen Umfragen zu Sozialleistungskürzungen zeigen. Erstens, in den alten Ländern ist die Mehrheit der Bürger für die Beibehaltung des Status quo der Sozialleistungen und in den neuen Ländern ist die Mehrheit für eine Auswei-



Berliner Bauarbeiter stürmen die Baustelle am Reichstag

Foto: dpa

tung. Zweitens, in beiden Landesteilen spricht sich nur eine Minderheit für Kürzungen von Sozialleistungen aus, und diese Minderheit ist in den neuen Ländern kleiner als in den alten Ländern.

Die Bürger in den alten und in den neuen Ländern unterscheiden sich danach in erster Linie in der Frage der Ausweitung von Sozialleistungen. Weiterführende Analysen zeigen, daß die Bürger der ehemaligen DDR vor allem deshalb den Sozialstaat ausweiten wollen, weil aus ihrer Sicht das umfassende sozialistische System der Sozialpolitik (nicht das sozialistische System insgesamt) dem bundesrepublikanischen Sozialstaat eindeutig überlegen war. In der Frage der Kürzung von Sozialleistungen gibt es zwar auch Unterschiede zwischen den alten und neuen Ländern, für beide gilt aber gleichermaßen: Sozialleistungskürzungen sind unpopulär.

Es wäre allerdings voreilig, aus diesem Ergebnis die Schlußfolgerung zu ziehen, Sozialleistungskürzungen würden von den Bürgern nicht akzeptiert. Dagegen

sprechen zumindest drei Sachverhalte. Erstens, bezieht sich diese Einstellung auf die Kürzung von Sozialleistungen *insgesamt*. Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen (Mannheim) zeigen, daß bei *einzelnen* Sozialleistungen (z.B. Leistungen für Asylbewerber und Arbeitslosengeld/-hilfe) die Kürzungsbereitschaft deutlich höher ist. Diese Leistungen zeichnen sich dadurch aus, daß sie gegenwärtig oder zukünftig nur von einer Bevölkerungsminderheit in Anspruch genommen werden. Im Unterschied dazu ist die Kürzungsbereitschaft bei solchen Leistungen, die von der Bevölkerungsmehrheit entweder gegenwärtig oder zukünftig in Anspruch genommen werden (z.B. Renten und Pensionen), deutlich niedriger.

Zweitens, die gestellte Frage ist neutral formuliert, d.h. es werden keine Bedingungen wie ökonomische Zwänge spezifiziert, unter denen die Befragten zu Kürzungen bereit wären. Das Institut für Demoskopie Allensbach konnte zeigen, daß die Zustimmung zu Sozialleistungskürzungen deutlich höher ausfällt, wenn man danach fragt, ob Kürzungen für notwendig erachtet werden (FAZ vom 11.9.1996).

Drittens, Studien zu Sozialleistungskürzungen können zeigen, daß die Einstellungen zu Sozialleistungskürzungen sich in Abhängigkeit von der politischen Auseinandersetzung verändern. Unter bestimmten Bedingungen, die später noch erläutert werden, nimmt in der Bevölkerung die Kürzungsbereitschaft

mit der Zeit zu. Für die drei Kernbereiche des deutschen Sozialstaats – Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung – wurde 1990 und 1996 die Frage gestellt, ob jeweils mehr oder weniger Geld ausgegeben werden soll, oder ob es so bleiben soll wie bisher. In den alten Bundesländern nimmt zwischen 1990 und 1996 für alle drei Leistungen der Anteil der Befragten zu, der »weniger Geld ausgeben« will. Bei Renten und Pensionen steigt der Anteil von zwei auf fünf Prozent, beim Gesundheitswesen von drei auf sieben und bei der Arbeitslosenunterstützung von 13 auf 18 Prozent (*Tabelle 1*). Eine zunehmende Kürzungsbereitschaft ist auch in diesen Kernbereichen eindeutig identifizierbar, wenngleich diese nicht sehr stark ist.

Viel deutlicher zeigt sich die veränderte Haltung der Westdeutschen bei der Kategorie »mehr Geld ausgeben«, die als ablehnende Haltung gegenüber Kürzungen interpretiert werden kann. Bei allen drei Leistungen sinkt zwischen 1990 und 1996 der Anteil der Befragten, der »mehr Geld ausgeben« will. Bei Renten und Pensionen sinkt er von 55 auf 44 Prozent, beim Gesundheitswesen von 73 auf 54 Prozent und bei der Arbeitslosenunterstützung von 37 auf 29 Prozent (*Tabelle 1*). Zunehmende Kürzungsbereitschaft auf der einen Seite und abnehmende Gegnerschaft auf der anderen Seite sind ein klares Indiz dafür, daß sich zwischen 1990 und 1996 das Klima für Sozialleistungs-

Tabelle 1: Einstellungen zu Kürzungen von Sozialleistungen

<i>Die Regierung sollte für ...</i>	<i>Alle Bundesländer</i>	
	<i>1990</i>	<i>1996</i>
<i>Renten und Pensionen</i>		
– mehr Geld ausgeben	55 %	44 %
– Ausgaben auf dem jetzigen Stand halten	43 %	51 %
– weniger Geld ausgeben	2 %	5 %
<i>Gesundheitswesen</i>		
– mehr Geld ausgeben	73 %	54 %
– Ausgaben auf dem jetzigen Stand halten	24 %	39 %
– weniger Geld ausgeben	3 %	7 %
<i>Arbeitslosenunterstützung</i>		
– mehr Geld ausgeben	37 %	29 %
– Ausgaben auf dem jetzigen Stand halten	50 %	53 %
– weniger Geld ausgeben	13 %	18 %

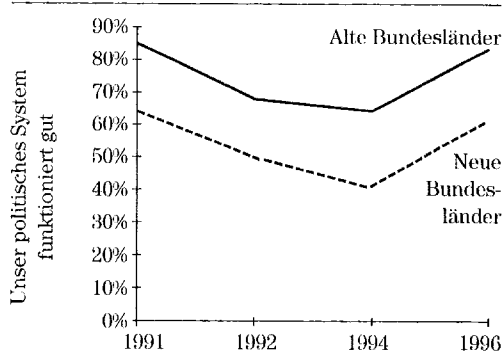
kürzungen zumindest in den alten Bundesländern verbessert hat. Ob eine solche Entwicklung auch in den neuen Bundesländern stattgefunden hat, muß wegen fehlender Umfragen offen bleiben.

Abkehr von der Demokratie?

Wie hat sich die Haltung der Bürger zur Demokratie der Bundesrepublik in diesem Zeitraum entwickelt? Diese Einstellung wird mit einer Frage erhoben, die auf die Funktionsfähigkeit des politischen Systems der Bundesrepublik und Änderungswünsche abstellt. Die Befragten hatten vier Antwortalternativen zur Auswahl: »Unser politisches System funktioniert ... a) gut und muß nicht verändert werden, b) im großen und ganzen gut, muß aber in einigen Punkten verändert werden, c) nicht gut und muß in vielen Punkten verändert werden und d) überhaupt nicht gut und muß völlig verändert werden.« Die ersten beiden Kategorien indizieren eine positive Haltung und können deshalb als Zustimmung zur Demokratie der Bundesrepublik interpretiert werden.

1991 äußert sich die Mehrheit der Bürger

Schaubild 1: Zustimmung zur Demokratie in Deutschland



in den alten und in den neuen Ländern positiv zur Demokratie der Bundesrepublik, in den alten Ländern finden 85 Prozent und in den neuen Ländern 64 Prozent der Bürger das politische System gut (*Schaubild 1*). In beiden Landesteilen nimmt zwischen 1992 und 1994 diese positive Haltung ab, in den neuen Bundesländern sinkt sie 1994 sogar unter 50 Prozent.

Danach steigt sie aber wieder an. 1996 werden in beiden Landesteilen nahezu wieder dieselben positiven Werte erreicht wie im Ausgangsjahr 1991. Die seit 1993 verstärkt beschlossenen Sozialleistungskürzungen haben bis 1996 also nicht zu einer Abkehr von der Demokratie des vereinigten Deutschland geführt. In dem entscheidenden Zeitraum zwischen 1993 und 1996 hat die Zustimmung zur Demokratie nicht ab-, sondern zugenommen.

Diese positive Entwicklung im Aggregat aller Bürger schließt aber nicht aus, daß Kürzungsgegner die Demokratie negativer bewerten. Wäre dies der Fall, gäbe es einen gewissen Anhaltspunkt für die prognostizierten negativen Effekte des Sozialstaatsabbaus. Im folgenden wird nochmals die Frage nach der Kürzungsbereitschaft in den drei Kernbereichen des Sozialstaats benutzt. Für jeden Befragten wird gezählt, in wievielen Bereichen er »mehr Geld ausgeben« will. Für jeden Befragten haben wir also einen Wert zwischen 0 und 3. '0' bedeutet, daß in keinem der drei Bereiche mehr Geld ausgegeben werden soll, '1' bedeutet, daß in einem Bereich mehr Geld ausgegeben werden soll, '2' bedeutet, daß in zwei Bereichen mehr Geld ausgegeben werden soll, und '3' bedeutet, daß in allen drei Bereichen mehr Geld ausgegeben werden soll. Es wird unterstellt, daß mit zunehmender Anzahl der genannten Bereiche die Ablehnung von Sozialleistungskürzungen steigt. Die Ablehnung ist bei '0' am niedrigsten und bei '3' am höchsten.

Die in der *Tabelle 2* ausgewiesenen Werte zeigen, daß diese vier Gruppen von Befragten die Demokratie der Bundesrepublik unterschiedlich beurteilen. Die Bürger, die in allen drei Bereichen Kürzungen ablehnen, haben die niedrigsten Zustimmungswerte zur Demokratie. Und die Bürger, die in keinem der drei Bereiche Kürzungen ablehnen, haben die höchsten Zustimmungswerte zur Demokratie. Es gibt also klare Anhaltspunkte dafür, daß die Kürzungsgegner mit der Demokratie in Deutschland weniger zufrieden sind. Diese Aussage muß aber in zweierlei Hinsicht qualifiziert werden. Erstens, die Unterschiede zwischen den Bürgern mit

Tabelle 2: Ablehnung von Sozialleistungskürzungen und Zustimmung zur Demokratie in Deutschland (1996)

<i>Ablehnung von Sozialleistungskürzungen</i>	(niedrig) 0	1	2	3 (hoch)
<i>Unser politisches System funktioniert gut:</i>				
Alte Bundesländer	88 %	85 %	79 %	77 %
Neue Bundesländer	70 %	66 %	59 %	55 %

der niedrigsten und der höchsten Form der Ablehnung sind in beiden Landesteilen nicht sehr stark ausgeprägt. In den alten Ländern beträgt die Differenz zwischen diesen beiden Gruppen in der Beurteilung der Demokratie 11 und in den neuen Ländern 15 Prozentpunkte. Zweitens, in beiden Landesteilen spricht sich in der Gruppe der Kürzungsgegner nach wie vor die Mehrheit für die Demokratie aus. In den alten Ländern sind es 77 Prozent und in den neuen sind es 55 Prozent der Kürzungsgegner, die die Demokratie in Deutschland positiv beurteilen.

Kürzungspolitik

Für das eingangs skizzierte Krisenszenario, wonach der Sozialstaatsabbau sich negativ auf die Zustimmung zur Demokratie auswirkt, können bisher insgesamt wenig empirische Hinweise gefunden werden. Zwar konnte bestätigt werden, daß Gegner von Sozialleistungskürzungen mit der Demokratie der Bundesrepublik weniger zufrieden sind. Dieser Zusammenhang ist gegenwärtig jedoch nicht sehr stark ausgeprägt, denn die Gruppe der Kürzungsgegner beurteilt die Demokratie der Bundesrepublik mehrheitlich immer noch positiv. Gegen das Krisenszenario spricht aber vor allem, daß die Zustimmung zur Demokratie der Bundesrepublik seit 1993 nicht kontinuierlich ab-, sondern nach 1994 wieder zugenommen hat. Das bedeutet, daß andere Faktoren als der Sozialleistungsabbau für die Entwicklung der Zustimmung zur Demokratie der Bundesrepublik maßgeblich sind. Wenn man die verschiedenen Daten zusammengekommen betrachtet, dann lassen sich *gegenwärtig* keine Anhaltspunkte für eine durch den Sozialstaatsabbau begründete Gefährdung der Demokratie der Bundesrepublik finden.

Eine solche krisenhafte Entwicklung kann allerdings für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Wenn der Anteil der Gegner von Sozialleistungskürzungen in der Bevölkerung steigt, dann nimmt auch die Kritik an der Demokratie der Bundesrepublik zu. Da sich die Einstellungen der Bürger zu Sozialleistungskürzungen vor dem Hintergrund der konkreten Sozialpolitik herausbilden, ist die zukünftige Entwicklung wesentlich von der spezifischen Kürzungspolitik abhängig, d.h. davon, welche Kürzungsentscheidungen wie getroffen und wie vermittelt werden. Nach den bisherigen Erkenntnissen steigt die Akzeptanz von Kürzungsentscheidungen, wenn die Kürzungen erstens gemäßigt sind, d.h. wenn es sich nicht um einen grundsätzlichen Abbau des Sozialstaats handelt. Sie steigt zweitens, wenn sie den Bürgern als gerecht erscheinen. Außerdem sollten drittens die politischen Parteien den Bürgern die Notwendigkeit von Kürzungen klarmachen können und diesbezüglich ist viertens ein gewisser Konsens der wichtigsten politischen Parteien bedeutsam. In dem Maße, in dem diese Bedingungen nicht zutreffen, kann längerfristig eine negative Rückwirkung des Sozialstaatsabbaus auf die Demokratie der Bundesrepublik nicht ausgeschlossen werden.

Die in diesem Beitrag benutzten Daten entstammen der »Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften« (ALLBUS).

Diese Umfragen wurden von Bund und Ländern über die GESIS (Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen) finanziert und von ZUMA (Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim) und dem Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (Köln) realisiert.

Das kostenlose Gehaltskonto

BfG *plus*

Mit allen Leistungen
eines modernen Girokontos:

Kostenlose Kontoführung

plus ec-Karte

plus VISA Photocard

plus Dispolimit

plus Telefonbanking

Das ultimative Girokonto,
kostenlos bei Gehaltseingang
ab 2.000 DM monatlich.

BfG·BankAG

... die mit dem
kostenlosen Gehaltskonto

Hart an das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn grenzt ein Gebäude, in dem ein junger, doch schon landesweit bekannter Mann sein Büro hat. Da sitzt Guido Westerwelle in seinem Lederstuhl und freut sich. »Wir, die FDP, haben es geschafft, einen Meinungsdruck zu erzeugen«, sagt der Generalsekretär der Freien Demokraten. »Sparen«, »Steuersenkungen«, »Marktwirtschaft« und »Wettbewerbsfähigkeit« sind in aller Munde. Und während jeder von der Wirklichkeit redet, von den Geboten wirtschaftlicher Vernunft und dem Ende aller Ideologien geht der Mittdreißiger Westerwelle tief in sich – und schreibt ein Parteiprogramm. Das findet er gar nicht paradox.

»Ich glaube, die Zeit für Ideologien ist vorbei, aber nicht für Ideen. Das ist ein sehr großer Unterschied.« Worin dieser besteht, will er nicht verraten. Ideologietheoretiker würden einwenden, daß die Behauptung einer solchen Differenz selbst schon wieder ein ideologischer Eingriff ist. Aber Herr Westerwelle ist kein Ideologietheoretiker, sondern ein Politiker. Als solcher ist er Händler. Er verkauft Ideen, nicht bloß eine Summe von Einzelpostulaten, sondern »einen Zukunftsentwurf und ein Lebensgefühl«.

Das Verschwinden des Staates

Erfolgreiche Politiker sind »Händler von Illusionen«, die eine Gruppe mit einer Ideologie, einem regelrechten kollektiven Über-Ich ausstatten. Die befriedigbare Bedürfnisse schaffen, etwas, das jeder haben will. In diesem Fall: Erfolg. Jenen Erfolg, den der Einzelne gegen alle Widrigkeiten zu erzielen weiß. Diese Widrigkeit heißt aus der Sicht der liberalen Ideologie: *Staat*. »Verwechseln Sie nicht Liberalismus und Anarchismus«, wendet der forsche Herr Westerwelle ein, »niemand verneint den staatlichen Rahmen«. Wirklich niemand?

Nicht erst seit Thomas Hobbes' *Leviathan* gehört zum gesicherten Grundbestand aller politischer Theorien, Praxen und Überzeugungen, daß sie den Staat als politischen Handlungsraum voraussetzen. Dies wurde so sehr zur gewohnheitsmäßigen Grundlage allen politischen Denkens, daß oft nicht weiter auffiel, wie sehr das selbst für jene Überzeugungen zutraf, denen der Staat als Übel galt. Die Negation der Herrschaftsorganisation Staat durch die universalistisch gedachte freie Assoziation der Produzenten, wie sie etwa zu den Kernvorstellungen der marxistischen Doktrin zählte, sollte auf Basis dieser Herrschaftsorganisation geschehen. Die Feinde im politischen Kampf der Arbeiterparteien waren, aller »Internationalen« zum Trotz, immer die jeweils nationalen Bourgeoisien und »deren« Regierungen, da der Staat einzig die Prämissen für die politische Auseinandersetzung bot. Die Linke und die Rechte hatten in diesem Sinn nur scheinbare Differenzen. Vom Staat ging implizit auch die Linke aus, wenngleich sie diesen nicht als politische Ordnung und Einheit erhalten, sondern, im Gegenteil, zerstören wollte – doch nicht der Zerstörung willen, nicht der Herstellung einer unpolitischen Formlosigkeit wegen, sondern zum Zwecke der Etablierung einer neuen, höheren Ordnung und Einheit. So ist der Staat seit Jahrhunderten die Prämisse, von der die Menschen ausgingen, versuchten sie auch nur einen politischen Gedanken zu fassen. Unsere Begriffe, unsere Vorstellungswelten sind von diesem Sachverhalt geprägt und, wenn man so will, auch gefangen.

»Im Staat allein«, lesen wir bei Hegel, »hat der Mensch vernünftige Existenz. (...) Alles, was der Mensch ist, verdankt er dem Staat.«

Im Zeitalter der Globalisierung können sich transnationale Unternehmen dem Zugriff des Staates längst entziehen. Der Druck, der von diesem neuen Sachverhalt ausgeht, ist so stark, daß sich Staaten in

einem Standortwettkampf mit anderen Staaten, die nur noch als Konkurrenten wahrgenommen werden, wiederfinden. Wer heute von Staaten spricht, tut das, als handelte es sich um Unternehmen.

Der Prozeß der Globalisierung untergräbt den Staat, die Grundlage aller Politik. Der Begriff des Staates verschwindet aus dem Horizont politischen Denkens. »Mehr noch als vor etwa 20 Jahren, als man von Staatskrise und von Staatsversagen sprach« – so der Bielefelder Soziologe Niklas Luhmann – »hat man heute Anlaß, sich über die universelle Brauchbarkeit und die Zukunft der staatlichen Form politischer Ordnung Gedanken zu machen.«

So sind wir mit einem Prozeß konfrontiert, der »womöglich eine Zivilisation zerstört, die mit der Entstehung des Staates, dieser entschieden modernen Idee, verbunden ist« (Pierre Bourdieu).

Das Verschwinden des Staates markiert so eine paradoxe Volte der Geschichte. Der Tod des Leviathan, des sterblichen Gottes, wie ihn Hobbes genannt hat, stürzt die Menschen in einen neuen Naturzustand auf erweiterter Grundlage. Jetzt bricht der Kampf aller gegen alle auf ein neues los, die gewaltsame »Vermehrung der Besitzungen um den nötigen Selbsterhalt willen« (*Leviathan*) steht wieder auf der Tagesordnung. Jetzt diktieren die Märkte eine globale Gesetzlosigkeit.

Die Globalisierung und ihr Preis

Die Linke, die historisch zweierlei wollte: die Unterklassen vor den Auswüchsen der kapitalistischen Profitlogik in Schutz nehmen und dem Kapitalismus als Gesellschaftsordnung einen Alternativentwurf entgegenstellen, stürzt der Globalisierungsprozeß in eine ganze Reihe von Problemen.

Erstens: Die Linke revoltierte gegen den bürgerlichen Staat und träumte vom Ende des Nationalstaates. Sie wollte die bürgerlichen Eliten und die bourgeoise Kapitalistenklasse entmachten, doch sie wollte nicht, daß sich die Eliten selbstentmächtigen und daß die nationale Politik von einem global werdenden Kapitalismus ent-

machtet wird. Der Schutz der Unterprivilegierten vor den zerstörerischen Wirkungen des Kapitalismus scheint nun an die Struktur des Nationalstaates gebunden.

Aber soll sich die Linke die (Wieder-) Befestigung des Nationalstaats zur Aufgabe stellen? Wählt sie diesen Weg, dann findet sich die Linke freilich an der Seite der Rechten wieder. Oder aber sie betrachtet diesen Prozeß als innerkapitalistische Modernisierung, als »neue Vergesellschaftungsphase« (*Joschka Fischer*). Solcherart kann die Linke ihren Fortschrittsethos verteidigen, dem Prozeß der Globalisierung noch Positives abgewinnen, läuft aber Gefahr, zum bloßen Mitschreiber des Fälligen zu werden und einem Prozeß, der ihr selbst den Boden entzieht, auch noch zu applaudieren.

Zweitens: Der Fortschrittsbegriff zählte zu den starken, illusionären Selbstversicherungen der Linken. Weil sie selbst – als utopischer Gegenentwurf – ein Zukunftsversprechen war, verfügte sie über einen doppelten Rückhalt: Einerseits baute sie auf die Idee des infiniten Fortschritts, andererseits auf die des voluntaristischen Eingriffs in das Weltgeschehen. Bei Marx, nach dessen Vorstellung die Revolutionen die Lokomotive der Geschichte waren, waren diese beiden Momente noch verbunden – später vertraute die Sozialdemokratie mehr auf das erste, die radikale Linke verstärkt auf das zweite Motiv.

Doch heute entgleitet der Linken zumindest der erste Rückhalt aus der Hand. Der Begriff des Fortschritts ist zum Chiffre des beschleunigten Kapitalverkehrs geworden. Die Linke hat jetzt ein Problem. Die radikale Rechte nicht. Denn deren Leitmotiv war immer, daß sie den Fortschritt »aufhalten« wollte.

Drittens: Die Revolution wird aus solcher Perspektive nicht mehr als Lokomotive der Geschichte gedacht, sondern, wenn überhaupt, dann als Eingriff, der den Fortschritt aufhält. »Entschleunigung« ist ein Wort, das heute vielen Linken leicht über die Lippen geht. »Ohne Senkung der Produktivität werden wir langfristig nicht weiterkommen«, sagt der marxistische Ökonom Elmar Altvater. Das



Auf dem FDP-Parteitag in Karlsruhe 1996 präsentierte Generalsekretär Guido Westerwelle ein Programm des Anti-Etatismus. Foto: dpa

klassische Selbstbild der Linken »als Kraft des Fortschritts« ist dann aber nicht mehr zu halten. Jemand, der solche Schlüsse zieht, ist nicht rechts. Aber: Rechte haben mit einer solchen Haltung kein Problem.

Viertens: Für einen derartigen Eingriff ist die Linke freilich denkbar schlecht gerüstet. Noch sitzt die Fortschrittsidee zu tief in den Köpfen, als daß ein solcher Schwenk geschichtsmächtig werden könnte. Begriffe wie »aufhalten«, »abwehren«, »verteidigen« klingen verdächtig im Kanon einer Idee, die der Gegenwart immer die Zukunft entgegengesetzte, die dem Stillstand immer das »Vorwärts« vorzog. Wenn Gewerkschafter oder Sozialdemokraten etwa sich gegen die neuen Annahmen der Unternehmen stemmen, wird ihnen gerne vorgehalten, sie verteidigten bloß. Dies ist aber nur aus der Perspektive des klassischen Fortschrittbegriffs als schwerer Vorwurf zu verstehen. Doch die Frage: »Was ist per se schlecht an Verteidigung?«, kann aus dem Fundus linker Rhetorik nicht gestellt werden.

Fünftens: Das Heilsversprechen der Linken war das der Befreiung von abhängiger Lohnarbeit. Das sozialistische Uto-

pia war eine Welt, in der die Produktivkräfte soweit entwickelt sein sollten, daß das Reich der Notwendigkeit dem Reich der Freiheit weichen konnte. In diesem sollte es dem Menschen möglich sein, wie es in der klassischen Passage der Marx'schen *Deutschen Ideologie* heißt, »heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben und nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe...«

Heute hat die Produktivität tatsächlich einen Grad erreicht, der einen Großteil der Menschen für die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums nicht mehr benötigt. Doch daraus folgt keine Befreiung von den Zwängen der Lohnarbeit, sondern eine noch radikalere Unterwerfung. Inkludiert zu bleiben – oder wieder zu werden – in den Prozeß abhängiger Beschäftigung wird für die »überflüssigen Menschen« (Wolfgang Engler) zur Existenzfrage. Die Linke hat jetzt zwei Möglichkeiten, die beide nicht sehr verlockend sind: Entweder bindet sie sich noch stärker, als sie das bislang schon getan hat, an das Konzept abhängiger Lohnarbeit oder stemmt sich so gegen die zynische »Befreiung« des

globalisierten Kapitalismus – dann geht sie ihres ohnehin längst fraglichen Heilsversprechens vollends verlustig. Oder sie deutet diese Befreiung in eine Chance um, dann läuft sie aber Gefahr, in den Chor der Unternehmer einzustimmen, die der Lohnarbeit deregulierte Beschäftigungsformen und eine prekäre Selbständigkeit entgegenzusetzen.

Sechstens: Die Linke verband kollektivistische und individualistische Motive. Ihre Stärke im politischen Kampf war die Organisation der Massen – die »Klassen-solidarität« – und diese Erfahrung ging auch in die meisten Sozialismuskonzeptionen ein. Als Erbe der Aufklärung erneuerte die Linke aber auch das Versprechen auf Befreiung aus den Zwängen von Tradition, Gewohnheit und Macht, denn auch die zwanglose Assoziation der Produzenten machte nur Sinn, wenn mit der Befreiung der Produzentenklasse die individuelle Befreiung einherging.

Das neue Dilemma der Linken gründet nun darin, daß der globalisierte Kapitalismus selbst die Bindekräfte der Gesellschaft zersetzt. Mit diesem radikalen Individualismus hält das Versprechen auf individuelle Befreiung der Linken nicht mehr mit. Wenn sich die Linke aber selbst auf die Suche danach macht, was moderne Gesellschaften zusammenhält, wenn sie einen neuen Gemeinsinn stiften will, läuft sie Gefahr, in ein antiindividualistisches Fahrwasser zu geraten und sich ihres Befreiungsversprechens gegenüber dem Einzelnen zu begeben. Legt sie aber allen Ton auf das ihr eigene individualistische Motiv, droht sie, die Dynamik des Globalisierungsprozesses noch zu beschleunigen.

Das Reale und das Imaginäre

Der Begriff der Globalisierung, mitsamt seinem Gehalt, der Zwänge, die er gebiert, der Gebote ökonomischer Vernunft, die er postuliert, bliebe ein Rätsel ohne die heute allmächtige Ideologie des Neoliberalismus. Diese hat, wie alle kraftvollen Überzeugungen, ihren Mythos zur Stelle. Einer davon ist das *Internet*. Auf dessen Dienste soll nicht verzichtet werden, aber als jenes Bild, das sich die Welt heute von

sich selbst macht, ist es nicht nur erhellend für den gerade ablaufenden Prozeß, sondern auch ein Motor desselben. Es beschreibt zwar auch und vor allem die Realität eines technischen Netzwerks, bestehend aus Kabeln, Modems, Knotenpunkten, Servern, Homepages, Providern und auf sich selbst gestellten Nutzern; eine beglückende Realität, die uns, im besten Falle, weltläufig und überall beheimatet zugleich und die, kurzum, einfach Spaß macht. Gleichzeitig aber ist der Begriff *Internet* zum Codewort einer Ideologie geworden. Unsichtbar, als wäre es von Geisterhand organisiert – wie die Kapital- und Finanzmärkte –, funktioniert es unbeflußbar, unentschlüsselbar, dabei so rational wie effizient. Wer eingreifen will, der greift ins Leere. Wer es dennoch versucht, und sei es gar mit Gewalt, der vergeht sich am Fortschritt.

Verschiedene Ebenen greifen ineinander: Realität, Alltagsmythos und Ideologie. Diese Mythen werden zum »ideologischen Vorhang, hinter dem sich das reale Unheil zusammenzieht« (Horkheimer/Adorno: *Dialektik der Aufklärung*).

Der Kostenmythos, der alles staatliche und gesellschaftliche Tun nur noch unter der Prämisse der (Un-)Finanzierbarkeit betrachtet, der Mythos von den Fakten und Experten und der Mythos von der Realität – sie alle sind jene Versicherungen, ohne die das gegenwärtige Einheitsdenken seine Allmacht nicht behaupten könnte.

Es ist dies ein wechselseitiger Prozeß, wie ihn der französische Sozialphilosoph Edgar Morin in »komplexen Phänomenen« ausmacht, und den dieser das »Dialogische zwischen dem Realen und dem Imaginären« nennt. Wir erzeugen nicht nur Mythen, sondern werden in der Folge selbst von diesen »erzeugt«, wir erschaffen Ideen, die sich unserer bemächtigen. Diese sind so notwendig eine Illusion wie die Illusion notwendig, die Ideologie »ewig« ist (*Louis Althusser*) – aber auch eine relative Autonomie gegenüber dem Realen bewahrt. Doch gerade deshalb ist keineswegs in einem strengen Sinne real, was uns die neoliberale Ideologie als Wirklichkeit und als deren Zwänge zu präsentieren versucht.

Die »Wirklichkeit« und ihre
»Sachzwänge«

Der Mythos von der Realität ist es somit, der den Neoliberalismus als Ideologie besonderer Art ausweist – als Ideologie, die nichts mehr will, als sich der Wirklichkeit zu beugen. In diesem Sinne gilt es auch nicht mehr, »Ideen« zu stiften, sondern »Tatsachen« zu erfinden. Es ist dies der Glaube einer Zeit, die, wie schon Robert Musil scharfsinnig notierte, »nur noch an Tatsachen« glaubt. »Ihre Vorstellung von Wirklichkeit kennt nur das an, was sozusagen wirklich wirklich ist. Eine inoffizielle Ideologie...«

Eben deshalb, setzen uns die Apologeten des Neoliberalismus auseinander, weil dieser die Akzeptanz der Realität markiere, ist nun das Ende aller Ideologie erreicht. Ein Postulat, das dem des Marxismus ironischerweise nicht unähnlich ist. Was dem Neoliberalismus die Wirklichkeit, war dem Marxismus, jedenfalls in der Spielart der Orthodoxie, die Wissenschaftlichkeit. Als wissenschaftlicher Sozialismus, der die Gesetze der Geschichte freilegte, beschränkte er seinen Ideologieverdacht auf die Bourgeoisie. Er glaubte, wie Jacob Taubes schrieb, »aus welchem Grund auch immer, daß sein eigenes Denken unberührt bliebe von der ursprünglichen Sünde der Ideologie«.

Daß auch jene Theorien, die sich auf dem Begriff der Vernunft begründen, nur in einem Spannungsfeld von Denken, Glauben und Handeln ihren illusionären Rückhalt gewinnen und daß sie nur im Horizont bisherigen menschlichen Denkens ihre Voraussetzungen finden können, muß zur Grundlage der Analyse der Jetztzeit wie der Kritik des neoliberalen Dogma werden. Die endzeitliche Legierung und theologische Grundierung, die im neoliberalen Bild vom »Ende der Geschichte« (*Francis Fukuyama*) ebenso zum Ausdruck kommt, wie im apokalyptischen Zerstörungspathos der Agitatoren, gibt hierfür das Stichwort.

Wenn aber alle Ideologie ihren Rückhalt im Gesichtskreis alles bisher Gedachten findet – und sei es, weil sich das Neue allein durch alte Probleme und Per-

spektiven, durch ein altes Vokabular seinen Weg bahnt –, dann wird das notwendig auch für den fälligen Einspruch der »neuen Linken« gelten, die der französische Soziologe Alain Touraine erfinden will. Welche verschütteten und unbewußten Erinnerungsspuren sind solchem günstig? Dies ist die alles entscheidende Frage, vor der sich die Linke heute sieht.

Der Text ist ein überarbeiteter Auszug aus dem gerade im Berliner Aufbau-Taschenbuch-Verlag erschienenen Buch des Autors »Mythos Weltmarkt – Vom Elend des Neoliberalismus«. Wir danken für die freundliche Abdruckgenehmigung.

NORBERT BOLZ

Die Sinngesellschaft

Folgend veröffentlichen wir Auszüge aus dem neuesten Buch des Essener Medientheoretikers. Wir danken dem Econ-Verlag für die freundliche Abdruckgenehmigung.

Das Wirkliche ist vernünftig, das Vernünftige ist wirklich, und wir leben in der besten aller möglichen Welten – das sind berühmte Formeln von Hegel und Leibniz, mit denen man die »Hintergrundüberzeugung« dieses Buches gut beschreiben könnte. Doch warum ist es – trotz dieser großen philosophischen Autoritäten – so unpopulär, unsere Welt als gelungen zu betrachten? Meine Antwort: Es ist leichter, nein zu sagen, als die Weltgesellschaft in ihrer Komplexität zu verteidigen.

Negative Prohpezeiungen, die unbestimmt genug sind, kann man nicht widerlegen. Wer etwa behauptet, daß die

Welt in hundert Jahren ökologisch zerstört sein wird, ist unwiderlegbar. Wer Schlimmes erwartet, ist immer auf der sicheren Seite. Schlimmstenfalls – und das heißt ja, wenn das Schlimme nicht eintritt – kann man immer noch sagen, daß es besser gekommen ist, weil (!) man gewarnt und gemahnt hat. Ich meine also: Pessimismus ist Denkfaulheit. In der Welt der Warner und Mahner wird die Apokalypse zur Ware – wer sie kauft, erspart sich die Mühe der Differenzierung. Die »Katastrophe« entlastet.

Daß das Wirkliche vernünftig ist, zeigt die schlichte Lebenserfahrung in der modernen Welt: Bürokration sind verlässlicher als Menschen, Institutionen sind toleranter als Menschen, Technologien sind intelligenter als Menschen. Der Philosoph Hegel hat das »objektiven Geist« genannt – der Soziologe Max Weber sprach von »geronnenem Geist«. Deshalb sollte man skeptisch sein gegenüber Heilsversprechen, die das Vernünftige jenseits des Wirklichen suchen – also »kontrafaktisch«. Das, was ist, ist meist besser als die guten Absichten.

Nach dem Zusammenbruch von Faschismus und Kommunismus sind Kapitalismus und liberale Demokratie alternativlos – das ist heute wohl unstrittig. Die Gefahr kann nun nur von innen kommen. Mit anderen Worten: Politisch gesehen lebt der Westen in der besten aller möglichen Welten – und hat genau damit Schwierigkeiten. Vielleicht verhelfen aber gerade diese Schwierigkeiten zu einem neuen Blick auf unsere westliche Kultur. Und das könnte heißen: Mit dem Sieg des Kapitalismus wird endlich wieder der Blick frei auf die nicht-ökonomischen Kräfte der Gesellschaft.

Der Sinn der Frage nach dem Sinn

In unserer Wirklichkeit versteht sich nichts mehr von selbst – dieser Selbstverständlichkeitsverlust ist selbst schon ganz selbstverständlich geworden. Deshalb gehört es heute wieder zum guten Ton, nach dem Sinn des Lebens zu fragen. Und um gleich vorab ein naheliegendes Mißverständnis auszuschließen: Dieses

Buch versucht nicht etwa, eine Antwort auf die Sinnfrage zu geben. Vielmehr geht es mir darum, den Sinn dieser Frage zu klären. Das Heilsversprechen der Religion, die Utopie der Politik, das Bildungsideal des Humanismus – all das ist uns historisch geworden. In diesen Traditionen stecken keine Modelle für eine postmoderne Lebensführung, sondern allenfalls Themen für Dissertationen. Damit hat das Leben heute aber auch kein Werte-Korsett mehr, keinen Außenhalt in großen Ideen und Institutionen. Man muß selbst entscheiden, wer man ist – Sinn wird zunehmend zur Privatsache. Diese Belastung des einzelnen wird durch das Zauberwort »Selbstverwirklichung« mehr versteckt als benannt (...)

»Wo bleibt das Ethos?«, fragt Marion Gräfin Dönhoff in der ZEIT (5. Juli 1996). Unserer Gesellschaft sei das Fundament entzogen, nämlich die Religion. »Die ausschließliche Diesseitigkeit, die den Menschen von seinen metaphysischen Quellen abschneidet, der totale Positivismus, der sich nur mit der Oberfläche der Dinge beschäftigt und jede Tiefendimension vergessen läßt, kann aber als einzige Sinngebung den Menschen auf die Dauer nicht befriedigen.« Doch die Gräfin sieht durchaus Licht am Ende des Tunnels – praktisch in den deutschen Lichterketten, theoretisch im amerikanischen Kommunitarismus. Die Kommunitaristen gehen nämlich davon aus, daß der liberal-demokratische Kapitalismus noch anderes braucht als sich selbst, um zu funktionieren: Paretos vorkapitalistische »Residuen«, Ferdinand Tönnies' »Gemeinschaft«, die »Subsidiarität« der katholischen Soziallehre – all das wird offenbar wieder aktuell.

An diese Beobachtungen können wir nun eine These anschließen, um die sich die folgenden Kapitel ordnen werden. Meine Grundthese lautet: Die Suche nach dem verlorenen Sinn ist eigentlich eine Flucht aus der Komplexität. Und daraus folgt: Nach dem Sinn zu fragen heißt, die postmoderne Gesellschaft nicht zu wollen.

Wer nach dem Sinn des Lebens fragt, dem steht der Sinn natürlich nicht zuallererst nach einer differenzierten Be-

schreibung der Gesellschaft. Dies lernt man von den Auftritten der Warner und Mahner in den Talkshows des Fernsehens – mit unwiderlegbaren Angstgefühlen und einfachen, tiefen Fragen blockieren sie das Denken. Das Geheimnis ihres Medienerfolgs liegt darin, daß der Satz »Ich habe Angst!« die einfachste Form »authentischer« Kommunikation ist. In den Massenmedien ist das längst Kommunikationsmode geworden: man trägt Angst.

So sind die Frage nach dem Sinn und die Bekundung von Angst beides Techniken, mit denen man differenzierte Darstellungen unmöglich macht. Wer »Sinn« oder »Angst« sagt, lastet dem anderen die Komplexität der Welt auf. Man muß dann immer antworten: »So einfach ist es nicht...« Doch reicht weder die Sendezeit der Talkshow noch die Aufmerksamkeit der Zuschauer für eine differenziertere Darstellung aus. Das ist natürlich für die Öffentlichkeit der Massenmedien und ihren Ideendarwinismus insgesamt charakteristisch: Nur die Ideen, die dem Menschen einen notwendigen Platz im Weltlauf anweisen, setzen sich durch – sie beschwichtigen eben jene »Angst« durch »Erklärung«.

So einfach ist es nicht... Politiker, Designer und jedermann haben heute also dasselbe Problem: Die seligen Zeiten, in denen es noch verbindliche Maßstäbe des Gestaltens gab, sind unwiderruflich vorbei. Daß der Mensch das Maß aller Dinge ist; daß die Form der Funktion folgt; daß Politik die Kunst des Möglichen ist – das sind Parolen eines vergangenen Weltalters. Heute müssen das Problem der Ding-Gestaltung, das Problem der politischen Gestaltung und das Problem der Selbst-Gestaltung im Zusammenhang gesehen werden. Stets handelt es sich um die Frage: Wie geht man mit einer Welt um, die extrem komplex ist – bis an die Grenze des Chaos? Und für alle drei Problembereiche heißt Komplexität: Undurchsichtigkeit des Ganzen. So entsteht eine alles durchdringende Sehnsucht nach Transparenz, Klarheit und Ehrlichkeit. Deshalb gehen die Menschen heute auf die Suche nach dem verlorenen Sinn.

Natur als Übernatur

Diese Sinnsuche hat durchaus ihre Priester, ihre Pilgerfahrten und ihren Heiligen Gral. Nur daß die jungen Glaubenshelden heute Ölplattformen besetzen und die Rainbow Warrior gegen finstere Atom-mächte in See sticht. GREENPEACE – das sind die Kreuzritter der heilen Welt. Sie stehen deutlicher als andere NGOs für eine Neue Religiosität, die auf den Namen »Umweltbewußtsein« getauft ist. Die Heilssorge unserer Zeit artikuliert sich als Sorge um das ökologische Gleichgewicht. Und das bedeutet im Klartext: Für die Grünen ist Natur selbst die Übernatur. Umwelt heißt der erniedrigte Gott, dem die Sorge und die Heilserwartung gilt. Dieses Glaubenssystem ist natürlich viel stabiler als das kommunistische, das es ablöst. Man könnte sagen: Die Natur ersetzt das Proletariat – unterdrückt, beleidigt, ausgebeutet...

Kein Mißverständnis, bitte! Ich meine nicht, daß es keine Umweltproblematik gäbe. Aber es gibt sie nicht »an sich«, sondern weil es Systeme gibt, die ihre Umwelt von sich unterscheiden; es geht also eigentlich um das prinzipielle Problem von Systemen in instabilen Umwelten.

Doch diese sehr klar bestimmbare Umweltproblematik wurde von der öffentlichen Meinung naturalisiert. »Natur« ist heute zum Phantom einer Meta-Umwelt geworden, an das sich allerlei religiöse Sinnfiguren anschließen lassen.

Doch warum konnte diese Naturalisierung der Umweltproblematik sozialer Systeme überzeugen? Ich vermute, daß die Faszination des Naturbegriffs darin liegt, daß er eine Norm der richtigen Ordnung suggeriert – ähnlich wie einmal der Begriff Kosmos. Man muß das Wort Natur aussprechen, um Ordnung in das Chaos unserer sozialen Systeme zu bringen – durch den auch werbewirksamen Hinweis auf das Fundamentale und Wesentliche, daß die Natur uns nicht braucht, wir aber sie brauchen. Das läßt sich auch durch Wissenschaft nicht entkräften. »Natur« funktioniert also als eine Art Stoppschild für den unendlichen Regreß des Beobachtens und Errechnens. Wenn

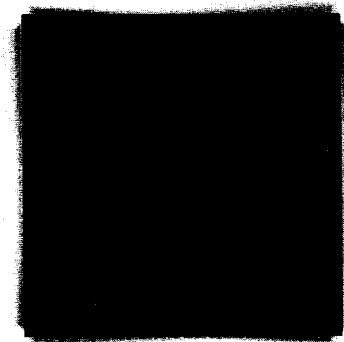
man das Wort Natur ausspricht, wirft man einen Anker im Meer der Komplexität. Und dann kann man urplötzlich sehr konkret werden: keine Pelzmäntel mehr kaufen, dafür aber einen FCKW-freien Kühlschrank. Natürlich hat sich der Markt sehr rasch des Zauberworts »Umweltbewußtsein« bemächtigt. Ökologie hat sich zum paradoxen Luxusartikel reicher Länder entwickelt. Und seither ist die Empfindlichkeit des Bürgers zur knappen Ressource geworden. Ja, wir können schon bemerken: Auch das Wachstum der Sensibilität für die Grenzen des Wachstums stößt an Grenzen. Deshalb gerät heute auch GREENPEACE in die Hände von versierten, marktbewußten Managern. (...)

Humanismus und Aufklärung – verärgert

In Anlehnung an eine berühmte Bibelstelle könnte man sagen: Komplexe Systeme sind ein Skandal für den Humanismus und ein Ärgernis für die Aufklärung. Denn sie lassen wenig Raum für planende Vernunft, souveräne Subjekte und progressive Ideen. Je komplexer ein System nämlich ist, desto weniger kann man es durch Befehle steuern. Und es läßt sich nicht einmal zentral überwachen. Komplexität zwingt zur Arbeitsteilung der Kontrolle. Die Patentrezepte der Gurus sind deshalb so sinnlos wie die Reformprogramme der Meisterdenker. Komplexität schließt Rezepte aus. Und sie bürdet alle Beweislast den Veränderern auf. So plädiert der Soziologe Niklas Luhmann mit den besten Argumenten für einen »Konservativismus aus Komplexität«. Daraus folgt wohl im Umkehrschluß, daß linkes Reformbewußtsein sich aus Heilsversprechen aus jenem Reich der Einfachheit nährt.

Die Aufklärung hat bekanntlich das Selbstdenken, den mündigen Bürger und die bewußt gestaltete Geschichte propagiert – und sie hat damit das Komplexitätsproblem unterschätzt. Auch deshalb entstand in den Köpfen die Sinnkrise. Erst heute, nach der Abklärung der Aufklärung, zeichnen sich Wege aus der Sackgasse des Sinnproblems ab. Ich schlage vor, das Wort Sinnkrise in seine

Norbert Bolz



Die Sinn- gesellschaft

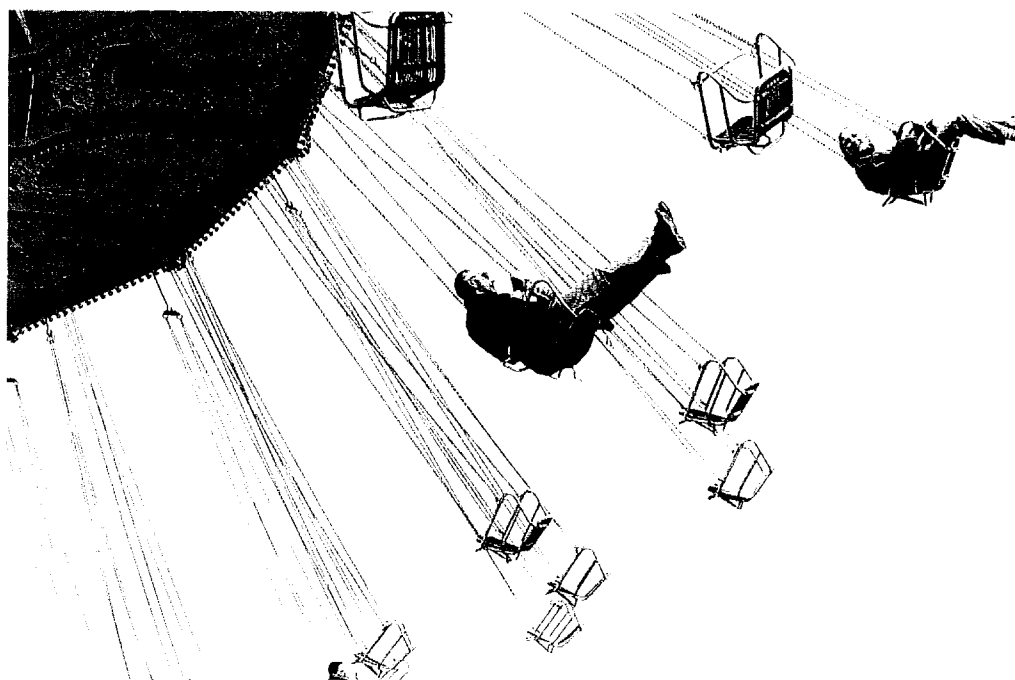
ECONOMICA

Bestandteile zu zerlegen und sie auf unser Problem Komplexität zu beziehen – dann ergibt sich nämlich zweierlei:

- Mit dem Wort »Krise« simplifiziert und politisiert man hohe Komplexität. Das heißt im Klartext: Die Krise ist nicht Ausnahmezustand, sondern Normalform unserer modernen Existenz.

- Sinn ist die Selbstbeschreibung von Komplexität. Und daraus folgt: Es gibt in unserer Welt keinen Mangel an Sinn, sondern nur einen Mangel an Aufmerksamkeit für die Eigenwerte der Systeme, in denen wir leben. Und da es viele Systeme sind, die um unsere Aufmerksamkeit werben, gibt es auch mehrere Beschreibungen der Gesellschaft.

Auch der Humanismus verdeckt das Komplexitätsproblem. Seine Menschenfreundlichkeit besteht ja darin, die Welt am Maß des Menschen zu messen – und das heißt dann eben: den Menschen für das, was geschieht, verantwortlich zu machen. Komplexität heißt aber gerade nicht Zurechnungsfähigkeit oder Zure-



Höhenflüge

Foto: JOKER/K. H. Kiek

chenbarkeit. Wenn ein Manager wegen spektakulärer Fehlinvestitionen entlassen wird oder ein Innenminister wegen einiger Übergriffe der Polizei den Hut nimmt, dann wird auf einzelne zugerechnet, was sich »systemisch« ergeben hat. Daß derart einzelne »die Verantwortung übernehmen«, ist zwar nicht mehr als ein großes Als-ob, erfüllt aber das Bedürfnis nach Reduktion der Komplexität – man personalisiert das Problem.

Und genau das tun auch die Warner und Mahner, die Betroffenen-darsteller und Bedenkenträger. Sie reduzieren Komplexität, indem sie Theorieprobleme in Moralprobleme verwandeln. Man muß befürchten: Dagegen ist kein Kraut gewachsen. Denn was könnte man gegen die bunte Personalisierung und pathetische Moralisierung der Probleme anderes ins Feld führen als – spröde Begriffe, graue Theorie. Wer in Diskussionen etwa auf Komplexität verweist, muß dann erfahren, daß er die ganze Last der Komplexität zu tragen hat und deshalb von jedem »Betroffenen« zum Schweigen gebracht werden kann. Und nicht nur weil sie me-

diengerecht sind, setzen sich die Moralisierer in der Öffentlichkeit durch. Sie haben auch die Psychologie auf ihrer Seite. Denn ein neues Denken hat gerade dann keine Realisierungschancen, wenn man es am dringendsten braucht. Unter Streß-Bedingungen greift man auf altvertraute Praktiken zurück – deshalb bleiben komplexe Ideen zumeist folgenlos. (...)

Die Faszination der Katastrophe

Max Webers Lieblingsfigur, der innerweltliche Asket, also der sachliche Berufsmensch, ist durch eine »glückliche Borniertheit für jede Frage nach einem ›Sinn‹ der Welt« charakterisiert. Wenn das zu anstrengend ist, dem öffnen sich die Arme der Kirche. Sie macht nicht borniert gegen den Sinn der Welt, sondern gegen den Zweifel daran. Und man übertreibt wohl nicht, wenn man sagt: Die christliche Theologie ist das Tabu über die Sinnlosigkeit. Wie funktioniert das? Der christliche Theologe therapiert das Leiden an der Sinnlosigkeit, indem er die Sinnlosigkeit des Leidens weginterpre-

tiert. Das ist der Geniestreich des Christentums, dem auch der Antichrist Nietzsche seine Bewunderung nicht versagen konnte. Das Christentum suggeriert die Göttlichkeit des Leidens – denn auch sein Gott leidet. Leiden ist dann aber kein Verzweiflungsmotiv mehr, sondern der Königsweg zum Heil.

Das spezifisch christliche Angebot auf dem Markt des Sinns ist also das asketische Ideal – in Nietzsches sarkastischer Formulierung: »So zu leben, daß es keinen Sinn mehr hat zu leben, das wird jetzt zum »Sinn des Lebens.« Das bestätigt unsere »formalistische« Ableitung, daß auch auch Sinnlosigkeit eine Form des Sinns ist. Die Melancholiker und professionell Verzweifelten zeigen, daß Sinnlosigkeit eine sehr stabile Sinnform sein kann. Sie ordnen ihr Leben um die Katastrophe als Negativfigur des Sinns. Auch der Weltuntergang stammt aus der Requisitionskammer der Sinngesellschaft. Man kann also auch die »Sinnlosigkeit« selbst als Lebenssinn kultivieren. Das entspricht der Vorliebe der Massenmedien für die Warner und Mahner, die Apokalyptiker und Betroffenenheitsagenten. Hier ist Deutschland wirklich führend. So beginnt ein SPIEGEL-Titel über die Gutmenschen (39/1995) mit dem schönen Satz: »Wären Jammern und Klagen olympische Disziplinen, käme alle vier Jahre ein warmer Medaillenregen über Deutschland und die Deutschen nieder.«

Wenn wir diese Sachverhalte wiederum rein formal betrachten, können wir feststellen, daß der Negativismus die einfachste Sinn-Form ist, mit der man sich aufs Ganze beziehen kann. Die einschlägigen Formeln sind bekannt und beliebig vermehrbar:

- Krise des Spätkapitalismus
- Unregierbarkeit der Staaten
- Unübersichtlichkeit der Postmoderne (...)

Was ist nun so faszinierend an der Katastrophe als Negativfigur des Sinns? Bei Systemen gibt es eben nur das Funktionieren: es läuft, solange es läuft; alles geht, wenn es geht – oder die Katastrophe tritt ein. Und zwischen beiden gibt es keinen Übergang, keine konzeptionelle

Brücke. Das heißt im Klartext, daß Unfälle uns nichts über das Funktionieren lehren. Aber umgekehrt gilt eben auch: Keine Statistik, keine Mathematik und keine Erfahrung kann uns auf eine Katastrophe vorbereiten. Die Katastrophe ist just der Fall, für den man die modernen Techniken von Statistik, Risikokalkül und Expertenurteil nicht akzeptiert. Rationalität hat hier keine Chance einzuhaaken. Katastrophe und Angst sind also genau komplementär. Und jedem, der es anders – also undramatischer – sieht, kann man erfolgreich Unsicherheit unterstellen. Die Bevölkerung war durch den Störfall bei Höchst in keinem Augenblick gefährdet – aber wer sagt das? Experten? Für Atomkraftwerke westeuropäischen Standards erwartet man einen GAU erst in Jahrmillionen – aber was heißt das für morgen? Das Urteil über die Wahrscheinlichkeit des GAU ist letztlich subjektiv.

Diese Unsicherheiten sind unreduzierbar, die Angst ist nicht durch Argumente zu widerlegen. Vor diesem Hintergrund kann man nun die reine Negativfigur des Sinns beschwören. Gerade die Katastrophe ist eine Sinnform mit hohem Marktwert. Und natürlich gelten auch hier die neuen Standards der Globalisierung. Vom Untergang bedroht ist nicht nur dieses oder jenes System, sondern die Welt schlechthin. So präsentieren die Warner und Mahner ihre Extrapolationen des Schreckens mit der Apokalypse als USP. Was hier auf dem Markt der Gefühle angeboten wird, war noch niemals da. Die Wende der Welt steht mir selbst bevor: das absolute Erlebnis.

So macht man Geld mit der Angst der anderen, indem man sie in die negative Sinnform der Katastrophe einfließen läßt. Natürlich verdankt sich dieser Markt ganz und gar den Massenmedien, die in einem bisher ungekannten Maße Angstbereitschaft produzieren.

Und dabei geht es natürlich nicht mehr um die archaische Weltangst und Raumscheu, auch nicht mehr um die mittelalterliche Angst vor Gottes Allmacht. Heute haben die Menschen nur noch Angst vor den eigenen Techniken. (...)

»Ihr habt dieses Land nur von uns geborgt...«

Jugend und Zukunft in Deutschland

Erstmals in der Geschichte der Menschheit ist das Recht zukünftiger Generationen, ihr Leben auf einem ökologisch gesunden, biologisch vielfältigen Planeten zu verbringen, gefährdet. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland schiebt sich die herrschende Politikergeneration an, ihren Kindern einen gigantischen Schuldenberg zu hinterlassen. Gleichzeitig bietet sie ihnen nicht genügend Ausbildungsplätze, kürzt die Gelder für das Bildungswesen und verweigert ihnen politische Mitbestimmungsrechte. Erstmals in der deutschen Nachkriegsgeschichte stehen die Sozialversicherungssysteme vor dem Kollaps. Eine sichere Rente gibt es für unsere Generation nicht mehr. Wenn Politiker wie Norbert Blüm oder Rudolf Dreßler gebetsmühlenartig wiederholen: »Die Renten sind sicher!«, können sie nur noch ihre eigene Altersversorgung meinen.

Die Angst vor der Zukunft ist unter Jugendlichen weitverbreitet: Nach einer Forsa-Umfrage vom Frühjahr 1997 machen sich 80 Prozent der 14-18jährigen Sorgen um ihre Zukunft – Mädchen mehr als Jungen, Jugendliche aus den neuen Ländern mehr als im Westen. Ganz oben auf der Sorgenliste steht die Angst vor Arbeitslosigkeit, sehr hoch rangieren auch die Themen »Umweltschutz« und »Frieden«.

Die Idee der Generationengerechtigkeit

Genauso, wie die Freiheit des Einzelnen dort endet, wo die Freiheit des Nächsten beginnt, so wird auch die Freiheit jeder Generation durch die Freiheit zukünftiger Generationen eingeschränkt. Ein von dem Philosophen Hans Jonas formulierter sittlicher Imperativ besagt, daß das Handeln der Menschen heute den nachfolgenden Generationen soviel Freiheit lassen muß, daß auch sie zum Handeln noch fähig sind.

Die Demokratie ist bekanntlich von allen Staatsformen die am wenigsten schlechte, sie bringt aber zwangsläufig relativ kurze Wahlperioden mit sich. Dadurch stellt sich das Problem, daß die politisch Verantwortlichen nur in Zeiträumen von wenigen Jahren, nicht aber für die kommenden Jahrzehnte bzw. Jahrhunderte denken und planen. In aller Regel sind ihre Handlungen rein gegenwartsbezogen, d.h. an den Wünschen und Bedürfnissen der lebenden Bürger (= Wähler) orientiert, die Interessen zukünftiger Generationen bleiben unberücksichtigt.

Die Ursache dafür ist, daß unsere Gesellschaft kurzfristige Gewinne und unmittelbare Vorteile erzielen will, die Kosten dafür aber in die Zukunft verlagert. Zu beobachten ist dies insbesondere bei Entscheidungen im ökologischen Bereich – z. B. bei den Problemen Treibhauseffekt, Ozonloch, Atomsmüll, Artensterben, Abholzung der Wälder oder Plünderung von Wasserreserven.

Als Beispiel für nicht-nachhaltiges, nur an der Gegenwart orientiertes Handeln im Umweltbereich soll der Treibhauseffekt herausgegriffen werden: Die heutige Form der Energiegewinnung mit Schwerpunkt auf fossilen Energieträgern ermöglicht zwar in den Industrieländern einen einmalig hohen Lebensstandard, gleichzeitig werden aber gravierende Nachteile in der mittelfristigen Zukunft von zwanzig bis dreißig Jahren in Kauf genommen. Nach heutigem Wissensstand kommt es durch die herrschende Energiepolitik zu einer Kohlendioxidanreicherung in der Atmosphäre, die bewirkt, daß der »natürliche« Treibhauseffekt verstärkt wird und die Temperaturen weltweit ansteigen. Überschwemmungen, Flüchtlingsströme und neue Konflikte sind in der Zukunft anfallende Nachteile dieser kurzsichtigen Politik.

Hier hilft nicht einmal das Grundgesetz weiter. Das Grundgesetz schützt nur die Rechte der bereits Geborenen. Erst wenn das Nachhaltigkeitsprinzip ins Grundgesetz aufgenommen ist, wird ein Leben auf Kosten nachfolgender Generationen nicht mehr möglich sein. Wir müssen festschreiben, daß die Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden die Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen nicht überschreiten darf. Außerdem dürfen nur so viele erneuerbare Ressourcen verbraucht werden, als wieder nachwachsen.

Auch der Ausstieg aus der »friedlichen Nutzung« der Atomenergie ist überfällig. Es kann keinen Frieden zwischen den Generationen geben, wenn der jüngeren eine äußerst gefährliche Erbschaft hinterlassen wird, für die es keinen sicheren Lagerplatz gibt. Jeder deutsche Reaktor produziert jährlich etwa 100 Kilo Plutonium, einen Stoff, von dem schon ein Millionstel Gramm genügt, um beim Menschen Krebs auszulösen. Da Plutonium eine Halbwertszeit von 24.400 Jahren hat, dauert es eine halbe Million Jahre bis auch nur *ein Gramm* für den Menschen ungefährlich geworden ist. Jeder Tag, den die AKW weiterlaufen, belastet zukünftige Generationen stärker mit der Erbschaft der heute herrschenden Generation.

Die heute Jungen können als erste durch die Umweltzerstörung geschädigte Generation angesehen werden, weil sie ihr gesamtes Leben noch vor sich haben und damit die erste »zukünftige Generation« darstellen. Deshalb können die beiden Ausdrücke *zukünftige Generationen* und *heutige Kinder und Jugendliche* gleichgesetzt werden. Je jünger jemand heute ist, desto stärker wird er von dem Generationsbetrug betroffen sein. Es ist sein gutes Recht, sich darüber zu beklagen. Mit Undankbarkeit gegenüber den Eltern hat das nichts zu tun. Es ist nun mal eine Tatsache, daß die heute herrschende Generation ihre Nachkommen auf ihr eigenes gesellschaftliches Modell festlegt wie noch keine andere Generation zuvor. Der Generationsforscher Reimer Gronemeyer vermutet, daß

die Schüler und Studenten, die sich heute vor den Castor-Transporten auf die Schienen werfen, »ökologische Kriegsverbrecherprozesse« gegen die politisch Verantwortlichen aus ihrer Elterngeneration anstrengen werden, sobald sie erwachsen sind.

Leben auf Kosten späterer Generationen

Nicht nur durch ihre Umweltzerstörung, auch in anderen Bereichen scheinen die älteren Generationen nach der Maxime »Nach uns die Sintflut« zu leben. Auch im wirtschaftlichen Bereich ist eine Gegenwartspräferenz der Politiker zu beobachten. Die Staatsverschuldung hat in den letzten Jahren eine neue Höchstmarke erreicht. Längst lebt die herrschende Generation nicht mehr im Rahmen ihrer Mittel, sondern bürdet die Kosten für ihren Konsum den nachfolgenden Generationen auf. Mit »Wahlgeschenken« versuchen sich Politiker ihre Wiederwahl zu erkaufen, ohne an die nächste Generation zu denken.

Es ist deshalb nötig, auch finanzielle Nachhaltigkeit (Schränken für die Staatsverschuldung) im Grundgesetz festzuschreiben. Manchmal wird gegen diese Forderung vorgebracht, der Abbau der Staatsverschuldung führe zu sozialen Härten. Es gibt aber eben nicht nur eine Solidarität innerhalb einer Generation, sondern auch zwischen den Generationen. Hilfe für die Schwachen ist immer nur dann sozial, wenn sie aus den Taschen der helfenden Generation kommt. Wer den Schwachen gibt, was er den noch Schwächeren, den noch gar nicht Geborenen, durch Schuldenmachen wegnimmt, der macht nicht Sozialpolitik, sondern egoistische Politik.

Unsere sozialen Sicherungssysteme, insbesondere die Rentenversicherung, stecken in der Krise. Angesichts von Arbeitslosigkeit und demographischem Wandel droht dem System langfristig der Zusammenbruch. Die Sozialbeiträge werden erhöht, ohne daß die heute Jüngeren aus der Sozialversicherung in jetzigem Umfang Leistungen erwarten können, wenn sie selbst alt sind. Dadurch findet

eine Lastenverschiebung von alt zu jung statt, die jedem Gerechtigkeitsempfinden widerspricht. Anstatt die Lasten, die durch den demographischen Übergang entstehen, solidarisch zwischen Jüngeren und Älteren aufzuteilen, werden z.B. in der Rentenversicherung allein der jüngeren Generation über steigende Beiträge Mehrbelastungen zugemutet, während die Besitzstände der heutigen Rentner garantiert bleiben. Die Benachteiligung der nachwachsenden Generation im Vergleich zu den über 60jährigen birgt sozialen Sprengstoff. Das System muß unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit reformiert werden.

Ein wichtiges Thema ist auch die ansteigende Jugendarbeitslosigkeit. Die Quote arbeitsloser Jugendlicher hat – wie auch die allgemeine Arbeitslosenquote – einen Nachkriegshöchststand erreicht. »Selten zuvor ist eine Jugend so schamlos um ihre beruflichen Perspektiven betrogen worden und hat es gleichzeitig so klaglos hingenommen« (Peter Grotian). Jung und Alt müssen deshalb einen neuen Generationenvertrag in der Arbeitswelt abschließen, um durch intelligente Lösungen Arbeit für alle zu ermöglichen.

Die Jugend – der Sparesel der Nation

Weil die Jugend keine Lobby hat, wurden in der Vergangenheit stets die Mittel für Bildung und Ausbildung gekürzt, wenn Geld in den Kassen fehlte. Die Folge ist eine beispiellose Bildungskrise, welche die Lebenschancen der Jugend zu einer Farce werden läßt. Es mangelt aber nicht allein am Geld. Vielmehr muß das deutsche Bildungssystem von Grund auf reformiert und den Bedürfnissen der heutigen Zeit angepaßt werden. Bildung ist eine Zukunftsinvestition, die nicht nur der heutigen Jugend zugute kommt, sondern der gesamten Gesellschaft.

Um all dies zu ändern, müssen Jugendliche mehr politische Mitspracherechte und -möglichkeiten bekommen. Nur wenn die Jugend im Kalkül der Politiker zu einer relevanten Einflußgröße wird, besteht eine Chance auf Änderung

der herrschenden Verhältnisse. Das Wahlrecht darf jungen Menschen nicht mehr wegen ihres Alters vorenthalten bleiben. Auch in anderen Bereichen muß dafür gesorgt werden, daß Menschen unter 18 als gleichberechtigte Mitbürger anerkannt werden.

Das Prinzip der Generationengerechtigkeit ist eine neue Interpretation von Gerechtigkeit, die heute noch nicht allgemein anerkannt ist. Wie bei vielen großen Ideen wird sie ihre Zeit brauchen, bis sie sich durchsetzt. Anfangs hat sie es schwer, Fuß zu fassen, dann lassen sich mehr und mehr dafür begeistern und schließlich ist dieses Prinzip allgemeiner Konsens, dem nur noch wenige Uneinsichtige fernstehen. Daß sich die Idee der Generationengerechtigkeit durchsetzen wird, daran gibt es keinen Zweifel. Zu einleuchtend und klar ist es, daß man nicht auf Kosten zukünftiger Generationen leben darf. In spätestens zwanzig Jahren wird es einen Ausschuß im Parlament geben, der jede Entscheidung auf ihre Wirkungen für spätere Generationen überprüft. Es wurde schon darauf hingewiesen, daß die politische Verantwortlichen in einer Demokratie tendenziell gegenwartsbezogen handeln. Dies muß aber nicht so sein, wie schon Churchill wußte: »Der Unterschied zwischen Politikern und Staatsmännern ist, daß die einen an die nächste Wahl, die anderen jedoch an die nächste Generation denken.« Die SPD wäre gut beraten, nicht nur auf die nächsten Wahlen zu schießen, sondern sich konstruktiv an langfristigen Reformwerken wie der Steuerreform oder der Rentenreform zu beteiligen.

Gerechtigkeit zwischen den Generationen wird es nur geben, wenn die heutige Jugend sie auch erkämpft. Mit der Initiative GESELLSCHAFT FÜR DIE RECHTE ZUKÜNFTIGER GENERATIONEN sollen die heute Jungen aufgerüttelt werden, damit sie nicht länger lächelnd danebenstehen, während ihre Zukunft verfrühstückt wird. Die junge Generation gilt als angepaßt und unpolitisch. Teilweise stimmt das auch noch, aber es ändert sich. Die Angst um die eigene Zukunft ist



Werden die jugendlichen Demonstranten in Zukunft »ökologische Kriegsverbrecherprozesse« gegen ihre Elterngeneration führen? Foto: dpa

weitverbreitet, aber diffus. Es fehlt an einer Kanalisierung des Jugendprotests. Die gesellschaftlichen Veränderungen können jedoch nur von der Jugend kommen. So war es 1968, so war es auch zu allen Zeiten in der Geschichte. Neue Ideen, frech vorgetragen, gesellschaftliche Anstöße, Veränderungen wurden noch nie von der alten Generation eingeleitet. Sie wurden immer von der Jugend gegen die Alten durchgesetzt, deshalb kam es auch immer wieder zu Generationenkonflikten. Von den etablierten, gesättigten Gruppen in unserem Land ist keine Veränderungsbereitschaft zu erwarten. Das Durchschnittsalter der Bundestagsabgeordneten ist Mitte 50 und ständig steigend, da wundert es nicht, daß die Politik heute so altenorientiert ist. Von der dominierenden Politikergeneration fühlen sich Jugendliche deshalb nicht mehr vertreten. Nur die Jugend kann eine neue APO bilden und unsere Gesellschaft verändern. Sie hat noch keine Besitzstände, will aber auch teilha-

ben an den gesellschaftlichen Chancen. Sie will eine Zukunft. Viele Diskussionen mit Jugendlichen lassen vermuten, daß sich ihre untergründige Unzufriedenheit mit den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen schon bald Bahn brechen wird. Es liegt was in der Luft, erstmals seit 68 wieder.

Dialog oder Konfrontation?

Die Beziehungen zwischen Alt und Jung werden eines der zentralen gesellschaftspolitischen Themen in den nächsten Jahren, ja Jahrzehnten sein. Nach der mittleren Schätzung des Bundesinnenministeriums wird bis zum Jahr 2030 der Anteil der über 60jährigen an der Gesamtbevölkerung von heute 20,7 auf 35,5 Prozent ansteigen. Dies bedeutet in absoluten Zahlen: Die Zahl der Alten wird von heute 17 auf 27 Millionen steigen, die Zahl der unter 20jährigen von heute 20 auf 15 Millionen sinken. Es besteht die Gefahr, daß die Alten ein starkes Generationenbewußt-

sein aufbauen und eine zahlenmäßig unschlagbare Lobby bilden, gegen die jüngere Teile der Gesellschaft nichts mehr durchsetzen können. Trude Unruh, die Gründerin der GRAUEN PANTHIER, wünscht sich genau dies und schrieb in dem ersten Wahlprogramm: »In wenigen Jahren werden die über 60jährigen fast 35% der Bevölkerung ausmachen. Heute muß der Grundstein dafür gelegt werden, daß an ihren Interessen vorbei keine Politik mehr gemacht werden kann.«

Das wäre dann tatsächlich eine ›Diktatur der Alten‹. Dazu muß es aber nicht kommen. Auch die meisten Älteren wollen nicht, daß das politische Kräftegleichgewicht zwischen den Generationen auf Dauer gestört wird. Klar, durch den demographischen Wandel werden sich Probleme ergeben und die müssen auf den Tisch und ausdiskutiert werden. Es geht jedoch nicht um Konfrontation zwischen Alt und Jung, sondern zunächst um einen konstruktiven Dialog und dann um eine neue Partnerschaft – wenn auch auf einer anderen Basis.

Auch den Medien kommt eine besondere Verantwortung zu, damit der Generationenkonflikt sachlich ausgetragen wird und es nicht zu einem ›Generationenkrieg‹ kommt. Das Thema Generationskonflikt ist ein gefundenes Fressen für die Medien. Es weckt Emotionen auf allen Seiten. Je provokanter die Berichterstattung, desto höher verspricht die Einschaltquote bzw. die Auflage zu werden. In Talkshows werden immer häufiger Junge und Alte gegeneinander gehetzt, um den Zuschauern zu zeigen, wie weit es schon gekommen ist mit den Generationenbeziehungen. Jugendliche müssen aufpassen, daß sie sich nicht instrumentalisieren lassen, damit bestimmte Medien ihre Auflagen steigern können. Nicht die berechtigten Forderungen der Jugend vergiften das Gesprächsklima zwischen Jung und Alt, sondern manche aus Sensationsgier handelnden Medien, die keine Sensibilität für diese Fragen beweisen. Das Thema Generationskonflikt ist hochsensibel und muß sachlich, mit eher leisen Tönen diskutiert werden.

Entscheidend ist, ob jemand an die Zukunft denkt oder nicht. Zwar tun dies vor allem jüngere Menschen, weil sie noch längere Zeit auf diesem Planeten leben und daher logischerweise weiter vorausplanen, doch Ältere sind dazu genauso in der Lage. Nicht jemand mit vielen Lebensjahren ist alt, sondern jemand, der sich nicht mehr für die Zukunft einsetzt. In diesem Sinne sind auch manche jüngeren Politikerinnen und Politiker schon ziemlich »alt«. Auch viele Ältere finden es nicht gerecht, daß die Rendite ihrer Generation aus der gesetzlichen Rentenversicherung doppelt so hoch ist wie die der jüngeren Generation, daß die Staatsverschuldung jede Sekunde um 3171 DM steigt, daß die Umwelt immer weiter kaputtgeht, weltweit und in Deutschland.

Der amerikanische Ethiker Daniels weist darauf hin, daß es niemals eine Altenfeindlichkeit geben kann, die vergleichbar wäre etwa mit Fremdenfeindlichkeit oder Frauenfeindlichkeit. Das liegt daran, daß man sein Geschlecht oder seine ethnische Herkunft ein Leben lang behält, seine Generationszugehörigkeit aber wechselt. Die kluge Bemerkung von Daniels läßt uns auch hoffen, daß die Forderungen der Jüngeren auch bei manchen Älteren auf Zustimmung stoßen werden. Genauso wie man als Mann auch für die Gleichberechtigung der Frauen kämpfen kann, so kann man auch als Rentner für die Chancengleichheit der heutigen Jugend eintreten.

Die Angst vor dem Fall

Amerikanischer Umgang mit sozialer Ungerechtigkeit

Und wieder ist er in aller Munde – der *Homo Americanus*. Kaum jemand, der sich zur Debatte über die Zukunft des deutschen Sozialstaats äußert, verzichtet auf einen verbalen Exkurs über den großen Teich. Für die einen – namentlich Gewerkschafter, Grüne oder Sozialdemokraten – ist er ein von Lohnstagnation und Turbokapitalismus geplagtes Wesen, das mit zwei oder drei McJobs in einer 65-Stunden-Woche dem *American Dream* hinterherhechelt. Für die anderen – namentlich Unternehmer, CDUler ohne Arbeitnehmer-Affinität, Freie Demokraten und die FAZ – ist er eine innovative, pragmatische und optimistische Spezies, die frei von sozialstaatlichen Anachronismen, Gewerkschaftsfunktionären und deutscher Wehleidigkeit bestens auf die globale Ökonomie des 21. Jahrhunderts vorbereitet ist.

Nun ist die neue Welt bekanntlich so groß, daß in ihrem Klischee-Sortiment für jeden etwas dabei ist. Hier in Europa warnen die einen vor »amerikanischen Zuständen«, die anderen empfehlen, sich an selbigen ein Beispiel zu nehmen. Aus europäischer Sicht gibt es auch einiges zu beneiden: Elf Millionen neue Arbeitsplätze seit 1991 sowie die verzweifelte Suche nach High-Tech- und McJob-Personal in den Boom-Regionen haben die Schlagzeilen über das *downsizing* in den Hintergrund gedrängt – obwohl die Massenentlassungen bei großen Unternehmen ungebremst weitergehen. Die »unfreiwillig abgetrennten« Mitarbeiter, wie sie im Fachjargon heißen, werden oft über Zeitarbeitsfirmen wieder in die Firma geholt – ohne Krankenversicherung und Pensionsanspruch. Die verantwortlichen Top-Manager können sich unterdessen für 3.000 Dollar in Seminaren mit dem Titel *Führungskräfte im Zeitalter der Entlassungen* von den psychologischen Strapazen der Kündigungswelle erholen.

Ausgerechnet im Handbuch eines solchen Seminars findet man zwischen therapeutischem Gesäusel eine glasklare Analyse »amerikanischer Zustände«: »Die Beziehung zwischen Arbeitgeber und -nehmer basierte nach dem 2. Weltkrieg auf mehreren Grundannahmen: einem langfristigen Beschäftigungsverhältnis; Aufstieg bei guten Leistungen; sowie Fürsorglichkeit des Managements für die Arbeitnehmer... Die Zeiten haben sich geändert. Um eine wahrhaft flexible Arbeitnehmerschaft zu entwickeln, müssen künstliche Löhne, Sozialleistungen und Statusunterscheidungen bei der Einstufung der Mitarbeiter abgeschafft werden. Langfristig vollbeschäftigte Arbeitnehmer sind eine vom Aussterben bedrohte Spezies. In gewissem Sinne sind mittlerweile alle Arbeitnehmer temporär. Der Weggang eines Mitarbeiters ist heute kein Grund mehr zur Klage, sondern zum Feiern und sollte als Ritus des Übergangs entsprechend zelebriert werden. Zu vermeiden sind hingegen alle unnötigen Unterstützungen und Absicherungen – von Prämiensystemen bis hin zu Betriebsausflügen –, die in irgendeiner Form Abhängigkeit beim Arbeitnehmer fördern.« Das ist wahre Innovation: Wem wäre in Europa eingefallen, den Job-Verlust in ein positiv besetztes Abschiedsritual zu betten und das Bewußtsein um die Kurzlebigkeit des eigenen Arbeitsplatzes als Fortschritt zu definieren?

Nun sind Mobilität und eine hohe Toleranz für Unsicherheit in den USA bekanntlich keine Mangelware. Doch das von den Manager-Therapeuten beschriebene neue Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist eine Zäsur. Was zumindest die größeren amerikanischen Unternehmen in der Vergangenheit ihren Mitarbeitern als Leistungen (Krankenversicherung, Altersversorgung, Weiterbildung) geboten haben, hatte zwar nie das Ausmaß und den flächendecken-

den Charakter eines europäischen Sozialstaates. Doch es galt als, wenn auch ungeschriebener, Sozialvertrag: Ein Mindestmaß an Sicherheit und Aufstiegschancen im Tausch für die Loyalität zur Firma in guten und schlechten Zeiten, für Überstunden oder Kurzarbeit und maximal zehn Tage Jahresurlaub. Solange der *American Dream* – Eigenheim, zwei Autos und College-Ausbildung für die Kinder – realistisch erschien, war dem amerikanischen Verständnis von Fairness Genüge getan. Wobei letzteres ohne weiteres zulässt, enorme Diskrepanzen zwischen Arm und Reich zu akzeptieren und eine enorme Ausmaß an sozialer Verelendung zuzulassen, – vorausgesetzt, die öffentliche Wahrnehmung dieser Verelendung beschränkt sich auf schwarze, urbane Ghettos.

Doch die einseitige Kündigung dieses »Sozialvertrages« geht einher mit dem schwindenden Vertrauen der Amerikaner

in den *American Dream* und der »Angst vor dem Fall«, wie die us-Publizistin Barbara Ehrenreich in ihrem Buch *Fear Of Falling* den Gemütszustand der amerikanischen Mittelschicht beschreibt. Wahlpolitisch führte das 1992 zu einem gigantischen Mißverständnis. Es siegte ein Kandidat in dem Glauben, die Zeit sei reif für einen modernen Neo-Keynesianismus mit gestrafftem Staatsapparat. Nachdem *Reagan-Revolution*, stagnierende Löhne für die *middle class* und Steuersenkungen für die Reichen die Einkommensschere immer weiter auseinander getrieben hatten, so dachte Bill Clinton, mußten die Amerikaner trotz traditionellem Mißtrauen gegen den Bundesstaat sein Programm des *new government* zu schätzen wissen. Stattdessen prallte er gleich in den ersten Monaten seiner Amtszeit mit voller Wucht gegen eine Front aus Kämpfern gegen das Haushaltsdefizit und für die Morali-

Illegale Grenzgänger an der amerikanisch-mexikanischen Grenze

Foto: dpa



sierung der Politik. Die Folgen sind bekannt: Nicht etwa unter Reagan, sondern unter Clinton vollzog sich die Demontage zentraler Bestandteile des bundesstaatlichen Sozialsystems – vorerst auf Kosten der sozial Schwächsten und unter dem Beifall eben jener Mittelschicht, die gerade zu einer »wahrhaft flexiblen Arbeitnehmerschaft« dressiert wird. Die Ironie besteht darin, daß gegen beide mit der gleichen Ideologie gearbeitet wird: Jeder Knoten im sozialen Netz, ob vom Staat oder vom Unternehmer geknüpft, verstarke die Abhängigkeit des einzelnen und lähme seine Eigeninitiative.

Warum protestiert da keiner, fragt man nun hierzulande, während in der TAGES-SCHAU die Bilder der x-ten Gewerkschaftsdemonstration in Brüssel, Frankfurt oder Bonn gegen Sozialabbau und »amerikanische Zustände« flimmern. Die Antwort lautet: Man protestiert in den USA durchaus gegen »amerikanische Zustände«, bloß sind damit nicht Sozialabbau und wachsende Ungleichheit gemeint, sondern Werteverfall, Ehescheidungen, Jugendkriminalität. Die gesellschaftliche Unruhe über soziale Destabilisierung hat nicht etwa eine Mobilisierung im politisch linken Spektrum der USA ausgelöst, sondern zu einem massiven Anti-Etatismus, einer Moralisierung der politischen Debatte und zum Aufstieg einer konservativ religiösen Bewegung geführt. Protest findet statt in der Aufforderung, sich der öffentlichen Sphäre zu entziehen – oder in dem scheinbar unpolitischen Entzug selbst. Wer es sich finanziell leisten kann, zieht nicht mehr nur in die ethnisch homogene *Suburb*, sondern privatisiert auch die Infrastruktur. Die Kinder kommen auf Privatschulen; die eingezäunte Wohnanlage wird von Privatpolizei bewacht; Spielplätze und Parks werden privat betrieben. Es ist eine Sezessionsbewegung der Wohlhabenderen vom Rest der Bevölkerung im Gang – nicht gerade eine gute Voraussetzung, um eine neue Debatte über Gemeinwohl, soziale Gerechtigkeit und die Rolle des (Bundes-)Staates einzuläuten.

JÖRG IHLAU/MARKUS KELLE/
HANS-GEORG NAPP/THOMAS THOMMA

Gerechtigkeit und Effizienz

Die Einkommensteuer als
Reformprojekt

Das Verhältnis zwischen Staat und Bürger hat sich im Verlauf des letzten Jahrhunderts von einem Unterordnungsverhältnis zu einem Dienstleistungsverhältnis gewandelt. Damit einher ging ein Wandel der finanziellen Bedürfnisse des Staates.

Wenn nun in diesen Wochen die erste grundlegende Reform der dominierenden Steuer im deutschen System, der auf das Einkommen, diskutiert wird, sollen hier einige grundsätzliche Gedanken zum Zusammenhang des Staates als Steuergläubiger, Steuerzahlern und volkswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit vorgestellt werden. Dies mit besonderem Blick auf die Positionierung der Sozialdemokratie, die schon durch ihre dominierende Rolle im Bundesrat gezwungen sein wird, Verantwortung zu tragen, eigene Prioritäten bei der Kompromißfindung zu formulieren und diese in Partei und Öffentlichkeit zu vermitteln. Eine Aufgabe, an die bisher nach Ansicht der Autoren nicht immer mit zeitgemäßen Argumenten herangegangen worden ist.

Mit dem Entstehen des industrialisierten Nationalstaates im letzten Jahrhundert stellte sich gleichzeitig die Frage nach dessen äußerer Existenzsicherung. Finanzierungserfordernisse im Zusammenhang mit der äußeren Sicherheit bildeten den Anlaß für die *erste* Expansionswelle des Steuerstaates, die sich zeitlich in die Dekaden um die Jahrhundertwende einordnen läßt. Noch in diese Welle fällt die *zweite* Ausbauphase des deutschen Steuerstaates, die sich durch den Beginn des Sozialstaates mit dem Ziel des Erhalts der inneren Sicherheit durch eine zusammenhängende (National-)Gesellschaft in Deutschland legitimiert. Die Finanzierung von Sozialleistungen und deren Weiterentwicklung ist eine Daueraufgabe, obgleich die Expan-

sion des Steuerstaates zum Zwecke der Finanzierung des Sozialstaates sich heute nicht mehr politisch-mehrheitsfähig rechtfertigen läßt.

Die dritte Entwicklungsstufe des modernen Steuerstaates ist geprägt durch den Finanzierungsbedarf der öffentlichen Dienstleistungen, wie sie von den Wählern der demokratischen Nachkriegsgesellschaften erwartet werden. Zur entscheidenden Finanzierungsquelle hat sich dabei die Einkommensbesteuerung entwickelt, die in den letzten Jahrzehnten ein Drittel aller staatlichen Einnahmen (ohne Sozialversicherung) ausmachte.

Mit dem Finanzierungsbedarf verbunden ist die alte Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit, wer wie in welcher Höhe zur Finanzierung staatlicher Aufgaben aufkommen soll.

Marktwirtschaft mit ethischer Basis

Die Frage nach der verteilungsgerechten Finanzierung kann nur aus dem Selbstverständnis einer polit-ökonomischen Grundordnung entschieden werden. Deutschland hat sich 1949 und 1989 zweimal für eine Variante der Marktwirtschaft, den Wirtschaftsstil *Soziale Marktwirtschaft* entschieden, der einen Kompromiß zwischen individueller Freiheit und gesellschaftlicher Solidarität darstellt. Sind nun alle Fragen beantwortet? Vor allem Wirtschaftsliberale, die sich gerne auf die *invisible hand* des klassischen Ökonomen und Moralphilosophen *Adam Smith* berufen, würden dies bejahen. Dabei hat gerade er deutlich gemacht, daß die Marktwirtschaft eine ethische Basis braucht. Er sah als Antrieb wirtschaftlichen Handelns nicht einfach das Selbstinteresse, sondern ein *geläutertes* Selbstinteresse. Voraussetzung hierfür sei eine Art innerer Kontrollinstanz, die das eigene wirtschaftliche und politische Handeln hinterfrage. Eine Abwesenheit dieser wichtigen ethischen Grundlagen führt eine freie Gesellschaft ins Chaos. Das Ausnutzen durchaus legaler Möglichkeiten der Steuervermeidung und der Umfang echter Steuerhinterziehung zeigen, wie bedeutend

klare und nachvollziehbare Grenzziehungen auch im Rahmen einer Diskussion über eine Reform der Einkommensteuer sind.

Die Ökonomen bieten zwei Lösungen für das Problem der adäquaten Verteilung der staatlichen Finanzierungslasten an: einerseits das *Leistungsfähigkeitsprinzip* und andererseits das *Äquivalenzprinzip*. Das letztere besagt, daß entstandene Kosten von den Nutznießern entsprechend ihrer Inanspruchnahme zu tragen sind. Es gilt folglich: Leistung für Gegenleistung.

Das *Leistungsfähigkeitsprinzip* lehnt sich an der Vorstellung an, daß letztlich die »Starken« mehr zum Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen müssen als die »Schwachen«. Dieses alte, normative Argument läßt sich auch modern individuell-rational ableiten. Danach müssen die »Starken« mehr geben, weil sie bei einem möglichen Zerfall der gesellschaftlichen Infrastruktur auch mehr zu verlieren haben als die »Schwachen«.

Bei der praktischen Umsetzung dieses Postulats werden mehr oder weniger willkürlich Steuertarife konstruiert. Soll jeder Bürger einen relativ gleichen Anteil zum Steueraufkommen beitragen (der absolute Steuerbetrag würde steigen) oder soll der Steuersatz mit dem Einkommen ansteigen (Progression)? Letztlich läßt das Leistungsfähigkeitsprinzip nur eine klare Schlußfolgerung zu: *Gleiche Steuer bei gleichem Einkommen*. Und dies kann nicht nur für die Tarifbelastung des steuerpflichtigen Einkommens, sondern muß natürlich auch für den Ausgangswert und damit für die Gestaltungsmöglichkeiten der Bemessungsgrundlage gelten.

Kommt es nun aber dazu, daß Einkünfte gleicher Höhe aufgrund unterschiedlicher Gestaltungsspielräume je nach Einkommensentstehung unterschiedlich besteuert werden, so ist das ein Verstoß gegen das Leistungsfähigkeitsprinzip. Läßt ein Steuersystem solche Verstöße zu, ja fördert es solche geradezu durch die vom Steuerstaat ermöglichten Gestaltungsspielräume, so muß von einem Verstoß gegen die *Regelgerechtigkeit* gesprochen werden.

Unter *Regelgerechtigkeit* soll hier verstanden werden, daß die Besteuerung *und* deren Gestaltungsspielräume transparent sein müssen und sich Informationsvorteile oder -nachteile nicht auf die Besteuerung bei unterstellter gleicher Leistungsfähigkeit auswirken dürfen. *Regelgerechtigkeit* gewährleistet, daß Suchkosten für gesamtwirtschaftlich ineffiziente Steuerminderungsmodelle vermieden werden. Sie stellt damit weit mehr dar als eine normative Anforderung an ein faires Miteinander des Steuerstaates und seiner Steuerbürger: die Konzentration der Wirtschaftssubjekte auf produktive Wohlstandsmehrung als Alternative zur Konstruktion aufwendiger Finanzierungsmodelle zur Reduzierung der Steuerlast bildet ein zentrales allokatives Argument für eine durchgreifende Steuerreform, das eben auch zur Mehrung der Verteilungsmasse insgesamt geeignet ist.

Zuordnung der Einnahmen

Das *Äquivalenzprinzip* erlebt gegenwärtig vor dem Hintergrund eines Staatsverständnisses, das sich am »Staat als Dienstleistungsunternehmen« orientiert, überraschenderweise keine Wiederauferstehung. Es wird oft und größtenteils zu den Akten gelegt, weil es angeblich keine Verfahren zur Zurechnung der individuellen Beanspruchung öffentlicher Güter gibt, obwohl in der Steuerdiskussion um die Grenzen der Belastbarkeit und die Zahlungsmoral der Steuerschuldner die Herstellung von Leistung-Gegenleistungs-Beziehungen vorteilhaft sein könnte. Es geht dabei nicht darum, die Einkommensteuer durch Gebühren, Beiträge oder politische Preise für öffentliche Leistungen zu ersetzen. Vielmehr ist zu klären, was die Aufgabe der Einkommensteuer ist: die Beschaffung staatlicher Einnahmen für das Leistungspaket des Gemeinwesens, soweit es sich individueller Preissetzung entweder entzieht oder aus gesellschaftspolitischen Gründen entziehen soll. Gerade auf der kommunalen Ebene jedoch sind äquivalenzorientierte Preise für die Inanspruchnahme des öffentlichen Leistungspakets möglich und sinnvoll. Insofern ist die Steuerdiskussion

auch eine Diskussion um die Zuordnung der Einnahmen aus einer solchen Einkommensteuer im Föderalismus.

Das Leistungsfähigkeitsprinzip dient heute als Argumentationsbasis, wenn es um die Ausgestaltung der Einkommensteuer hinsichtlich ihrer *Verteilungsfunktion* geht. Dabei darf unter ökonomischen Effizienzkriterien nicht übersehen werden, daß die Verteilungsfunktion der Einkommensteuer starken Einfluß auf ihre *Allokationsfunktion* (wer produziert was wie wo und zu welchen Kosten?) hat. Die Einkommensteuer greift in die bestehende Marktallokation ein, indem die Anreizstrukturen in Richtung mehr oder weniger Konsum, Arbeit oder Investitionen verändert werden, und schafft damit neue ökonomische Rahmenbedingungen.

Diese Ausgangslage führt bei den Wirtschaftsliberalen auch schon mal zu der Forderung, der Staat solle sich seine Einnahmen möglichst neutral und damit logischerweise mittels einer Kopfsteuer beschaffen. Hierbei wird aber wohl zur Rettung eines bestimmten fiskalischen Erfolgs das verteilungspolitische Element der Einkommensteuer (bewußt) vergessen. Doch staatliche Steuerpolitik mit fiskalischen *und* verteilungspolitischen Zielen darf auch nicht verkennen, daß diese Erfolge mittels des geringsten allokativen Eingriffs zu erreichen gesucht werden sollten.

Die Politik – auch die Sozialdemokratie – vergißt gern nach dem Motto *Steuerpolitik ist Wirtschaftspolitik*, daß die möglichst umfassende Korrektur von Marktergebnissen nicht das Ziel der Einkommensteuer ist. So ist wohl auch zu erklären, daß es eine so große Zahl von Ausnahmetatbeständen bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage der Einkommensteuer gibt, weil alle möglichen steuerlichen Einflußparameter für wirtschaftliche Entscheidungen genutzt werden sollten oder überschätzt wurden. Neben Marktverzerrungen findet man auch klare Wettbewerbsverzerrungen, wohlgemeinte Sozialklauseln mit zweifelhafter Wirkung und Milliardenbesen für ganze Sektoren, denen es an eigenständiger Rentabilität mangelt.



Theo läßt die Katze aus dem Sack

Karikatur: News Aktuell/Schoenefeld

Das Ergebnis ist ein Scherbenhaufen. Nur gutbezahlte Eingeweihte sind heute in der Lage, ihren gut bezahlenden Klienten einen Weg durch das Dickicht der Einkommensteuer zu weisen. Die Gestaltungsmöglichkeiten in diesem Steuersystem stellen die Umverteilungswirkung der Steuerprogression auf den Kopf. Die beliebte sozialdemokratische Grundregel, daß eine möglichst steile Progression mit einem möglichst hohen Spitzensteuersatz die ideale Ausprägung des Leistungsfähigkeitsprinzips darstelle, ist in ihre eigene Regelungsfalle getreten.

Ergebnis ist die Drei-Klassen-Gesellschaft der Einkommensteuerzahler: Der durchschnittliche Arbeitnehmer sucht einmal im Jahr seine Papiere zusammen, um unter Aufbietung umfassender Nachbarschaftshilfe den großen Coup zu landen und die Schwelle bei den Werbungskosten mit Ach und Krach zu überbieten. Im Gegensatz dazu bittet das potentielle Opfer des Spitzensteuersatzes seinen Steueranwalt um Hinweise, wie sein Portfolio angesichts der letzten Gesetzesänderungen anzupassen ist, um schließlich bei einer vergleichsweise niedrigen Durchschnittsbesteuerung zu landen. Wer schließlich auf solchen professionellen Rat nicht bauen kann oder mag, hängt die Überbleibsel seiner Steuermoral voll-

ends an den Haken und wendet sich solch attraktiven Plätzen wie Luxemburg oder den Cayman Islands zu, auch wenn die Grenzen zur Illegalität dazu einer Relativierung bedürfen.

Daß in einer solchen Situation der Ruf nach umfassenden Reformen aufkommt, ist nur zu verständlich. Leider hat erst die fraktionsinterne Aufwertung eines klugen und gut vernetzten Unternehmensberaters in der Union diese Forderung an die Oberfläche der tagespolitischen Diskussion gespült, ohne daß sich dem auch nur eine politische Kraft in Bonn entziehen konnte.

Dabei macht der Diskussionsverlauf langsam deutlich, daß mancher Steuerreformer in Bonn auf dem falschen Bein Hurra geschrien hat. In den betroffenen Kreisen von Abschreibungskünstlern und ihren Bonner Vertretern bildet sich eine Ahnung über die wahre Verteilung von Gewinnern und Verlierern einer umfassend vereinfachten Einkommensteuer mit einer breiten Bemessungsgrundlage und niedrigen Sätzen.

Nachdem die Debatte bereits voll im Gang war, schien man in der Opposition zunächst in vornehmer Zurückhaltung abzuwarten, bis die Koalition bei den anstehenden Verteilungskämpfen von den Lobbyisten in den eigenen Reihen gesprengt wird. Sollten sich doch die anderen in die Zwistigkeiten mit den Gewinnern des Steuer- und Subventionswirrwars verstricken. Der erklärte Versuch der Steuerreformer, den zu erwartenden Scharmützeln um Einzelfragen mit dem Verweis auf das große Ganze auszuweichen, widerspricht schließlich jeder Erfahrung in der Bonner Republik.

Dann kamen mehr oder weniger kreative Ansätze, gestalterisch mit dieser Angelegenheit umzugehen. Die SPD erkennt nicht nur, daß ein Abschied von eher platten klassenkämpferischen Selbstverständlichkeiten – siehe Spitzen-

steuersatz – endlich eine Chance eröffnen könnte, dem in den letzten Jahren zu Unrecht diskreditierten Thema Verteilungsgerechtigkeit neue realpolitische Impulse zu verleihen. Sie scheint auch eine Gelegenheit zu verpassen, marktwirtschaftliche Anreizsysteme in der wirtschaftspolitischen Parteiprogrammatik zu akzeptieren und gleichzeitig den grundlegenden Umbau des Steuersystems zu nutzen, um Bürgern mit durchschnittlichen und unterdurchschnittlichen Einkommen auch *de facto* gleiche Chancen einzuräumen wie solchen mit hohen Grenzsteuersätzen und praktisch geringer Durchschnittsbelastung. Dabei sollte die Sozialdemokratie endlich akzeptieren, daß es nicht auf möglichst hohe Grenzsteuersätze, sondern auf den Verlauf der Durchschnittsbelastung ankommt. Das amerikanische Beispiel belegt, daß sogar sinkende Spitzensteuersätze im Zusammenspiel mit einer schrittweise abgesenkten Wirkung des Grundfreibetrages zu einer steigenden Durchschnittsbelastung führen. Und darauf kommt es unter verteilungspolitischen Aspekten schließlich an.

Nebenbei: Die einkommenstärksten 10 Prozent aller steuerpflichtigen Haushalte in Deutschland zahlen bereits gut 50 Prozent aller Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer. Die Höhe des Grenzsteuersatzes ist schon allein deshalb als Klassenkampfangewand nicht geeignet. Wesentlich bedeutender und damit kontroverser ist die Auseinandersetzung über die Bemessungsgrundlage. Die Fixierung von Eingangs- und Spitzensteuersatz mag schließlich die Resultierende in der Berechnung einer einkommensneutralen Reform sein. Es sei allerdings gemahnt, die degressiven Wirkungen der Sozialversicherungen (mit ihren Beitragsbemessungsgrenzen) in die Belastungsrechnungen einzubeziehen. Was hilft einem Ungelernten ein attraktiver Eingangssteuersatz, wenn die Sozialkassen einen vielfachen Einkommensanteil dessen einbehalten, was ein Spitzenverdiener für Alter und Krankheit zurücklegt?

Der Erfolg der Reform des deutschen Einkommensteuersystems muß somit daran gemessen werden, ob die Besteuerung (endlich) den Prinzipien von Verteilungsgerechtigkeit und Regelgerechtigkeit entspricht, ohne den Ast, auf dem sie sitzt, abzusägen: Leistungsbereitschaft und Steuerehrlichkeit. Dies ist letztlich von entscheidender Bedeutung für die (wieder zu gewinnende) Akzeptanz der Finanzierung öffentlicher Aufgaben durch die Steuerbürger. Gelingt dies nicht, entfernt sich der Staat immer mehr von dem sozialdemokratischen Leitbild einer solidarischen Gesellschaft.

Die Autoren sind der SPD nahestehende Volkswirte von der sog. ›Gruppe C 111‹.

CORD JAKOBEIT

Die Realisierungschancen der Tobin-Steuer

Theoretisch überzeugend und sinnvoll, politisch nur schwer realisierbar

Der spätere Ökonomie-Nobelpreisträger James Tobin machte 1972 einen Vorschlag, um den spekulativen, grenzüberschreitenden Kapitalverkehr unattraktiver zu machen und die schwindende wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten wieder zu erweitern. Er regte an, daß weltweit auf alle internationalen Devisentransaktionen eine geringe Steuer erhoben werden sollte. Allerdings wurde seine Idee sowohl von den Fachkollegen als auch von den politischen Entscheidungsträgern mehr oder minder ignoriert. Erst in jüngerer Zeit ist dagegen immer wieder von

der Tobin-Steuer die Rede. Auf dem Weltsozialgipfel 1995 machte sich der damalige französische Staatspräsident Mitterrand für die Tobin-Steuer stark, auf dem G-7 Gipfel 1995 im kanadischen Halifax wurde der Vorschlag diskutiert, und das Konzept fungiert seit 1991 als mögliches Kernstück einer »Internationalen Konferenz zur Finanzierung von Entwicklung«, über deren Zustandekommen die UN-Generalversammlung im Sommer entscheiden wird. Warum hat der Vorschlag ein so erstaunliches Comeback erlebt, welche theoretischen Überlegungen stehen dahinter und wie stehen die Realisierungschancen?

Maßnahmen gegen den »Casino-Kapitalismus«

Drei Gründe sind für das wiedererwachte Interesse verantwortlich. *Erstens* wurde in den letzten Jahren, nicht zuletzt gefördert durch die technologischen Durchbrüche in Mikroelektronik und internationalen Kommunikationstechnologien, das Volumen der weltweit täglich umgesetzten Devisentransaktionen explosionsartig auf über 1300 Mrd. Dollar gesteigert. Nach Schätzungen dienen von dieser Summe weniger als vier Prozent der realwirtschaftlichen Abrechnung von Waren- und Dienstleistungsumschlag oder von Direktinvestitionen; der große Rest sind Optionen, Swaps, derivative Geschäfte etc., d. h. reine Spekulation. Seit Beginn der 90er Jahre haben sich die Finanztransaktionen in immer schnellerem Tempo verselbstständigt; die Metapher vom »Casino-Kapitalismus« ist damit immer zutreffender geworden.

Zweitens haben das Heraussprengen einzelner Währungen aus dem Europäischen Währungssystem (EWS) und das Ende enger Bandbreiten im EWS 1992/93 ebenso wie die Peso-Krise in Mexiko ab Dezember 1994 gezeigt, daß selbst koordinierte und umfassende Interventionen der Zentralbanken de facto nichts mehr gegen Spekulationswellen ausrichten können. Die kombinierten Devisenreserven aller Zentralbanken der OECD-Länder erreichen nur noch das Volumen, das be-

reits an nur einem Börsentag weltweit mit Devisentransaktionen umgesetzt wird. Damit ist die Vorstellung einer autonomen, nationalstaatlich souveränen Steuerung der Wechselkurspolitik, die sich erfolgreich gegen Spekulationswellen behaupten kann oder der genügend Zeit bleibt, sinnvoll gegen die Spekulation zu reagieren, zur Fiktion geworden.

Drittens haben im Zuge der Globalisierung die chronische Budgetmisere und die daraus folgende Finanzknappheit westlicher Regierungen längst auch deren Bereitschaft beeinflusst, der notwendigen Bearbeitung der globalen Herausforderungen mit hinreichendem finanziellen Aufwand gerecht zu werden. erinnert sei in diesem Zusammenhang an das unwürdige Hickhack um die Finanzierung der zweiten Hälfte der Lomé-IV Vereinbarungen, ähnliches Schmierentheater bei der Wiederaufstockung von Globaler Umweltfazilität (GEF) und Internationaler Entwicklungsorganisation (IDA) oder an die beschämende Tatsache, daß der US-amerikanische Kongreß sich beharrlich weigert, die großen Zahlungsrückstände der USA bei der UNO zu begleichen.

Sicher ist das UN-System reformbedürftig, aber wenn ein einzelner Staat sich in kaum verhohlener, fast erpresserischer Absicht – verwiesen sei z. B. auf die Rolle der USA bei der Verhinderung der Wiederwahl von UN-Generalsekretär Boutros-Ghali – zum Richter aufschwingt, dann wird in gefährlicher Weise die gesamte Idee der UN geschädigt. Und dies obwohl klar sein sollte, daß es in Sachen Friedensmissionen, Entwicklungshilfe, Armutsbekämpfung, Klimaschutz etc. für die internationale Staatengemeinschaft wahrlich mehr als genug zu tun gibt, da ein einzelner Staat bei diesen Problemen hoffnungslos überfordert wäre. Allerdings halten die USA keineswegs allein den Schwarzen Peter. Fast alle Industrieländer sind von ihrem selbstgesteckten Ziel, die Aufwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts zu steigern, gegenwärtig weiter denn je entfernt.

Unter diesen Bedingungen muß die Tobin-Steuer fast wie ein Wundermittel erscheinen, da sie in allen drei Bereichen Besserung verspricht. Würden alle internationalen Devisentransaktionen mit einer Steuer von nur 0,1 Prozent belegt, dann sollte davon eine dämpfende Wirkung auf kurzfristig angelegte Spekulationen ausgehen, nationale Regierungen könnten Zeit gewinnen, um sich gegen Spekulationswellen zu wappnen, und gleichzeitig könnten nach vorsichtiger Schätzung rund 150 Mrd. Dollar pro Jahr für globale Ziele bereitgestellt werden. Alles das hat die Kritiker natürlich nicht daran gehindert, eine ganze Reihe von Gegenargumenten vorzubringen.

In der Theoriediskussion überrascht es nicht, daß die Tobin-Steuer bei der »herrschenden Meinung« in der Makroökonomie auf wenig Gegenliebe gestoßen ist. Insbesondere in den USA ist der Vorschlag daher ein rotes Tuch. Wenn die Globalisierung von Waren- und Geldströmen als Befreiung der Marktdynamik von nationalstaatlicher Bevormundung begrüßt wird, dann muß eine neue globale Steuer auf den Handel mit Finanztiteln als Verletzung der neoliberalen Orthodoxie, als unnötige Reregulierung und als Eingriff in die Effizienz der Märkte erscheinen. Darüber hinaus wurden in der ökonomischen Diskussion vier weitere Gegenargumente ins Feld geführt: die Steuer könne die Ursachen von Wechselkursschwankungen (d.h. eine verfehlte Geld- und Wirtschaftspolitik im nationalen Rahmen) nicht beseitigen und würde daher eine überbewertete Währung nicht vor einem spekulativen Angriff schützen; sie beschädige die Liquidität der Finanzmärkte und könne damit sogar zu einer Verschärfung der Wechselkursschwankungen beitragen; sie würde zu einer Verlagerung der Märkte in die Steueroasen (Cayman-Inseln, Indonesien etc.) führen; und es würde den Finanzjongleuren selbst bei globaler Geltung rasch gelingen, die besteuerten Devisentransaktionen durch neue finanztechnische Konstrukte zu ersetzen. Die politischen Gegenargumente

beziehen sich auf die mangelnde Durchsetzbarkeit einer neuen Devisenumsatzsteuer, die Probleme bei der Erhebung und auf die politisch sicher höchst umstrittene Verteilung der zu erwartenden Einnahmen.

Während einer ideologisch motivierten Ablehnung der Tobin-Steuer argumentativ nur schwer begegnet werden kann, lassen sich die meisten der vorgetragenen eher technischen Bedenken aus dem Weg räumen. Die Flucht in Steueroasen könnte verhindert bzw. deutlich eingeschränkt werden, wenn die Devisenumsatzsteuer durch die jeweiligen nationalen Behörden am Ort der Transaktion erhoben und mögliche Transfers in die Steueroasen durch eine Zusatzsteuer weiter eingeschränkt würden.

Abhängig von der Höhe der Tobin-Steuer könnte dann die Verlagerung der Makler- und Brokerbüros in die Steueroasen weit teurer werden als die finanzielle Belastung durch die vergleichsweise geringe Steuer. Auch das Ausweichen auf Ersatzgeschäfte, die nicht der Steuer unterliegen würden, sollte als Gefahr nicht überbewertet werden. Zwar haben die Finanzmärkte in den letzten Jahren mit immer neuen Konstrukten (Futures, Swaps, Optionen etc.) ihre ungeheure Kreativität unter Beweis gestellt, aber eine dem Volumen der Devisentransaktionen entsprechende Marktgröße mit neuen Finanzkonstrukten wird sich nicht über Nacht herstellen lassen.

Es hängt von der exakten Höhe der Devisenumsatzsteuer ab, inwiefern Spekulationswellen tatsächlich verhindert bzw. eingeschränkt werden könnten. Eine niedrige Steuer auf Devisentransaktionen ist dann machtlos, wenn die zu erwartenden Spekulationsgewinne größer sind als die zu verschmerzende Steuer. Daher wird die Tobin-Steuer z.B. nicht verhindern können, daß es zu Währungsturbulenzen kommt, wenn eine Regierung eine krass überbewertete Währung (vergeblich) gegen den Markt verteidigen will. Allerdings streut auch in diesem Fall eine Steuer Sand ins Getriebe der Spekulation.

Gegen die Ablehnung der Steuer aus Effizienzgründen kann argumentiert werden, daß ein höheres Umsatzvolumen an den Devisenmärkten keineswegs automatisch mehr Stabilität bedeutet. Gerade die spekulativ agierenden Marktteilnehmer arbeiten oft mit einem nur sehr kurzen Zeithorizont und tragen daher überproportional zur steigenden Volatilität der Märkte bei. Die Tobin-Steuer träge als marktkonforme Umsatzsteuer die kurzfristig und spekulativ ausgerichteten Marktteilnehmer besonders hart, während die auf langfristige Stabilität setzenden Engagements weit weniger belastet würden. Modelltheoretisch spricht daher sehr viel für die Einführung der Steuer. Die extremen Wechselkursschwankungen ließen sich eingrenzen, während gleichzeitig ein Rückgewinn an finanzieller Autonomie zu erwarten wäre.

Wenn die Steuer im nationalen Rahmen erhoben würde, bedürfte es auch keiner supranationalen Steuerbehörde. Man könnte den Nationalstaaten die Zustimmung zum Vorschlag von James Tobin schmackhaft machen, wenn man ihnen einen Großteil der zu erwartenden Einnahmen aus der Steuer überließe und sie auch über die Verwendung des multilateralen Teils mitbestimmen dürften. Die Einnahmen könnten z.B. für einen neuen globalen Fonds verwendet werden, der die Mittel langfristig anlegt und Vorhaben im Bereich der Friedenssicherung, Entwicklungshilfe, des Umweltschutzes etc. nur aus den laufenden Einnahmen finanziert, um den bestehenden positiven Reformdruck bei den vorhandenen Geberorganisationen nicht auf einen Schlag aufzuheben, was bei plötzlich wieder auftauchenden finanziellen Füllhörnern kaum zu vermeiden wäre. Da es sich dennoch um substantielle Einzahlungen in den neuen Fonds handeln dürfte, könnte den globalen Herausforderungen rasch mit erheblichen neuen Finanzmitteln begegnet werden.

Dennoch stehen die Realisierungschancen der Tobin-Steuer nicht gut. In allen Industrieländern scheint die Politik weiter auf Deregulierung fixiert. Auch in

den Entwicklungsländern werden die Kapitalsverkehrskontrollen und Devisenbewirtschaftungsmaßnahmen aufgehoben oder eingeschränkt. Großbanken, Fondsmanager und Finanzgesellschaften haben in den letzten Jahren von rasant gestiegenen Devisenumsätzen, schwankenden Wechselkursen und von der Entwicklung immer aufwendiger konstruierter Sicherungsinstrumente enorm profitiert, so daß sie der Einführung der Tobin-Steuer mit großem politischen Widerstand begegnen dürften. Der Internationale Währungsfonds (IWF), der eigentlich als möglicher Verwalter der Einnahmen aus der Tobin-Steuer ein konsequenter Befürworter des Vorschlages hätte sein sollen, hat für die zukünftige Verhinderung von Währungskrisen lediglich einen freiwilligen Datenstandard verabschiedet, der den Märkten früher und genauer Auskunft über die makroökonomische Lage eines Landes geben soll. Die Tobin-Steuer hat der IWF dagegen nicht einmal ernsthaft diskutiert.

Für die Einführung der Steuer müßten mindestens die acht wichtigsten Börsenplätze für die Idee gewonnen werden, also so unterschiedliche Staaten und Systeme wie die von Hongkong (ab Mitte nächsten Jahres die VR China), Singapur oder von den USA. Alternativ könnten die Statuten des IWF dahingehend geändert werden, daß die Mitgliedschaft im IWF an die Bereitschaft zur Erhebung der Tobin-Steuer geknüpft wäre. Aber dazu müßten auch mindestens 85 Prozent der Stimmen im Rat des IWF dem Vorschlag zustimmen. Ob ein solches Maß an internationaler Koordinierung und Kooperation aufgebracht werden kann, obwohl starke Kräfte gegen den Vorschlag opponieren werden und die Versuchung zum Trittbrettfahren einzelnen Staaten als äußerst lukrativ erscheinen muß, darf nach allen Erfahrungen der Vergangenheit getrost bezweifelt werden.

Insgesamt ist die Tobin-Steuer sowohl ökonomisch sinnvoll als auch praktisch machbar, aber es ist dennoch mehr als fraglich, ob sie jemals politisch durchsetzbar sein wird.

GESPRÄCH MIT IMRE KERTÉSZ

»Auschwitz ist fast eine negative Offenbarung«

Der ungarische Schriftsteller Imre Kertész gehört zur immer kleiner werdenden Gruppe von Überlebenden nationalsozialistischer Konzentrationslager. 1944 wurde er als knapp Fünfzehnjähriger nach Auschwitz deportiert, 1945 in Buchenwald befreit. Diese Erfahrung machte er zu einem zentralen Thema seiner schriftstellerischen Arbeit. Dem Buch »Roman eines Schicksallosen«, mit dem Kertész derzeit in Deutschland Aufsehen erregt und literarische Preise gewinnt, war bei seinem Erscheinen in Ungarn der 70er Jahre wenig Aufmerksamkeit beschieden. Angeblich nicht mehr aktuell, wurde das Buch eher als anstößig empfunden, als moralisch und politisch nicht korrekt, es hieß sogar, es verhöhne die Opfer des Nationalsozialismus. Der Roman wirkt tatsächlich verstörend: Kertész jugendlicher Erzähler geht mit der Unbefangenheit und »Positivität« eines Kindes an die Erfahrung der Verfolgung und Deportation heran. Die einzelnen, lange immer noch »vorläufigen« Stationen der Entmenschtung und Vernichtung werden akribisch und nüchtern protokolliert. Auch und gerade in den Augen des Opfers vollzieht sich das Geschehen mit grauenhafter »Normalität«. Das System der Lager; der KZ-Häftling, sein »Alltag«, seine Qualen und sein Sterben werden durch Kertész' Kunst noch einmal wirklich – skandalös und unerträglich dabei ist die Nähe, in die er sie zu uns rückt.

Das Gespräch fand am 26.11.1996 anlässlich einer Lesung des Autors in Mainz statt. Die Fragen stellte Dorothea Schuler.

Dorothea Schuler: Beunruhigend an Ihrem Buch *Roman eines Schicksallosen* ist die ausgesprochene Kühle, ja geradezu ironische Kälte und Präzision, mit der Sie über im Grunde nicht mehr vorstellbare, grauenhafte Erfahrungen sprechen. Worauf kam es Ihnen dabei an?

Imre Kertész: Ich wollte keinen Auschwitz-Roman schreiben, das muß ich ganz klar sagen, einen herkömmlichen Roman kann man über Auschwitz nicht schreiben. Ich mußte ganz klar meine Absichten bestimmen: Ich wollte eine Sprache finden, in der man überhaupt von Auschwitz reden kann, eine Sprache des

durchschnittlichen Überlebenden. Ich habe einen jungen Erzähler in das Zentrum gestellt, nicht darum, weil ich einen autobiografischen Roman schreiben wollte und auch nicht, weil ich das Publikum mit einer Kinderfigur rühren wollte, sondern, weil ein Kind authentisch für das steht, was mit den Menschen in einer totalitären Maschinerie passiert. In einer totalitären Maschinerie wird der Mensch abgesetzt, und zwar durch die Dynamik des Totalitarismus und durch das eigene Überlebensstreben. Eine Sprache und eine Denkweise, wie sie Kinder an den Tag legen, entspricht dem am besten. Das, was ich an dieser Geschichte am wichtigsten finde: diese Rationalisierung, also Schritt für Schritt immer weiter zu gehen – und diese Schritte werden immer schrecklichere – also wie man diese Schritte nacheinander macht, das ist eine Rationalisierung und es ist das Kind, das das gewissermaßen »am besten« macht.

D.S.: Diese Figur des Kindes bzw. Jugendlichen ist ja von einer geradezu bestürzenden Naivität. Ist Ihnen diese Figur eigentlich sympathisch?

I.K.: Ich glaube, ich habe keine Beziehung zu der Figur selbst, jedenfalls nicht heute. Diesen Roman habe ich vor 30 Jahren geschrieben. Er ist bereits seit 20 Jahren fertig. Ich habe keine Beziehung zu der sprechenden Figur, sondern zu der Sprache im Roman. Es gibt sicher Autoren, die einen Bezug zu ihren Figuren haben: sie hassen sie, sie lieben sie usw. Aber ich bin nicht so, ich vergesse nie, daß ein Romanheld nur ein Romanheld ist. Er lebt nur auf dem Papier und er lebt nur dadurch, daß ich ihm Sprache, Text gebe. Ich habe immer aufgepaßt, daß die Figur authentisch spricht, daß sie authentisch reagiert und das war so streng, das ist so eine strenge Sprache, daß diese Sprache, als ich sie einmal ausgearbeitet hatte, fremden Text von selbst ausstieß. Ich habe nicht psychologisiert. Ich habe bei dieser Figur überhaupt keine Psychologie angewendet und das ist kein Zufall, denn Psychologie bedeutet nicht viel in dieser Maschinerie, die eben die Persönlichkeit auslöscht. Es ist in diesem Fall ganz egal, was für eine Psychologie dieses Kind hat, was für ein Vorleben es hatte, was für Komplexe es hat

oder nicht hat, das ist hier ganz egal. Ein Kind ist besonders geeignet, von dieser Maschinerie zu erzählen, weil es noch keine Persönlichkeit hat und bereit ist, alles was an es herangetragen wird, in sich aufzunehmen.

D.S.: Eine seltsame Spannung entsteht durch den Abstand zwischen dem Leser, der die historischen Tatsachen bereits kennt und dem jugendlichen Erzähler, der noch nicht weiß, was auf ihn zukommen wird ...

I.K.: Als Verfasser dieses Buches habe ich damit gerechnet – ich habe damit 1960 angefangen –, daß alles schon dokumentiert ist. Also ein Roman kann als Sachbuch nichts mehr Neues bringen. Ich wollte etwas ganz anderes, ich wollte die Zeit des Erlebens wiederherstellen, und darum gibt es diesen Gegensatz zwischen dem Leser und dem Erzähler. Ich habe nicht retrospektiv geschrieben, sondern diese Zeit so wiederhergestellt, wie die Ereignisse erlebt wurden. Ich weiß nicht, ob sie diesen Roman von Stendhal kennen, in dem der Held ein Schlachtfeld durchquert. Ihn interessiert im Grunde nicht, was da passiert, er sieht Pferde, Körper, Kanonen usw. – es war die berühmte Schlacht von Waterloo. Später stellt sich heraus, daß diese Schlacht auch sein ganzes Schicksal verändert hat, aber in diesem Moment weiß er noch nichts von der Tragweite. Auch ich wollte die Zeit des Erlebens wiederherstellen: niemand wußte ganz genau, noch nicht einmal annähernd, was ihn in Auschwitz oder anderen Konzentrationslagern erwarten würde. In diesem Buch weiß der Leser alles, was der Held noch nicht weiß und mit dieser Spannung habe ich gerechnet.

D.S.: Sie haben einmal erwähnt, daß Sie durch die Erfahrung des Ostblocks, die aufgezwungene Illusionslosigkeit des Lebens im sozialistischen Ungarn, weniger gefährdet waren, als andere Überlebende des Holocaust. In welchem Verhältnis steht *Roman eines Schicksallosen* zum Ungarn der Stalinzeit?

I.K.: Ich selbst habe meine Erfahrungen in Auschwitz gemacht und dann hätte ich sie auch vergessen. Das war so ein Aspekt dieses Schicksals. Ich habe mich jahrelang überhaupt nicht damit beschäftigt, als ich nach der Befreiung nach Hause kam. Und es ist wirklich so, daß ich erst später, als ich im Stalinismus ähnliche Züge erkannte, da erst habe ich die Gesetzmäßigkeiten einer totalitären Maschinerie ganz verstanden. Ich habe gesehen, wie man mit den Menschen umgehen kann, wie eine totale Macht alles mit den Menschen machen kann, wie der Mensch zu Material werden kann. Das habe ich also später erlebt und dadurch wurde mir auch verständlich, was ich

im deutschen Konzentrationslager erlebt habe. Das war wirklich eine gute Schule. Ich wurde von linker Seite einmal scharf kritisiert, daß ich den Stalinismus zu sehr kritisiere und zu wenig den deutschen Nazismus. Worauf ich antwortete, der Stalinismus sei für mich wie die Proustschen Madeleines. In der Erfahrung des Stalinismus kam für mich die ganze Vergangenheit wieder herauf.

D.S.: Es gibt am Ende von *Roman eines Schicksallosen* eine Stelle, die sehr unstritten ist, es geht dort um das Glück der Konzentrationslager. Können Sie dazu etwas sagen?

I.K.: Ja, ich kann dazu etwas sagen, aber das ist nichts wert. Dieses Wort wird immer zitiert. Der ganze Roman ist zu diesem Ende hin gebaut. Es ist ganz klar, wenn man diesen Roman liest, daß hier nicht von einem Glück wie beim Skilaufen in den Schweizer Alpen die Rede ist. Es ist eine andere Sache und meiner Ansicht nach war das vielleicht das schrecklichste Erlebnis dieses Kindes. Ich kann nichts dafür, daß man das so zitiert. Es kommt organisch aus diesem Buch. Das Buch ist auf dieses Ende hin konstruiert.

D.S.: In *Roman eines Schicksallosen* scheint mir die letzte Bastion der Humanität nicht die Moralität des Menschen zu sein, sie scheint dieser totalitären Maschinerie eher zuzuarbeiten, sondern ein gewisser Eigensinn.

I.K.: In *Roman eines Schicksallosen* habe ich diesen Eigensinn immer als einen Glauben behandelt. In einem Konzentrationslager ist es egal, woran man glaubt, aber ein Glaube an sich ist sehr hilfreich, er gibt Kraft. Ein Glaube ist ein letztes Stück Selbstbewußtsein, das man eigensinnig, radikal lebt. Aus der Perspektive des Kindes in *Roman eines Schicksallosen* ist das allerdings etwas ironisch dargestellt. Das wirklich Wirkungsvolle, wirkungsvoller Eigensinn ist die Solidarität. Das ist ein Eigensinn, der auch das Kind im Konzentrationslager Buchenwald rettet. Ein Eigensinn, wenn er nicht wirkungsvoll, wenn er nicht radikal genug ist, wenn er nicht am Platz ist, kann auch komisch wirken.

D.S.: In Ihrem Roman *Kaddisch für ein ungeborenes Kind* gibt es die Figur des Lehrers, dessen Eigensinn vollkommen radikal ist, er geht über die Selbsterhaltung hinaus. Ist es letztlich aber nicht doch wieder eine Moral, die in dieser Haltung zum Ausdruck kommt?

I.K.: Ethik möchte ich lieber sagen als Moral. Der Lehrer ist wirklich ein durch und durch ethischer Mensch und das stellt sich nur in einer extremen Situation heraus, wo die Ethik für ihn mehr wert ist als sein eigenes Leben. Das ist eine Prüfung, der man ganz selten nur

ausgesetzt ist, aber das Konzentrationslager ist der Ort, wo diese Eigenschaften wirklich an den Tag kommen und man sich prüfen kann, ob man es mit den Werten, die man vor dem Konzentrationslager ernst genommen hat, auch wirklich ernst meint. Aber das Beispiel des Lehrers zeigt, daß man sich einmal als hochethischer Mensch beweisen kann, aber dann stirbt man.

D.S.: Wie ist das Verhältnis Ihrer eigenen Erfahrungen im Konzentrationslager zu den Erfahrungen des Helden von *Roman eines Schicksallosen*?

I.K.: Ein Schriftsteller kühlt seine Erlebnisse ab, und das dauert manchmal 15 Jahre oder noch mehr. Wenn man dann schreibt, muß man abgeklärt schreiben, man soll sich nicht einmischen, wenn das nicht die Absicht ist. – Das kann man auch machen, man kann auch biografisch schreiben, aber das ist etwas anderes. Ich habe mich ganz klar entschieden, keinen autobiografischen Roman zu schreiben, sondern nur die Struktur des Geschehens – wie ›Schicksallosigkeit‹ entsteht, wollte ich beschreiben. Wie es anfängt, wie naiv es anfängt, dann folgt eine Reihe von Leiden und furchtbaren Erlebnissen. Und das alles wird nur darum erlebt, weil das Kind jüdischer Abstammung ist. Er ist nicht in jüdischer Tradition erzogen worden und darum ist ihm eine jüdische Identität ganz fremd. Schicksallosigkeit entsteht wie ein Persönlichkeitsverlust: man erlebt etwas, das nicht aus dem eigenen Charakter und der eigenen Persönlichkeit kommt, sondern einem von außen her aufgezwungen wird. Die Figur verinnerlicht die aufgezwungenen Werte und am Schluß stellt sich heraus, das, was sie verinnerlicht hat, hat keine Fortsetzung mehr, das muß sie vergessen, das will die Gesellschaft nicht mehr hören. Das wollte ich beschreiben und nicht meine eigenen Erlebnisse.

D.S.: Sie haben sich immer wieder dagegen gewandt, daß man Auschwitz als nicht in die Geschichte integrierbar darstellt, daß es keine Erklärung für Auschwitz gibt. Diese Leugnung oder diese Ausnahmestellung scheint auf einer symbolischen Ebene das Motiv der Schick-



Imre Kertész erhielt auf der Leipziger Buchmesse im März den Preis zur Europäischen Verständigung.

Foto: dpa

sallosigkeit zu wiederholen, diese Geste, daß das ›Unheil‹ auf eine nicht weiter bestimmbare Weise über einen gekommen ist.

I.K.: Meiner Meinung nach ist Auschwitz nicht in die Geschichte integrierbar, weil es kein historisches Ereignis ist. Die Historiker können Auschwitz nicht erklären. Der Schriftsteller, also ich, hat eine Erklärung dafür. Aber noch wichtiger ist, daß Auschwitz etwas offenbart hat. Auschwitz ist so eine gigantische Erscheinung – fast eine negative Offenbarung. Diese negative Offenbarung wird in unserem Leben nicht nur heute, sondern auch morgen da sein, selbst wenn man überhaupt nichts über Auschwitz weiß. – Ich spreche jetzt natürlich von einer Zivilisation, die man europäische Zivilisation nennt, und das schließt auch die Vereinigten Staaten ein. In dieser Zivilisation ist das passiert. Diese Zivilisation ist auf einen christlichen, humanistischen, wissenschaftlichen Grund gebaut. Persönlichkeit und Freiheit, das sind die Grundsteine der europäischen Zivilisation und Auschwitz stellt in dieser Zivilisation eine ganz katastrophale Wende

dar. Das ist schon heute ein ganz wichtiger Faktor der Kultur. Wir wissen noch nicht, was sich alles von dieser negativen Erfahrung her entwickeln wird, in Kunst, in Kultur oder in der Wirklichkeit – das wäre eine Katastrophe.

D.S.: Die Historiker haben keine Erklärung für Auschwitz, Sie als Schriftsteller haben eine?

I.K.: Das ist natürlich keine historische Erklärung – ich kann das jetzt nicht ausführen, das ist viel zu kompliziert. Ich habe darüber etwas in meinem Buch *Kaddisch für ein nicht-geborenes Kind* geschrieben, dort gibt es eine Debatte darüber, ob Auschwitz erklärbar ist oder nicht. Aber auch in *Roman eines Schicksallosen* wird, wenn man die Sprache ernst nimmt, wenn man die Geschehnisse, die Betrachtungsweise ernst nimmt und sich hineinversetzt, Auschwitz erklärbar. Es entsteht aus unserem alltäglichen Leben, aus unserem Denken, aus dem Alltäglichen: wie wir leben, was wir machen und auch wozu wir fähig sind. Wenn immer wiederholt wird, daß Auschwitz nicht erklärbar ist, so soll das bedeuten, daß Auschwitz nicht von Menschen gemacht und von Menschen erlebt wurde. So will man Auschwitz entfremden. Daß wir, die wir hier sitzen, mit Auschwitz konkret nichts zu tun haben, das ist nicht wahr. Ich wollte in diesem Buch auch etwas gegen diese Verfremdung von Auschwitz sagen, nämlich daß es eine ganz menschliche, allzumenschliche Angelegenheit ist – furchtbar, aber das ist es. Es kann heute passieren und morgen.

D.S.: Ist es für Sie eine besondere Situation, in Deutschland zu lesen? Sie haben, in Ihrem Interview mit dem SPIEGEL gesagt, daß diese Situation etwas absurdes hat.

I.K.: Ich identifiziere die Deutschen nicht mit den Nazis. Ich möchte vielmehr zum Verständnis der Sache beitragen. Trotzdem hat das zwei Seiten: Ich habe dem SPIEGEL gesagt, es gebe ein grundlegendes Gesetz, die Gesellschaft funktioniert so, daß Ethik nur dann entsteht, wenn es Opfer gibt, und das ist das Absurde. Also nicht in Deutschland zu lesen ist absurd, sondern absurd ist, daß man Opfer braucht, damit später eine Ethik entsteht. Wenn ich es so betrachten will oder muß, liegt wirklich eine Absurdität darin. Aber ich betrachte das überhaupt nicht so. Wenn ich in Deutschland lese, lese ich, als ob ich das Publikum etwas lehren könnte – ein Publikum, das dafür Interesse aufbringt und nicht nur Interesse, sondern es hat es, glaube ich, auch nötig, das zu hören. Darum bin ich auch sehr bereit, das zu machen. Ich glaube, Primo Levi hat eine Einführung für die deutsche Ausgabe seines Buches geschrieben, in der er sagt, daß das Buch in der deutschen

Übersetzung so etwas wie einen Höhepunkt erreicht, denn das Buch ist am richtigen Platz in Deutschland. Das glaube ich auch, aber das ist sehr zugespitzt formuliert, ich sage das nur, wenn ich gefragt werde, denn ich lese meine Bücher in Deutschland genauso wie in anderen Ländern.

D.S.: Man wollte im Ungarn der 70er Jahre nichts von Ihrer Darstellung des Holocaust hören. *Roman eines Schicksallosen* wurde nahezu totgeschwiegen. Warum ist man heute bereit, Sie zu hören? Was macht die Zeit reif dafür?

I.K.: Als ich das Buch schrieb und es in Ungarn erschienen ist, haben mir sehr viele Leute gesagt, wie schade, daß es so spät erschienen ist, daß ich es so spät geschrieben habe, es hätte früher erscheinen sollen, denn man interessiere sich nicht mehr für den Komplex, der den Namen Auschwitz trägt. Aber ich habe immer geglaubt, daß im Gegenteil diese schreckliche Welterfahrung, die sich in Auschwitz offenbart hat, daß die Bedeutung dieser Erfahrung immer wachsen wird, weil sie in dieser Zivilisation ein ganz großes Trauma darstellt. Wenn so ein Trauma wie Auschwitz vergessen wird, dann ist diese Zivilisation wirklich zu Ende. Doch jetzt sieht es so aus, daß man sich dafür interessiert. Ich habe nicht damit gerechnet, daß mein Buch etwas so Neues sagen kann, was das Publikum so aufrührt. Mir schien es ganz natürlich, was ich geschrieben habe, und das zeigt mir, daß die Auschwitzfrage so entfremdet ist, daß man offiziell wirklich nur in einem Tonfall darüber sprechen kann, und das ist ein ideologisierte Tonfall, man war und ist ganz vorsichtig mit diesem sogenannten Thema. Ich glaube jedoch, jetzt ist die Zeit gekommen, wo man wirklich darüber sprechen kann, offen und auch kühn.

D.S.: Glauben Sie, daß das mit dem Ende des Sozialismus zu tun hat, damit, daß es die beiden Systeme nicht mehr gibt, die ja, jedes auf seine Weise, den Holocaust für sich vereinnahmt haben? Und was ist in dieser neuen Situation aus dem Totalitarismus geworden, überwintert er irgendwo oder ist er endgültig zu Ende?

I.K.: Das System ist nicht zu Ende, überhaupt nicht zu Ende. Ich sehe es so, daß die westliche Welt das Gleichgewicht verloren hat durch die Tatsache, daß der Sozialismus zusammengebrochen ist. Dieses Feindbild funktionierte jahrzehntelang, und jetzt kippt es um. Man hätte erwartet, daß wenn der Sozialismus, wenn diese totalitären Systeme nicht mehr existieren, Freiheit entstehen würde. Aber nein, es sind dunkle Kräfte losgelassen worden. Der Sozialismus hatte in sich eine – Hoffnung wäre vielleicht ein zu großes Wort – aber es gab da das Ideal einer anderen Welt. Es gab zwei Welten und die haben

sich in gewisser Weise gegenseitig aufgehalten. Jetzt erfahren wir, daß es nur eine Welt gibt, eine kapitalistische Welt, eine pragmatische Welt ohne Ideale, und das ist gefährlich. Der Sozialismus war keine wirkliche Hoffnung, der Kommunismus war kein wirkliches Ideal. Aber man hat dem im Westen die Freiheit, die Individualität, also die primären Werte der westlichen Welt, als die besseren, größeren Ideale entgegengestellt. Jetzt scheint mir, daß auch dieses Bestreben aufgegeben worden ist. Es ist, wenn man so will, nur noch so etwas wie Schadenfreude darüber zu spüren, daß keine Ideale mehr da sind. Und das ist sehr gefährlich, denn das Feld für andere falsche Ideale ist vorbereitet.

D.S.: Was bedeutet der Erfolg des Buches für Sie?

I.K.: Erfolg? Ich mag das Wort nicht sehr. Wenn ich Erfolg habe, dann am Scheitern des Menschen – Auschwitz ist ein großes Scheitern. Ich habe selbst geschrieben, daß man aus einem Roman über Auschwitz nicht als Sieger hervorgehen kann. Ich glaube doch, daß mein Roman ohne die Absicht geschrieben wurde, den Menschen zu schmeicheln. Er wurde ganz ernst, in strenger Einsamkeit, unter sehr schweren Bedingungen geschrieben und ohne Hoffnung, daß er überhaupt ein Echo in der Welt findet. Dieser Roman hat sozusagen 20 Jahre gefastet und darum ist es erträglich, daß er heute so viel Aufmerksamkeit bekommt. Vielleicht ist es die Energie, die hineingesteckt wurde, die jetzt ausstrahlt.

D.S.: Was bedeutet Schreiben für Sie? Ich denke, es geht dabei auch um die Wiederherstellung des individuellen Schicksals bzw. von Schicksal überhaupt, wie es sich in der Figur des Jugendlichen in *Roman eines Schicksallosen* bereits andeutet. Nun verbinden Sie Schreiben und Leiden sehr stark, wie der Titel *Galcerentagebuch* schon sagt. Diese Wiederherstellung der Individualität wird zu einer unglaublichen Fron.

I.K.: Ich bin explizit Schriftsteller. Ich bin nicht durch ein Erlebnis Schriftsteller geworden. Ich bin Schriftsteller und habe in diesen Erlebnissen mein Thema gefunden. Meine Identität ist das Schreiben. Für mich ist Schreiben das Leben, das Territorium meiner Freiheit und meine Möglichkeit zur Kreativität. Schreiben bedeutet für mich nicht, mich von diesen Erfahrungen zu heilen, sondern in diesem Erlebnis zu leben. Für mich ist das Schreiben keine Therapie, sondern eine normale Tätigkeit. Bei einigen Schriftstellern ist Schreiben wirklich eine Therapie, das gelingt dann vielleicht oder auch nicht. Wenn ich nicht Schreiben kann oder nicht schreiben dürfte, das wäre eine Katastrophe.

RICHARD ALBRECHT

»Ein neues Deutschland muß entstehen«

Vor hundert Jahren wurde
Carlo Mierendorff geboren

Am 24. März 1897 wurde ich in Grossenhain in Sachsen als zweiter Sohn des Kaufmanns Georg Mierendorff und seiner Ehefrau Charlotte geborene Meissner geboren. Väterlicherseits stammten meine Vorfahren aus Pommern und waren meist Kaufleute, mütterlicherseits aus Sachsen (Erzgebirge) – meistens Ärzte und Geburtshelfer, allesamt evangelisch-lutherischer Konfession. (...)

Mein Vater ist 1928, meine Mutter bereits 1927 verstorben. Mein einziger, älterer Bruder Wilhelm fiel 1917 an der Westfront als Oberleutnant. (...) Einige Jahre nach meiner Geburt siedelten meine Eltern nach Frankfurt am Main und 1907 nach Darmstadt über. In Frankfurt kam ich in die Schule. Ich besuchte dort, wie später in Darmstadt, das humanistische Gymnasium bis zur Reifeprüfung bei Kriegsausbruch.

So beginnt der einzig erhaltene Lebenslauf von Carlo Mierendorff. Und für diesen hessischen SPD-Intellektuellen wurde später die Politik Lebensschicksal.

Auch wenn die Persönlichkeit des Carlo Mierendorff nicht nur auf Politik verkürzt werden kann: zu vielfältig waren seine kulturellen Interessen im Feld von Literatur und Kunst, Theater und Kino, Schauspiel und Ästhetik. Und zu wichtig waren ihm auch die Sozialwissenschaften, die er Anfang der 20er Jahre bei bedeutenden akademischen Lehrern in Heidelberg und München erfuhr.

Carlo Mierendorff – noch im 19. Jahrhundert hineingeboren in die Moderne. Die Eltern kleine Bürger, väterlicherseits Stralsunder Kaufleute, Schnapsbrenner und Gastwirte, mütterlicherseits sächsisch-thüringische Soldaten, Pfarrer und Ärzte. Aufgewachsen in einem sozialliberalen Elternhaus mit musischen Neigungen und Interessen im großherzoglich-residentischen Darmstadt, Schüler des humanistischen Ludwig-Georgs-Gymnasium mit ersten Verbindungen zur Blauen Blume der bürgerlichen Jugendbewegung vor dem Ersten Weltkrieg, Schülerfreundschaften und erste literarische Schreibversuche in einer Dachstube seiner Heimatstadt, in der sich ein Freundeskreis fand und handgefertigte Blätter unter dem Titel *DIE DACHSTUBE* schrieb, druckte und verteilte.



Carlo Mierendorff (1897-1943) Foto: AdsD d. FES

In diese Idylle platzt der Erste Weltkrieg. Der Siebzehnjährige legt Anfang August 1914 mit durchschnittlichen Schulnoten das Notabitur ab. Und rückt zwei Tage später als kriegsbegeisterter Freiwilliger eines hessischen Artillerieregiments zum Militär ein, um des Kaisers Feinde zu schlagen. *Jeder Tritt ein Brit – jeder Stoß ein Franzos* – hieß es damals in hurrapatriotischer Stimmung. Doch bevor es ins Feld ging, Ausbildung auf dem Kasernenhof, Kommiß und Schleiferei durch Offiziere, die er in den nächsten Jahren kennen und hassen lernen sollte. Im Feld, siebzehnjährig, in Polen verwundet, später in Frankreich an der Westfront eingesetzt. Lazarettaufenthalte auch in seiner Heimatstadt Darmstadt. Aber das eine Ohr bleibt fast taub. Und dafür Tapferkeitsauszeichnungen.

Im Feld werden neue Freundschaften unter Männern begründet, die auf dem gemeinsamen Erlebnis der jungen Frontsoldaten im Krieg beruhen und doch den Hunger nach Frauen und Leben nicht vergessen machen können. Und auch Carlo Mierendorff erfährt bald den Weltkrieg als Grauen. In einem Brief an Freunde in Darmstadt ist die Erschütterung des Weltkriegserlebnisses im dritten Kriegswinter spürbar: *Nicht bloß zuschauen, teilnehmen wollte ich an der Grundsteinlegung der neuen Zeit, die ihr nahen fühlte und deren Aufbau zu eu-*

rer Aufgabe werden mußte nach eurem Sinn, befreit von den tausend Bleigewichten toter Überlieferung. (...) Der Enthusiasmus der ersten Tage, an sich schön, schwand, an seiner Stelle die einfache Pflicht und regiert euch. So steht ihr alle vielleicht manchmal selbst erstaunt, woher euch die Kraft dazu kommt. Du in Polen hättest es selbst nie geglaubt, daß du so lange und stets an erster Stelle dem Drucke standhieltest, der noch verschärft ist durch die gräßlich deprimierende Melancholie der toten Landschaft. (...) Du in Frankreich hast von Tag zu Tag gehofft auf Erlösung von dem Maulwurfsleben in den Gräben mit seiner Eintönigkeit. (...) Langsam beginnen Teile des alten Kreises sich sammelnd zurückzukehren, beschädigt, verknittert, gelähmt durch die Spuren der Erlebnisse und der Lazarette.

Die Literatur hilft auch ihm, Schützengraben und das Feuer der Artillerie zu ertragen und die Entbehrungen des Zwanzigjährigen auf sich zu nehmen, der leben will und menschliche Wärme sucht. Im Schützengraben und im Lazarett schreibt er zwei Erzählungen, schickt sie an Freunde nach Hause, die sie in kleiner Auflage als Novellenbände herausbringen. *Der Gnom* heißt die erste, *Lothringer Herbst* die zweite. »Einer königlich preussischen Lazarettverwaltung in dankbarer Ergebenheit« ironisch gewidmet. Die Geschichte des Außenseiters Stefan Grabloff und ein böses Märchen vom verachteten Zwerg als elegische Variation auf die eigene verlorene Jugend die erste – und ebenso leicht entschlüsselbar die zweite als Sehnsucht des Mannes nach Frauen, Lust und Liebe, dem seit Jahren vorenthaltenen Leben.

Aber auch wenig später in der im Juni 1918 veröffentlichten Erzählung *Pioppis Sonntagnachmittag* erste Zweifel an den Möglichkeiten literarischer Problembewältigung, wenn es mit Blick auf die Sozialfigur des Dichters im Ausklang heißt: *Wir müssen wieder starten, nach einem neuen Ziel; auch das war nur eine Station. Ein Rätsel scheucht mich auf, – wir hatten alles überlegt, – wir hielten Maß im Wollen – ich kann die Welt nicht fassen. Kein Mensch (Er dachte an den Dichter). Sie treiben all' in Nebel. – Er verließ mit einer verächtlichen Gebärde den Schauplatz.*

Jahre später hat Carlo Mierendorff eine kennzeichnende Episode aus den letzten Kriegswochen erzählt, die seinen Zwiespalt ausdrücken mag. Denn inzwischen waren auch an die deutsche Westfront Nachrichten aus Rußland von der Beendigung des Kriegs durch revolutionäre Umwälzungen gekommen. Mierendorff erzählte 1932: *Im Oktober 1918 lag ich an der Westfront im Abwehrkampf gegen die*

Amerikaner auf vorgeschobenem Posten mit einem Tank-Abwehrgeschütz. Die Nachrichten aus Rußland begeisterten uns. Der Refrain unserer Abende lautete: Wir wollen gute Bolschewisten sein. Aber das hinderte uns nicht, bis zum 11. November aus- und durchzuhalten. Die Entwicklung des Einundzwanzigjährigen jedoch ist unverkennbar. Als im November 1918 nach der deutschen Novemberrevolution, die den Kaiser entmachtete, aber seine Generale ungeschoren ließ, der Programmaufruf des Politischen Rats geistiger Arbeiter gegen die »Knechtung der Gesamtheit des deutschen Volkes durch den Kriegsdienst« mit seinem Plädoyer für »die kulturpolitische Radikale auf dem Boden der sozialen Republik« erscheinen kann, trägt er auch Mierendorffs Unterschrift. Er will mithelfen an der Gestaltung eines neuen, demokratischen, republikanischen und sozialen Deutschland und sich nicht mehr mit Kunst und Literatur ablenken und betäuben.

Carlo Mierendorff will die Welt »aushebeln«, gibt 1919 und 1920 in Darmstadt eine politisch-literarische Zeitschrift heraus, kämpft mit seinem *Tribunal* gegen die Vertreter des Alten, Morschen, Überlebten, schreibt und streitet gegen die Mucker, Spießer und Kriegstreiber, will früh schon die Aussöhnung mit dem Erbfeind Frankreich. Illusionen wechseln mit Desillusionierungen des Angehörigen einer jungen Frontgeneration, der sich betrogen fühlt und ein neues Leben leben will. Schüler- und Jugendfreundschaften bewahren sich, neue werden fürs Leben geschlossen.

Das kurze Studium der Nationalökonomie wird absolviert wie nebenbei und mit dem Doktorat beendet. Und Carlo Mierendorff lebt, liebt, lacht, scherzt, ulkt und trinkt als Student in Heidelberg und andernorts, wo sich die Studenten »sozialistisch« nennen und doch nur eine kleine radikale Minderheit in der Gesamtstudentenschaft bleiben. Gegen die Anderen des deutsch-völkischen Blocks der Rechten tritt er militant auf, bekämpft ihren Antisemitismus und Monarchismus nicht ohne Folgen, die für ihn bedrohlich sind. Aber die Freunde und akademischen Lehrer in Heidelberg stehen zu ihm, eine politische Amnestie begünstigt ihn, er wird schließlich, nachdem seine Doktorurkunde ein Jahr lang nicht ausgehändigt wird, doch als frisch promovierter Akademiker in die Welt entlassen und nun als Genosse Herr Doktor ein Rekrut der deutschen Sozialdemokratie und ihrer gewerkschaftlichen Verbände. Politik wird Schicksal und Lebensinhalt, politisches Handeln bewußt auf die Macht im Staat der Weimarer Republik ausgerichtet, um verantwortlich menschlich-lebenswerte Bedingungen für die

Vielen gestalten zu können. In der Rückschau Mitte 1932 hat Carlo Mierendorff an seine Studentenzeit erinnert: *In den Jahren 1918 bis 1920 stand das Leben in Heidelberg ganz im Zeichen der Politik. Wie zuweilen am Horizont eines Gebirgstales ringsum Gewitter stehen, so gewitterte es in das Heidelberg jener Tage ständig von allen Seiten über die Berge hinein: die Friedensverhandlungen von Versailles und der Kampf um die Unterzeichnung des Vertrags, blutige Schießereien am Berliner Marstallgebäude, die Ausrufung der Münchner Räterepublik, die Franzosen in Mainz, der Kapp-Putsch, der Aufstand in Mitteldeutschland. (...) Wir waren vom Schützengraben direkt in den Hörsaal marschiert. Wir hatten die feldgraue Montur in die Ecke gefeuert. (...) Die Politik wurde unser Schicksal. Sie stand über unserem Heidelberger Dasein wie ein ständiges Wetterleuchten, das von den politischen Kriegsschauplätzen hereindrang, die weit hinter dem Königstuhl, dem Kohlhof, der Philosophenhöhe und der Rheinebene lagen. Politik regierte jetzt statt Mars unsere Stunde. (...)*

Die nächsten Jahre verbringt Carlo Mierendorff in Gewerkschaftskreisen als Referent, beschäftigt mit Besorgungen benötigten Materials und ersten fachpolitischen Veröffentlichungen, beispielsweise über Umstellung der Kriegs- auf Friedenswirtschaft in Deutschland. Aber er will ins Zentrum der Macht und wählt nach zwei Jahren Gewerkschaftsarbeit den Umweg über die Provinz: Mitte der 20er Jahre wird er zweiter Redakteur einer sozialdemokratischen Zeitung in Hessen, in seiner Heimatstadt Darmstadt. Ein Jahr hält es ihn, der so vieles auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie verändern will. Darmstadt bleibt Zwischenstation auf dem weiten Weg in die Reichsmetropole Berlin: die SPD-Reichstagsfraktion sucht einen zweiten Sekretär und nimmt ihn. Erneute Arbeit und Selbstdisziplinierung im zentralen Parteiapparat im Vorzimmer der Macht, die er sucht und über die er verfügen will. Aber auch Leben in Berlin, Liebschaften zu Schauspielerinnen, ein Freundeskreis um ihn und den bald erfolgreichen Freund und Dramatiker Carl Zuckmayer bildet sich, man besucht in diesen »goldenen« zwanziger Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs die Sechstagerennen und Boxkämpfe im Sportpalast. Und doch beharrliche politische Arbeit gegen die Anderen, die sich heimlich rüsten und die Republik, der er dient und die er ausbauen will zu einer sozialen, zu vernichten suchen. In diesen Jahren macht er beständig auf Mängel der Weimarer Republik aufmerksam, will sie weiterentwickelt sehen und

so auch die demokratiefeindliche Reaktion entscheidend schlagen. In einem für die sozialdemokratische Bildungsarbeit jener Jahre geschriebenen Material für Kurse heißt es: *Das Proletariat muß zum Gegenstoß übergehen, um durch Machtsammlung und endgültige Eroberung der Staatsgewalt in der Republik diese zu seiner wirklichen Demokratie zu machen, wie sie sein soll. Schon die Durchsetzung aller in der Weimarer Verfassung gegebenen Möglichkeiten wäre ein großer Fortschritt zur sozialen Republik.*

Konflikte in der Parteizentrale der SPD anlässlich des Streits um die Bewilligung zum Bau eines Panzerkreuzerschiffs lassen ihn nach drei Jahren Berlin das Angebot eines älteren Freundes – nun Volksstaatsminister in Hessen – annehmen und in seine Heimatstadt zurückkehren. Nun arbeitet er als Pressesprecher Wilhelm Leuschners im Rang eines Regierungsrats im Staatsapparat. In der beginnenden Krise erfährt er auch ihre Wirkungen in der Provinz und auf dem Land. Die neuformierten Rechtskräfte kommen als Hitler-Bewegung, um übers platte Land auch die Städte zu erobern. Der Abwehrkampf gegen sie, die die Republik stürzen und eine Führerdiktatur errichten wollen und von der Krise der Wirtschaft, Politik, Kultur und Moral profitieren, will aktiv geführt, organisiert und in die Massen getragen werden. Er erkennt zunehmend die Schwächen seiner Partei, der SPD, will Jugend, Frauen und bisher Unerreichte für Republik und Sozialismus gewinnen, reibt sich am fehlenden innerparteilichen Kampf- und Machtwillen, kritisiert bloße Verwaltung seiner Partei und nennt die Verantwortlichen Vergreiste. Und er erinnert das, was er als Student lernte, will in Form einer Studie dem, was er »Gesicht und Charakter der nationalsozialistischen Bewegung« nennt, analytisch auf die Spur kommen und gegen das sich neu und frisch gebende Alte die politisch-moralische Offensive mit neuer Propaganda und Massenaktion.

Weil ein Älterer sein Mandat quittiert, wird Carlo Mierendorff im September 1930 als einer der jüngsten Abgeordneten in den Reichstag gewählt und spricht, wo immer möglich, öffentlich gegen die, die weder national noch sozialistisch sind und ihre schwerindustriellen Financiers. Und er besinnt sich auf eigene frühe ästhetische Erfahrungen, Interessen und Versuche, will mit neuen Propagandamethoden heran an die Massen und ihre Gefühle für sich, seine Partei und eine sozialistisch weiterzuentwickelnde Republik gewinnen, will den Faschismus schlagen, den Abwehrkampf offensiv wenden und eine sozialistische Front aufbauen

gegen die, die Deutschland in ein großes Zucht-haus verwandeln wollen. Politisch will Mierendorff dem Nationalsozialismus, aber auch den Kommunisten und ihrer Lösung »Sowjetdeutschland« noch Anfang 1933 einen sozialistischen Ausweg aus der Krise entgegenstemmen und proklamiert als positive Ziele für den außerparlamentarischen Kampf der deutschen Sozialdemokratie: *Mit diesen drei Formeln: sozialistische Planwirtschaft, sozialistische Demokratie und sozialistisches, rotes Europa wäre das Bild des Sozialismus klar umrissen und der Weg festgelegt, den der Sozialismus den Massen zeigt, um aus dem Elend von heute herauszukommen.*

Doch nicht der Sozialismus, sondern der faschistische Nationalsozialismus der Hitler und Goebbels war in diesen Wochen in Front. Die verhafteten Anderen gewinnen mit Hilfe ihrer Verbündeten im bürgerlichen Lager den Kampf um die Staatsmacht. Und diese Sieger rächen sich an Carlo Mierendorff: schreiben ihn aus zur Fahndung wegen angeblicher Dienstvergehen im Amt, suchen und verfolgen ihn. Auswanderung – Emigration – gilt ihm nicht als Lösung, er will im Land selbst gegen den verhassten Gegner kämpfen und kehrt nach wenigen Tagen zurück aus der sicheren Schweiz. Einige Wochen kann er als polizeilich gesuchter Illegaler mit Hilfe von Freunden im Untergrund leben – bis sie ihn, Mitte Juni 1933 in einem Frankfurter Café, festnehmen. Und sie quälen ihn, ziehen mit ihm durch seine Heimatstadt als Beute in einem Triumphmarsch, er wird angespuckt und verspottet. Nun ist er ihr politischer Gefangener und muß – »auf der Flucht erschossen« – seine stille Ermordung befürchten. Aber aktive Freunde und Genossen wollen ihn schützen, besuchen ihn, finden auch die Öffentlichkeit im Ausland und berichten.

Er überlebt die ersten gefährlichen Tage, wird in das hessische Konzentrationslager Osthofen überstellt, kommt dann ins emsländische Konzentrationslager Börgermoor/Papenburg, schließlich als politischer Häftling ins KZ Lichtenburg und als letzte Station dieser Jahre Mitte 1937 ins neuerrichtete KZ Buchenwald am Ettersberg nahe Weimar. Auch diese Leidenszeiten kann er überleben, politische Gefangene helfen ihm wie er ihnen, Genossen und Freunde von draußen unterstützen ihn, halten Kontakt, besuchen ihn gelegentlich auch illegal. Im Ausland wird seine Freilassung gefordert, man versucht, ihn lebend aus dem Dritten Reich herauszubekommen, will ihn auch als Professor für Soziologie in den Vereinigten Staaten anstellen. Buchenwald ist Mierendorffs letzte Station. Wieder helfen ihm politische Gefangene, das

Lagerregiment »der Grünen« in den ersten Monaten zu ertragen und sorgen dafür, daß er nicht in den Steinbruch und damit in den sicheren Tod kommt. Und als er nach viereinhalb Jahren politischer Gefangenschaft schon die Hoffnung, jemals freizukommen, aufgegeben haben könnte: Transport nach Berlin. Als ihn die Gestapo Anfang 1938 endlich frei läßt mit den üblichen Auflagen, nicht gegen ihren Staat zu konspirieren, vermag er diese Entwicklung zunächst kaum zu fassen.

Als freier Schriftsteller im Dritten Reich will Carlo Mierendorff sich, vielen möglichen Toden entkommen, nun eine eigenständige bürgerliche Existenz, noch argwöhnisch von der Gestapo überwacht, einrichten. Freunde helfen ihm, auch finanziell. Noch hält er sich zurück und muß dies auch, verzichtet auf Treffen mit überlebenden sozialdemokratischen Genossen. Als Hitlers Krieg am 1. September 1939 beginnt, stellt man ihn – Arbeitskräfte sind knapp – in einem rüstungswirtschaftlichen Unternehmen ein. Auch die sicherheitspolizeilichen Kontrollen lockern sich, der lange Schatten der Gestapo scheint zu verschwinden, die Handlungsmöglichkeiten lassen sich nun erweitern, er darf reisen, baut sich eine neue Doppelexistenz auf, trifft die alten politischen Freunde um Wilhelm Leuschner und Theo Haubach in Berlin und Emil Henk in Heidelberg, lernt neue Leute, die sich als Bürger, Grafen und Christen gegen die Nazis zusammenfinden, kennen, arbeitet gegen die verhaßten Anderen in Berlin und anderswo – und entwirft im fünften Kriegsjahr Mitte 1943 im Untergrund ein Programm zum Aufbau des neuen, besseren Deutschland, drängt voller Ungeduld auf den Sturz Hitlers und der führenden Figuren um ihn, erlebt noch im letzten Jahr seines Wirkens manche persönliche und politische Enttäuschung und fürchtet schließlich, die zunehmenden Bombenangriffe auf die Städte nicht zu überleben.

Sein politisches Programm 1943 ist »Aufruf zur Sozialistischen Aktion als einer überparteilichen Volksbewegung zur Rettung Deutschlands«. Dort heißt es: *Den Aktionsausschuß bilden Vertreter der christlichen Kräfte, der sozialistischen Bewegung, der kommunistischen Bewegung und der liberalen Kräfte als Ausdruck der Geschlossenheit und der Einheit. (...) Die sozialistische Aktion ruft in dieser schweren Stunde das arbeitende Volk (...) und unsere tapferen Soldaten zum Kampf auf in der Überzeugung, daß die Rettung des gemeinsamen Vaterlandes vor politischem, moralischem und wirtschaftlichem Verfall möglich ist. (...) Nie wieder soll das deutsche Volk sich im Parteienstreit verirren! Nie wieder*

darf die Arbeiterschaft sich im Bruderkampf zerfleischen! Nie wieder Diktatur und Sklaverei! Ein neues Deutschland muß entstehen, worin sich das schaffende Volk sein Leben im Geiste wahrer Freiheit selbst ordnet. Der Nationalsozialismus und seine Lügen müssen mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, damit wir die Achtung vor uns selbst zurückgewinnen und der deutsche Name wieder ehrlich wird in der Welt. Das Gebot der Stunde lautet: Fort mit Hitler! Kampf für Gerechtigkeit und Frieden!

Carlo Mierendorff, der Autor dieses antifaschistischen Programmaufrufs aus dem Juni 1943, der ungeduldig auf den Umsturz von innen drängte – sollte weder das Scheitern des letzten Versuchs zur Beseitigung Hitlers noch die Befreiung vom Nationalsozialismus von außen erleben. Er starb am 4. Dezember 1943, 46jährig, beim schwersten britischen Luftangriff auf Leipzig.

MICHAEL KOGON

Buchenwald, Eugen Kogon, die Kommunisten und die Wahrheit

Die Rolle der Kommunisten im KZ Buchenwald ist in die Diskussion geraten. Die Kritik schwappt nun über: auf Eugen Kogons KZ-Analyse »Der SS-Staat«. So behauptet Georg Fülberth in KONKRET, Kogons Klassiker sei die »Mogelpackung eines roten Mythos Antifaschismus«. Kogons Sohn Michael erläutert die Zusammenhänge und die Position seines Vaters.

Eugen Kogon wurde beim Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 von der Gestapo in Wien verhaftet: Er hatte in den Jahren davor mannigfache Anti-Hitler-Aktivitäten unterstützt. Erst sieben Jahre später, im April 1945, wurde er aus dem KZ Buchenwald bei Weimar befreit.

Die schlimmen, zum Teil entsetzlichen Zustände dort wurden von der Weltöffentlichkeit stark beachtet. Buchenwald war ja das erste deutsche »Groß-KZ«, das westalliierte Truppen befreiten, und seine Wirklichkeit war bis dahin nicht authentisch bekannt gewesen. So wurde

es rasch zum Gegenstand offizieller Untersuchungen, zumal die Ex-Gefangenen für Befragungen zur Verfügung standen, ehe sie entlassen werden konnten. Bereits fünf Tage nach der Befreiung traf im Lager ein amerikanischer Trupp der Abteilung für psychologische Kriegsführung beim Oberkommando der Alliierten Streitkräfte in Europa ein. Er sollte die Zustände im Lager, seine Organisation und seine Geschichte dokumentieren. Der Vorgang war einmalig. Er hat sich in keinem anderen deutschen KZ wiederholt.

Fehlverhalten kommunistischer Funktionshäftlinge

Der Leiter des Trupps, Albert G. Rosenberg, erkannte rasch, daß die Aufgabe nur mit Unterstützung gut orientierter Ex-Häftlinge zu erfüllen war. Mein Vater war einer der wenigen Nichtkommunisten, die eine führende Position im illegalen Lagerwiderstand errungen hatten. (Seit 1942 war auch die offizielle Lagerselbstverwaltung in der Hand der Kommunisten.) So wurde er zusammen mit neun anderen qualifizierten Schicksalsgenossen beauftragt, das Material für den zu erstellenden Bericht zu liefern, und mit der Leitung der Arbeiten betraut. Seine engsten Mitarbeiter waren ein Sozialdemokrat, ein früheres Mitglied der Zentrumspartei und ein linksradikaler Nichtkommunist. Sie alle hatten langjährige Lagererfahrung und überdurchschnittlichen Einblick in die Verhältnisse. Zusätzlich entsandte die Lager-KP in die Gruppe einen der ihren. Mein Vater vermutete: um seine Arbeit zu kontrollieren.

Das Team stand unter Zeitdruck, weil die zu befragenden Ex-Gefangenen ja entlassen werden sollten; außerdem war bekannt, daß die Amerikaner Thüringen vereinbarungsgemäß den Sowjets übergeben mußten. So entstand der Bericht innerhalb von vier Wochen. Er umfaßte einen Hauptteil von 125 engzeilig getippten Seiten, die mein Vater diktiert hatte, und 168 Erlebnisberichten von 104 Ex-Häftlingen; eine Reihe von ihnen war also mit mehreren Berichten vertreten. Um – so mein Vater im Vorwort seines späteren Buches *Der SS-Staat* – »gewisse Befürchtungen zu zerstreuen, der Bericht könnte sich zu einer Art Anklageschrift gegen führende Lagerinsassen gestalten«, wurde er kurz vor seiner Fertigstellung fünfzehn Männern – darunter zehn Kommunisten – vorgelesen, die dem illegalen Häftlingswiderstand angehört hatten oder für bestimmte Häftlingsgruppen repräsentativ waren. Sie billigten den gesamten Bericht als zutreffend und objektiv.

Rosenberg übergab den in deutscher Sprache verfaßten Bericht seiner Abteilung in Paris. Der spätere Übersetzer und Herausgeber, David A. Hackett, vermutet, daß er damals nicht – oder zumindest nicht vollständig – ins Englische übersetzt wurde; jedenfalls fehle er, so berichtete er 1995 in der Einführung zu der von ihm besorgten englischen Edition (*The Buchenwald Report*), in der lange Liste von Beweismitteln der Anklagebehörde im Dachauer Prozeß von 1946/47 gegen das Wachpersonal von Buchenwald. Er wurde auch nicht veröffentlicht. Die Gründe sind nicht bekannt. Aber es gibt natürlich Vermutungen. Die am häufigsten geäußerte ist die, der Bericht sei kommunistisch geschönt.

Der Bericht enthält wohl Hinweise auf Fehlverhalten kommunistischer Funktionshäftlinge. Mein Vater spricht in dem von ihm verfaßten Teil von »dunkler Machination« und »Intrigen« und sagt von den Blockältesten, also jenen Häftlingen, die den Wohnblocks vorstanden: »Es darf indes nicht verschwiegen werden, daß die Macht, die mit diesen Positionen verknüpft war, von charakterlich minderwertigen Elementen zum Teil auf das Allerschwerste mißbraucht worden ist...«

Der Verlockung zur Korruption und zur Tyrannei gegenüber den Mithäftlingen war mancher nicht gewachsen, ob es sich nun um Rote (politische Gefangene), Grüne (Kriminelle), Schwarze (Asoziale) oder andere Farben handelte...

Ganz ähnlich lagen die Verhältnisse bei der Einrichtung der sogenannten Kapos, Häftlinge, die den Arbeitskommandos vorstanden. «

Auch in den – nicht von meinem Vater verfaßten – Einzelschilderungen im zweiten Teil des Berichts blüht zuweilen verwunderte Kritik auf. So etwa von Gustav Wegerer, einem der integren Kommunisten im Lager, in seinem Beitrag *Sport in Buchenwald*: »Die meisten Mannschaften traten in tadelloser Kluft an, auch die Fußballschuhe waren in Ordnung – man mußte sich einfach wundern – wo kam das alles her.« Aber solcherlei Kritik blieb die Ausnahme. So sind diese Einzelschilderungen jetzt in die öffentliche Diskussion geraten. Gerügt wird, daß sie einen Teil der Wahrheit verschweigen.

Das ganze Ausmaß von Fehlverhalten kommunistischer Funktionshäftlinge in Buchenwald drang erst 1994 in das Bewußtsein der Öffentlichkeit, als der Jenaer Historiker Lutz Niethammer den Inhalt der sogenannten »SED-Gehheimakte Buchenwald« herausgab (*Der gesäuberte Antifaschismus – Die SED und die roten Kapos von Buchenwald*). Jene von der

SED unter Verschuß gehaltene Akte enthielt die Aussagen prominenter kommunistischer Buchenwald-Häftlinge in einem geheimen Parteiverfahren der KPD 1946 anlässlich des Dachauer Prozesses und dann nochmals bis 1953/54 in einem entsprechenden SED-Verfahren. Aus diesen Aussagen ergibt sich, daß einzelne kommunistische Funktionshäftlinge sich ähnliche Dinge hatten zuschulden kommen lassen wie die SS.

Schon mein Vater hatte mit den Einzelschilderungen im Buchenwald-Bericht offenbar seine Mühe. Auch wenn er damals nicht alles wissen konnte, was später in der Geheimakte Buchenwald stand, war ihm vermutlich doch manches bekannt, und so warnte er ausdrücklich in seinem Teil des Berichts: »Der Bericht kann unmöglich ein völlig erschöpfendes Bild der Wirklichkeit des Lagers bieten.« Und für sein späteres Buch *Der SS-Staat* arbeitete er diese Schilderungen »samt und sonders« kritisch durch und ergänzte sie mit »bedeutsamem Dokumentenmaterial«.

Nach dem Verschwinden des Berichts im Dschungel der amerikanischen Bürokratie war Hackett der erste, der ein von Rosenberg aufbewahrtes Exemplar wieder zu Gesicht bekam und daraufhin übersetzte und edierte. So war er zwangsläufig auch der erste, der auf kommunistischen Einfluß hinweisen konnte: »In den Jahren 1946 und 1947 hat der Umstand, daß Kommunisten in der Lagerverwaltung eine führende Rolle gespielt hatten, die Aufmerksamkeit der amerikanischen Dienststellen erregt, die für die Untersuchung von Kriegsverbrechen verantwortlich waren und einige Kapos aus Buchenwald auf die Liste der Personen gesetzt haben, die festgenommen werden sollten. Zweifellos hat der kommunistische Einfluß in Buchenwald diese amerikanischen Stellen veranlaßt, an der Richtigkeit des Inhalts dieses Berichts zu zweifeln.«

Solche Zweifel – nicht an der Wahrheit, aber an der Vollständigkeit des Berichteten – wiederholen nun einige Rezensenten der 1996 erschienenen deutschen Ausgabe von Hacketts Edition (*Der Buchenwald-Report – Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar*). Siegfried Stadler vermerkt in der FAZ vom 11. Oktober 1996, daß »die kommunistische Häftlingselite ihre Selbstdarstellung in den Bericht eingebracht« und daß mit ihm »die ausgewählte Buchenwald-Geschichtsschreibung ihren Anfang« genommen habe. Und Karin Hartewig attestiert in der ZEIT vom 22. November dem Bericht ideologische Entschärfung und seinen Autoren ein instrumentelles Verhältnis zur Wahrheit, »je nach politischem Kontext«.

So nötig es ist, zu prüfen, wer was und warum ausgespart hat, so bedauerlich ist es, daß damit die unbestrittenen Fakten des Berichts ins Abseits der Aufmerksamkeit geraten. Allerdings nicht bei jedermann. So etwa, verdienstvollerweise, Kurt Sontheimer in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 11. November: »Die Lektüre des Buchenwald-Reports lehrt uns wie kaum eine andere historische Quelle, warum wir Deutsche die Verpflichtung haben, uns mit aller Kraft für die Gestaltung eines freien, demokratischen und friedliebenden Deutschland zu engagieren.«

Die Veröffentlichung des Buchenwald-Berichts ist der eine Strang seiner Geschichte. Der andere ist die Verwendung seines Materials für den *SS-Staat*. Rosenberg hatte meinen Vater im Mai 1945 zur Ablieferung des Berichts nach Paris mitgenommen. Dort empfahl der Stellvertretende Chef der Abteilung für psychologische Kriegführung, Richard Crossman, die Umarbeitung des Behörden-Dokuments in ein Buch für die deutsche Öffentlichkeit. Der Leiter der Abteilung, General McClure, stimmte dem Vorschlag zu. So machte sich mein Vater nach seiner Rückkehr aus Paris im Juni 1945 sofort an die Arbeit. Bis zum Ende des Jahres war das Buch fertig. Es erhielt den Titel *Der SS-Staat – Das System der deutschen Konzentrationslager* und erschien im darauffolgenden Frühjahr.

Dazu mein Vater: »Das Buch, das ich verfaßte, wurde ein neues Manuskript. Ich habe da und dort ein Stück Text meines ursprünglichen Berichtes mitverwertet, aber der Unterschied ist klar: statt Buchenwald als Einzelfall das System der deutschen Konzentrationslager, statt 12 nun 24 Kapitel...«

Bedeutsames Dokumentenmaterial kam neu hinzu. Die früheren Einzelberichte, die auf meine Veranlassung entstanden waren, habe ich samt und sonders kritisch durchgearbeitet, in wenigen markanten Fällen sie wörtlich aufgeführt, sonst, wenn ich glaubte, die Verantwortung mit Fug und Recht übernehmen zu dürfen, sie als Unterlagen mitverwertet.« Höchstens zehn Prozent des Berichts, schätzt Hackett, hat mein Vater in seinem Buch wörtlich verwendet.

Das Buch wurde in neun Sprachen übersetzt und ist in zwölf Ländern erschienen. Von der deutschsprachigen Ausgabe wurden mittlerweile mehr als eine halbe Million Exemplare verkauft. Der Göttinger Soziologe Wolfgang Sofsky, der 1993 selber ein bemerkenswertes Werk über die deutschen KZ vorgelegt hat (*Die Ordnung des Terrors: das Konzentrationslager*), beurteilte 1995 den *SS-Staat* so: »Bescheiden nennt Kogon sein Buch einen »Sachbericht«. Doch ist es weit mehr als das. Seine Wir-

kung verdankt der Text einer mehrschichtigen Darstellungsweise. Es ist zeithistorischer Bericht, Analyse der Lagergesellschaft, moralische Mahnschrift, politischer Appell und Erzählung eines Leibeszeugen, alles in einem. Dies verleiht dem Buch seine authentische Sachlichkeit, seine Wahrheit.«

Zu dieser Wahrheit gehört auch eine umfassende und objektive Darstellung der Rolle der Kommunisten. »Das Verdienst der Kommunisten um die KL-Gefangenen kann kaum hoch genug eingeschätzt werden. In manchen Fällen verdanken ihnen die Lagerinsassen buchstäblich die Gesamterrettung, wenn auch die Beweggründe selten reiner Uneigennützigkeit entsprangen... Der Hauptvorwurf, den man der KP in den KL machen muß, gilt ihrem Widerstreben, Säuberungen in ihren eigenen Reihen vorzunehmen, während sie jederzeit rasch bei der Hand war, wenn es galt, Andersgesinnte »auszuschalten.« (Ausgabe des Kindler Verlages von 1974, S.311)

Oder Seite 314: »Wo sie hätten denken sollen, da glaubten sie, und sie dachten, wo sie hätten glauben sollen: darum waren sie nur um das besser als die braunen Derwische, was deren Sache schlechter war als die kommunistische. Mit den meisten von ihnen im Lager zu arbeiten war weder leicht noch vergnüglich.« Oder Seite 90: »Zur Besserung der individuellen Arbeitsbedingungen gehörte Geld – oder sonst eine Möglichkeit –, um zu bestechen, oder ein einflußreicher Freund, sei es bei den Grünen (den Kriminellen), wenn diese an der Herrschaft waren, oder bei den Roten (den politischen Gefangenen). Im zweitgenannten Fall war jeder Kommunist von vornherein bevorzugt.« Oder Seite 322: »Die zweite Möglichkeit, von der »Macht durch Korruption« Gebrauch zu machen, war die persönliche oder kollektive Bereicherung zu Lasten anderer. Sie hat teilweise in den Lagern geradezu schamlose Ausmaße erreicht, auch dort, wo die Politischen herrschten. Manche Nutznießer ihrer Machtstellungen haben ein Leben wie die Barone geführt, während ihre Kameraden zu Hunderten starben.«

Dies ist nur eine kleine Auswahl. Umfassender, differenzierter, ausgewogener als mein Vater es – in deutlicher Abgrenzung zum Buchenwald-Bericht – im *SS-Staat* tat, kann man die Rolle der Kommunisten im Lager nicht schildern. Wie hätte es auch anders sein können? Sein ganzes Leben lang war er, ganz unbeirrbar, erklärter Katholik und Antikommunist, auch wenn er sich im Kalten Krieg sehr um politische Verständigung bemühte. Manche Schandtaten von Kommunisten in Buchenwald, die später »ausgegraben« wurden, konnten 1946 im *SS-Staat* nachgelesen werden.

Nicht besser als der Buchenwald-Report

Nun mehr kommt Georg Fülberth daher und behauptet das Gegenteil (*Kogons Quelle*, KONKRET, 1/1997): »Vergleichende Lektüre (des *SS-Staates*) ergibt eine Übereinstimmung mit dem Buchenwald-Report in der Grundstruktur der Tatsachenfeststellung, in der Wertung und über weite Passagen hin im Wortlaut.« Fülberth kann zwar nicht umhin, Stadlers Feststellung zu zitieren, »daß Kogon immerhin die »Lagerprominenz« kritisiert habe«, aber er fügt sogleich hinzu: »Doch just dies findet sich schon im Buchenwald-Report«. Die Tendenz ist klar: Das Buch meines Vater sei nicht besser als der Buchenwald-Bericht.

Natürlich gibt es die von Fülberth behauptete »Übereinstimmung«: nämlich in den Grundaussagen über die Entsetzlichkeit dessen, was damals geschah. Aber es gibt keine Übereinstimmung, was das Ausfiltern von Fehlverhalten kommunistischer Lagerprominenz betrifft. Fülberth konstatiert diese Art Übereinstimmung dennoch. Und damit qualifiziert er dann das Buch meines Vater »als Mogelpackung eines roten »Mythos Antifaschismus« ab.

Fülberth impliziert sogar die Unterstellung, mein Vater habe vielleicht einen besonderen Grund gehabt, kommunistisches Fehlverhalten zu beschönigen: »Kogon hat sein Buch anlässlich der verschiedenen Ausgaben überarbeitet. Vor seiner Verhaftung 1938 war er christlicher Ständestaatler, nach seiner Befreiung 1945 CDU-Gründer, Ordinarius für Politikwissenschaft, Befürworter der Wiederbewaffnung, Funktionär der Europa-Bewegung, Mitherausgeber der FRANKFURTER HEFTE, Leiter der Fernsehsendung PANORAMA, Sympathisant der APO, der SPD und zuletzt vielleicht auch der GRÜNEN. Im Kalten Krieg trat er aus der VEREINIGUNG DER VERFOLGTEN DES NAZIREGIMES (VVN) aus, in den siebziger Jahren nahm er deren Ehrenmedaille an. Über alle diese Wandlungen hinweg bleiben die Übereinstimmungen zwischen seinem Buch und den wichtigsten Aussagen des Buchenwald-Reports erhalten.« Mit den »wichtigsten Aussagen« meint Fülberth aber offenbar nicht die Schilderungen des KZ-Elends, sondern die ausgewählte Buchenwald-Geschichtsschreibung. Tenor: Wenn einer, der sich ständig wandelt, sein Leben lang kommunistisches Fehlverhalten deckt, hat er wohl einen Grund.

Ach, Herr Fülberth! Ist ein Mann schon deshalb ein Wandler, weil er sich vom christlichen Ständestaatler zum Mitbegründer einer christlich-demokratischen Partei entwickelt hat? In-

wiefern zeugt es von »Wandlungen«, Mitherausgeber der FRANKFURTER HEFTE, »Europa-Funktionär«, Politikprofessor und PANORAMA-Chef zu sein? Soll das nicht miteinander vereinbar sein?

Ja, Eugen Kogon gehörte 1945 zu den Mitbegründern der CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN PARTEI, der späteren CDU, im Frankfurter Raum, und formulierte sogar ihr stark sozialistisches Parteiprogramm mit. Erst als die CDU nach rechts abdriftete, wandte er sich der SPD zu. Die Partei hatte sich gewandelt, nicht er.

Nein, Eugen Kogon war kein Befürworter der deutschen Wiederbewaffnung. Das belegen zahlreiche Textstellen in den FRANKFURTER HEFTEN, insbesondere der Artikel *Man braucht Deutschland, auch deutsche Soldaten?* in der Januar-Nummer 1949, der auch in Band 3 seiner Gesammelten Schriften (*Die restaurative Republik*, Quadriga Verlag 1996) abgedruckt ist. Erst als die deutsche Remilitarisierung nicht mehr zu verhindern war, befürwortete er contre cœur die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, um die Wiederbewaffnung auf diese Weise wenigstens zu verzögern und längerfristig im europäischen Rahmen zu domestizieren.

Eugen Kogon trat auch nicht aus der VVN aus. Am 30. April 1949 schrieb er ihr: »Ich lege hiermit, ohne meine Zugehörigkeit zur VVN aufzugeben, meine Ämter als Mitglied des Gesamtdeutschen Rates, des Buchenwald-Komitees und des Landesvorstandes Hessen nieder...

Zur Miterfüllung der meiner begründeten Meinung nach noch verbliebenen Ausgaben der VVN brauche ich, in Anbetracht des ungewöhnlichen Maßes von Arbeit und von Pflichten, die auf mir liegen, nicht den genannten Einrichtungen anzugehören.« (FRANKFURTER HEFTE, Mai 1949) Ebenfalls in jener Nummer gab er auch seine Einschätzung der VVN, so wie sie sich entwickelt hatte: »...ist der Beweis wohl erbracht, daß sich der europäische Widerstand unter den politischen Kräften, die heute den Lauf der Dinge bestimmen, nicht mehr befindet«. Weitere Einzelheiten zu diesen – wie vielen anderen relevanten – Vorgängen finden sich in den Lebenserinnerungen meines Vaters, die im kommenden Sommer als Band 6 seiner Gesammelten Schriften erscheinen werden.

Eugen Kogon hat im *SS-Staat* ein schlimmes Stück deutscher Geschichte umfassend und möglichst objektiv dokumentiert und analysiert, um dazu beizutragen, »Deutschland vor der Wiederholung des Gleichen und die Welt vor Ähnlichem zu bewahren«. Das sollte man nicht vergessen.

TIL SCHULZ

Benn ist alles zugleich

Es gab und gibt in Deutschland Menschen, die, obwohl gebildet, zur deutschen Literatur ein Verhältnis haben, das nicht naiv, sondern eher boshaft ignorant genannt werden muß.

Günter Maschke zitierte in der Zeitschrift ETAPPE Carl Schmitt: »Der größte deutsche Lyriker war Däubler! Hätte Heidegger gewußt, daß es Däubler, und nicht Hölderlin war . . .« (den Rest können wir uns sparen!).

Es gibt wahrscheinlich nur wenige Leute, die Exemplare des Däublerschen »Nordlichtes« in ihrer Bibliothek haben – zufällig bin ich einer derjenigen. In braven Vierzeilern und ohne jede Nähe zum zeitgleichen Expressionismus werden da Landschaften beschrieben, »Visionen« gesehen; sprachlich stereotyp, ohne Kenntnis der formalen Neuerungen europäischer Lyrik seit Baudelaire und Mallarmé.

Lyrik hat zweierlei zu sein: Exakter sprachlicher Ausdruck von etwas, was sich nur so und in keiner anderen Weise ausdrücken läßt. Gleichzeitig muß sie auf der Höhe der Zeit sein, daß heißt, ihr voraus.

In Goethe respektieren wir die klassische »olympische« Gelassenheit, dem es auch nicht an pornographischen Reimen fehlte (und sei es nur: »Man darf es nicht vor keuschen Ohren nennen / was keusche Herzen nicht entbehren können« . . . – es gibt Deutlicheres).

Die sensibilisierte Hysterie Hölderlins wurde zum Denkmal. Der perfekte und sprachgewaltige Platen führte bis heute ein Schattendasein – weil er schwul war (alle anderen großen Dichter waren bis auf wenige Ausnahmen bi), und auch unter dem Zwang der Verhältnisse führte er ein jämmerliches Nachleben in der deutschen Literaturgeschichte. Der Mann, der über Schelling dichtete: »Du aber tauchst die heil'ge Bienenschwinge / Heran vom Saum des Weltenblumenrandes / In das geheimnisvolle Wie der Dinge« war der technisch-sprachlich perfektteste deutsche Dichter des neunzehnten Jahrhunderts. *Das Wie der Dinge* ist der Gehalt von Lyrik.

Trotz Heym und Brecht hat es in diesem Jahrhundert auf eine wunderliche und auf Strecken nur unvollkommene Art und Weise Gottfried Benn zustande gebracht.

I.

Mit Gottfried Benn muß man aufgewachsen sein. Man muß seine Floskeln am häuslichen Mittagstisch gehört haben, man muß ihn in den

Sommerferien entbehren – auch wenn ganze Seiten der kleinen, blauen Bände, die vor 1933 erschienen sind, geradezu photographisch genau im Kopf vorhanden sind. Das ist natürlich eine Marotte: Gedichte effizieren eher, wenn man sie in einer Originalausgabe liest. Aber entspricht das nicht Adornos Musiktheorie? Daß das reproduzierte und als Ware vermasste Kunstwerk seine Wirksamkeit, sein Geheimnis verliert? (Zitat von Adorno: »Der Mann, der in der Untergrundbahn das Finale der Ersten von Brahms laut triumphierend pfeift, hat es bereits nur mehr mit deren Trümmern zu tun.«)

Mit Benn lebt man. Und obwohl sein Werk eher schmal ist – verglichen mit den Vielschreibern Thomas Mann und Bertolt Brecht –, gibt es immer wieder neue Entdeckungen. Der Liebende findet anderes als der Resignierte; der Zyniker kommt auf seine Kosten wie der Sentimentale.

Benn ist alles zugleich. Er »taucht in das geheimnisvolle Wie der Dinge«, mehr noch, er offenbart die verzweifelte Vielfalt menschlicher Subjektivität und Objektivität. Daß subjektives Empfinden Objektivität ist, wußte er längst vor der Erfindung der Kommunikationsforschung.

Manches erscheint peinlich. Das Problem ist nur: War dem Pubertierenden – und schon Jahrzehnte davor der ss – das Wort Onanie unangenehm, dem humanistisch angehauchten Bürger die »Morgue« zu brutal, dem fortschrittlichen Studenten der Pessimismus zu radikal, so gehören auf jeden Fall die Liebesgedichte in den ewigen Vorrat deutscher Poesie.

Benn liebte nicht eine Frau, sondern das Lieben war ihm eine adäquate Form menschlichen Daseins, war für ihn notwendig wie andere elementare Formen. Er hat sie nie sentimentalisiert (oder jede Liebe ist sentimental?!), sondern sie pessimistisch als das Endliche betrachtet, das sie ist.

Und was heißt Pessimismus? – Primär ist das doch die Einsicht in die Vergeblichkeit menschlichen Handelns, der Diskrepanz zwischen der grotesken, infantilen Omnipotenzphantasie und den Tatsachen des alltäglichen Leidens und Arbeitens. Über dieses Mißverhältnis hat er sich – allerdings – immer lustig gemacht.

II.

Über Benn zu schreiben, heißt, sich zu entscheiden, ob man ihn zitiert oder nicht. Ich verzichte darauf. Ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, Proselyten zu machen (in jeder Hinsicht). Ob das Essen schmeckt, merkt man erst bei Tisch – und nicht schon bei Lektüre der Menükarte.

Ich sage nur: Benns Gedichte sind für Erwachsene. Das heißt nicht, daß ich sie den Kindern nicht gönne. Aber die müssen sich herantasten, müssen sie wieder und wieder lesen. Ich kenne Benn seit meiner Kindheit. Manche Gedichte habe ich erst nach zwanzig Jahren – für mich – verstanden, andere bis heute noch nicht, und wieder andere sind mir unwichtig geworden – sie effizieren mich nicht mehr.

Um gegen meine Regel zu verstoßen: Das Gedicht »Astern« hat mich früher fasziniert. Diese Faszination hat sich erschöpft. Aber die Figur: »Der Sommer stand und lehnte / und sah den Schwalben zu« bleibt ein Topos. Der Sommer: Ein Mann, an eine Hauswand gelehnt, sieht den Schwalben zu.

Alles das, was Sommer ist, wird hier ausgedrückt – die Hitze, die Erschöpfung und zugleich das Schwirren der Schwalben. Das ist Sommer! Das ist deutlich und authentisch.

Es gibt natürlich auch inhaltlich und formal schlechte Gedichte von Benn, nämlich dann, wenn er heroenhaftes, heldisches Dasein beschreibt. Aber welcher Lyriker hätte nicht schlechte, langweilige, ideologische Gedichte geschrieben!

III.

Gott sei Dank sind sie im Aussterben begriffen, diejenigen Leute, die an Lyrik moralische Maßstäbe anlegen. Lyrik ist Sprache, und daß Benn Zeit seines Lebens politisch deutschnational dachte, sich kurzfristig sogar mit dem Faschismus verhedderte, das macht seine Gedichte und ihren Inhalt nicht kaputt. Armselige Leute, die Gedichte nach dem beurteilen, was die Autoren politisch nicht begriffen haben. Denunzianten, die mit der Lyrik nichts am Hut haben, sondern nur Denunzianten meinen. Nicht besser als die Maschkes und Schmitts, die ausgerechnet Däubler zum »größten Lyriker« erklären.

Poesie und Prosa Benns sind musikalisch; es geht nicht um verbalisierbare Inhalte. Der Gehalt teilt sich jenseits der Sprache durch sie selbst mit. Solch ein Satz klingt natürlich auf den ersten Blick schwachsinnig. Wie halten wir es mit der Aussagekraft von Musik? (Nochmals Adorno – und nicht zum letzten Mal: »Im Bereich großer Philosophie ist Hegel wohl der einzige, bei dem man buchstäblich nicht weiß und nicht bündig entscheiden kann, wovon überhaupt geredet wird.«)

So auch bei den Bennschen Gedichten. »Wir weinen, ohne zu wissen warum«, sagt Adorno über Schubert. Wer den Zugang zu Benn bekommen hat, kann diesen Satz unterstreichen.

MEINHARD RAUCHENSTEINER

Der Inzest des Königs

Christoph Ransmayrs

»Weg nach Surabaya«

*»Du sagtest, so wahr ich hier steh
Du hättest zu tun mit der Eisenbahn
Und nichts zu tun mit der See.*

Du sagtest viel, Johnny

Kein Wort war wahr, Johnny«

(Bert Brecht: Das Lied vom Surabaya Johnny)

Ein Lastwagen. Keine Bahn, kein Schiff. Und keine Lastwagenfahrt an den Abhängen des Vulkans Arjuna nach Surabaya. Der Reisende steht inmitten Einheimischer, die sich in einer Sprache unterhalten, die er nicht versteht. Vor dem Lastwagen fährt noch ein Lastwagen, ebenfalls voll besetzt. Im Verlauf der Fahrt wird der Reisende gebeten, aus der sicher rasch noch gekauften Zeitung vorzulesen, Worte, die er nicht versteht, die er aber gleichwohl phonetisch wiedergeben kann. Er liest, spricht, schreit mitunter, damit die Passagiere des vorderen Wagens auch etwas verstehen. Und er hält die Zeitung hoch, damit sie Bilder sehen können: einen Fußballer; oder eine Frau, im Wasser watend, die ihrerseits etwas in die Höhe hält. Ein Paket. Ein Kind? Die Fahrt geht weiter.

So etwa gestaltet sich *Der Weg nach Surabaya*, der dem neuen Buch von Christoph Ransmayr, einer Sammlung von Reportagen und kleiner Prosa, den Titel gab. Die Fahrt dreht sich um jene Kunstsprache Indonesiens, die ein »aus tausend Buchten zurückschlagender Widerhall in einem Labyrinth der Kulturen« ist. Fremde Rede als Widerhall der Kulturen – dieses Phänomen ist es auch, das dem Sammelband über weite Strecken hin als roter Faden dient. Sei es der bayerische Ort Habach, oder das österreichische Mostviertel. Die Reportagen und Reiseberichte führen den Leser in die unterschiedlichsten Landschaften und Gedankenwelten, wie etwa in die Welt des Totengräbers von Hallstatt, oder in die der Gratulanten jener ehemaligen Kaiserin, deren Begräbnis Österreich medial noch präsenter machte als das Neujahrskonzert: Zita.

Im Zuge der Lektüre wird allerdings deutlich, daß es sich bei den Texten Ransmayrs nicht um die gängigen Natur-, Kultur- oder Personenbeschreibungen handelt, wie sie im Gefolge Adal-



Schreibt die Vergangenheit um: Christoph Ransmayr

Foto: Aleksandra Pawloff

bert Stifters erwartet werden dürften. Keine Romantik, auch keine schwarze. Ransmayr beschreibt nicht, er berichtet von Beschreibungen, Erinnerungen und Weltanschauungen, ohne selbst wesentlich eine kritische Funktion wahrzunehmen oder die Aussagen zu kommentieren. Große Teile seiner Texte bestehen aus indirekten Redewiedergaben, in denen der Autor selbst nicht aufscheint. Die »Halligleute« (*Ein Leben auf Hooge*) berichten von der Verschmutzung des Meeres, den Sturmfluten, Touristen und der verlogenen Umweltpolitik; die Exilpolen (*Die Königin von Polen. Eine politische Wallfahrt*) berichten von den Wundern der schwarzen Madonna, und so fort. Der Autor übt sich in poetischer Mimesis und scheint im Zuge seiner Einfühlung über Zeiten hinweg gänzlich zu verschwinden. Wenngleich Ransmayr sich jeder Kritik und des Kommentars enthält, so ist es doch keine homogene Schilderung, die er liefert. Der Eindruck, der Autor sei von seiner Darstellung absorbiert worden, trägt, denn der exzessive Gebrauch des Konjunktivs markiert gleichsam eine Spur des Autors im Text. Die Einfühlung in Lebensformen und Landschaftsformationen, jener »sympathetische Subjektivismus«, der auch als Solidarität mit dem Bestehenden verstanden werden könnte, findet sein Gegenüber in einem »kritischen Objektivismus«, der sich in der markierten Mittelbarkeit des Konjunktivs ebenso zum Ausdruck

bringt, wie im geschickten Integrieren von Protokollen und historischen Dokumenten in den Text. So beginnt die Reportage über Habach mit der Wiedergabe eines Kataloges von »Erneuerungsmaßnahmen«, die das »Erscheinungsbild des Dorfes« zum »Andachtsbild« für Sommerfrischler umgestalten sollen.

Die gegenstrebige Zusammenfügung von Einfühlung, Subjektivismus, Mittelbarkeit und Protokoll machen aus den zunächst recht konservativ wirkenden Texten Ransmayrs Bilder, die nicht mehr in den Rahmen gewöhnlicher Erzählungen passen. Handlungsabläufe und Ereignisse finden nicht wirklich statt, selbst wenn es sich um »Reiseberichte« handelt. Die Darstellung funktioniert wie in der Kunst des Neorealismus, wo jede Handlung zunächst vom Handelnden selbst betrachtet wird. Dadurch aber wird sie zu einem Stilleben.

Gleich die erste Reportage des Buches mit dem Untertitel *Porträt einer untergehenden Gesellschaft* gerät eher zum statischen Selbstporträt der auf den Halligen wohnenden Menschen. Und weil die Menschen eben nur von dem erzählen, was war, wie es ist und wie es möglicherweise sein wird, spielt die Zeit eine zentrale Rolle. Es ist, als wäre es die Zeit selbst, die in den Schilderungen wahrnehmbar wird. Auch in der Reportage *Die vergorene Heimat. Ein Stück Österreich* dreht sich die Reflexion der Bewohner des Mostviertels um die Zeit, jene Zeit, der ihre Apfel- und Birnbäume im Wege standen...

Zunächst ist es die Vergangenheit, mit der die Schilderungen des Autors und die seiner »Figuren« umgehen. Schon die dem Erzählband vorangegangenen Romane Ransmayrs spielten in der Vergangenheit, schrieben diese um und erzählten sie neu. Doch Ransmayrs Umgang mit der Vergangenheit ist keinesfalls der des »historischen Romans«, der akribisch um Authentizität bemüht ist. Im letzten Text des neuen Buches, *Fatchpur. Oder die Siegestadt*, wird die Differenz besonders deutlich. Dort entwirft Ransmayr so etwas wie eine, wie *seine* poetische Geschichtsschreibung: Zunächst unterliege das Vergangene einer Streuung und Vervielfältigung, die das Verlangen zu erfahren, »wie es wirklich war« unbefriedigt läßt. Die Reste der Vergangenheit werden nicht als Dokumente behandelt, die wie Puzzle-Teilchen ein gewesenes Ganzes rekonstruieren können. Sie sind nicht Zeugen, sondern sind zunächst einfach: da. Monumente. Daher schreibt Ransmayr: »Wir wissen nur, daß es eine verlassene Stadt an der Grenze zwischen Rajasthan und Uttar Pradesh gibt und daß dort Sarkophage in ehemaligen Thronsälen stehen,

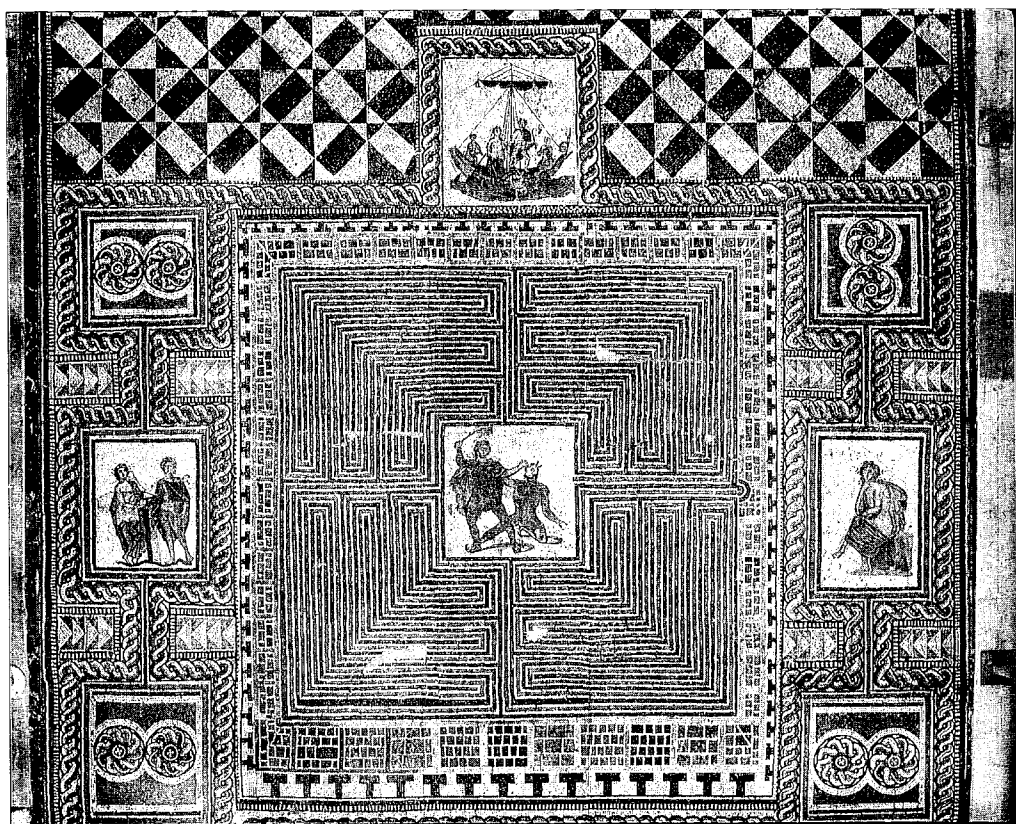
daß dort die Erosion unmerklich Schicht um Schicht von den Steinen schleift und der Wind roten Sand in die Wüste hinaus trägt, bis auch die letzte Wehrmauer eingeebnet und der Ort wieder leer sein wird, wie am Anfang der Zeit.«

Was Ransmayr im Umgang mit der Vergangenheit anstrebt, ist die rückwärtsgewandte Möglichkeit, das, wie es auch hätte sein können, eine Rückholung des Imaginären in das Reale oder umgekehrt. Denn nur die Möglichkeit eröffnet gegenüber der determinierten und determinierenden Wirklichkeit den Bereich der Freiheit.

Diesen Hang zur Umschreibung, die letztlich auch eine Verwandlung bedeutet, veranschaulicht vor allem ein besonders eindringlicher Text des Prosabandes: *Das Labyrinth. Eine Baugeschichte aus Kreta*. Darin scheint Ransmayr zunächst nichts weiter zu tun, als den Mythos von Dädalos, Minos und dem Minotaurus in ungebundener Rede wiederzugeben und auszuschmücken. Der Schein aber trügt. Was nämlich macht Ransmayr, indem er die Verse des Ovid in Prosa »übersetzt«? Als der König, so schreibt er, dem Baumeister von seinem Vorhaben berichtet, einen »endgültigen Ort« für die Bestie, den Minotaurus, zu bauen und ihm fieberhaft seine Vision der labyrinthischen Architektur schildert, läßt Ransmayr seinen eingeschüchterten Dädalos sagen: »Herr, du sprichst von deinem eigenen Palast«. Damit endet die mythologische Skizze. Doch was ist passiert? Der Mythos wurde abgeschnitten von seinem Rest, das Labyrinth wird nicht gebaut, es ist bereits gebaut. Der letzte Satz wird zur Spiegel-Wand, die den Mythos auf sich selbst zurückwirft. Dieser Satz ist gleichsam die glatte Oberfläche des ägäischen Meeres, worin sich der Palast des Königs spiegelt. Als Labyrinth. Wenn der Palast des Königs das Labyrinth ist, ist Minos auch der Minotaurus, dann aber ist die Frau des Königs auch seine Mutter. Und der, der die Mutter unwissentlich ehelicht, ist ja bekanntlich Ödipus... Das alles schreibt Ransmayr nicht, zumindest nicht explizit.

Ransmayr spielt mit der Vergangenheit. Mit der, die wir manchmal wirkliche nennen, und mit jener, die wir als mythische bezeichnen. Kaum jemand aber beherrscht die Spielregeln so gut wie er. »Wer zwey Paar Hosen hat, mache eines zu Geld und schaffe sich dieses Buch an« (G. C. Lichtenberg).

Christoph Ransmayr: Der Weg nach Surabaya. Reportagen und Berichte. S. Fischer Verlag 1997, 240 Seiten, DM 36,-



Im Labyrinth der Geschichten. Römisches Mosaik (1. Jhdt) mit Szenen aus der Geschichte von Theseus, Minotaurus und Ariadne.
Foto: AKG/Erich Lessing

CHRISTIAN JÜRGENS

Liebe Dein Symptom wie Dich selbst Doron Rabinovici's grandiose »Suche nach M.«

Ein Gespenst geht um in Wien. Ein lebender Toter, in Mullbinden gewickelt wie eine Munie, ist stets zur Stelle, wenn ein Verbrechen geschieht, und bekennt: »Ich war's, ich bin's gewesen. Ich bin schuld«. Mahnmal unauslöschlicher Schuld ist dieses Gespenst. Das Gespenst heißt Mullemann.

Doron Rabinovici hat einen grandiosen Roman geschrieben. *Suche nach M.* erzählt von Dani Morgenthau und Arieh Scheinovitz, beides Nachkommen Überlebender der Konzentrationslager, und von ihrem magischen Umgang mit Schuld.

»Papa«, kräht als Kind Dani, »Eine Geschichte!«. Aber der Vater erzählt ihm immer nur die Geschichte vom Knaben Dani, nie die eigene. Doch Dani entdeckt hier, auf dem Bauch des Vaters liegend, Baumwollzwirne, die

sich im Nabel des Vaters verfangen haben. Er ist sich sicher: »Papas Nabel ist eine Fabrik, aus der sich seine Unterwäsche speist; ist eine Mühle, aus der sich die Kleidung spinnt wie Zuckerwatte in einer sich walzenden Tonne«. Die Abnabelung von der Herkunft wird aber eine Fabrik sein, die Mullbinden produziert.

Auf die verweigerten Geschichten des Vaters antwortet Dani mit einer seltsamen Reaktion: Schon als Kind bekennt er sich für Taten schuldig, die er nicht begangen hat. Auch sein Cousin Arieh Scheinovitz verfügt über eine unheimliche Fähigkeit: Er kann intuitiv Schuldige aufspüren, indem er sich ihnen körperlich anverwandelt. Arieh wird zum Mörder und zum Agenten des israelischen Geheimdienstes.

So existentiell schwer Rabinovici's Thema ist, so unglaublich leicht und spielerisch hand-

habt er es. Die zwölf Episoden des Romans, die sich von Wien der Nachkriegszeit bis zum Golfkrieg zu einem erst allmählich Konturen gewinnenden Mosaik fügen, sind mit einem souveränen Witz geschrieben, der Ausflüge in die Groteske, das Phantastische, den Slapstick nicht scheut. Ein großartiger Figurenreigen ist es, der durch Rabinovicis Roman geistert: Danis Vater Mosche etwa, dem die Sprache zerfasert und jede Aussage zur Frage gerät, oder Helmut Keysser, der zum Frauenmörder wird, weil niemand seinen Namen richtig buchstabiert. Sehr wienerisch ist das Buch des 1961 geborenen Rabinovici, also ist es sehr absurd: »Fragte der Lehrer: »Von wem stammt *Der zerbrochene Krug*?«, stand Dani auf und sagte: »Ich war's. Ich bin schuld. Ich hab's getan«.

Das Überleben ist eine Verwechslung. Jakob Scheinovitz überlebt die Lager, weil er mit dem Drucker Anton Krotzki verwechselt wird. Auch wer als Opfer überlebt hat, kann zum Schuldigen werden. Später wird Scheinovitz mit seiner wesentlich jüngeren Frau Ruth Ariei zeugen. Der Enkel von Anton Krotzki wird Dani Morgenthau heißen. Die Geschichte von Dani und Ariei ist eine Verwechslungsgeschichte, die schon vor der Geburt begonnen hat.

Die Identität ist eine Lotterie. In einem Kaffeehaus erkaufte Scheinovitz von einem Kellner neue Papiere, um seine Identität zu vertuschen. Auch Ariei und Dani werden immer andere

sein. Dani verwandelt sich in den Schuldigen, um zu bekennen, Ariei spürt den Schuldigen auf, um zu töten. Leon Fischer, der greise Freund der Familie Scheinovitz, sagt einmal zu Ariei: »Wenn du du bist, weil du du bist, und ich ich bin, weil ich ich bin, dann bist du du, und ich bin ich; wenn aber du du bist, weil ich ich bin, und ich ich bin, weil du du bist, dann bist du nicht du, und ich bin nicht ich«. Wen immer nur die Schuld der anderen und der Vergangenheit bekümmert, der weicht sich selbst aus. Bevor Fischer, auch er noch immer gezeichnet vom Hunger der Lager, nachfragt: »Soll ich Dir einen Hering zubereiten?«

Die Schuld ist eine Wunde. Wenn Dani in die Nähe eines Schuldigen kommt, beginnt seine Haut zu glühen, sich mit Pusteln, Ausschlag und Ekzemen zu übersäen. Mit elastischen Binden versucht man im Krankenhaus, seinen Körper abzudecken, um die Heilung zu sichern. Dani wird zu »Mullenmann«, einem stadtbekannten Gespenst erst, dann einem Medienstar, der der Polizei hilft, Verbrechen aufzuklären. Kein Täter vermag es zu ertragen, seine eigene Schuld im anderen gespiegelt zu sehen, seine geheimsten schuldigen Gedanken aus dem Mund eines anderen zu hören.

Auch Ariei erträgt es nicht. Im Krankenhaus liegen beide in angrenzenden Zimmern. Per Klopfzeichen an ein Heizungsrohr morst Mullenmann Ariei all die begangenen Verbrechen:

Läßt ein Gespenst durch Wien geistern: Doron Rabinovici

Foto: Anita Schiffer-Fuchs



»Mullemann morst, denn all die Bilder des Mordens flackern in ihm auf.« Arich beginnt, über den Ausstieg aus seiner mörderischen Tätigkeit nachzudenken. Er begibt sich auf die Suche nach dem Phantom, die »Suche nach M.«

Nur eine vernag Mullemanns Leid zu lindern – die kleptomanische Kunsthistorikerin Sina Mohn. Sie verliebt sich in Mullemann, weil seine Geständnisse ihre geheimsten Träume aussprechen und sie sexuell erregen. Unter ihren Händen beginnt Mullemanns Ausschlag zu heilen. »Die beiden verknäulten sich ineinander, bis sie sich ... zwischen den Binden umhertollten. In jenen Nächten konnten die Stocknachbarn den Ausruf ihrer Anwohnerin Sina Mohn: »Ja, ja, ich komme...ich komme« hören, und gleich darauf den Hahnenruf, das Kikeriki ihres unbekannten Liebhabers: »Neineinein, ich bin's...ich war's...ich bin's gewesen!«.

Liebe Dein Symptom wie Dich selbst. Doron Rabinovici zitiert einmal beiläufig einen Buchtitel von Slavoj Žižek. Das Schweigen der Opfer und Täter erzeugt in den Kindern die Traumata, die sie ausagieren. »Der einzige Weg aus der Vergangenheit in die eigene Zukunft führt über die Erinnerung«, sagt Leon Fischer. Aber Mullemann, der Zombie, der in seinen Binden die Schuld einer vergangenen Zeit konserviert hat, ist eine lächerliche Gestalt. Medienstar wird er, weil er den anderen stellvertretend ihre Schuld abnimmt. Er erinnert die Schuld nicht aktiv, er konserviert sie. Doch wer immer nur ein anderer ist, verdrängt seine eigenen Symptome. Arich, der schließlich aus dem Kreislauf der Schuld aussteigt, schreibt einen nicht abgeschickten Brief an Mullemann: »Allen Techniken der Konservierung eine Absage erteilen, die Schichten abstreifen, die Knoten auflösen, ihrer Verknüpfung nachgehen...das ist Erinnerung. Und dann werfen die Mullmänner die Binden ab, rollen sie wieder auf, folgen ihren Bahnen, gehen die Pfade zurück, die sie mit Mull abgesteckt haben und finden aus dem Labyrinth.« Ein Ariadnefaden aus Mullbinden ist das, an dem entlang Dani Morgenthau in die Geschichten der Vergangenheit hinein gehen müßte, um eine eigene Zukunft zu finden. Ariadnes Faden wird in die Lager von Krakau führen, wo die Eltern überlebten. Man wird seine Symptome nie los, aber statt sie zu verdrängen, kann man sie akzeptieren.

Am Ende des Romans ein Lichtblick: Dani Morgenthau verläßt den Polizeidienst und verschwindet. Vielleicht wird Sina M., seine Ariadne, auf ihn warten.

Doron Rabinovici: Suche nach M. Roman, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1997, 269 Seiten, DM 36,-

THOMAS KREUDER

Geschichts-Demonstration

Wolfgang Kraushaars »Protest-Chronik«

Nicht nur Revolutionen, auch der Drang nach Veränderung bringt Menschen auf die Straßen. Erst vor wenigen Wochen haben Zehntausende für den *status quo* demonstriert: Bergleute zogen vor Regierungs- und Parteizentralen, um für die weitere Subventionierung der Kohleförderung einzutreten. Kurz darauf vermuteten Stahlarbeiter die Macht woanders und zogen nach Frankfurt am Main, um vor den Wolkenkratzern der Banken gegen die geplante Kooperation zweier Stahlproduzenten zu protestieren, die zwar zu höherer Produktivität, aber auch zum Wegfall einer Vielzahl von Arbeitsplätzen führen wird.

Proteste für den Erhalt des Bestehenden sind nicht neu; selbst zutiefst reaktionäre Bewegungen artikulieren sich in Formen, die gemeinhin mit dem Ruf nach Neuem, mit Fortschritt in Verbindung gebracht werden. Dies zeigt nicht zuletzt Wolfgang Kraushaars *Protest-Chronik*, in der beispielsweise penibel verzeichnet ist, daß am 7. 1. 1950 in Landsberg 3.000 Menschen gegen die Hinrichtung von sieben Kriegsverbrechern demonstrierten, die in den Nürnberger Prozessen zum Tode verurteilt worden waren. Auf der Kundgebung sprechen die damaligen Bundes- bzw. Landtagsabgeordneten Richard Jaeger und Franz Michel, beide von der CSU. – Etwa die gleiche Menge versammelt sich ziemlich genau 46 Jahre und zwei Monate später um Peter Gauweiler, ebenfalls CSU, in München, um ihr Mißfallen gegen ein Ausstellung zu bekunden, in der die Verbrechen der Wehrmacht dokumentiert werden.

Von 1951 bis 1959 verzeichnet die Chronik zehn Veranstaltungen des *Stahlhelm*. Die Zusammenkünfte von Anhängern des NS-Regimes markieren jedoch zugleich einen Neuanfang. Zumeist werden nämlich die Versammlungen von Protesten begleitet und nicht selten verhindert. Anlässlich des ersten Nachkriegsfilms von Veit Harlan ruft am 20. 9. 1950 der Pressesprecher des Hamburger Senats, Erich Lüth, zum Boykott des Streifens *Unsterbliche Geliebte* auf. Kurz darauf erwirkte Entscheidungen des Land- und des Oberlandesgerichtes Hamburg untersagen Lüth, den Boykottaufruf zu wiederholen. Gleichzeitig weitet sich der Protest aus und es kommt anlässlich von Aufführungen des Films in zahlreichen Städten zu teilweise gewalttätigen De-

monstrationen. Am 15. 1. 1958 erklärt das Bundesverfassungsgericht in seinem für die Meinungsfreiheit richtungsweisenden »Lüth-Urteil«, der Boykottaufruf sei durch das Grundgesetz gedeckt.

In Wolfgang Kraushaars voluminösem Werk, das für die Jahre 1949 bis 1959 mehr als 10.000 Vorgänge auflistet, finden sich zahlreiche solcher für die weitere Entwicklung der gerade erst entstandenen beiden deutschen Staaten bedeutende Ereignisse neben Vorgängen, an die sich wohl nur noch die damaligen Protagonisten selbst erinnern dürfen.

Ein Beispiel hierfür ist die Besetzung der damals zum militärischen Sperrgebiet erklärten Insel Helgoland durch zwei Studenten. Kraushaars Dokumentation sammelt aber nicht nur Fakten. Sie macht Systemunterschiede allein dadurch erkennbar, daß im demokratischen Westen derartige Aktionen möglich sind, während im Osten spontane Versammlungen nicht geduldet werden.

Die Juniaufstände 1953, die sich in der DDR zuerst gegen erhöhte Arbeitsnormen und verschärfte Leistungskontrollen, später gegen das gesamte Regime richten, werden schließlich von sowjetischen Truppen unter Einsatz massiver Gewalt niedergeschlagen. Der »17. Juni« wird zum Fanal; im Westen soll der auf dieses Datum festgesetzte Gedenktag an die Wiederherstellung der Deutschen Einheit gemahnen, doch in Wahrheit verdeutlichen die kompromißlosen Reaktionen der Besatzungsmacht den Menschen in Ostdeutschland wie auch drei Jahre später in Ungarn nur die Aussichtslosigkeit ihrer Lage.

Kraushaars *Chronik* macht Geschichte wieder lebendig; eine Geschichte, die nicht wenige in diesem Land noch selbst miterlebt haben. Umso verwunderter nimmt man selbst umfangreiche Geschichtsbücher zur Hand, in denen etwa die Massenproteste gegen das Betriebsverfassungsgesetz 1952 keine Erwähnung finden. Die gewaltige Mühe hat gelohnt. Wolfgang Kraushaar hat ein Lehrstück geschaffen, das Zeugnis davon gibt, daß in einer offenen Gesellschaft die politische Willensbildung nicht allein Sache der Parteien ist und in Wahlen und Abstimmungen erfolgt, sondern ebenso sehr in Protesten und Gegendemonstrationen, Versammlungen, Manifesten und Resolutionen.

Wolfgang Kraushaar: Die Protest-Chronik 1949 – 1959. Eine illustrierte Geschichte von Bewegung, Widerstand und Utopie, Verlag Rogner & Bernhard bei Zweitausendeins, Hamburg 1996, 4 Bde., 2.709 Seiten, DM 120,-.

TANJEV SCHULTZ

Konsens ist Nonsens

Norbert Bolz lebt in der besten aller möglichen Welten

Pessimismus ist Denkfaulheit«, wirbt Norbert Bolz gleich zu Beginn seines neuen Buches *Die Sinngesellschaft* für sinnlos gute Laune. Ach, das wäre schön, wenn da einer aus dem Jammerthal stiege, um frischen Wind über die brache Theorielandschaft zu treiben! Doch gute Laune will nicht aufkommen – denn was Bolz zu bieten hat, ist nicht viel mehr als eine philosophisch modische Attitüde. Mit Provokationen geizt er nicht, dafür um so mehr mit Argumenten. Der Essener Professor gefällt sich in der Rolle eines spielerischen Eklektikers, der die Vernunft auf Nimmerwiedersichen verabschiedet hat und nun ungehemmt das Zeitalter des Design ausruft. Der Tradition der Aufklärung gilt seine ganze Verachtung, sie erscheint ihm schlichtweg als Ersatzreligion mit zumeist »linken Heilsversprechen«.

Die Pauschalität, mit der Bolz die Vernunftorientierung als Anachronismus denunziert, dürfte auch so manchen Verfechter der Postmoderne erschrecken. – Und da ist es wieder, des Feuilletonisten liebstes Schlagwort: die Postmoderne, von der man dachte, sie sei ebenfalls längst entmystifiziert worden. Ihr will Bolz gefallen, in ihrem Namen führt er das Wort gegen den gesellschaftlichen Sinn-Kult: »Die Suche nach dem verlorenen Sinn ist eigentlich eine Flucht aus der Komplexität. Und daraus folgt: Nach dem Sinn zu fragen heißt, die postmoderne Gesellschaft nicht zu wollen.« Womit sich sicher leben läßt. Bemerkenswert dagegen ist, daß sich nun, Bolz sei Dank, die Systemtheorie in ungewöhnlicher Unterwürfigkeit an die Postmoderne ranschmeißt. Ob Meister Luhmann das überhaupt recht ist? Er war es jedenfalls, der mit dem ganzen Unsinn angefangen hat und »Sinn« kurzerhand in den Rang eines soziologischen Grundbegriffs berief. Systemgrenzen seien Sinngrenzen, sie markierten ein Gefälle zwischen der inneren Ordnung gesellschaftlicher Teilsysteme und ihrer komplexen Umwelt. Aus dieser allgemeinen Denkfigur konstruiert Bolz seinen Angriff gegen Simproduzenten, die heute die allgegenwärtige Komplexität reduzieren: »Diese Sinnsuche hat durchaus ihre Priester, ihre Pilgerfahrten und ihren Heiligen Gral. Nur daß die jungen Glaubenshelden heute Ölplattformen besetzen und die Rainbow Warrior gegen finstere Atomkräfte in See sticht.« Hier wird zugespitzt, was

Luhmann schon vor Jahren in seiner *Ökologischen Kommunikation* verbreitet hat. Daß Bolz extra hinzufügen muß, er wolle nicht bestreiten, daß es eine Umweltproblematik gibt, macht mißtrauisch. Immer wieder nimmt er mögliche Kritik an seinen Thesen vorweg und dient sich als potentiell Opfer der Political Correctness an. Daß ihm nichts heilig ist, glaubt man gern, und wenn man schon, gefangen in Sinnsucht, an irgend etwas glauben muß, dann an Norbert Bolz, bitte schön! Der unterliegt nämlich keinem Bekehrungszwang und braucht sich auch über Kritik an seinem Theoriedesign gar nicht zu ärgern. Denn Kritiker beweisen ja ohnehin nur, daß sie die komplexen Zeichen der noch viel komplexeren Zeit nicht zu deuten wissen. Wer da noch an Normen, Werten oder ähnlichem Sinn (sic!) festhält, ist ein übler Negativist oder ein hoffnungslos Hoffender und jedenfalls nicht zukunftsstauig.

Bolz ist beileibe kein Neokonservativer. Von Herkunft will er nämlich nichts wissen. Daß er Nietzsche, Carl Schmitt und Helmut Schelsky beleibt, hat nichts zu sagen. Hauptsache, an der Vernunftidee bleibt kein gutes Haar und die intellektuellen-Schelte funktioniert. – Funktionalisieren ist überhaupt ganz wichtig, Solidarität Unfug, der Markt alles, das Wahre eine Ware und Konsens Nonsens. Wer eine so mit Bonmots aufgemotzte Ideologie der Kritiklosigkeit vertritt, befaßt sich selbstverständlich auch mit Multimedia und Internet, um en vogue zu bleiben. So widmet sich Bolz, der für einen Werbespot der Telekom über die Bildschirme flimmerte, mit besonderer Hingabe den neuen Medien und kann über den Kulturpessimismus, sei es linker oder rechter Spielart, nur kurz lächeln. In der *Sinngesellschaft* erledigt er auf 30 Seiten erst Bloch, dann Adorno und Benjamin, später auch noch Neil Postman.

Bolz führt die Komplexität zwar stets im Munde, lebt selbst aber von nichts so sehr wie von bodenloser Vereinfachung. So wundert es nicht, daß er das Ende aller Geschichtsphilosophie ausruft und um so dogmatischer die Alternativlosigkeit des Kapitalismus beschwört. Die Vernunft nimmt Bolz natürlich nicht in der Vielheit ihrer Stimmen, sondern als verabscheuten »Kollektivsingular« wahr. Aufklärung und Utopie werden durch eine seltsame Lust an der Funktionsslogik der Systeme ersetzt, deren teils katastrophale Auswirkungen Bolz gelegentlich sogar einräumt. Empörung darüber erlaubt er sich jedoch nur auf zweiter Stufe über den »Empörungsgenuß« (Luhmann) moralisierender Kritiker. Daß die beobachtende Distanz des Wissenschaftlers, die Bolz mit Luhmann predigt, freilich eine Mär bleibt, zeigen die politi-

schen Statements der *Sinngesellschaft* allzu deutlich: »Heute blüht der Sozialneid. Daß man in gewissen Parteien über eine Strafsteuer für Reiche nachdenkt und das bloße Wort von den »Besserverdienenden« eine Wirtschaftspartei an den Rand des Ruins gebracht hat, spricht für sich.« Dem Antihumanisten liegt am Geld natürlich mehr als am Menschen. Und darauf, steht zu fürchten, ist Norbert Bolz auch noch stolz.

Norbert Bolz: *Die Sinngesellschaft*. Econ Verlag, Düsseldorf 1997, 256 Seiten, DM 58,-

TILMAN FICHTER

Karl Marx' Unfähigkeit zur Elternliebe

Konrad Löw legt Marx auf die Couch

Eher antikommunistisch-konservativ gesinnte Leser politischer Biographien, die sich für die Familienverhältnisse von Dr. Karl Marx und Jenny Marx, geb. von Westphalen, etwas intensiver interessieren, kann jetzt endlich geholfen werden: Seit der Drucklegung der fast 500 Seiten starken Marx-Biographie *Der Mythos Marx und seine Macher* von Konrad Löw durch den Verlag Langen-Müller, ist diese Lesergruppe nicht länger auf die Lektüre der Marx- bzw. Engels-Biographien diverser linker Intellektueller wie Franz Mehring, Gustav Mayer, Otto Rühle, Arnold Künzli oder Maximilian Rubel angewiesen. Denn der bayerische Jurist und Politikprofessor Konrad Löw setzt sich in seinem neuesten Buch bewußt kämpferisch mit dem vorherrschenden Marxbild in der europäischen Geschichtswissenschaft auseinander. In dieser Studie vernachlässigt der Autor jedoch, auf eine schon fast provozierende Art und Weise, historische bzw. gesellschaftstheoretische Fragestellungen zugunsten einer vorwiegend psychoanalytischen Argumentation.

Laut Löw haben mehrere Familienangehörige, insbesondere die Tochter Eleanor, zur »Schaffung und Ausschmückung des Kultbildes Marx Beachtliches« beigetragen. Deshalb untersucht Löw auch besonders intensiv das Verhältnis von Karl Marx zu seiner Mutter bzw. zu seinem Vater und gelangt zu der Einschätzung, daß Karl Marx zwar seine Eltern nie völ-



Foto: Gerhard Gäbler

lig verleugnet habe, aber letztlich unfähig gewesen sei, Mutter und Vater wirklich zu lieben. Aus dieser emotionalen Eltern-Kind-Blockade habe sich Karl Marx nie wirklich befreien können. Das Resultat dieser Unfähigkeit zur Elternliebe, so Konrad Löw, erkläre letztlich dann auch seinen leidenschaftlichen Kampf gegen jede Form von Autorität jenseits von Karl Marx. Laut Löw hat sich also Marx, und hierbei beruft er sich ausdrücklich auf einen Vorwurf des Freundes und Dichters Heinrich Heine an Karl Marx, an die Stelle des Vaters bzw. der »enthronen Götter« setzen wollen.

In diesem Konflikt zwischen Vater und Sohn ortet Löw dann auch die wichtigste Ursache für den späteren Personenkult in der kommunistischen Weltbewegung. Kurzum: Der Führerkult von Stalin bis Honecker, von Mao bis Kim Il Sung, erscheint Löw dann nur noch als eine schon fast schicksalhafte »Fortsetzung des bei Karl Marx selbst angelegten Anspruchs der überlegenen Führerpersönlichkeit«. Wenn man diese geschichtsphilosophische Spekulation in die heutige Umgangssprache übersetzt, dann bedeutet dies, daß Stalin und Konsorten so eine Art von später Rache des Sohns Karl über den Vater Karl-Heinrich Marx darstellen. Eine fürwahr gewagte These.

Doch in seinem Kampf gegen alte und neue Marx-Mythen scheut unser konservativer Aufklärer aus Bayern vor keinem Argument zurück: So entlarvt er z. B. alle (möglicherweise sogar tatsächlichen) Seitensprünge von Karl Marx und überführt den Denker nachträglich des mehrfachen Ehebruchs. Bei seinen Entmythologisierungsversuchen schreckt Löw vor keiner noch so zeitraubenden Quellenarbeit zurück. Alles in allem hat er rund zehn Jahre lang an dieser Marx-Biographie gearbeitet. Das Buch gliedert sich nach Personengruppen, die meist chronologisch aneinandergereiht sind, beginnend mit Karl Marx und Friedrich Engels und ihren Briefen, jede Menge von Parteidokumenten und Zeitungsartikeln und natürlich diversen Gerüchten und Spekulationen, über die Familie Marx, ihre damaligen Zeit- und Parteigenossen bzw. die Ideologen und Funktionäre der späteren kommunistischen Parteien. Darüber hinaus zitiert Löw aus zahlreichen anderen Marx-Biographien und wissenschaftlichen Veröffentlichungen aus den Bereichen der Geschichtswissenschaft, der Philosophie, der Nationalökonomie und der Theologie.

Der Autor gibt den Kampf nicht auf, schließlich gilt es, den 7,10 Meter hohen Schädel von Karl Marx im Zentrum der ehemaligen Karl-

Marx-Stadt, dem heutigen Chemnitz, vom Sockel zu stürzen. Zugleich will Löw mit seiner Studie aber auch die Errichtung von neuen Marx-Denkmalern verhindern. So berichtet er z.B. voller Abscheu vom Vorhaben der Kölner SPD, eine Skulptur des Ehebrechers Marx auf dem Rathausurm zu Köln aufzustellen. Ein gefährlicher Anschlag der rheinischen Sozialdemokratie auf die zähen Entmythologisierungsbemühungen aus Bayreuth. Denn dort lehrt Konrad Löw seit 1975 die bayerischen Studentinnen und Studenten, daß sie im Gegensatz zu Karl Marx gefälligst ihre Eltern zu ehren und lieben haben. Angesichts der weltweiten Verrohung der Sitten eine fürwahr löbliche Absicht. Wer also seinen Vater- bzw. Mutter-Konflikt noch nicht aufgearbeitet hat, demnächst jedoch in die Politik gehen möchte, sollte dieses Buch unbedingt lesen. Wer sich jedoch am Ende des zweiten Jahrtausends unserer Zeitrechnung erneut mit der historischen Bedeutung der Persönlichkeit von Karl Marx auseinandersetzen möchte, sollte doch lieber zur (übrigens äußerst preiswerten) Marx-Biographie von Werner Blumenberg in der rororo-Reihe *Monographien* greifen.

Konrad Löw: Der Mythos Marx und seine Macher: Wie aus Geschichten Geschichte wird, mit einem Vorwort von Karl Wilhelm Fricke, Berlin 1996, 480 Seiten, DM 69,90

WILHELM SCHMID

Ökologie statt Techno

Jörg Tremmel votiert für einen Generationenvertrag

Kann es sein, daß ein und dasselbe Buch ein Kund demselben Leser zugleich sehr begrüßenswert und höchst ärgerlich erscheint? Es kann – den Nachweis führt ein junger Autor, der sich für die Generation der jetzt 25jährigen zu Wort meldet und in dieser Generation zu jenen gehört, die sich »betrogen« fühlen. Vom »Generationsbetrug« ist die Rede und von einem »Recht der Jugend auf Zukunft«.

Das ist sehr glaubwürdig dort, wo es dem Autor, Jörg Tremmel, um die ökologische Fragestellung geht. Die fortschreitende Umwelt-

zerstörung, so klagt er, »verringert unsere Lebenschancen«; die Verantwortung dafür liege bei den »herrschenden« älteren Generationen, »also bei unseren Eltern und Großeltern«. Viele von den Älteren beschäftigen sich lieber mit anderen Problemen, die sie für größer halten: Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Steuererhöhungen. »Bei jungen Menschen steht dagegen die Angst vor der ökologischen Zerstörung an erster Stelle.«

Keine Frage, daß dies kein herkömmlicher Generationskonflikt ist; es geht hier nicht um die übliche Unzufriedenheit der Heranwachsenden mit den Älteren und umgekehrt – es geht vielmehr um die Lebensfrage schlechthin, der gegenüber frühere Konflikte sich »geradezu rührend« ausnehmen und als harmlos erscheinen angesichts der Verwerfungen zwischen den Generationen, die sich nun anbahnen. Mit dem dicken Sparbuch, das gerade in der deutschen Gesellschaft traditionell als bestes Erbgut angesehen wird, ist es eben nicht mehr getan. Das Argument, noch nie sei es den Jugendlichen doch »so gut gegangen« wie heute, zieht nicht, denn es bezieht sich allenfalls auf ökonomische Verhältnisse, die bereits brüchig werden, und vernachlässigt vor allem die ökologischen Verhältnisse, die ständig schlechter werden und dabei doch die entscheidenden Lebensgrundlagen betreffen. Tremmel prangert die älteren Generationen dafür an, ihre Gewinne aus der Ausbeutung der Natur gezogen zu haben, während die jüngere Generation mit den Schäden leben muß. »Der Nachlaß der Wohlstandsgesellschaft wird nicht zuletzt aus radioaktivem Müll und chemischen Abfallprodukten bestehen.«

Es war lange schon überfällig, daß eine solche Stimme sich erhebt, und es war klar, daß sie die Älteren für die ökologische Zerstörung mit derselben Intensität zur Rechenschaft ziehen würde, mit der in den sechziger Jahren die Jugendlichen von ihren Eltern Rechenschaft für ihr Tun und Lassen im Dritten Reich forderten. Natürlich spricht Tremmel nicht von einer »Kollektivschuld«, vielmehr erkennt er ausdrücklich an, daß viele sich sehr frühzeitig um ein Gegensteuern bemüht haben, ohne aber das Schlimmste verhindern zu können. Ihr Beispiel beweise, daß es möglich war, »Widerstand zu leisten«, aber die große Masse verfolgte das Geschehen »mehr oder weniger uninteressiert und teilnahmslos«, nur auf ihr persönliches Wohlergehen bedacht. Ist es da abwegig, wenn, wie der Autor es tut, junge Leute an die Einrichtung eines UN-Gerichtshofs denken, der sich dereinst vielleicht mit »Verbrechen an den nachfolgenden Generationen« befassen möge? Keiner könne schließlich behaupten, »nichts gewußt« zu haben.

Der Frühling war einst die Zeit des großen Durchatmens, für viele junge Menschen beginnt heute die Zeit der Allergien. Im Sommer reizt die hohe Ozonkonzentration die Atemwege und durch das Ozonloch in der Atmosphäre trifft die UV-Strahlung ungehindert auf die Körper; in Australien wird heute schon in den Nachrichten die tägliche Stunde bekanntgegeben, in der Kinder noch unbedenklich im Freien spielen können. Das größte Problem aber ist die Freisetzung von Kohlendioxyd, die jeder von uns in mehr oder weniger gedankenloser Manier betreibt und damit die Veränderung des Weltklimas fördert. »Nach uns die Sintflut« – das wird für die nachfolgenden Generationen buchstäblich eintreffen; der jährliche Anstieg des Meeresspiegels, von Satelliten gemessen, ist eine Tatsache.

Tremmels Vorschlag: ein ökologischer »Generationenvertrag« nach dem Vorbild des Gesellschaftsvertrags, der ja auch nicht wirklich auf dem Papier steht und dennoch als gedankliche Vorstellung das Handeln aller anleitet. Demnach sollte jede Generation »wie eine Person« betrachtet werden und nicht mit den Schulden und Problemen der vorigen Generation belastet werden; die Freiheit der »herrschenden Generation« findet ihre Grenzen in der Freiheit der nachfolgenden Generationen, deren Chancen nicht gefährdet werden dürfen.

Ärgerlich wird das Buch für manche schon bei dieser ökologischen Thematik sein, aber hier hat der Autor alle Argumente auf seiner Seite, mit Ausnahme des Arguments, das Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt sei das größte Problem auch für die Ökologie. Die Tatsachen sind andere: Vier Fünftel der Umweltprobleme werden von einem Fünftel der Menschheit produziert, das in unseren Breitengraden lebt; der große »Rest« darf die Probleme ganz »demokratisch« mittragen. Es wäre die Fortsetzung des Verhaltens im Kindergarten, wollten wir da mit dem Finger auf Andere zeigen. Noch ärgerlicher wird es an anderer Stelle, wo es um die Frage der Sozialversicherungen geht. Die Revolte der Jüngeren richtet sich nämlich auch gegen das jetzige Rentensystem. Vergebens wird man ihnen entgegenhalten, daß sie selbst dereinst davon profitieren werden, denn zunächst haben die zahlenmäßig schwächeren Jahrgänge die Überzahl der älteren erst noch zu finanzieren. Wenn ferner jedoch gegen die neue Pflegeversicherung opponiert wird, dann schlägt die jugendliche Naivität Kapriolen. Es grenzt an ein Wunder, daß ihre Einführung noch möglich war, und wer die Praxis kennt, weiß, wie segensreich sie für die Bedürftigen und für den Arbeitsmarkt wirkt.

Das vermag ein heute 25jähriger wohl erst zu schätzen, wenn seine eigenen Eltern gebrechlich werden – falls er sich dann überhaupt noch für sie interessiert.

»Dieses Buch wird Emotionen wecken«, wußte der Autor schon beim Schreiben selbst, und er täuscht sich nicht. Das Erfreuliche ist aber, daß überhaupt einer der Jüngeren sich zu Wort meldet, statt sich und seine Probleme nur von Techno-Musik zudröhnen zu lassen.

Jörg Tremmel: Der Generationsbetrug. Plädoyer für das Recht der Jugend auf Zukunft, Eichhorn Verlag, Frankfurt/M. 1996, 174 Seiten, DM 24,80

THOMAS KEIDEL

Kreis des Schweigens

Arno Meyers Thriller über die Macht der Banken

Wolfgang Peine, der Vorstandsvorsitzende der *Bank von Deutschland*, wird in seinem Haus ermordet. Die Täter sind flüchtig, das BKA geht von einem Anschlag der »K.L.F.« aus. Das Kommando Jakob Frontzeck erinnert an die RAF.

Natürlich geht es um die Jagd der K.L.F.-Terroristen, jedenfalls seitens des BKA. Nur ein Zielhunder, Dieter Ganske, macht sich seine eigenen Gedanken, wer den Mord verübt haben könnte. Er ist nicht der bekannte Typ eines (007) Agenten, der als Einzelkämpfer gegen den Rest der Welt auftritt. Nachdem er erfolglos von dem Fall abgezogen wird, verschwindet er spurlos.

Der Autor Arno Meyer gibt in *Kreis des Schweigens* einen interessanten Einblick in die Macht der Wirtschaft und die Durchsetzung ihrer Interessen. Könnte Peine nicht von seiner eigenen Branche beseitigt worden sein, weil er zu radikale Ansichten vertrat? Könnten die deutschen Sicherheitsbehörden aus irgendwelchen Gründen alles unternommen haben, daß ein Anschlag erst möglich wurde? Könnte das Bundeskanzleramt oder sogar der Kanzler selbst machtpolitische Interessen an der Aufklärung des Mordes haben?

Arno Meyer läßt eine Fiktion entstehen, die einen erschauern läßt, gleichzeitig aber deutlich macht, wohin sich die Macht von Banken

entwickeln könnte. Meyer läßt gewahr werden, wie schwierig die Umsetzung politischer Lösungen von weltumspannenden Problemen wird, wenn eine Kraft, die keinerlei demokratische Legitimation besitzt, sich in ihren Interessen gestört fühlen könnte. Arno Meyer kratzt an dem Ruf von Banken, unpolitisch zu sein. Doch ist das Buch vielleicht deshalb gerade zu empfehlen: Kein Banker soll einmal behaupten können, er dachte, er hätte in einer völlig unpolitischen Institution gearbeitet.

Es gibt kaum deutsche Polit-Thriller. Dieser ist einer. Statt wüster Schießereien bietet er kenntnisreich ein Beziehungsgeflecht zwischen Wirtschaft, Politik, Journalismus und Behörden, dessen Engmaschigkeit man am liebsten als Erfindung abtun möchte. Die Story hat kein Happy End, doch zeigt sie die Gratwanderung zwischen Korruption, Opportunismus und ethischen Grundsätzen auf.

Arno Meyer: *Kreis des Schweigens*. Reclam Verlag, Leipzig 1996, 415 Seiten, DM 42,-

HEINZ THÖRMER

Der Schattenmann

Manfred Zach spekuliert über die
»Kälte der Macht«

Mein Buchhändler spricht von einem gar nicht mehr so heimlichen Bestseller. Eine Vielzahl von Landesbediensteten habe ihn schon erstanden; die Mund-zu-Mund-Propaganda wirke. Und auch in Staatskanzleien ist Manfred Zachs *Monrepos oder die Kälte der Macht* zu einer Art Pflichtlektüre geworden.

Worum geht es? Es handelt sich um einen Roman, der aber eng an die Wirklichkeit – hier die Wirklichkeit der Stuttgarter Staatskanzlei von den letzten Jahren der Ministerpräsidentschaft Filbingers bis zum Ende der Ministerpräsidentschaft Späths – angelehnt ist. »Wer Machtmechanismen typisierend beschreiben will«, so der Autor in einer Vorbemerkung, »kann sie nicht im Wolkenkuckucksheim ansiedeln.« Deshalb auch komme den Personen, deren Namen durchweg verschlüsselt werden (so

firmiert Lothar Späth im Buch als »Oskar Specht«), »keine Authentizität im Sinne historischer Genauigkeit zu.« Und so sei *Monrepos* zwar »kein politischer Schlüsselroman; wohl aber ist die Politik, als wesentlicher Teil des Geschehens, auch für das Verständnis der Akteure konstitutiv.«

Hauptfigur des Buchs ist Bernhard Gundelach. Geschildert wird seine Karriere vom Eintritt in die baden-württembergische Staatskanzlei als junger Assessor im Frühjahr 1976 bis zu seinem Abgang als Regierungssprecher und mächtiger Leiter der Grundsatzabteilung nach dem Sturz von Oskar Specht im Januar 1991.

Schnell verfällt Gundelach, der als Heidelberger Jura-Student auch an einigen Aktionen der APO teilnahm, der »Erotik der Macht«. Von Anfang an dient er ohne Wenn und Aber erst MP Breisinger, später MP Specht. Er kennt nichts anderes mehr als Politik. »Politik war der Schlüssel, mit dem man sein Uhrwerk aufziehen konnte.« – Seine Frau lernt er im Dienst kennen; die Familie führt ein Schattendasein. Die wenigen Freunde kommen aus der Staatskanzlei. Aber auch sie verlaufen sich, je höher Gundelach auf der Karriereleiter klettert.

Zunächst kümmerte sich Gundelach um die Feierlichkeiten zum Landesjubiläum. Wie er diese Aufgabe erhielt, allein das schon ist eine wunderbare Geschichte für sich. Es folgte der Bundestagswahlkampf. Und nach der für die CDU verlorenen Bundestagswahl im Oktober 1976 begann übergangslos der Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg. Ein genaues Szenario wurde entworfen. Im Januar die erste Plakatierungswelle; wieder »Freiheit statt Sozialismus!« Zum Schluß dann der MP auf den Großflächen: »ein Superbild muß das sein, dynamisch, gewinnend, bürgernah.«

Dann kam die Feinarbeit. Leistungsbilanzen der Ministerien, die geförderten Projekte in jedem Landkreis, jedem Wahlkreis, Verknüpfung der Bilanzen mit Ausblicken auf die nächste Legislaturperiode, Wahlplattform. Dies alles wird genau und farbig geschildert. Die Strategie ging bestens auf. Die CDU im Ländle erhielt am 3. April 1977 das beste Ergebnis ihrer Geschichte: 57 Prozentpunkte; die SPD lag bei 30 Prozent; MP Breisinger war auf dem Höhepunkt seiner Macht.

Vom Höhepunkt aus kann es nur noch abwärts gehen. Es folgt der zäh sich hinziehende Rücktritt des MP Breisinger, der den Fehler so manchen Politikers begeht: Nach seinem Wahlsieg läßt er alles schleifen, insbesondere die Personalentscheidungen, und er reagiert auf die seine Marinerichtertätigkeit in Nazi-Deutschland betreffenden Vorwürfe rein juristisch, also: nichts sagen, nichts zugeben.

Nachfolger wird Oskar Specht, der kurz zuvor erst als Innenminister ins Kabinett gepreßt wurde. Und Gundelach bleibt in der Staatskanzlei. Er schreibt Reden und Bücher für Specht. Knüpft in dessen Auftrag Kontakte. Ist der Mann, der für das intellektuelle Profil des unsteten und sprunghaften Ministerpräsidenten sorgt. Schon unter Tom Wiener wird er Abteilungsleiter; schließlich dessen Nachfolger, als Wiener enttäuscht zu Mercedes geht.

Der Ministerpräsident besetzt viele Themen, er hat eine gute Presse, glänzende Wirtschaftskontakte, bewegt aber real nicht allzuviel. Er liebt das Reisen in möglichst ferne Länder, kann weder Aktenstudium noch Beamte leiden (»Die Grundsatzabteilung löse ich auf, Grundsätze habe ich selber.«). Vor allem aber liebt er, als die CDU-Alternative zu Bundeskanzler Kohl zu gelten. So sieht er sich selbst, so wird er aber auch von der Presse, insbesondere vom SPIEGEL aufgebaut. Es gibt ein enges Zusammenspiel zwischen einzelnen Redakteuren und Specht. Sie hofieren und fördern ihn nicht nur, sie treiben ihn auch an. Vor dem Bundesparteitag der CDU in Bremen 1989 soll er gegen Kohl um den Parteivorsitz antreten.

Specht trat nicht an. »Die täglichen SPIEGEL-Anrufe blieben schlagartig aus.« Und der Bundesparteitag katapultierte ihn mit schlappen 47,5 Prozent der Stimmen aus dem Präsidium heraus. Später mußte Specht als Ministerpräsident gehen; er stolperte über von Dritten bezahlte »Traumreisen«.

Manfred Zach berichtet sehr dicht von sich und seinem Aufstieg, aber vor allem über die formellen und informellen Strukturen in der Stuttgarter Staatskanzlei. Es sind Strukturen, die so ähnlich wohl in allen staatlichen Bürokratien anzutreffen sind. Das macht den Wiedererkennungseffekt aus, den Zachs Roman hervorruft.

Und außerdem ist das Buch überraschend gut geschrieben. Es ist einer der in Deutschland ganz seltenen Romane zwischen Fakt und Fiktion, für die sich im Amerikanischen der Gattungsbegriff *faction* eingebürgert hat. Vielleicht gibt Zachs Roman der Gattung *faction* Auftrieb in Deutschland. Anknüpfen ließe sich so an Traditionen der Weimarer Republik, für die beispielhaft Lion Feuchtwangers grandioser Roman *Erfolg* – über den Aufstieg der Nazis in Bayern zu Beginn der 20er Jahre – genannt sei.

Manfred Zach: Monrepos oder Die Kälte der Macht, Verlag Klöpfer, Meyer u. Co., Tübingen 1996, 495 Seiten, DM 49,80

JÖRG PLATH

Neue Bücher

Lolitas Sehnsüchte

Die historisch relativ junge Vorstellung von der Kindheit als Insel der Unschuld scheint ihren Zenit überschritten zu haben. Ältere Bilder, die Kinder als zu zähmende Bestien zeigen, werden reaktiviert, während gleichzeitig Kinder in die Ökonomie warenförmig zugerichteter Lüste integriert werden. Lolitas räkeln sich in eindeutigen Posen in Modezeitschriften und auf Plakaten; der Familienvater vermietet Tochter oder Sohn mitsamt einem erstklassig auszuleuchtenden Bett an andere Biedermänner und vertreibt die Videoaufzeichnung des Ereignisses über das Internet. In der umfassend sexualisierten Kultur ist kindliche Unschuld das schärfste Aphrodisiakum.

Vielleicht sind es diese aktuellen Umbauten am Imaginären, die drei deutsche Schriftstellerinnen dazu gebracht haben, auf sehr unterschiedliche Weise von der Kindheit zu erzählen: Kindheit als verlorenes Ideal (Susanne Röckel), als mortifizierendes Konstrukt eines Erwachsenen (Gerlind Reinshagen) und als Teil der Selbst(er)findung (Ulrike Kolb).

Der Mensch am Ende des 20. Jahrhunderts hat es nicht leicht. Erst hat man ihm das Christentum und damit die Hoffnung auf Erlösung genommen. Weil Gott tot war, sollten ihn die Dinge von der Last befreien, rettungslos allein auf der Welt sein. Doch ach, alsbald erwies sich, daß Rilke und die Ästhetizisten die vermeintlich authentischen Dinge nur bravourös konstruiert hatten. Daß man dann wohl oder übel die Erlösung selbst in die Hand nahm, mutet heute, aus nachutopischer Sicht, wie eine Verzweiflungstat an. Nun bleibt als Asyl wohl nur noch der Tod. Allerdings ist der ebenso leer wie die Welt, dessen Antithese er sein soll.

Solche Probleme wälzen die Figuren in Susanne Röckels Roman *Eschenhain* glücklicherweise nicht. Dafür werden sie von ihnen bewegt wie unter Glasstürzen, und das ist kaum besser. Röckel entgeht dem philosophischen Roman nur, um dem mystischen anheim zu fallen.

Im Vorort Eschenhain steht die Villa eines mächtigen, despotischen Kaufmanns. Vergeblich versucht seine uneheliche Tochter, durch die Anbetung der Dinge der väterlichen Ordnung in eine erfüllte Gegenwart zu entkommen. Als sie dann im Selbstmord die Einheit mit der

Welt finden will, rettet sie ein Riese namens Franziskus. Lissis nächster Ausbruchversuch aus der Vaterwelt führt sie als junge Frau in die Stadt, wo sie mit einem Arbeiter in wortloser Symbiose lebt. Doch Hannes verläßt sie um der Arbeit willen. Lissi kehrt nach Eschenhain zurück, wo der Vater sie mit seinem Adlatus verlobt. Während der Hochzeitsreise schwimmt Lissi auf das freie Meer hinaus.

Wer von seiner Sehnsucht nicht lassen will, muß eben mit ihr baden gehen; Erlösung gibt es nicht. Dieses unwandelbare Verhängnis hat Röckel in Tableaus übersetzt, in denen ihre Monaden, Gefäße der Sehnsucht, wie unter Luftentzug agieren.

Um so verschwenderischer wuchert zwischen ihnen das Dekor. In prunkenden Wortkulissen paradien die Adjektive, feiern die in der Lyrik einst verbannten »wie«-Vergleiche beständig fröhliche Urständ. Schwelgerisch orchestriert Röckel den Stillstand mit den *Fin-de-siècle*-Metaphern der Vergänglichkeit, all den welken Blüten, den fallenden Blättern, dem faltigen Fleisch. »Alt und matt war die Welt, sterbensmüde, welk.« Stellenweise schreitet *Eschenhain* gravitatisch mit dem Pathos einer Heiligenlegende einher, der allerdings der Heilige abhanden gekommen ist. An seine Stelle ist die Sehnsucht getreten.

Die romantische Sehnsucht nach Einheit kennt keinen Fluchtpunkt mehr, auch eine Motorsäge vermag Lissi nur vorübergehend der Gral zu sein. Eine Person besitzt zwar noch das tröstliche Wissen, daß alles wiederkehre und nichts verlorengehe: die für die Lebenden wie für die im Garten der Villa begrabenen Toten gleichermaßen sorgende Haushälterin Änne. Doch die Große Mutter kann ihr Wissen nicht vermitteln, auch sie ist eine Monade. Der Zyklus des Lebens braucht den Menschen nicht.

Hätte es die Münchner Schriftstellerin doch dabei belassen! Aber sie will nicht ganz auf das große Ganze verzichten, und so springt den Monaden immer wieder ein Erzähler bei, der von numinosen Augenblicken wispert. Er raunt: »Man ahnte Dinge, die man nicht begriff« und offenbart: »Wer sehen wollte, sah den Glanz, der auf Mauern und Dächern lag und auf dem Asphalt, der die weiche Erde versiegelte, einen seltenen, lang entbehrten, schwer zu vergessenden Glanz.« Wer aber sehen *kann*, erblickt wohl nichts anderes als Sehnsuchtskitsch und mystizistisches Kunstgewerbe.

Damit alles so bleibt, wie es ist, muß es sich ändern – diesen von Bertolt Brecht paradox formulierten Grundsatz der Moderne hat der doch



Führt die Romantiker vor: Gerlind Reinshagen

Foto: Renate von Mangoldt (LCB)

recht belezene Falk offenbar nie gehört. Der Fotograf, Hauptperson des Romans *Am Großen Stern* von Gerlind Reinshagen, versucht es vielmehr mit dem entgegengesetzten und schon so oft gescheiterten Rezept: Er will die Zeit anhalten, damit Bronja so bleibt wie sie ist.

Bronja ist ein etwa 10jähriges Mädchen aus einer Gegend irgendwo hinter dem Dnjepr – aus dem Osten also, woher der zivilisationsmüde Westen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts seine Erneuerung erhofft; Freunde Falks haben sie in das Berlin der 90er Jahre gebracht. Falk ist bezaubert und schwatzt ihnen die androgyne Erscheinung ab, Begehren treibe ihn nicht, versichert der Fotograf ungefragt; das Mädchen solle bleiben, was es ihm zu sein scheint: der Inbegriff des Kindes, mitleidlos und unnahbar schön wie eine etruskische Statue. Der Ersatzvater versucht, das Kind vor dem allnählichen Hineinwachsen in die Gesellschaft zu bewahren. Anstelle eines Nymphenromans à la Nabokovs *Lolita* also ein pädagogischer Roman à la Rousseaus *Émile*.

Der Betreiber des Erziehungsversuchs entwirft eine Anti-Pädagogik, die die Ursprünglichkeit Bronjas, ihr »Glühen«, erhalten soll. Falk motiviert die Erinnerung an seinen Orthopäden-Stiefvater, dessen: »Das werden wir schon hinbiegen« die anpassungswillige Mutter häßlich werden ließ. Jedenfalls sieht es Falk so,

der als der Schwächere nicht den Orthopäden, sondern die begehrte Mutter zu hassen begann. Ödipal traumatisiert zieht er sich auf zwei Bild zurück: auf einem ist seine Mutter noch schön und unnahbar, das andere zeigt eine ebensolche Schöne von Velasquez. Bronja soll das dritte Bild sein, ein lebendes.

Falk will weder ihr Freund sein (wie Eltern heute) noch ihr Zuchtmeister (wie Eltern früher). Doch das Gelöbnis, nicht eingreifen zu wollen in des Mündels Entwicklung, bricht er bald. Der Mentor arrangiert Situationen, isoliert Bronja, schließt sie gar in ihrem Zimmer ein und gibt ihr nicht etwa *Robinson Crusoe* zu lesen, den Rousseau einst wärmstens empfahl, sondern einen großen Stapel romantischer Liebesgeschichten, eine »Dornenhecke aus Geschichten ..., die Fieber erzeugen« sollen.

Das tun sie wohl, wenn auch anders als erwartet. Die romantischen Erzählungen beschreiben das vagabundierende Begehren als Liebe, sie verleihen ihm eine Geschichte, in der die eigene und die fremde Subjektivität erfunden und gefunden werden kann. Die eingeschlossene Bronja jedoch entwischt unbemerkt und geht am großen Stern auf den Strich: Die »Glühende« führt den Glutkern der romantischen Sprache der Liebe auf dem Pflaster spazieren.

Davon ist Falk dank Rousseau nicht allzu erschüttert: Bronja könne nichts passieren, weil sie sich die Natur des Kindes bewahrt habe. Dieser Versuch, Romantiker zu sein in nachromantischen Zeiten, führt schließlich zur Katastrophe. Bronja liebt Falk, doch der will die gemeinsame Liebesnacht vergessen und in ihr weiterhin das Kind sehen. Dem geliebten Anblick des unschuldigen Begehrens opfert Falk die Liebe. Bronja bleibt damit nur der Liebestod. In romantischen Zeiten (auch vorher und nachher) war es die Prosa der Gesellschaft, die den Liebenden zum Schicksal wurde; in den 90er Jahren ist es die des Romantikers.

Dessen Passion demontiert Gerlind Reinshagen jedoch, bevor sie glaubhaft wird. Ihr allwissender Erzähler kommentiert Falks Pathos (»Furchtbare Erkenntnis! Schwere Freiheit!«) despektierlich und schlüpft, was ebenso zersetzend wirkt, über weite Strecken in ihn, um seine Überlegungen als mühsames Frage- und Antwortspiel nachzubuchstabieren: »Aber warum muß ich jetzt »heinzahlen« denken?« Ja, warum nur? Weil die Berliner Schriftstellerin ihren Fotografen, den viele literarische Anspielungen eher als Literaten erscheinen lassen, als tumulen Romantiker vorführen möchte. Von Distanz gepolstert, darf sich der Leser zurücklehnen. Doch nun ist ihm die Schwärmerei nur noch verschoben, und die von Falks Willen

zum Bild ausgehende Starre – die bis auf ein, zwei ödipale Dramen alle Lebendigkeit aus dem Roman vertreibt – wird bekömmlich gemildert. In dieser Dosierung geht dann auch noch das »Glühen« Bronjas verloren, und plötzlich steht man mit leeren Händen da.

Gleich zu Beginn ertrinkt der Ich-Erzähler im Swimming pool auf Mallorca, dem Altersruhesitz, und so meint man zu wissen, warum Ulrike Kolbs neues Buch den Titel *Roman ohne Held* trägt. Doch die liebe Seele hat keine Ruh. Sie erzählt weiter und registriert voll Bewunderung, wie in der Pathologie die eigenen Hautlappen säuberlich abgeklappt, Rippen aufgesägt und Innereien geprüft werden. Die an Gottfried Benn erinnernde Präzision dieser Schilderung läßt eine Aster in der Brusthöhle erwarten. Statt dessen wird zugenäht – und weitererzählt bis zum Begräbnis.

Für dieses Erzählen über den Tod hinaus bietet die Frankfurter Schriftstellerin Ulrike Kolb eine Erklärung an, deren Vertracktheit sich erst nach einiger Zeit zeigt. Es erzählt nämlich nicht der Ich-Erzähler; nicht der Sterbende überblickt im *Roman ohne Held* in Sekundenbruchteilen noch einmal sein Leben, auch nicht sein auf dem Weg zum Grab erkaltender Körper. Der Ich-Erzähler *wird* erzählt von seiner Tochter. Diese Bauchrede nimmt der Autobiographie jegliche Authentizität. Die vermeintliche Herzensschrift ist eine Konstruktion: eine Lebende erfindet sich den verstorbenen Vater, um ihm zu entkommen. Der Vater war ein Tatmensch voller Energie, der jedermann zu beherrschen suchte. Sein Leben bestand aus einer Kette von mitunter gewaltsamen Ereignissen, die für zwei, drei Romane ausgereicht hätte – Entjungferungen, Verstoßungen, Aufenthalte in der Psychiatrie und sinistre Quälereien vor allem der Ehefrau, des Sohnes und der Tochter. Nach dem Krieg wurde aus dem Gerichtsreferendar und Soldaten ein erfolgreicher Unternehmer.

Eigentlich aber, läßt die Tochter den Vater sagen, bekämpfte er mit all seiner Tatkraft den Tod. Er mußte das Leben erzwingen, weil ihn die Mutter noch vor seinem ersten Schrei nach der Geburt abgelehnt hatte. Im Kampf um ihre Liebe verschmolzen Schmerz und Lust miteinander: »Die Schläge meiner Mutter waren das Schönste«, denn nur im Schmerz, den der Vater verspürt und später anderen zufügt, spürte er sich. Der Tatmensch, weiß die Tochter, war ein Sadomasochist; er handelte nicht autonom, sondern wurde getrieben von der Sehnsucht nach mütterlicher Liebe.

Die Tochter demütigt den Vater, indem sie ihm vorhält, was er zu Lebzeiten verdrängte. Zugleich entlastet sie ihn: der Quäler war auch ein Leidender. So wird die Gewalt verständlich und der unmenschliche Despot menschlich. Nun ähnelt er – nicht zufällig – der Tochter, an die der Vater die sadomasochistische Disposition weitergab; auch ihr vermählten sich unter seinen Schlägen und Drohungen Angst und Lust. Nur blieb der Tochter die Lust zeit seines Lebens versagt, denn den Quäler durfte sie nicht quälen. Es war der Ehefrau vorbehalten, seinen Penis mit Brennesseln zu peitschen. Erst der Tod des Vaters erlaubt der Tochter, ihn in erzählerischen »Exerzitien« zu züchtigen.

Der Tote kann der Tochter nicht mehr widersprechen. Dennoch ist ihre Phantasie nicht völlig frei. Das zeigt die Konfrontation mit dem absoluten Verbrechen, der Judenvernichtung. Hat der Vater als Soldat an ihr teilgenommen oder zugesehen? Über den Krieg hatte er geschwiegen. Also setzt ihn die Tochter in überlieferte Augenzeugenberichte wie in Kulissen ein und beschließt dann, daß er im Gegenteil eine Jüdin rettete: »Denn sonst, schreibt meine Tochter, könnte ich, womit sie diesmal sich selbst meint, vor Ekel nicht einmal den Füllfederhalter heben...«.

An der Monstrosität der Judenvernichtung scheitert die Erfindung des Vaters. Die Erzählerin wird auf sich selbst, auf die Voraussetzung ihres Erzählens verwiesen: Hinter ihrem Geschöpf erscheinen die Umrisse seiner Schöpferin, ganz ähnlich wie hinter dem Tatmenschen die ihn treibende Sehnsucht. Was der Vater getan hat, erweist sich als eine Frage *ihrer* Selbstachtung. Weil sie aber ihm ihre Stimme geliehen hat, muß sie sich nun von ihm erzählen lassen. Wer erzählt wen? Beide Perspektiven sind voneinander abhängig; es gibt keine Autonomie, weder als Tatmensch noch als Erzählerin. Es gibt nur noch Romane ohne Helden. In der gegenseitigen Spiegelung kommt erzählend zur Sprache, was den Individuen allein verdeckt bleiben müßte: die Voraussetzung und die Beschränktheit ihrer erzählerischen Weltkonstruktion.

Mit diesem »Wissen« tritt die Tochter endlich aus dem Schatten des Vaters. Sie zieht am Ende ihrer erfundenen Autobiographie, beim Leichenschmaus, die Sekretärin des Toten auf die Seite und fragt sie, wie er denn eigentlich gewesen sei, sie würde ihn ja gar nicht kennen. Das ist nach einem Kaleidoskop von faszinierenden, ineinandergleitenden Bildern ein trefflich salopper Abgang aus einem klug konstruierten und spannend erzählten Roman.

Susanne Röckel: Eschenhain. Roman, Luchterhand Literaturverlag. München 1997, 204 Seiten, DM 32,-

Gerlind Reinshagen: Am Großen Stern. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1996, 282 Seiten, DM 39,80

Ulrike Kolb: Roman ohne Held. Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 1997, 264 Seiten, DM, 36,-

Zu den Autorinnen und Autoren

RICHARD ALBRECHT, geb. 1954, Sozialpsychologe und Dramatiker, lebt in Bad Münstereifel.

HANS ARNOLD, geb. 1923, Botschafter a.D., ist Publizist und Lehrbeauftragter an der Hochschule für Politik München.

SUSANNE BLANCKE, geb. 1965, Politikwissenschaftliche Mitarbeiterin an der Ruhruniversität Bochum.

ANDREA BÖHM, geb. 1961, war USA-Korrespondentin der taz, lebt in Berlin.

JÖRG IHLAU, geb. 1962, PR-Consultant in Düsseldorf.

CORD JAKOBEIT, geb. 1958, ist Politikwissenschaftler und Lecturer an der Stanford University, Stanford in Berlin.

THOMAS KEIDEL, geb. 1964, Mitarbeiter des Bankhauses M.M. Warburg & Co., Hamburg.

MARKUS KELLE, geb. 1962, Referent, Bonn.

MICHAEL KOGON, geb. 1928, Nationalökonom, Übersetzer, lebt in der Schweiz. Seit 1995 zusammen mit Gottfried Erb Herausgeber der Gesamten Schriften Eugen Kogons.

THOMAS KREUDER, geb. 1960, ist Jurist und Leiter des Ministerbüros im Hessischen Finanzministerium.

ROBERT MISIK, geb. 1966, ist Korrespondent des Wiener Wochenmagazins PROFIL in Berlin.

HANS-GEORG NAPP, geb. 1958, Bankdirektor in Frankfurt/M.

ULRICH PFEIFFER, geb. 1939, Dipl.-Volkswirt, 1968 – 1982 in mehreren Bundesministerien tätig, u. a. als Ghostwriter für Karl Schiller; seit 1990 Inhaber von EMPIRICA, Qualitative Marktforschung, Struktur- und Stadtforschung GmbH, Bonn.

JÖRG PLATH, geb. 1960, lebt als Literaturkritiker in Berlin.

MEINIARD RAUCHENSTEINER, geb. 1970, ist Lektor und freier Publizist in Wien.

LINDA REISCH, geb. 1950, seit 1990 Kulturdezernentin der Stadt Frankfurt/M.

EDELTRAUD ROLLER, geb. 1957, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

KONRAD SCHACHT, geb. 1943, Wahlforscher und Publizist, lebt in Frankfurt/M.

WILHELM SCHMID, geb. 1953, Philosoph und Historiker, arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Pädagogischen Hochschule Erfurt.

DOROTHEA SCHULER, geb. 1956, Kunsthistorikerin und Germanistin, lebt und arbeitet in Frankfurt/M.

TANJEV SCHULTZ, geb. 1974, freier Journalist, Stipendiat der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, studiert in Berlin.

TIL SCHULZ, geb. 1944, lebt als freier Autor in Frankfurt/M.

ALEXANDRA SENFFT, geb. 1961, Islamwissenschaftlerin, freie Journalistin und Gutachterin, lebt in Hamburg.

HEINZ THÖRMER, geb. 1948, Diplom-Sozialwirt, Angestellter in der Niedersächsischen Staatskanzlei.

THOMAS THOMMA, geb. 1965, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundestag, Bonn.

HEINRICH TIEMANN, geb. 1951, Dipl.-Verwaltungswissenschaftler; seit 1997 Leiter der Planungsgruppe der SPD-Bundesfraktion

JÖRG TREMMEL, geb. 1972, studiert Politologie und Betriebswirtschaftslehre, Veröffentlichung: *Der Generationsbetrug. Plädoyer für das Recht der Jugend auf Zukunft*, Eichborn 1996.

MANFRED H. WIEGANDT, geb. 1956, Jurist und Politikwissenschaftler; z. Z. Consultant von PHYSICIANS FOR HUMAN RIGHTS in Boston.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Godesberger Allee 139
53175 Bonn
Tel.: (0228) 883540-43
Telefax: (0228) 883539

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger GmbH
In der Raste 2
53129 Bonn
Tel.: (0228) 238083
Telefax: (0228) 234104

Anzeigenpreisliste Nr. 25 vom 1. 1. 1997

Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Gesamtherstellung:

satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738. Einzelheft DM 14,80,-/sFr 14,80/öS 108,00 frei Haus; Jahresabonnement DM 99,00/sFr 92,00/öS 723,00 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.